



Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr. 229 10.1.83

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM
Förderpr.
DM 5

Jura Soyfer

dieser Name steht für einen österreichischen Juden, Kommunisten, Antifaschisten, Schriftsteller, Kabarettisten und Subkulturier. Einiges aus seinem Leben und seinen Arbeiten auf S. 44

1983: Jahr des Kampfes gegen Raketen-Stationierung



1000 Leute demonstrieren am 12.12.82 gegen die US-Rhein-Main-Airbase. — Sie stellen sich ihnen mit MP's, Hundern und aufgesteckten Bajonetten entgegen.
Foto Burkhard Kretschmann

Bundestagswahlen:

Ein grünes Kreuz

für die weiße Taube !

Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
S 293308

Am 6. März wird es Neuwahlen zum Bundestag geben. Daß es dazu kommt, ist nicht das Verdienst der Bonner Parteien. Helmut Kohl hat keine Lust, die endlich erreichte Kanzlerschaft schon wieder verteidigen zu müssen. Strauß befürchtet eine Niederlage. Die FDP hat ihre Zustimmung mit knirschenden Zähnen und flatternden Herzen gegeben, und die SPD würde die Vorteile der Oppositionsrolle lieber noch länger in Anspruch nehmen. Die Entscheidung, Neuwahlen herbeizuführen, war vielmehr nicht zu umgehen, da die Bundesbürger zu 70 oder mehr Prozent beharrlich bei der Auffassung blieben, der Regierungswechsel sei undemokratisch zustande gekommen und nicht legitimiert. Dies hat die Nachwahl in Hamburg erneut unterstrichen. Sie hat auch gezeigt, daß es ein offenes Rennen wird. So groß die Vorteile sind, mit denen die CDU/CSU als Regierungspartei antreten, und so klein die Chance ist, daß dies wirklich nur eine kurze Übergangsperiode bleibt, so handelt es sich doch um eine meßbare Chance, etwas Machbares.

Es wird eine Wahl, die objektiv in einer explosiven Situation stattfindet. Nach beinahe vier Jahrzehnten relativer Stabilität, politisch wie ökonomisch, gerät nun alles in Bewegung.

zuhalten: Wenn ein Krieg in Europa ausbricht, so bedeutet das zu 100% das Ende der Deutschen, ganz gleich ob er sich begrenzen ließe oder nicht.

Bevor das Verhängnis mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen — Auftakt für eine flieberhafte Aufrüstungswelle in allen militärischen Sektoren — seinen Lauf nimmt, sind die Bürger noch einmal zu Wahlen aufgerufen. Wenn überhaupt, können sie nur einen geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse nehmen, da unsere Staatsform im Gegensatz zum Wortlaut der Verfassung das Parlament keineswegs als den Ort vorsieht, wo Lebensfragen entschieden werden.

Trotzdem: Ein Ergebnis, das der CDU/CSU die Mehrheit der Mandate im Bundestag beschert, wird — zu Recht oder Unrecht — so verstanden werden, daß die Westdeutschen 1 & r Aufrüstung, Raketenstationierung und — zum dritten Mal in diesem Jahrhundert — für 1 & r vollen. Eine Wahl, die wenigstens rechtmäßig eine Mehrheit für SPD und Grüne zusammenbringt, kann so jedenfalls nicht interpretiert werden — auch wenn an der Unterstützung der SPD-Führung für die NATO-„Nachrüstung“ ernsthaft nicht gezweifelt werden kann.

Am dritten Jahrestag des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses und ein Jahr vor der Stationierung der Mittelstreckenraketen in den mitteleuropäischen NATO-Staaten haben an vielen Orten Aktionen stattgefunden. Sie waren Auftakt für ein Aktionsjahr gegen die „Nachrüstung“. Der unbedingte Wille der CDU/FDP-Regierung (aber auch einer möglichen SPD-Regierung), die Stationierung in jedem Falle durch-

zuführen, erfordert von der Friedensbewegung zwei Aufgaben: den Widerstand entschlossen vorzutragen und ihn gleichzeitig massenhaft zu organisieren. Klarer ist in der Friedensbewegung eine Perspektivdebatte ausgebrochen. Auf einer Konferenz der BAP (Bundskonferenz autonomer Friedensinitiativen) wurde über direkte gewaltfreie Blockadeaktionen diskutiert, auch die DFG-VK denkt über symboli-

sche Blockadeaktionen nach, aus dem Spektrum der KOFAP wird eine Verstärkung der Anstrengungen mit dem Krefelder Appell angekündigt. Zu diesem Thema in diesem AK:

- Berichte über die Aktionen am 12.12.
- Gewaltfreie Widerstandaktionen: Die Perspektive der Friedensbewegung? Ein Interview S. 8, 9

Keine „Hamburger Verhältnisse“ mehr

Überrascht waren alle vom Hamburger Wahlergebnis: Sieger, Verlierer und insbesondere die „Demoskopen“. Von letzteren hatten die Hausmeinungsmacher der CDU (Noelle-Neumanna) ein Kopf-an-Kopf-Rennen beschworen, die der SPD (Infas) eine deutliche Mehrheit für diese vorausgesetzt, nur

von der absoluten Mehrheit für die SPD waren sie alle weit entfernt. Doch so kam es: Die SPD kann in Hamburg wieder allein regieren, der kurze Traum der CDU als stärkste Partei ist ausgeträumt. Von Kleps Wunsch, ein Volksparkstadion voll zusätzlicher Stimmen für die absolute Mehrheit zu mobilisie-

ren, gibt es nur noch christdemokratische Alpträume. Hamburg ist wieder SPD-regierbar. Die vielzitierten „Hamburger Verhältnisse“, die „Unregierbarkeit“ der Hansestadt, gehören der Vergangenheit an.

Fortsetzung S. 32

Die traditionelle Funktionsweise der Parlamente ist erschüttert. Wegen des Ausscheidens der FDP müssen andere, ungewohnte Formen der Regierungsbildung gefunden werden. Eine Weltwirtschaftskrise wie seit 1929 nicht mehr gekannt, sucht die westlichen Gesellschaften heim. In das scheinbar so stabile Netz sozialer „Sicherheit“ werden große Löcher gerissen. Die gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen sind einem tiefgreifenden Wandel unterworfen, ohne daß erkennbar wäre, welche Richtung das Umdenken einschlägt.

Vor allem aber ist der Frieden im höchsten Gefährde. Noch in diesem Jahrhundert suchen die Vereinigten Staaten die Entscheidung im Ringen mit der Sowjetunion. Sie soll mit kriegerischen Mitteln herbeigeführt werden und in Europa fallen. So wollen und planen diejenigen, die in den USA an den Schalthebeln der Macht sitzen. Ob ein globaler Atomkrieg und die Vernichtung der menschlichen Gattung bevorstehen ... — dies bleibt eine, freilich nicht aus der Luft gegriffene Spekulation. Keine Spekulation ist es aber fest-

Man kann sagen: Wahlen in einer bürgerlichen Demokratie zeigen alles andere als ein unverfälschtes Bild dessen, was die Mehrheit der Bevölkerung in den entscheidenden gesellschaftlichen Fragen denkt. Das beste Beispiel hierfür gibt die SPD ab. Viele, ungeheuer viele Menschen werden erneut SPD wählen, obwohl sie wissen, daß diese Partei eine verheerende Rolle beim Zustandekommen des NATO-Doppelbeschlusses gespielt hat. Sie wählen sie nicht wegen der Politik, die die SPD tatsächlich praktiziert. Sie wählen sie, weil sie sich eine 1 & r Politik von ihr erhoffen, weil sie die SPD prinzipiell für veränderbar halten. Diese Logik reicht bis ins Lager der organisierten Linken hinein. Sie erlaubt es den Führern der Sozialdemokratie, bei ihrer alten Politik zu bleiben, sofern sie nur den geringsten Anschein auf Veränderbarkeit der Partei aufrechterhalten. Dies gelingt ihnen in der augenblicklichen Oppositionsrolle naturgemäß besonders gut.

Man kann ferner sagen: Der Kampf gegen die Stationierung amerikanischer

Fortsetzung S. 2

Demonstrationen und Kundgebungen zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtübernahme

Hamburg

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr, U-Bahn
Feldstr.

Veranstalter: DGB Hamburg
Der Hamburger Vorbereitungskreis ruft zu einer eigenen Aufstellungskundgebung auf. Beginn: 10.30, U-Bahn Feldstr. (am Bunker)

Hannover

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr an der Marktkirche

Köln

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Friedrich-Ebert-Platz

München

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Geschwister-Scholl-Platz

Frankfurt

Demonstration und Kundgebung
Beginn: 11.00 Uhr Frankfurt-
bacherbrunnen, Brücken-
/Textorstraße

Mössingen

(Baden-Württemberg)
Kundgebung und Demonstration
Beginn: 15 Uhr Turnhalle Lichten-
steinstr./Lange Straße

Schleswig-Holstein

Ort und Zeit waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Auf jeden Fall wird aber eine eigene Kundgebung und Demonstration stattfinden.

Artikel zu diesem Thema:

Übergangsregierungen — Der Weg zur Nazi-„Machtergreifung“ 1933 S. 18 ff

Arie Goral:
Vom 3. Januar 1933 — Kein deutsches Wintermärchen S. 20

Vor 50 Jahren
Die große Wirtschaftskrise — Ihre Vorgeschichte — Ihre Folgen S. 22 ff

Nähere Informationen zu allen Demonstrationen sind bei örtlichen antifa-Komitees, VVN-Büros zu erfragen.)

Fortsetzung von S. 1

Mittelstreckenraketen wird nicht in einer Wahl entschieden. Die Friedensbewegung muß sogar ausdrücklich vor der Illusion gewarnt werden, eine Entscheidung einiger ihrer Repräsentanten in den Bundestag könne etwas bewirken. Wenn dieser Illusion nicht entschieden entgegengetreten wird, wird die Demobilisierung außerparlamentarischer Aktivitäten zur Folge haben und damit das genaue Gegenteil dessen, was in den nächsten Monaten dringend erforderlich ist.

„Am 6. März wird es ja nur so aussehen: Entweder kommen die Grünen rein, dann wird es keine absolute Mehrheit der CDU geben — daß die CDU dann stärker wird als Grüne und SPD, ist in höchstem Maße unwahrscheinlich, ebenso wie die absolute Mehrheit der SPD aus eigener Kraft —, oder die Grünen fallen raus, kommen unter 5%, dann wird natürlich die CDU die Mehrheit haben. Und dann wird diese brutale Politik beginnen. Deshalb ist mein Kalkül, alles daran zu setzen, daß die Grünen in den Bundestag kommen und daß auch der parlamentarische Weg ausgenutzt wird, um eine weitere Rechtsentwicklung zu verhindern“ (Alexander Schubart, Interview in „Szene Hamburg“, Nr. 1/83).

Trotz all dieser (richtigen) Einwände ist eine Wahl, die inmitten von Kriegsvorbereitungen abgehalten wird, ein historischer Wendepunkt. Eine solche Wahl mag an der Politik der Bundesregierung, in welcher Besetzung sie auch immer nach dem 6. März weitergehen wird, kaum etwas ändern können. Diese Erfahrung wird auch außerhalb unserer Grenzen gemacht — siehe Frankreich als besonders schmerzliches Beispiel. Im Angesicht von Krieg und Frieden ist aber in Deutschland unabweichlich die Frage gestellt, ob die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt willens ist, aus einer verbrochenen Geschichte zu lernen.

Die Prüfung der Lernfähigkeit wird bestimmt nicht an einer Wahlurne abgelesen werden. Sie erfordert weit mehr als das Anfertigen eines Kreuzchens.

Am 6. März wird aber abgefragt werden, ob die Mehrheit der Westdeutschen im allerweitesten Sinn wenigstens den guten Willen, die subjektive Bereitschaft zeigt, Korrekturen an der bisherigen Richtung der eigenen Geschichte anzubringen, oder ob sie sich dem von vornherein verschließt. Wer heute aus dem Schatten Hitlers herausstreben will, um unbefangenen von dieser wirklichen Erblast wieder an kriegertischen Abenteuer teilzunehmen, der muß damit rechnen, daß sein Schatten einmal wie

teuere teilzunehmen, der muß damit rechnen, daß sein Schatten einmal wie in Hiroshima auf Trümmern eingebrannt wird. Wer CDU/CSU wählt, gibt sein Ja-Wort mindestens zum Spiel mit dem Dritten Weltkrieg. Wenn das die Mehrheit will, dann werden die Deutschen freilich nicht bis ins vierte Glied wie für den Nationalsozialismus zu heißen haben. Dann werden sie weg sein, bevor das vierte Glied gezügt ist.

50 Jahre und ein Tag

Solange wird es am Wahltag genau hier sein, seit Hitler am 5. März 1933 ei-

ne Mehrheit für seine gerade erst fünf Wochen alte Regierungskoalition bekam. Es war die letzte Reichstagswahl vor dem Zweiten Weltkrieg. Postwendend folgte das Ermächtigungsgesetz, mit dem die Nazis ihrer Diktatur einen „legalen“ Anstrich gaben.

Ist es Zufall, daß die Kohl/Genscher/Strauß-Koalition gerade dieses Datum aussucht? Oder steckt dahinter das gleiche „Geschichtsbewußtsein“, das CDU/CSU-Politiker etwa dazu treibt, politische Giftgas-Waffen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau zu testen? Nun ist CS nicht gleich Blausäure, Bonn nicht Weimar, und Gemeinsamkeiten zwischen Helmut Kohl und Adolf Hitler wären eher im Pathologischen als im Politischen zu finden. Unübersehbar ist jedoch das ungeduldige Drängen der Herrschenden nach einer Regierung, die eine weit schärfere Gangart gegen die gesellschaftliche Opposition einschlägt, die sich daranmacht, soziale Protestbewegungen einzudämmen, niederzuhalten, auseinanderzutreiben, und für die Kriegsvorbereitungen günstige Bedingungen schafft.

Mit noch so tieferer Moral, noch so abgedroschenen Schlagworten und noch so intensiver Werbung wird das alleine kaum zu machen sein, selbst wenn der Union dafür nahezu unbegrenzte Geldsummen zur Verfügung stehen. Eine kriegerische Außenpolitik — nicht nur im Nahen Osten oder in Mittelamerika, sondern im Zentrum Europas — erfordert ein innenpolitisches Klima der Verhetzung, des um sich greifenden Irrationalismus, der Massenhysterie. Die Nazis organisierten 1933 den Reichstagsbrand, um ihrer Kriegs- und Rassendemagogie den Boden zu bereiten. Etwas Vergleichbares ist in der bundesrepublikanischen Demokratie natürlich unvorstellbar, zumal ein Innenminister Zimmermann kein Göring ist. Bekanntlich wurde das Münchner Oktoberfestattentat im September 1980, eine Woche vor der letzten Bundestagswahl, von einem unpolitischen, verrückten Einzelgänger verübt und nicht etwa, weil die Wehrsportgruppe Hoffmann dem Kandidaten Strauß Wählerstimmen zutreiben wollte.

Vielleicht ist antisemitische Wachsamkeit gerade deshalb vonnöten, weil dergleichen für die bundesrepublikanische Öffentlichkeit so völlig unvorstellbar ist.

Bringt die Grünen über 5%!

Ein Abschneiden der Grünen über 5% ist unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die Union die Mehrheit im Bundestag verfehlt. Man müßte schon ziemlich unterbelichtet sein, wollte man der Argumentation Vogels folgen, die SPD habe Aussicht, stärkste Partei

zu werden. So ist Vogel denn auch weniger ein gläubiger Mensch als vielmehr ein ebenso treuer Diener der Bourgeoisie wie Schmidt, wenn er es als sein Hauptziel betrachtet, den Grünen den Weg in den Bundestag zu verwehren.

Diese allerdings haben manches getan, um sich den Sprung über die parlamentarische Sperrklausel selbst zu erschweren. Sie haben arrogant darauf verzichtet, andere alternative und linke Gruppen in ein Wahlbündnis einzubeziehen. Ihr Bahro-Flügel ignoriert mit provokatorischer Massenfeindlichkeit alle sozialen Probleme, zualererst die Arbeitslosigkeit, und liefert der SPD zugkräftige antigrüne Parolen frei Haus. Die Grünen leiten es sich sogar, 8 Wochen vor der Entscheidung immer noch auf einen Wahlkampf warten zu lassen, der Frieden und Abrüstung eindeutig und unmißverständlich ins Zentrum rückt.

Und doch sind sie im Unterschied zu den Etablierten keine Raketen, keine Unternehmer- und keine Atompartei. Sie sind keine Repressions-, keine ausländerfeindliche und keine Spendenpartei, kurzum: Sie sind 1983 für diesen Staat kein brauchbares Instrument. Umso mehr brauchen wir sie im Bundestag. Jetzt und sofort. Wer immer in der westdeutschen Linken gegen die Selbstauflösung in die grüne Bewegung hinein gekämpft hat, wird heute genügend sozialistische Einsicht und genügend sozialistisches Selbstbewußtsein aufbringen, um bei dieser Bundestagswahl — nicht kritiklos, aber mit aller Entschiedenheit — für die Grünen einzutreten.

Jetzt heißt es wirklich, das „linke Ghetto“ einmal zu verlassen: Überzeugt eure Kollegen, eure Nachbarn, eure Familien, bringt eure BI's auf Trab, eure Frauengruppen, eure gewerkschaftlichen Kreise, vergewissert euch der Stimmen eurer Wohngemeinschaften, diskutiert im Schulunterricht, agitiert in euren Vorlesungen und schleppt die Oma von nebenan zur Wahlurne. Vornehme Zurückhaltung bei den Linken ist jetzt ebenso wenig am Platz wie Selbstzufriedenheit bei den Grünen, man werde aufgrund der guten Landtagswahl-Ergebnisse problemlos in den Bundestag kommen.

Es ist charakteristisch für die Etablierten, daß sie das Gespenst „Hamburzer“ Verhältnis im Bundestag als zentrales, beinahe einziges Wahlkampfformat benutzen und in den grellsten Farben an die Wand malen („Handlungs- und Regierungsunfähigkeit“). Denn diese Argumentation besagt nichts anderes als das: Es ist in diesem Land einfach und normal, Vorbereitungen für einen Krieg zu treffen. Alles kann dabei ordentlich und in gewohnten Bahnen verlaufen. Kompliziert, chaotisch und ungewohnt ist es hingegen, einen Krieg zu verhindern.

Gorleben-Hannover: 10, 100, 1000... aus: Taz Herr Albrecht kriegt Besuch

Hannover (taz). Die Atomgegner des Kreises Lüneburg-Dannenberg gehen wieder nach Hannover. Sie wollen dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zeigen, daß die „Akzeptanz für Atomanlagen in der Bevölkerung“ keineswegs gestiegen ist.

Die Protestaktionen werden vom 9.1. bis 29.1.1983 in drei Stufen ablaufen. Stufe 1, 9.1.83: Von der Zwischenlagerabstelle bei Gorleben werden sich um 9 Uhr nach einer kurzen Kundgebung 10 Leute aus dem Kreis zu Fuß auf den Weg nach Hannover machen. Ein Teilnehmer wird den ganzen Weg humpeln.

1. Etappe: Zwischenlager - Gedditz - Seerau/Lüne - Dannenberg - Priser - Thunpudel - Dragahn, bei der Ankunft findet eine Pressekonferenz statt. Am Abend eine Info-Veranstaltung in Karwitz.

2. Etappe/10.1. Fudripp - Bräuhn - Gölten - Oldersdorf - Uelsen/Abendveranstaltung.

3. Etappe/11.1. Uelsen - Klein Süntel - Unterlüß.

4. Etappe/12.1. Unterlüß - Hermannsburg/Infoveranstaltung.

5. Etappe/13.1. Hermannsburg - Celle/Infoveranstaltung.

ma in Gartow zur Verfügung gestellt. Die „Arche Wendland“ wird mit einer Solaranlage ausgerüstet.

Stufe 2, 22.1.: 100 Menschen aus der betroffenen Region reisen nach Hannover und veranstalten einen Markt an der Arche-Baumzelle. Verkauft werden Produkte aus dem Wendland, Protestschor und Pannenhocher sollen auftreten, eventuell auch Theater und Volkstanz.

Nachmittags Richtigst mit Essen und Trinken. Abends Infoveranstaltung: Atomkreis Lüneburg-Dannenberg 1979 bis heute, Einschüchterung, Kriminalisierung, Prozesse usw.

23.-28.1.1983. Im Wendlandhaus wird eine Ausstellung über den Atomwahn gezeigt. In dieser Woche wird eine Gruppe dauernd im Haus wohnen. In Hannover finden Informationsveranstaltungen statt.

Stufe 3, 29.1.83: 1000 Menschen aus der betroffenen Region kommen nach Hannover. Sie werden mitbringen, was sie erhalten wollen (z.B. Tiere), aber auch was sie nicht wollen (z.B. DWK-Infomaterial).

Das ist nur der Rahmen für die drei Stufen, die Leute werden viele Ideen und Überraschungen mitbringen, um einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Vorseitbar ist auch noch eine 4. Stufe, für die dann bundesweit mobilisiert werden könnte.

Kontakt: BI-Büro Lüneburg 05841/4684 Mo - Fr 16.00 - 18.30 Uhr

Gorleben-Nachrichtendienst

„Als Zeichen der Solidarität werden einzelne Pastoren auf Teilsreden des Marsches dabei sein“, erklärte ein Sprecher der Dannenberger Plan-Konferenz im Anschluß an eine Sitzung dieses Gremiums am Dienstag im Dannenberger Gemeindefaust.

Erklärung der AL Hamburg zur Bundestagswahl

1. Die letzten vier Monate Bundespolitik haben deutlich gemacht, daß die Umverteilungspolitik und Krisenabwälzung zu Lasten der Bevölkerung unter der CDU/CSU/FDP-Regierung erheblich verschärft worden ist:

- die Mietgesetze sind rabiat auf Kosten der Mieter verändert worden,
- das Bafög ist drastisch zusammengebrochen worden,
- vor dem Hintergrund der erwarteten 2,5 Mio. Arbeitslosen im Jahr 83 fordert BföM eine Lohnpaus, die die Arbeitnehmer-Haushalte zusätzlich belastet,
- ein forciert Ausbau der Atomindustrie, der Raketenstationierung und der Großprojekte wie Starnberg-See und Rhein-Main-Donau-Kanal gehören unter Verzicht zum Regierungsprogramm.

Die Nominierung Zimmermanns ist als Kampfsache an alle Demokraten zu verstehen.

Diese von der CDU/CSU/FDP beschlossenen Maßnahmen der „Übergangszeit“ bis zur Wahl am 6. März geben einen Vorgeschmack auf weitere vier Jahre CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik.

Eine undifferenzierte Gleichsetzung von CDU/CSU/FDP und SPD lehnen wir deswegen ab; sie vernachlässigt u.E. das konkrete Ausmaß und die konkreten Folgen einer brutalen und beschleunigten Verschlechterung der Lage für die sozial schwachen Teile der Gesellschaft durch die CDU/CSU/FDP.

Wir verkennen jedoch nicht, daß die sozial-liberale Koalition wegbereitend für diese Rechtsentwicklung gewesen ist und z.B. durch Beschneidung des sozialen Netzes, den Abbau demokratischer Rechte und der Militarisierung, den Ausbau der Atomenergie, die Abwälzung der Krisenlasten auf Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose eingeleitet hat, für den NATO-Doppelbeschluss maßgeblich verantwortlich ist u.a.w. und nach wie vor zu dieser Politik steht.

Durch das Mißtrauensvotum vom Oktober von der Regierungsverantwortung befreit, wartet die SPD nun mit verbal-radikalem Geklingel auf und dient sich mit Vogel an der Spitze als die oppositionelle Kraft an; obwohl sie nach wie vor an der Krisenlösung durch Umverteilungspolitik festhält, sie verspricht lediglich — und das wird auch von ihr erwartet — eine „sozial-gerechtere“ Umverteilung, deren Hauptlast jedoch weiterhin von den einkommensschwachen Bevölkerungsteilen getragen werden soll.

Ohne die geringsten Zugeständnisse an die während der sozial-liberalen Koalition entstandene grün-alternative Bewegung zu machen, hofft die SPD angesichts der drohenden CDU/CSU/FDP-Mehrheit die Protestwähler zurückzugewinnen und den in den letzten Jahren gewachsenen Zustrom zu grün-alternativen Listen zu stoppen.

Die überraschenden Wahlergebnisse von Hessen und Hamburg zeigen, daß die grün-alternative Wahlbewegung mit der Bundes-SPD in Opposition vor stärkere Probleme gestellt ist, als es bisher der Fall war.

II. Diese veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen verlangen der Wahlbewegung insbesondere Anstrengungen in programmatischer Hinsicht ab: Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Mietrechtsverschärfung, die Friedensfrage und Ökologie werden wichtige Themen im Wahlkampf und für die nächsten Jahre sein.

Die Unterstützung und Propagierung gewerkschaftlicher Fragen (36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich), die Unterstützung betrieblicher und sozialer Kämpfe sind damit ebenso eng verknüpft wie die Unterstützung der zu erwartenden Aktionen an den „Nach“-Rüstungsstandorten, AKW-Bauplätzen etc. sowie die enge Zusammenarbeit mit möglichst vielen Aktiven dieser Basisbewegungen.

Diese sind auch wesentliche Grundlagen, um erstens einen soliden Unterbau für eine Parlamentarisation im Bundestag zu erhalten, zweitens ein Korrektiv zu den parlamentarischen Sachverhalten zu schaffen und drittens der sozialen Demagogie der SPD etwas entgegenzusetzen.

Aus diesen Überlegungen speist sich u.a. der Gedanke, daß alle Teile der Wahlbewegung gleichberechtigt an der Kandidatur zum Bundestag beteiligt sein sollten. Gleichzeitig sollte damit die Voraussetzung geschaffen werden, den mit den verschiedenen Teilen der Wahlbewegung (Grüne, AL's, Bunte, DS u.a.) sympathisierenden Kräften eine optimale Entfaltungsmöglichkeit und Identifizierung mit einer möglichen Parlamentarisation zu schaffen, die zu einem massiven Engagement gegen die Rechtsentwicklung und für eine gemeinsam getragene Alternative zur etablierten Politik reizt.

Die letztlich von den Bundes-GRÜNEN installierte „grün-offene-Liste“ kommt diesem Anspruch nicht nach.

Die letztlich von den Bundes-GRÜNEN installierte „grün-offene-Liste“ kommt diesem Anspruch nicht nach.

Das Verhalten der GRÜNEN auf Bundesebene gegenüber dem Ansinnen der anderen Teile der Wahlbewegung ist mehr als dürftig, obwohl insbesondere die Hamburger GAL-Erfahrungen für ein breites Bündnis zur Bundestagswahl sprechen.

Wir kritisieren und bedauern das Vorgehen der Bundes-GRÜNEN und halten es nach wie vor für sinnvoll, daß AL's etc. in anderen Bundesländern, auf regionaler und lokaler Ebene weiterarbeiten, solidarisieren mit den GRÜNEN die Anforderungen der nächsten Zeit angehen, Bündnisse und Beteiligungen — auch mit Kandidaten — eingehen, wo es ihrer Ansicht nach möglich ist.

Trotz dieser Kritik und unserer Ablehnung von wichtigen politischen Strömungen bei den Bundes-GRÜNEN wird die AL zur Wahl der GRÜNEN aufrufen und sich aktiv am Wahlkampf beteiligen.

Ungeachtet einer Vielzahl weiterer inhaltlicher Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten ist allein die Tatsache, daß einzig die GRÜNEN unmißverständlich gegen AKW's und NATO-Nachrüstung eintreten, Grund genug, für eine möglichst starke Präsenz der GRÜNEN im Bundestag einzutreten. Darüber hinaus ist für diese Entscheidung wesentlich, daß die GRÜNEN (trotz ihrer faktischen Altkandidatur) stärker von den außerparlamentarischen Bewegungen getragen werden und somit einflußbarer sind als alle anderen Parteien. Deswegen unterstützen wir die Kandidatur der GRÜNEN zum Bundestag und beteiligen uns mit eigenen Kandidaten als GAL daran.

III. Der für den 15./16.1.83 in Sindelfingen geplante Bundeskongreß der GRÜNEN sieht die Verabschiedung eines Wirtschaftspapiers und eines Wahlauftrufes vor. Damit wird klar werden, mit welchen Positionen der Wahlkampf bundesweit bestritten wird und wie in nächster Zeit programmatisch möglicherweise im Parlament agiert wird.

Die AL sollte in jedem Fall einen eigenen Wahlauftrag herausgeben, wobei es sich von selbst versteht, daß die Beschlussfassung in Sindelfingen dabei nicht ohne Bedeutung ist und Auswirkungen auf die Art und Weise des AL-Engagements und damit der GAL hat.

Wie gegenwärtig davon aus, daß sich wesentlicheres gegenüber den Papieren von Hagen nicht verändern wird.

Unter diesen Voraussetzungen beschließt die AL:

1. Die AL beteiligt sich am Kongreß in Sindelfingen mit Gastdelegierten.
2. Die AL schlägt vor, einen GAL-Wahlauftrag zur Unterstützung der GRÜNEN bei ihrer Kandidatur zum Bundestag herauszugeben, der unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Sindelfingen erstellt wird und ggfs. eigene Positionen bezieht.
3. Die AL wählt Kandidaten für den Bundestag (bei vier Gegenstimmen angenommen). Die Hamburger Kandidatenliste wird nach dem Reißverschlussprinzip paritätisch besetzt.
4. Die GAL-Kandidaten sind der Hamburger GAL-Mitgliederversammlung verpflichtet.
5. Finanzielle Regelungen: wie bei der HH-Wahl gehand.

Als starke Minderheitsposition wurde festgehalten: „Die programmatische Grundlage der GAL-Kandidaten ist das GAL-Programm“.

Hamburg, 8. Januar 1983

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100,-, halbjährlich DM 50,-);

Besahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 37175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, K.L. 4 810 685 00 Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterhalten durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

DGB-Führung: Lieber mit der CDU als »Hamburger Verhältnisse«

Einer Neuaufgabe der 1976 vom DGB formell aufgekündigten „Konzertierten Aktion“ steht offenbar nicht mehr viel im Wege. Gleich im ersten Gespräch nach dem Regierungswechsel baute der Vorsitzende Breit seitens des DGBs goldene Gesprächsbrücken: Zum Sturz der Regierung werde der DGB seine Mitglieder nicht mobilisieren, man habe sich schon immer parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen gebeugt und schließlich habe keine der großen Parteien (sprich: die SPD) die Gewerkschaften für sich gepachtet. Außerdem — so versucht Breit die Differenzen glättzubügeln — sei das allerwichtigste, „daß wir über das Ziel einig sind.“

Ende Oktober erklärte die neue Regierung noch einmal, daß auch sie an einem von „Fairness und Objektivität“ bestimmten Verhältnis zum DGB interessiert sei und forderte diesen zum „konstruktiv kritischen Dialog“ auf. Noch während der letzten Demonstrationen gegen die Sparpolitik teilte Regierungssprecher Stolze am 8.11.82 mit, Kohl habe „ein großes Interesse, diese Gespräche so schnell wie möglich zu beginnen“; die DGB-Aktionen seien „keine Vorbelastung“ dafür, da sie schon vorher geplant worden waren.

Mitte Dezember schließlich plädierte Arbeitsminister Blum dafür, daß Gewerkschaften, „Arbeitgeber“ und Regierung sich „endlich an einen Tisch setzen“. Vorausgegangen war ein „Konjunkturgespräch“ der Deutschen Gewerkschaften, „Arbeitgeber“ und Regierung sich „endlich an einen Tisch setzen“. Vorausgegangen war ein „Konjunkturgespräch“ der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Köln, in dem Vertreter „der Sozialpartner“, der Regierung und der Wissenschaft zu der gemeinsamen Einschätzung gelangen, daß die Neuaufgabe der „Konzertierten Aktion“ im „Bereich des Möglichen“ läge. Die Kapitalisten können es kaum noch abwarten, endlich mit der „wirtschafts- und sozialpolitischen Gesprächsrunde“ (Esser, Arbeitgeber-Präsident), unter welchem Firmenschild auch immer, zu beginnen.

Während DGB-Vertreter wie der Breit-Stellvertreter Fehrenbach (CDU) schon jetzt öffentlich über Einladungsmodalitäten (er fordert, daß besser nicht Blum oder Lambdorff, sondern Kohl einladen sollte, da er derzeit an der Basis nicht so verschrien sei...) sinnieren, bremst Breit noch etwas ab. Der Grund dafür liegt in der provokatorischen Haltung der Kapitalisten, die sich bislang geweigert haben, Themen wie Arbeitszeitverkürzung und Mitbestimmung innerhalb dieses Kreises überhaupt zu besprechen. Weiterhin will Breit vorher geklärt wissen, daß die Bundesregierung eine neue „Konzertierte Aktion“ nicht als Mittel zur Durchsetzung von Lohnleitlinien benutzt. Der DGB-Führer spielt damit offensichtlich auf Erfahrungen zu Gründungszeiten der „Konzertierten Aktion“ 1966/67 an, die faktisch die ständige Intervention des Staates in die Tarifauseinandersetzung verankerte. Die Bundesregierung gab jährliche „Orientierungsdaten“ — u.a. auch für die Lohnentwicklung — heraus, und die Einrichtung der „Konzertierten Aktion“ sollte gewährleisten, daß die Lohnsteigerungen auf ein sog. „kostenneutrales“ Niveau begrenzt und den Erfordernissen der Konjunkturpolitik angepaßt wurden. Durch dieses Konzept einer staatlichen Einkommenspolitik auf freiwilliger Grundlage ist eine „aktive Lohnpolitik“ und Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Lohnabhängigen weitgehend verhindert und mithin die „Tarifautonomie“ erheblich eingeschränkt worden.

Warum sollte das Kalkül einer konservativen Regierung ein wesentlich anderes sein, als das einer Großen Koalition, in einer noch wesentlich krisenärmeren Zeit vor über 15 Jahren? Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Bourgeoisie über die Neuaufgabe einer „Konzertierten Aktion“ anstrebt, den DGB noch erheblich mehr als bisher in sein kapitalistisches Krisenmanagement einzubinden, um ihn noch stärker als Pufferzone zwischen Kapital und Arbeit einsetzen zu können. Daß dieses

ganz vorzüglich klappen kann, zeigte sich erst kürzlich bei einer kleineren „Konzertierten Aktion“: Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, der IG-Bergbau und des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbau institutionalisierten eine sog. „Kohlerunde“, deren erster Beschluß darin bestand, mit staatlicher Finanzspritze die Kohlezeche Erin mit ihren 3.800 Beschäftigten ditzumachen. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die dieser trauten Runde angeschlossen sind, stimmten allesamt dafür, zu „Störungen“ ist es bislang nicht gekommen.

Nach diesem Vorbild sollen sich jetzt — so ein Neujahrsvorschlag von Blum — auch die Stahlkapitalisten im Ruhrgebiet mit den Gewerkschaften und der Bundes- sowie Landesregierung zu einem sog. „Stahlpakt Ruhr“ zusammenfinden. Eine kleine „Konzertierte Aktion“ scheint auch in diesem Fall als der zweckmäßigste Weg angesehen zu werden, die bis zu 100.000 Beschäftigten, die dieser „Kapazitätsanpassung“ zum Opfer fallen werden, möglichst leistungsfähig in das Heer der Arbeitslosen einzureihen.

Es gehört nicht allzuviel Phantasie dazu zu erkennen, wer die eigentlich Leidtragenden einer „Konzertierten Aktion“ sein werden.

DGB für eine Große Koalition?

DGB für eine Große Koalition?

Konsequenterweise wird im Zusammenhang mit Überlegungen zur Neuaufgabe der „Konzertierten Aktion“ innerhalb des DGB auch die Frage einer großen Koalition nach den nächsten Bundestagswahlen diskutiert. Bislang haben sich überwiegend DGB-Funktionäre aus der CDU positiv dazu geäußert. Nach einer Umfrage der „Welt der Arbeit“ ist die Mehrheit der CDU-DGB-Gewerkschafter dafür. DGB-Vizechef Fehrenbach und andere namhafte Freunde halten eine „zeitlich begrenzte“ Große Koalition für die beste Möglichkeit in der Krise.

Auf der anderen Seite hat sich bislang Eugen Loderer (SPD) als prominenter und mächtiger Vertreter des „mittleren“ Flügels des DGBs positiv dazu geäußert. Andere DGB-Repräsentanten, namentlich die Vertreter des rechten Kanalarbeitersektors der SPD, glänzen noch durch vornehmliche Zurückhaltung. Hier wird sich sicherlich in den nächsten Wochen noch einiges bewegen.

Natürlich erhofft sich Loderer durch eine Hereinnahme von SPD-Politikern im Falle eines knappen CDU-Sieges eine Stärkung gewerkschaftlicher Positionen. Er plädiert bei „unsicheren Mehrheitsverhältnissen“, also auch im Fall einer knappen SPD-Mehrheit, für eine Große Koalition. In diesem Punkt trifft er sich wohl mit den Überlegungen der meisten DGB-Kader: Bei knappen Wahlausgang (und wer zweifelt daran?) würden sich zwei nahezu gleichgroße gesellschaftliche Blöcke mehr oder minder gegenüberstehen. Die Grünen als neuer Mehrheitsbeschaffer mal für die CDU, mal für die SPD (ein „Rot-Grüner Bundnis“ wird es ja sowieso nicht geben) würden zusätzliche Unruhe schaffen. Keiner der Blöcke könnte es sich erlauben, ohne erhebliche Reibungsverluste gegen den anderen auf Dauer Politik aufgrund formeller Mehrheitsverhältnisse im Bundestag durchzudrücken. Der „soziale Friede“ könne nur in gemeinsamer Anstrengung und im weitestgehendem Konsens beider „Blöcke“ gesichert werden.

Ob die „gesamtgemeinschaftliche Vereinbarung“, wie der neue IG-Chemiechef Rappe (SPD) sie fordert, nun in Form einer „Großen Koalition“ oder „Konzertierten Aktion“ oder beidem stattfinden wird, hängt nicht allein und noch nicht einmal maßgeblich vom DGB ab. Er hat die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt.

Ein Gremium der Wirtschaft
Betrieb & Gewerkschaft

Blüms Lohnpause: Kein Lohnstop, aber Anpassung nach unten

Ganz auf der Linie des Lambdorff-Papiers, das zum Anlaß formeller Aufkündigung der alten Regierungskoalition durch die SPD genommen wurde, war der Lohnpausenvorschlag Blüms kurz nach seiner Amtsübernahme. Daß er mit seinem Vorstoß eher mehr Schaden als politischen Nutzen erreicht hat, mag man heute, nachdem die Sache wieder fallengelassen wurde, seinen eigenen Äußerungen entnehmen. Besonders sauer ist Blüm über die Kritik von F.J. Strauß, der eine Lohnpause für „ordnungspolitisch falsch und im Ergebnis (als) wirkungslos“ (zitiert nach „Hamburger Abendblatt“, 2.11.82) bezeichnet hatte, nachdem sich sowohl sämtliche Wirtschaftsinstitute und — nach einigem Zögern — auch die Kapitalistenverbände dagegen gewandt hatten.

Ein Eingeständnis der Stärke ist seine Äußerung, mit der er den Fall „Lohnpause“ für ein halbes Jahr in die Akten packte, in der Tat nicht: „Er gibt keinen Papst in der Politik, ich bin keiner, Strauß ist auch keiner“ (s.o.). Interessant an diesem Kapitel sind die Ablehnungsgründe aus dem eigenen Lager, die von Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall in einem „Zeit“-Interview vom 31.12.82 wie folgt auf den Punkt gebracht wurden: „...wir sind uns darin einig, daß es nichts nützt, einen Kraftakt sondergleichen zu probieren, wenn dies letztlich zum Pyrrhus-Sieg würde. Denn würden wir uns durchsetzen, müßte dies zum einen mit einem Arbeitskampf bezahlt werden und zum zweiten mit einer Revanchestimmung bei den Gewerkschaften, das heißt, alsbald stünden Nachforderungen ins Haus. Eine Lohnsteigerungs- und Lohnpausenpause kann nur dann eine optimale Strategie sein, wenn sie von beiden Seiten akzeptiert und mitgetragen

wird (vielleicht zukünftig in einer „Konzertierten Aktion“? Anm. AK). ZEIT: Sie geben also diesmal einer SP-cherung des sozialen Konsenses Vorrang?

Kirchner: ja, allerdings nicht erneut um den Preis eines faulen Kompromisses willen. Wir wollen einen Mittelweg einschlagen zwischen einem Tarifergebnis, das nicht mehr finanzierbar ist und dem völligen Verzicht auf jede Lohnsteigerung.

(...)

Wenn wir Lohnzustandnisse machen, dann sollen sie eigentlich nur eine Kontinuität in der Entwicklung fortführen, die 1981 begonnen hat, nämlich eine allmähliche Gewöhnung an schmalere Zuwachsraten beim Lohn.“

Die Rechnung dieser für manch gestandenen Gewerkschafter überraschend anmutenden Fähigkeit der Kapitalisten zu einer differenzierten und äußerst feinfühligsten Politik hat schnell Früchte getragen: Die IGM als traditionelle Lohnführerin verzichtete in diesem Jahr erstmalig auf eine Forderungsaufstellung in drei ihrer Bezirke und bekundete damit ihr Interesse an einem „ruhigen“ Verlauf der Tarifrunde. Ohne das übliche Ritual öffentlicher Polemiken und Drohgebärden will die IGM direkt mit den Kapitalisten zu einem friedlichen Abschluß kommen.

Im letzten Jahr mußten sich noch die IG Chemie und die NGG innerhalb des DGB und insbesondere von der IGM bitterböse Vorwürfe dafür einhandeln.

Neu ist in diesem Jahr ebenso die Revision mehrheitlich gefaßter Forderungshöhen regionaler Tarifkommissionen durch das statutenmäßig verankerte Vetorecht des IGM-Vorstands. Ausgerechnet in Baden-Württemberg, wo zuvor gerade eine recht erfolgreiche Kampagne unter dem Motto: Lohnverzicht sichert die Arbeitsplätze nicht!

angelaufen war, dürfte sehr viel Unverständnis darüber bestehen, weshalb die IGM-Führung ihre eigene Kaufkrafttheorie und innergewerkschaftliche Demokratie selbst ad absurdum führt.

Der Erfolg, der sich in der diesjährigen Lohnrunde mit einem Abschluß von ca. 3,4 Prozent für Kapital und Regierung abzeichnet, gibt Kirchners Taktik recht. Ähnliche Argumente ließen sich auch anführen gegen die „harte Linie“ Lambdorffs bei Arbeits-Saarstahl. In beiden Fällen ging es darum, bestehende Tarifverträge der Gewerkschaft auszuböhlen und damit gleichzeitig die reale Schwäche und Anfalligkeit des DGBs in der jetzigen Krise öffentlich bloßzustellen.

Derzeit scheint es im herrschenden Lager eine Mehrheit zu geben, die gegen eine Politik der totalen Konfrontation gegen die Gewerkschaften ist und sich von einem schrittweisen Vorgehen letztlich mehr Stabilität verspricht. Das soll natürlich nicht heißen, daß der DGB in den kommenden Monaten nicht wieder mit ähnlichen Attacken à la Blüm oder Lambdorff überrascht werden könnte.

Möglicherweise stellt sich die Politik der Nadelstiche auch als eine zusätzliche Variante einer Regierungspolitik mit vertauschten Rollen heraus, um eine Differenzierung im gewerkschaftlichen Lager zu ermöglichen. Eine solche, allerdings natürlich mit insgesamt deutlich nach rechts verschobenen Akzenten, deutet sich schon an. Als ein Prügelknabe steht wiederum der Graf auf der Liste des DGB, wobei die CDU sich in der Rolle eines partiellen neuen „kleineren Übels“ gar nicht mal so unwohl fühlen dürfte.

Ein Genosse der Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Neue Heimat:

Neue Heimat:

Erfolgreiche Plünderung der Gewerkschaften

Wäre es nach dem Willen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder gegangen, so hätte die skandalumwitterte „Neue Heimat Städtebau“ keinen roten Heller aus Gewerkschaftskassen zur Sanierung ihrer Bilanzen erhalten.

Es ist kennzeichnend für die Struktur der Einzelgewerkschaften des DGB, daß die geforderte Zahlung von 400 Mio. DM (350 Mio. verlorenes Zuschuß, 50 Mio. Kapitalerhöhung) relativ problemlos über die Bühne ging.

Lediglich die Gewerkschaften Holz und Kunststoff und die IG Druck und Papier zahlten nicht die ihnen nach dem Gesellschaftsanteil zukommende Summe. Die DruPa stellte statt der geforderten 11,6 Mio. DM nur 3,6 Mio. DM zur Verfügung. Ihr Hauptvorstand erklärte die Ablehnung weiterer Zahlungen: „Aus Gründen der Erhaltung ihrer Kampfbereitschaft und der Sicherung ihrer eigenen gewerkschaftlichen Aufgaben kann die IG Druck und Papier weder jetzt noch künftig eine Kapitalerhöhung, weitere Darlehensaufnahmen oder Verlustzuweisungen mitvollziehen“. Angesichts der prekären finanziellen Situation der DruPa scheint die DGB-Führung die verringerte Zahlung akzeptiert zu haben. Die restlichen 8 Mio. DM werden von der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft getragen.

Anderst ist hingegen die Situation bei der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Schon bei der Ende 1981 beschlossenen Kapitalaufstockung hatte sich die GHK quergestellt. Sie forderte eine Überprüfung der gemeinwirtschaftlichen Ziele der „Neuen Heimat“. Bevor man Zahlungen leistete, müsse erst im Konzern etwas passieren. Dies war noch im April 1982 Beschlußlage im GHK-Vorstand. Bis zum Gewerkschaftstag im Mai wurde die GHK dann allerdings weichgeklöpft, ihren Anteil zu zahlen. Von den jetzt geforderten 15,9 Mio. DM hat die GHK nur 7,4 Mio. überwiesen, was von der DGB-Führung (intern) außerordentlich scharf kritisiert wurde und wohl noch Gegenstand einer DGB-Bundesausschusssitzung sein wird. Die ausstehenden 8,5 Mio. DM werden von den Vermögens- und Treuhandgesellschaften des DGB ausgelegt, die der GHK dafür Schuldscheine ausstellt und auf Rückzahlung der Summe plus Zinsen drängt. Über diese Zwangsverschuldung der GHK wurden die Gewerkschaftsmitglieder noch nicht einmal in-

aus: Hamburger
Lehrerzeitung

formiert. In der GHK-Mitgliederzeitung „Holzarbeiter-Zeitung“ 1/83 heißt es lediglich: „Eine mehr als doppelt höhere Summe, wie sie eine Quotenregelung vorsah, konnte für die GHK wegen der außergewöhnlich hohen finanziellen Belastung nicht in Betracht kommen. Der Anteil, den die GHK in diese Aktion einbringt, entspricht der Stärke unserer Gewerkschaft im DGB und kann von uns aufgebracht werden, ohne unsere eigene Finanzkraft zu schwächen.“

Von der GEW, die nur einen vergleichsweise bescheidenen Anteil von 868.000 DM an die NH zu zahlen hat, hätte man etwas mehr Widerstand gegen diese Zumutung erwartet. Immerhin hatte noch der GEW-Bundeskongress im Oktober 1981 der NH vorgeworfen, sie betriebe eine Wohnungspolitik, „derer wesentliche Nutznießer Spekulanten, Großverdiener und das Finanzkapital sind“. Dieser Beschluß war damals vom DGB-Bundesausschuss offiziell gerügt worden — ein Novum in der westdeutschen Gewerkschaftsgeschichte. Als der Hauptvorstand der GEW nun am 11.9.82 die geforderten Gelder bewilligte, führte er einen wahren Eiertanz auf: „Der Hauptvorstand sieht es als unerträglich an, daß der GEW nichts anderes übrig bleibt, als ihren Beitrag zur Sanierung der Neuen Heimat Städtebau aus angelegten Mitgliedsbeiträgen zu leisten. Der Hauptvorstand ist dazu nur bereit, weil er sich dem Appell des Bundesvorstandes des DGB an alle Gewerkschaften nicht entziehen kann (!) und will. Für den Hauptvorstand ist damit allerdings die Grenze des Zumutbaren erreicht“ („Berliner Lehrerzeitung“ 11/82).

Der sofortigen Zahlung der Gelder

ohne Rücksprache in den Landesverbänden widersprachen lediglich die Vertreter der Landesverbände Bremen und Westberlin. Die Westberliner kündigten sogleich an, sie wollten den Beschluß auf der Sitzung des Hauptaussschusses (dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) revidieren lassen. Als der Hauptaussschuß der GEW dann am 9.10. zusammentrat, mußte man feststellen, daß der GEW-Anteil zur NH-Sanierung bereits überwiesen war.

Dies führte unter den Westberliner GEW-Mitgliedern zu erheblicher Unzufriedenheit, die sich u. a. in einem Beschluß der Mitgliederversammlung Kreuzberg ausdrückte, bis zur Revision der GEW-Zahlungen an die NH nur noch 64 % des Gewerkschaftsbeitrages (also keine Beiträge für die GEW-Bund und den DGB) zu entrichten. Inzwischen sollen ca. 500 Westberliner GEW-Kollegen eine entsprechende Erklärung unterzeichnet haben. Auf der Vertreterversammlung der GEW-Berlin am 16.12. konnte sich diese Position allerdings nicht durchsetzen. Stattdessen wurde beschlossen, einen Antrag an den Gewerkschaftstag der GEW im Oktober zu richten, in dem die Bereitstellung von GEW-Geldern für die NH mißbilligt und ein Ausstieg der GEW aus der Beteiligung an der Neuen Heimat Städtebau gefordert wird.

Die Vertreterversammlung der Hamburger GEW mißbilligt derweil das Verhalten ihres Vorsitzenden, der der NH-Sanierung mit GEW-Geldern zugestimmt hatte.

Kommission
Betrieb & Gewerkschaft



Wie wär's denn mal mit Libyen?

Daß Agca „ein bezahlter Killer“ ist und daß hinter dem Attentat eine „internationale Terroristenbande“ steht, wenn nicht gar ein „internationales Komplott“ steht, wußte man selbstverständlich sofort. Daß die Spuren ebenso selbstverständlich keineswegs nach rechts, sondern eindeutig nach links führen würden, wurde sehr schnell klar: Gleich in den ersten Verhören bekannte sich Agca als Osefoganmann der radikalen Palästinenserorganisation PFLP (Anm. 9). Die PFLP dementierte sofort, und man kam auf diese Version bis heute nicht wieder zurück. Ebenfalls in den ersten Verhören erklärte Agca, er sei zwar Mitglied der MHP gewesen, habe sich aber von ihr getrennt und sei jetzt ein Linksradikaler (Anm. 10). Damit ließ sich etwas anfangen, und schon kursierte in Italien das Gerücht, Agca sei „auf verschlungenen Pfaden von orthodoxen Kommunisten zu seiner Tat angestiftet worden“ (Anm. 11).

Eine weitere Spur wurde ins Spiel gebracht, für die sich inzwischen kein Mensch mehr interessiert: Libyens unheimlicher Staatschef Ghaddafi, in der Hilparade der politischen Kladderhats seit Jahren auf den Spitzenplätzen, habe das Attentat in Auftrag gegeben. Nur vier Tage nach den Schüssen auf den Papst konnte man diese Version in der Springer-Presse lesen — unter Berufung auf den marokkanischen König Hassan, der sehr viele Gründe hat, Ghaddafi immer wieder ins rechte Licht zu rücken (Anm. 12). Eine Woche später war der „Bild am Sonntag“ sogar noch Genaueres zu entnehmen: Agca sei von Libyen über ein Konto in Palermo (Sizilien) bezahlt worden, und zwar über eine libysche Schein-Firma, die auch größere Geldbeträge an italienische Rechtsextremisten überwiesen habe. Auf Agcas Konto seien mindestens 18.000 DM eingezahlt worden (Anm. 13). Seltsam nur, daß dieses Konto und Libyen überhaupt in den aktuellen Ermittlungen und Versionen nicht wieder auftaucht sind.

Natürlich war's der KGB!

Höchste Zeit, endlich mal den KGB ins Spiel zu bringen. Den Anfang machten die türkischen Faschisten selbst: Am 22.5.81 behauptete ihre Zeitung „Tercüman“, daß Agca ein KGB-Agent sei. „Tercüman“ berief sich dabei auf eine Wiener Zeitung und auf „westliche Geheimdienste“. Bereits am 21.5.81 vertrat der Faschist Celebi — jetzt als mutmaßlicher Komplize Agcas in Haft — diese Version auf einer Pressekonferenz (nach FIDEF-Türkei-Informationen 4/5 1981).

Mord im Orient-Express Vom Papst-Attentat zur Nachrüstung

Große Sensibilität für politische Zusammenhänge bewies ein Kommentator in Springers „Welt“, als er eine historische Parallele zog von den Schüssen des türkischen Faschisten Ali Agca auf den Papst 1981 zu den Schüssen in Sarajewo 1914 (Anm. 1). Denn wieder einmal geht es um Balkan, wirre Zusammenhänge — und um Vorbereitungen zum Krieg.

Dabei schlen doch anfangs noch allen klar zu sein, nachdem Agca am 13. Mai 1981 den Stellvertreter Gottes belohnen auf die lange Reise zu seinem Chef geschickt hatte: Der Attentäter ist Mitglied der türkischen Faschisten-Partei MHP, mit vielfältigen Bekanntschaften und Komplizenschaften im Milieu der „Grauen Wölfe“. Bekanntschaften beispielsweise in der BRD, einem Naturschutzgebiet für die türkische Mafia und den türkischen Rechtsterrorismus. „Mordspur führt nach Deutschland“ (Anm. 2) und „Auftraggeber des Attentäters flieht durch Deutschland“ (Anm. 3) schreibt in jenen Tagen sogar die Springer-Presse. Ausführlich wird berichtet, daß Agca wiederholt und längere Zeit in der BRD war, daß er in diesem Land möglicherweise zwei politische Morde ausgeführt hat, daß er kurz vor dem Attentat von seinem Hotel in Rom aus ein führendes Mitglied der „Grauen Wölfe“ in Sarstedt (bei Hannover) angerufen habe. — Konsequenz weiterverfolgt hätten diese Spuren nur zu Feinlichkeiten und Ärgernissen führen können. Was für ein Glück also, daß die verwirrend verworrene Geschichte sich inzwischen in eine ganz andere Richtung geklärt hat: Agca's Auftrag kam vom bulgarischen Geheimdienst, der seinerseits selbstverständlich nur eine Filiale des allmächtigen sowjetischen KGB ist. Nun endlich ist bewiesen, was kluge Menschen sowieso seit langem wußten: „Der Terrorismus kommt aus dem Osten“ (Anm. 4). „Buchstäblich jeder im Westen, bis ganz oben, kommt als Objekt einer Mordaktion östlicher Geheimdienste in Betracht“ (Anm. 5) und vor allem: „...was sind dann alle Versicherungen Moskaus wert, man werde den Westen militärisch nicht angreifen...!“ (Anm. 6). Umstritten ist unter den Fachleuten des Konservatismus und der psychologischen Kriegsführung nur noch, ob das Papst-Attentat ein „Meisterwerk“ der Regie war (Anm. 7), oder ob die östlichen Drahtzieher nicht ganz im Gegenteil „einen Mißgriff an den anderen gereicht“ haben (Anm. 8).

Internationales Niveau bekam die KGB-Version im Juni durch die sowjetischen Rechtsdisidenten Wladimir Maximow und Alexander Oinsburg. In einem Interview mit der italienischen Zeitung „il tempo“ behaupteten sie, „es bestehe kein Zweifel, daß das Attentat vom KGB organisiert wurde“ (Anm. 14). Der KGB revanchierte sich, indem er über die sowjetische Nachrichtenagentur „Nowosti“ die These verbreiten ließ, hinter dem Attentat könne der CIA der USA stehen. Motiv: Der Papst habe einen Vertreter der Befreiungsfront von El Salvador empfangen, habe Kontakte zur PLO aufgenommen und habe sich gegen die Anexion Jerusalems ausgesprochen (Anm. 15).

Im Juli 1981, gerade zwei Monate nach dem Attentat, fand der Prozeß gegen Agca statt, der in nur 72 Stunden über die Bühne gebracht wurde. Der Vorgang verdient eine spezielle Hervorhebung im Guinness-Buch der Rekorde: In Italien ist es keine Seltenheit, daß komplizierte politische Prozesse über eine stättliche Reihe von Jahren und notfalls — wie die Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank 1969 — auch schon mal über ein volles Jahrzehnt hingeschleppt werden. Der Prozeß gegen Agca erbrachte denn auch nicht mehr als die offensichtliche Tatsache, daß er auf den Papst geschossen hatte. Über Komplizen, Helfer, Auftraggeber wurde nichts bekannt. In der erst zwei Monate nach dem Prozeß veröffent-

lichten Urteilsbegründung heißt es, das Attentat sei auf ein „internationales Komplott“ zurückzuführen: „Jedoch habe das Material es „nicht ermöglicht, die Hintermänner ausfindig zu machen“.

Anfang September — die Urteilsbegründung war noch nicht veröffentlicht — wurde erstmals ausdrücklich der bulgarische Geheimdienst ins Spiel gebracht. Es war ein britischer Journalist, der in einem privaten TV-Sender behauptete, das Attentat sei möglicherweise vom bulgarischen Geheimdienst und vom KGB geplant worden (Anm. 16). Gleichzeitig wußte ein hoher italienischer Funktöner schon zu berichten, Agca habe sich in Sofia mit einem Mann getroffen, „der möglicherweise seine Kontaktperson innerhalb des bulgarischen Geheimdienstes“ gewesen sei (Anm. 17). Der Vatikan mußte britische Presseberichte dementieren, in denen behauptet worden war, der Vatikan vermute den KGB als Auftraggeber des Papst-Attentats (Anm. 18).

„Der Westen kann das alles nur mit Schaudern zur Kenntnis nehmen. Wenn die östliche Supermacht bereit ist, den unbewaffneten Papst erschießen zu lassen — was sind dann alle Versicherungen Moskaus wert, man werde den Westen militärisch nicht angreifen und auch keine Atomwaffen auf Länder richten, die selber keine Atomwaffen führen? Sobald das östliche Regime sich in seinen Grundfesten bedroht fühlt, ist es offenbar zu jedem Verbrechen bereit. Nicht zu vergessen: Der Chef des KGB ließ zu jener Zeit, als das Papst-Attentat geplant und ausgeführt wurde, Juri Andropow“.

(„Welt“, 17.12.82)

Es vergingen mehrere Monate, ohne daß die „bulgarische Spur“ wieder in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Erst mehrere Monate später erfuhr man, daß inzwischen anscheinend die Ermittlungen eine neue Stufe erreicht hatten: Am 29.12.81 soll Agca im „Supergefängnis“ Ascoli Piceno begonnen haben, ein erstes Geständnis abzulegen, mit dem vor allem Bulgarien schwer belastet wurde. Die Öffentlichkeit erfuhr damals absolut nichts darüber. Stattdessen reiste der Direktor der italienischen „Gegenspionage“ höchstpersönlich zum Gedankenaustausch mit seinen türkischen Kollegen nach Ankara. Man einigte sich, daß Fachleute des türkischen Geheimdienstes nach Italien kommen sollten, um mit Agca zu sprechen. Schon hatte, so will es jedenfalls heute die Legende, der italienische Justizminister seine Zustimmung gegeben, da machte ein tapferes Schneiderlein aus dem Mittelbau der Justiz einen Strich durch die Rech-

nung, indem er ein Verhör Agcas durch die Türken verboten (Anm. 20). Schön klingt das Lied vom mutigen kleinen Mann mit der großen Zivilcourage, aber naheliegend ist der Verdacht, daß man Mittel und Wege gefunden hat, um den Faschisten Agca und die Abgesandten der türkischen Junta trotzdem zusammenzubringen.

Intermezzo Auftritt der Reumütigen

Die Früchte des ersten Geständnisses von Agca und der regen Kommunikation zwischen Italien und der Türkei wurden der staunenden Öffentlichkeit erst im August 1982 präsentiert. Bevor wir zu diesem Kabinetsstückchen kommen, muß jedoch ein Intermezzo eingeschaltet werden, das ein gutes Stück weiter auf der „bulgarischen Spur“ hinführt.

In der politischen Justiz Italiens sind in den letzten Jahren die sogenannten Reumütigen zu einer festen Institution geworden. Fast jeder politische Prozeß kann mindestens einen Reumütigen (in der Politik heißt es Reumütigen) zu einer festen Institution geworden. Fast jeder politische Prozeß kann mindestens einen Reumütigen vorweisen, der nach Kräften seine Leute beschuldigt, der für die Öffentlichkeit eine Figur zwischen Jämmerlichkeit und Widerwärtigkeit bietet, und der im übrigen möglicherweise alles bestätigen wird, was die Behörden von ihm hören wollen, sofern er sich davon einen Nutzen verspricht. Als eine solche Figur tritt seit Februar 1982 Antonio Savasta auf, der beschuldigt wird, bei der Entführung der US-Generalin Dozier (Dezember 81 - Februar 1982) eine führende Rolle gespielt zu haben. Unter anderem bestätigte Savasta wunschgemäß die Waffenlieferungen der PLO an italienische Brigate Rome (Anm. 21), die schon häufig Gegenstand von Gerüchten gewesen waren. — Savasta nun beschuldigte den hochrangigen Funktöner der sozialdemokratischen Gewerkschaft UIL Luigi Scricciolo, im Auftrag des bulgarischen Geheimdienstes an die Brigate Rome herangetreten zu sein. Er habe ihnen im Austausch gegen die Verhörprotokolle Dozier's Waffen, Unterschlupf und andere Formen der Unterstützung angeboten. Aus der Kontakt-Anbahnung entstand allerdings nichts Praktisches, was vor allem mit der Abneigung der Brigate Rome gegen den „Sozialimperialismus“ zu tun zu haben scheint.

Scricciolo, daraufhin ebenfalls inhaftiert, verwandelte sich in einen weiteren Reumütigen: Er behauptet, seit 1976 für den bulgarischen Geheimdienst als Spion tätig gewesen zu sein. Unter anderem seien seine Auftraggeber an Informationen über die polnische Solidarnosc interessiert gewesen; als Auslandsverantwortlicher der UIL hatte er darüber zweifellos einiges zu erzählen. Als seine Kontakteleute benannte Scricciolo mehrere Diplomaten und Angestellte der bulgarischen Botschaft in Rom.

Man darf vermutlich den Kontakt-Vorstoß der östlichen Geheimdienste in Sachen Dozier als wirklich unterstellen. Daß sie an Informationen über die militärischen Planungen und Absichten der NATO höchst interessiert sind, liegt auf der Hand. Gerade wenn man dies als wahr unterstellt, widerspricht es allen Spekulationen über eine Steuerung und Kontrolle des westlichen Linksterrorismus durch den KGB, denn andernfalls wäre der Kontakt-Vorstoß über Scricciolo überflüssig gewesen. Das hindert die westlichen Medien selbstverständlich nicht, aus dem (erfolglosen) Kontakt-Vorstoß in Sachen Dozier eine enge Zusammenarbeit zwischen bulgarischem Geheimdienst und Brigate Rome zu machen (Anm. 22). Einige Monate später, im Dezember 1982, folgten auch noch Spekulationen, der bulgarische Geheimdienst habe die Ermordung von Lech Walesa geplant, als dieser im Januar 1981 Italien besuchte (Anm. 23).

Salto Mortale ins „Internationale Terror-Netz“

Zurück in den August 1982: Die US-Journalistin Claire Sterling hat ihren großen Auftritt! Man kennt sie bereits in den einschlägigen Kreisen. Sie ist gern zu Diensten, wenn Geheimdienste und Polizeien westlicher Staaten Unwahrscheinliches und Phantastisches über die Verbindungen zwischen dem internationalen Terrorismus und dem Osten ans Publikum bringen möchten. Im Frühjahr 1981 erschien ihr Meisterwerk „Das internationale Terror-Netz“ („The Terror Network“) auf dem Markt, in dem alle Figuren vorkommen, die man von einem Meisterwerk erwartet: Ghaddafi, Arafat, Feltrinelli, Castro — und als Spinne im Netz immer wieder der KGB. Studentenproteste und Demonstrationen gegen Springer sind geschickt ins Netz geflochten. Die Springer-Presse applaudiert stehend (Anm. 24).

Inzwischen hatten die Geheimdienste Frau Sterling auf eine Rundreise geschickt, die mehrere Monate dauerte. Man hat ihr die Aufzeichnung von Agca's Erzählungen vom Dezember 81 zur Verfügung gestellt, man hat sie bei den Polizeien und Diensten mehrerer Länder herumgereicht, und man hat sie vor allem bei der türkischen Junta mit größter Gastfreundschaft und Redseligkeit aufgenommen. Im August 1982 publiziert sie ihr Produkt in „Reader's Digest“ (Anm. 25). Das internationale Echo ist enorm: „Sensationelle Enthüllung: Papst-Attentat! Kramt schlichte den Killer“ (Anm. 27). Essenz des Artikels: Schon seit Mitte der 60er Jahre sei die Türkei das „Objekt sowjetischer Zersetzungsarbeit“. Linke wie rechte türkische Terroristen seien von der Sowjetunion bezahlt, bewaffnet und ausgebildet worden. Agca selbst sei eigentlich gar kein Faschist, sondern habe enge Verbindungen zu verschiedenen Linksextremisten gehabt; konkret genannt werden Dev-Sol, die THKO, Emegen Birliigi und Halkin Kurtulusu. Seit spätestens 1977 sei Agca von östlichen Geheimdiensten betreut und bezahlt worden. Die Ermordung des „Milliyet“-Chefredakteurs Ipekci durch Agca und Agca's erstaunliche Flucht aus dem Gefängnis 1979 werden bereits in diesen Zusammenhang gebracht. Am Tage nach seiner Flucht aus dem Gefängnis kündigte Agca in einem Brief an „Milliyet“ an, den Papst ermorden zu wollen, dessen Türkei-Reise unmittelbar bevorstand.

Agca sei dann im Sommer 1980 für rund 50 Tage in Bulgarien aufgetaucht, in Sofia habe er im Luxushotel „Witoscha“ gewohnt. Bulgarien, so merkt Frau Sterling an, unterstütze schon seit Anfang der 70er Jahre die Terroristengruppen Westeuropas. Vor allem sei es der wichtigste Umschlagplatz für die Riesemengen an Waffen, die der KGB mit vollen Händen an linke und rechte Terroristen austeilte, um die Destabilisierung der Türkei, Ori-

Fortsetzung nächste Seite

Hellseher: Neues Attentat auf den Papst?

• Die Vereinigung der Nationalen Hellseher, Magier und Astrologen prophezeiten bei ihrem Jahrestreffen in Rom Schreckliches: Attentat am englischen Königshof, neues Attentat auf den Papst — und Präsident Reagan wird zum Rücktritt gezwungen.

(aus „Bild“, 18.12.82)



ehonlands, Italiens u.a. herbeizuführen. Von einem Syrer unbekannten Namens habe Agca im „Witoscha“ die später für das Papst-Attentat verwendete Waffe erhalten. (Frau Sterling bezieht sich auf das Geständnis Agca's vom Dezember 81. Ein Jahr später behauptet Agca, er habe die Waffe von dem türkischen Faschisten Ömer Bagci wenige Tage vor dem Attentat in Mailand bekommen. Aber auf solche Kleinigkeiten kommt es bekanntlich nicht an.) Ebenfalls im „Witoscha“ habe Agca damals die Bekanntschaft von Ömer Mersan (Mersan) gemacht. Mersan sei ein in München lebender Türke, der mit Schmuggelgeschäften, darunter gelegentlich auch Waffen, zu tun habe. Mersan habe Agca für 3000 DM einen falschen Paß beschafft. Außerdem habe Mersan ihn mit einem Bulgaren namens Mustafaeoff bekannt gemacht.

Die italienische Polizei habe das BKA der BRD am 22.5.81 (also wenige Tage nach dem Attentat) auf Mersan aufmerksam gemacht, schreibt Frau Sterling weiter. Mersan sei daraufhin festgenommen und verhört, aber vor Ablauf von 24 Stunden wieder freigelassen worden. Seither sei er untergetaucht. — Eine etwas peinliche Geschichte, und mit gutem Grund taucht Mersan's Name in den neueren Versionen über die Tat irgendwo mehr auf. Übrigens soll Mersan, so ebenfalls der Bericht der Frau Sterling, ein Verbindungsmann zu Abuzar Ugurlu gewesen sein, dem „Chef eines bedeutenden Waffenschmuggelrings mit Sitz in Sofia“. Ugurlu arbeite mit dem bulgarischen Geheimdienst zusammen und sei u.a. zuständig für die Waffentieferungen an die türkischen Terroristen von Rechts und Links. (Anm. 28).

„Die italienischen Justizbehörden sind in Bedenken. Ihre Anschuldigungen, bulgarische Staatsdiener seien in das Attentat auf Papst Johannes Paul II verwickelt, besitzen, das läßt sich jetzt absehen, nicht jenes Fundament der Eindeutigkeit, vor dem jeder Zweifel von jeder Seite verstummen muß... Über Beweise, wie sie für die Verurteilung in einem Zivilprozeß beizubringen wären, verfügen die italienischen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte offenbar nicht. (...) Deshalb darf auch Italien von seinen Verbündeten in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft nicht im Stich gelassen werden. Dabei stehen nun nicht mehr die Spurensicherung nach Sherlock Holmes und die Beweiskraft richterlicher Anschuldigungen im Vordergrund, sondern die politische Auseinandersetzung zwischen West und Ost...“

(„Frankf. Allgemeine“, 22.12.82).

„Frankf. Allgemeine“, 22.12.82).

Zurück zu Agca: Er habe Bulgarien Richtung Jugoslawien verlassen und sei kreuz und quer durch 12 Länder Europas gerast. In Tunesien habe sich Agca auf Anweisung Mersan's mit Mustafaeoff wiedervereinigt.

Soweit die Substanz des Artikels in „Reader's Digest“. Gegenüber der aktuellen Version ist die damalige Darstellung nicht nur um einiges knapper, sondern steht teilweise dazu im Widerspruch. Im wesentlichen stimmen nur der Aufenthalt im „Witoscha“ und der Grundzug der Argumentation (Zusammenarbeit von bulgarischem Geheimdienst und türkischer Mafia) überein.

Das Eis ist gebrochen

Jedenfalls war mit dem Artikel der Frau Sterling der endgültige Durchbruch geschafft. Von nun an konnte die Rolle der östlichen Geheimdienste beim Papst-Attentat als gewiß gelten. Die Zeitschrift „Time“ schob nach, das Motiv des Mordplanes sei eine geheime Botschaft gewesen, die der Papst im August 1980 an die sowjetische Führung geschickt haben soll. In diesem Schreiben habe der Papst gedroht, abzudanken und sich an die Spitze des polnischen Volkes zu stellen, falls mit Gewalt gegen die Gewerkschaftsbewegung vorgegangen würde (Anm. 29). Deshalb habe der KGB ihn ausschalten wollen. Ärgerlich ist bloß, daß der Vatikan mehrfach und kategorisch dementiert hat, daß es einen solchen Brief gegeben habe (Anm. 30).

Nimmt man die Fakten zusammen, so geben sie für einen Mordplan des KGB eigentlich herlich wenig her: Agca soll im Juli 1980 nach Bulgarien gekommen sein, als die Streiks in Polen gerade erst begannen, und er verließ es spätestens Anfang September 1980, als die späteren Zuspitzungen auch noch nicht deutlich waren. Für einen Mordauftrag gab es damals keinen akuten Grund.

Das scheint auch Frau Sterling gesehen zu haben: In ihrem Artikel behauptet sie keineswegs, daß Agca schon bei seinem Aufenthalt in Sofia im Sommer 1980 mit dem Attentat beauftragt worden sei. Eben dies behauptet aber die derzeit aktuelle Version, die nunmehr vorgestellt werden soll.

Diese Version wurde zwischen Ende November und Mitte Dezember in Portionstücken an die Öffentlichkeit gebracht. Im wesentlichen besagt sie: Ein für den bulgarischen Geheimdienst arbeitender Türke namens Oral Celik habe Agca 1979 zur Flucht aus dem Gefängnis verholfen. Später habe Agca 6 Wochen lang in der bulgarischen Hauptstadt Sofia unter der Protektion des einflussreichen Türken Bekir Celik (andere Namensversion: Beschir Selenik) gelebt. Celik soll eine Topfigur der türkischen Mafia sein, wobei es schwerpunktmäßig um Tauschgeschäfte in Milliardenhöhe (Waffen gegen Heroin) gehen soll. Türkische Zeitungen behaupten, daß Celik in engem Kontakt zu östlichen Geheimdiensten, vor allem zu dem Bulgariens, stehe. Er habe u.a. einen großangelegten Waffenschmuggel aus dem Ostblock in die Türkei organisiert, um vor dem Militärputsch die rechten und linken Terroristen auszurüsten. Celik habe Agca 3 Millionen Mark für die Ermordung des Papstes versprochen. Alle Einzelheiten des Planes seien in Sofia besprochen worden. Danach sei Agca auf eine Kreuz-und-Quer-Tour durch ganz Europa geschickt worden, „um spätere Ermittlungen zu erschweren“ (indem er überall seine Spuren hinterließ und durch verschwenderisches Geldausgeben auffiel!).

Anfang Mai 1981 habe Agca ein verabredetes Signal erhalten. Daraufhin sei er nach Mailand gefahren und habe dort von Ömer Bagci die Tatwaffe erhalten. Außerdem habe er für Kontakte in Rom fünf Telefonnummern bekommen: zwei Anschlüsse der bulgarischen Botschaft, die Nummern der bulgarischen Konsulate und der Fluggesellschaft Balkan Air, sowie die Privatnummer des Botschaftsangestellten Ayvazoff. (Die Schreibweise der bulgarischen Namen variiert in den westlichen Medien.) In Rom soll Agca über die Telefonnummern Kontakt zu mehreren Bulgaren, vor allem zu Ayvazoff und zum Balkan Air-Angestellten Antonoff, bekommen haben. In den Wohnungen von Ayvazoff und Antonoff — die Agca den italienischen Ermittlern jetzt genau beschrieben haben soll — seien die letzten Details des Plans besprochen worden. Außerdem sollen zwei Platz-Besuchungen gemeinsam mit den beiden Bulgaren stattgefunden haben. Am Tag des Attentats soll sich Agca mit den beiden Bulgaren in der Nähe des Hauptbahnhofes getroffen haben. Mit dem Auto sei man gemeinsam zur Wohnung von Ayvazoff gefahren, um dort mehrere Waffen abzuholen. Davon soll Agca eine Pistole und eine „Schreckbombe“ erhalten haben. „Während mit dem Auto sei man gemeinsam zur Wohnung von Ayvazoff gefahren, um dort mehrere Waffen abzuholen. Davon soll Agca eine Pistole und eine „Schreckbombe“ erhalten haben, während die beiden Bulgaren ebenfalls Schusswaffen einsteckten. Man habe das Auto dicht in der Nähe des Petersplatzes abgestellt und vereinbart, sich nach vollbrachter Tat wieder an dem Auto zu treffen. Die beiden Bulgaren seien mit Agca auf den Petersplatz gegangen; angeblich hätten sie seine Flucht decken wollen.

Auf Grund der Aussagen Agca's wurde Antonoff in Rom verhaftet. Ayvazoff und andere früher in Rom tätige Bulgaren (die zum Teil nicht wegen des Papst-Attentats, sondern wegen der Zusammenarbeit mit Sciacallo beschuldigt werden) haben sich rechtzeitig in die Heimat abgesetzt. Auf einer Pressekonferenz in Sofia erklärten sie sich bereit, sich gegen Zusage von freiem Geleit den italienischen Ermittlungsbehörden zu stellen. Daran besteht jedoch in Italien anscheinend kein Interesse.

Und das soll die Wahrheit sein?

Einige kleinere Widersprüche gibt es schon in der Geschichte: Beispielsweise sagen die Angestellten der Balkan Air aus, daß Antonoff während der Tatzeit — als er nach Angaben Agca's auf dem Petersplatz war — im Büro gewesen sei. Auch bestätigen sie, daß Antonoff, den Agca als Mann mit einem Vollbart beschreibt, damals keinerlei Bart trug. (Anm. 31). Und Ayvazoff, dessen Telefonnummer Agca angeblich kannte, behauptete auf der Pressekonferenz in Sofia, in seiner Wohnung in Rom habe er überhaupt kein Telefon gehabt. (Anm. 32).

Schwerer als solche Zweifel und Widersprüche im Detail wiegt jedoch ein anderer Punkt: Die innere Logik des Vorgangs. Daß die sowjetische Führung zu einem bestimmten Zeitpunkt daran interessiert war, den Papst we-



gen seines symbolischen Werts für die polnische Oppositionsbewegung auszu-schalten, mag immerhin als möglich unterstellt werden. Daß ein solches Geschäft einfach an die bulgarischen Kollegen weitergeleitet worden wäre, ist schon unwahrscheinlicher — immerhin hätte vom Ausgang des Unternehmens sehr viel abgehängen. Daß sich die Geheimdienste bezahlter Killer bedienen, gehört im Freien Westen zu den demokratischen Grundwerten und darf auch für den KGB und andere östliche Dienste als möglich unterstellt werden. Agca scheint ein idealer Typ für einen solchen Auftrag gewesen zu sein. Soweit wäre der Ablauf noch allenfalls nachvollziehbar. An diesem Punkt angekommen, hätte jeder Teilnehmer des fünfständigen Lehrgangs „James Bond für Anfänger“ jedoch auf ein großes Problem hingewiesen: Agca ist ein Faschist oder zumindest ein früherer Faschist, dessen heutige politische Vorstellungen höchst wirr und abenteuerlich sind. Daß er einen Auftrag aus Sympathie für den „realen Sozialismus“ ausführt und anschließend in der Haft aus noch größerer Sympathie seine Auftraggeber verschweigt, ist absolut unwahrscheinlich. Also ist vom ersten Moment an wichtig, daß eine solche Figur über die Auftraggeber des Unternehmens im Unklaren gelassen oder sogar bewußt verwirrt wird. Es bestand so gesehen keinerlei Anlaß, Agca wochenlang in einem bulgarischen Luxushotel einzuquartieren, um ihn für das Attentat anzuheuern. Es bestand noch weniger Grund, ihm für die Kontaktaufnahme in Rom fünf Telefonnummern zu geben, die alle schnurgerade auf den bulgarischen Geheimdienst hinarbeiten. Und schließlich, wenn es um die Kontaktaufnahme in Rom fünf Telefonnummern zu geben, die alle schnurgerade auf den bulgarischen Geheimdienst hinarbeiten scheinen, in jedem Fall wäre eine Telefonnummer schon mehr als genug gewesen, und die hätte sicher nicht gerade einem exponierten bulgarischen Funktionär gehören dürfen. Absolut unwahrscheinlich ist auch, daß ein Geheimdienst das Risiko eingeht, die Planung eines Attentats dieser enormen politischen Größenordnung in die Privatwohnungen offizieller Funktionäre zu besprechen, eine Figur wie Agca überhaupt in eine solche Wohnung zu bringen und sich dann auch noch einem Abhör-Risiko auszusetzen.

Zur Abrundung der Geschichte hätte nur noch gefehlt, daß Agca zur Ertelung des Mordauftrags direkt in den Kram geblasen worden wäre — und daß dann irgendein Foto vom Tatort das Gesicht Antonoff's in der Menge auf dem Petersplatz zeigt — am besten mit gerade erhobener Pistole.

Noch ein paar Kleinigkeiten kommen hinzu: welchen Sinn sollte beispielsweise das wilde Herumgeräse Agca's quer durch Westeuropa machen? Angeblich sollte es die Ermittlungen erschweren. Aber gegen Agca bestand seit 1979 ein internationaler Haftbefehl, und selbst bei der bekannten Tendenz westlicher Polizisten, den Grauen Wölfen und anderen Rechtsterroristen eine ganzjährige Schonzeit einzuräumen, vergrößerte Agca's Herumgeräse doch das Risiko, daß Agca irgendwo verhaftet wird von der Polizei geprügelt worden wäre und dann vielleicht ausgepackt hätte. Immerhin gab es damals mehrfach konkrete Hinweise auf Aufenthalte Agca's beispielsweise in der BRD. Wer immer Agca's Kreuzfahrt durch ganz Westeuropa organisierte und finanzierte — er muß sich sehr sicher gewesen sein, daß Agca entweder gegen Festnahmen absolut gefeit war oder daß er notfalls schnell und garantiert wieder freikommen würde. Auch dieser Umstand deutet nicht gerade auf den KGB hin, falls man sich nicht der Superverschwörungstheorie anschließt,

daß die Polizisten und Geheimdienste Westeuropas fest in der Hand des KGB sind.

Dichtung und Wehrheit

Als Tatsache bleibt vermutlich festzuhalten, daß Agca im Sommer 1980 in Bulgarien war, daß er dort im Hotel „Witoscha“ wohnte und daß er sich dort ziemlich lange (ungefähr 6 Wochen) aufgehalten hat. Allen diesen Angaben haben die bulgarischen Behörden nicht widersprochen. Sicher wäre es interessant, wenn von bulgarischer Seite offengelegt würde, in welcher Eigenschaft Agca sich in ihrem Land aufgehalten hat. Noch interessanter wäre es, wenn die bulgarischen Behörden Auskunft geben würden, zu welchen Zwecken sich Herr Celik in ihrem Land aufhält und dort — nach nicht dementierten Angaben westlicher Medien — über eine Villa verfügt. (Anm. 34). Es wäre nicht völlig verwunderlich, wenn die Geschäfte des Herrn Celik ebenso wie der Aufenthalt Agca's in Sofia mit illegalen Verwicklungen bulgarischer Behörden zu tun gehabt hätten.

„Heute ist fast die gesamte öffentliche Meinung im Westen und nicht minder die stille Volkmeinung im Osten davon überzeugt, daß das sowjetische KGB und damit sein damaliger Chef Andropow hinter dem Papst-Attentat stand... Die Amerikaner aber — vor allem das Außenministerium — von denen man überzeugt ist, daß das sowjetische KGB und damit sein damaliger Chef Andropow hinter dem Papst-Attentat stand... Die Amerikaner aber — vor allem der als Kommunistenfresser verschrieene Reagan — stoßen keineswegs in die offene Flanke Andropows. Im Gegenteil: Washington läßt große Zurückhaltung. Es gab sogar amerikanische Versuche, die „Sofia Connection“ herunterzuspielen. Offenbar ist Reagan daran interessiert, Andropow im Amt zu halten. Washington verspricht sich vom gegenwärtigen sowjetischen Generalsekretär größere Kooperationsbereitschaft...“

(„Welt“, 3.1.83)

Aber gerade, wenn man als wahr unterstellt, daß Agca wochenlang im Nobel-Hotel „Witoscha“ einquartiert war, wird es umso unwahrscheinlicher, daß man ihm bei dieser Gelegenheit „vorbeugend“ den Auftrag erteilt hat, zu irgendeinem später zu bestimmenden Zeitpunkt den Papst zu ermorden. Es sei denn, man hätte es förmlich darauf abgesehen gehabt, eine meterdicke Leuchtspur vom Petersplatz nach Sofia zu legen. Außerdem gab es im Sommer 1980 keinen ersichtlichen Grund für den KGB, einen Blanko-Mordbefehl gegen den Papst zu erteilen. Ein Motiv dafür soll mit der angeblichen Geheimbotschaft des Papstes vom August 1980 konstruiert werden, aber diese Botschaft hat es offenbar gar nicht gegeben. Ansonsten wird man — wenn man sich etwas näher mit der Entwicklung in Polen beschäftigt — bald feststellen, daß im Spätsommer und Herbst 1980 die katholische Kirche damit beschäftigt war, einen stark in die Augen fallenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung auszuüben, so daß östlicherseits überhaupt kein Motiv gegeben war, Mordpläne gegen den Papst zu schmieden.

Aber auch andere mögliche Versionen über die Hintergründe des Papst-Attentats machen wenig Sinn. Bei-



spielsweise läßt sich der Mordplan gegen den Papst in die Praxis und Politik der türkischen Faschisten nicht schlüssig einordnen. Nimmt man andererseits an, daß Agca von westlichen Geheimdiensten ausgewählt wurde, um mit seiner Hilfe den KGB zu diskreditieren, so erscheint auch diese Deutung letztlich nicht logisch: Erstens wäre dafür ein (scheinbar) Linker besser geeignet gewesen als ein notorischer Faschist, und zweitens wäre es nicht sehr sinnvoll gewesen, 18 Monate zwischen dem Attentat und der beabsichtigten „Entlarvung“ der angeblichen östlichen Auftraggeber verstreichen zu lassen.

Es bleibt ein besonders rätselhafter Punkt in der an Rätselfällen reichen Geschichte, daß Agca nachweisenermaßen seine Mordabsicht gegen den Papst schon am 26.11.79 in einem Brief an die türkische Zeitung „Milliyet“ mitteilte, als zumindest über die logische Schiene „Polen“ noch keinerlei Motiv — für welche Seite auch immer — konstruierbar war.

Es dürfte vermutlich endgültig nicht möglich sein, eine einigermaßen schlüssige und belegte Version über die Motive und Hintergründe des Attentats zu konstruieren. Gerade daraus spielt sich aber auch die Sicherheit der interessierten westlichen Stellen, daß jedenfalls die östliche Seite die KGB-Version auch nicht überzeugend widerlegen kann und daß am Ende auf jeden Fall etwas hängen bleiben wird.

„Eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten“

„Eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten“

Von der massiven Ausnutzung der Spekulationen um das Papst-Attentat in Italien bieten die hiesigen Medien nur einen schwachen Abglanz. Der Papst, auch wenn's momentan bloß ein Pole ist, bleibt eine uraltenische Institution. Damit lassen sich Emotionen hochkochen. Und das rein zufällig genau zum Zeitpunkt, wo in Italien die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf Sizilien (Comiso) in Gang kommt.

Es bietet sich das nur scheinbar erstaunliche Bild, daß an der Spitze der Hysterie-Produktion die Repräsentanten der Sozialdemokratischen (PSDI) und der Sozialistischen Partei (PSI) stehen, während die Christdemokraten (DC) zu einer vergleichsweise gemäßigten und abwartenden Haltung neigen. Das geht immerhin so weit, daß die PSI den Christdemokraten vorwirft, sie wollten tatsächlich erst das Ergebnis der Ermittlungen abwarten, statt sofort „die nötigen Konsequenzen zu ziehen“, d.h. eine drastische Verschlechterung der Beziehungen zum Ostblock zu veranlassen. Die PSI-Parteizeitung „Avanti!“ verzögert sogar dazu, der DC-Parteizeitung „Il Popolo“ vorzuwerfen, sie schreibe in Sachen Papst-Attentat schon genauso wie die Ostblock-Presse.

Um diese erstaunlichen Polemiken zu verstehen, muß man wissen, daß die PSDI trotz ihres irreführenden Namens stets eine fanatisch pro-amerikanische und antikommunistische Partei gewesen ist, die ihren Standort eindeutig rechts von der DC hat und die ohne weiteres als Filiale der diversen US-Dienststellen gelten kann. — Die PSI hat ihre Politik oft geändert und stand zeitweise der PCI ziemlich nahe. Inzwischen ist sie auf totalen Konfrontationskurs gegen die PCI und auf engen Kontakt zur PSDI umgeschwenkt. Der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

zur PSI gehörende Verteidigungsminister Lello Lagorio ist in der derzeitigen Kampagne am weitesten vorgeschritten, als er das Papst-Attentat als „eine echte Kriegshandlung in Friedenszeiten“ bezeichnete. Daß man eigentlich dem heimtückischen Aggressor zeigen müßte, was eine Harte ist, versucht sich von selbst. So überbieten diese Kreise sich mit Vorschlägen bis hin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zum Ausstieg aus dem Erdöl-Geschäft. Nur eine Kriegserklärung an Bulgarien und die Sowjetunion war bisher noch nicht in der Palette der Vorschläge und Forderungen.

Das Leitmotiv „Moskau als Drahtzieher des internationalen Terrorismus von rechts und links“ ist weltweit seit Jahren bekannt (Anm. 35). Neben der entsetzlichen sowjetischen Überrüstung gehört diesem Motiv zu den Hauptpositionen der westlichen Rüstungs- und Kriegspropaganda. In einer ziemlich heiklen Phase, in der der NATO-„Nachrüstungsbeschluß“ demnächst politisch durchgesetzt werden muß, wird man diese Leitmotiv in den nächsten Monaten vermutlich noch sehr oft und sehr laut vorgespielt bekommen. Im Fall der „Enthüllungen“ um das Papst-Attentat und die „bulgarische Spur“ kommt allerdings noch ein spezielles Element hinzu: Die Medien-Kommentare weisen oft und

gers darauf hin, daß das Papst-Attentat zu einer Zeit geplant und ausgeführt wurde, als die heutige Nr. 1 in Moskau, Jurij Andropow, noch Chef des KGB war. Andropow also als direkter Auftraggeber des Attentats? Darüber spekuliert hierzulande vor allem die Springerpresse gern und reichlich. Einschlägig bekannte NATO-Politiker geben die Seichworte. So hat beispielsweise der frühere US-Sicherheitsberater Brzezinski „keinen Zweifel“, „daß die UdSSR das Kommando dieser Operation hatte“. Der frühere US-Außenminister Kissinger, für seine Beteiligung an den Kriegsverbrechen gegen Vietnam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, hält es für „ziemlich schlüssig“, daß Andropow in das Papst-Attentat „verwickelt“ war. (Anm. 36). Und Reagan Berkler Pipes meint, „die beinahe sichere Beteiligung bulgarischer Behörden an dem Attentat könne nicht ohne Genehmigung“ Andropows geschehen sein (Anm. 37). Hier angekommen, stoßen wir auf ein außerordentlich bemerkenswertes Zusammentreffen: Die Verhaftung Antonoff's in Rom und damit der Beginn des Lärms um die „bulgarische Spur“ erfolgte knapp zwei Wochen, nachdem Andropow ein Nachfolger Breschnevs eingesetzt worden war. Zufall oder cleveres politisches Timing?!

So oder so ist das Interesse bestimmter Kreise an einer Spezial-Kampagne

gegen den neuen sowjetischen Parteichef offensichtlich: Hier streiten immer noch zwei Richtungen der Kreml-Asiologie über die korrekte Einordnung Andropows: Ist er eher ein Gemäßigter, den es zu inneren Reformen und zu Zugeständnissen an den Westen (Abzug aus Afghanistan, Vorleistungen in der Abrüstung usw.) drängt? Oder ist er ein ganz Abgebrühter, der sich im Westen jahrelang ein liberales Image hat aufbauen lassen, um den Westen zu überrumpeln und eine knallharte Aggressionspolitik zu betreiben? — Wenn es gelingt, Andropow in direkte Verbindung zum Papst-Attentat zu setzen, dürfte der Streit um die Einschätzung seiner Person und der künftigen sowjetischen Politik erledigt sein. Und das wiederum ist ganz und gar nicht unwesentlich, wenn es beispielsweise um die Frage geht, wie auf die neuen Abrüstungsvorschläge der sowjetischen Regierung reagiert werden soll und wie die Verhandlungen um die „Nachrüstung“ weiter gehandhabt werden sollen.

Anmerkungen

1) Welt, 14.12.82. Das Attentat aerbischer Nationalisten auf den österreichischen Kronprinzen und seine Frau in Sarajewo lieferte den Vorwand zur Auslösung des 1. Weltkriegs, auf den die Großmächte seit Jahren hingearbeitet hatten.

2) Welt, 16.5.81.
3) Bild, 15.5.81. Gemeint war der türkische Präsident Turgut Özalp.
4) Craxi, Chef der Sozialistischen Partei Italiens, laut taz, 14.12.82.
5) Frankf. Allgemeine (FAZ), 14.12.82.
6) Welt, 17.12.82.
7) FAZ, 14.12.82.
8) Welt, 13.12.82.
9) Die FFLP, Volksabstimmungsfrente, gehört zum linken Flügel in der PLO. Anfang der 70er Jahre machte sie durch spektakuläre Flugzeugentführungen weltweit von sich reden. Zumindest in dieser Zeit gab es eine enge Zusammenarbeit mit türkischen Linksextremisten, insbesondere der THKO.
10) Welt, 10.5.81, unter Berufung auf den ital. Innenminister Rognoni.
11) Welt, 16.5.81, unter Berufung auf die ital. Tageszeitung „Corriere della Sera“.
12) Bild am Sonntag (Bild), 17.5.81. König Hassan tritt, ebenso wie früher sein inzwischen abgeschossener Kollege Badat, gewohnheitsmäßig mit Hornormeldungen über die Schuttkereien Gheddaffis in den westlichen Medien auf.
13) BamS, 24.5.81.
14) Nach Welt, 27.6.81. Maximow galoppiert seit Jahren für den Stoll Löwenhof/Springer. Seine Spezialität sind Warnungen vor der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion und vor dem allmächtigen KGB, der hinter sämtlichen Vorgängen zu vermuten ist.
15) Nach Welt, 27.6.81.
16) Julian Maryon, in Thames TV; nach Welt, 5.9.81.
17) Der frühere ital. Unterstaatssekretär für Sicherheitsfragen, Francesco Mazzola; nach Welt, 5.9.81. Bis heute wurde nicht erklärt, aufgrund welcher konkreten Anhaltspunkte man damals schon die „bulgarische Spur“ ins Spiel bringen konnte.

18) Welt, 8.9.81.
19) entfällt.
20) Corriere della Sera, 21.12.82. Im übrigen meinte die Presse schon wenige Tage nach dem Attentat: „Agos wurde von der italienischen Polizei mit Unterstützung zweier türkischer Kriminalpolizisten und eines Beamten aus der Bundesrepublik weiterhin verhört“ (Hamb. Abendblatt, 16.5.82). Daß westliche Polizisten und Dienstreifen Zugang zu Agos hatten, wird man nach allem, was bisher von ähnlichen Fällen bekannt wurde, sowieso unterstellen müssen; zu den schon erwähnten wird man vermutlich noch US-Amerikaner und lateinisch zurechnen müssen. Gegenwärtig, Agos wünschensmäßig zu präparieren, dürfte also ausreichend bestanden haben.
21) Welt, 18.5.82. Schon früher hatten Reumtliche Erzählungen über eine angebliche Zusammenarbeit mit der PLO abgelehnt; vgl. dazu z.B. Welt und Tagespiegel, 17.4.80.
22) Beispiels: Die Welt vom 13.12.82 schrieb, Bulgarien habe die Brigade Rosse unterstützt. In der Welt vom 14.12.82 war gar von einer Beteiligung Bulgariens an der Dozier-Entführung die Rede.
23) Welt, 15.12.82. Bulgarische Agenten sollen versucht haben, Watsch's Ermordung zu organisieren. Angeblich habe Agos gestanden, einen entsprechenden Auftrag erhalten zu haben (Hamb. Abendblatt, 16.12.). Einen bulgarischen Mordauftrag gegen Watsch sollen auch die Brigade Rosse gehabt haben (Hamb. Abendblatt, 16.12.).
24) Welt, 31.7.81 und 28.4.82.
25) Reader's Digest ist nicht gerade eine seriöse und engagierte Quelle. Die Zeitschrift ist dafür bekannt, daß sie beim Abdruck von religiösen Biographien, Wunder- und Behauptungserzählungen sowie antikomunistischen Horrorgeschichten wesentlich hem-

Fortsetzung nächste Seite

Agas faschistische Kom

Die Ermittlungen nach dem Papst-Attentat sind ein gutes Beispiel der fürsorglichen Behandlung, die die westdeutsche Polizei (und ihre westeuropäischen Kollegen) den Grauen Wölfen zukommen lassen. Es läßt sich, bei allem, was bisher bekannt wurde, nicht im Ernst behaupten, daß die westdeutschen Behörden den türkischen Faschisten gegenüber lediglich „zu nachlässig“ oder „gutgläubig“ wären. Vielmehr nimmt der westdeutsche Staat mit seinen Behörden aktiv die Grauen Wölfe in Schutz und sorgt selbst mit für die Vertuschungen, anhand derer dann behauptet wird, den Grauen Wölfen und ihrer Türk-Föderation sei nichts Kriminelles nachzuweisen. Nicht anders sind die verhängnisvollen Berichte des Verfassungsschutzes und Polizeiverlautbarungen zu verstehen. Dies soll im folgenden anhand der wichtigsten Beweise und Spuren, die den Attentäter Agca in Verbindung mit den Grauen Wölfen bringen, nachgewiesen werden.

AGCA — Ein militanter Grauer Wolf

AGCA — Ein militanter Grauer Wolf

Am 1.2.1979 wurde in Istanbul auf offener Straße der Chefredakteur der liberalen Zeitung Milliyet, Abdil İpekci, von Agca erschossen. Dieser Mord hatte große politische Bedeutung. Einen Monat nach Ausrufung des Kriegszustandes in der Türkei lieferte er einen Vorwand für eine weitere Rechtsveränderung der herrschenden Kreise in der Türkei. Der ermordete İpekci war ein Befürworter der Großen Koalition von Ecevit Sozialdemokraten (CHP) mit der rechten Gerechtigkeitspartei von Demirel gewesen. Nach seiner Ermordung wurden die Rufe der Faschisten nach „Ruhe und Ordnung“ noch lauter. Der Chef der faschistischen MHP und ehemalige stellvertretende Ministerpräsident, A. Türke, erklärte, İpekci sei von Linken ermordet worden, und drückte sein Beileid aus (Anm. 1).

Durchgeführt wurde dieser Mord jedoch von Agca zusammen mit zwei weiteren Grauen Wölfen, Yavuz Caylak und Mehmet Sener, im Auftrag der MHP. Sie holten die Tatwaffe aus einem MHP-Büro in Istanbul und brachten sie auch wieder dorthin zurück. Auf Agcas Konten wurden von „Unbekannten“ ca. 40.000 DM als Prämie gezahlt. Mehmet Sener reist nach der Tat in die BRD ein und stellte am 14.2.79 — 2 Wochen nach dem Mord — in Ludwigsburg einen Asylantrag. Dies war den deutschen Behörden spätestens seit November 1980 bekannt. Verhaftet wurde Sener freilich erst im Februar 1982 in Zürich.

Agca war damals schon längere Zeit MHP-Anhänger und verkehrte in dem Café „Marmara“, einem Treffpunkt der Faschisten, wo er im Juli 1979 auch verhaftet wurde.

Flucht mit Hilfe von Faschisten im Militär

Am 25.11.79, wenige Tage nach der Bildung einer neuen Regierung unter Demirel, wurde Agca aus dem schwerbewachten Militärgefängnis Kartal bei Istanbul befreit. Er gelangte immerhin durch 4 Stahlgitter und floh in einer Militärschiff, die ihm zur Verfügung gestellt wurde. Der Militärstaatsanwalt erklärte dazu — sinnentsprechend auch der ehemalige CHP-Innenminister Güneş —, die Befreiung sei das Werk einer

weitverzweigten Geheimorganisation, die tief in den Staatsapparat hineinreichte. Dies ist eine feine Umschreibung dafür, daß schon damals ganze Armee- und Geheimdienstorganisationen, die tief in den Staatsapparat hineinreichte. Dies ist eine feine Umschreibung dafür, daß schon damals ganze Armee-einheiten gemeinsame Sache mit den Faschisten machten. Wegen Agcas Flucht wurden später 6 Offiziere und 3 Zivilisten, allesamt Anhänger der Grauen Wölfe, angeklagt (Anm. 2).

Nach neueren Angaben Agcas hat an der Flucht ein Türke namens Oral Celik mitgewirkt, der Agca dann nach Bulgarien begleitete und ihn mit dem dortigen Geheimdienst in Verbindung gebracht habe. Beweise für diese Version fehlen (Anm. 3).

Agca tauchte nach der Flucht unter. Zwei weitere Morde in dem Stadtviertel Sisli in Istanbul, wo auch İpekci erschossen wurde, werden Agca zur Last gelegt. Ein Opfer ist Ramazan Gündüz. Gündüz war Grauer Wolf und verkehrte ebenfalls in dem Faschisten-Café „Marmara“. Er erkannte dort am 3.2.1980 Agca und benachrichtigte die Polizei.

Die dann stattfindende Durchsuchung wurde Agca aber vorzeitig bekannt, so daß er verschwinden konnte. Nach der Durchsuchung kehrte er mit drei weiteren Grauen Wölfen zurück und verschleppte Ramazan Gündüz, der ihm aus Kreisen der Polizei verraten worden ist. Gündüz' Leiche wurde am gleichen Tag am Istanbul Stadtrand gefunden.

Ebenfalls im Auftrag der MHP wurde Agcas Flucht ins Ausland ermöglicht. Ein Mitglied der Grauen Wölfe in der osttürkischen Stadt Erzurum, Timur Selguk, erhielt 5.000 DM von der MHP dafür, daß er Agca in den Iran schmuggelte. Er hat inzwischen eine Strafe von 2 1/2 Jahren dafür abgesessen.

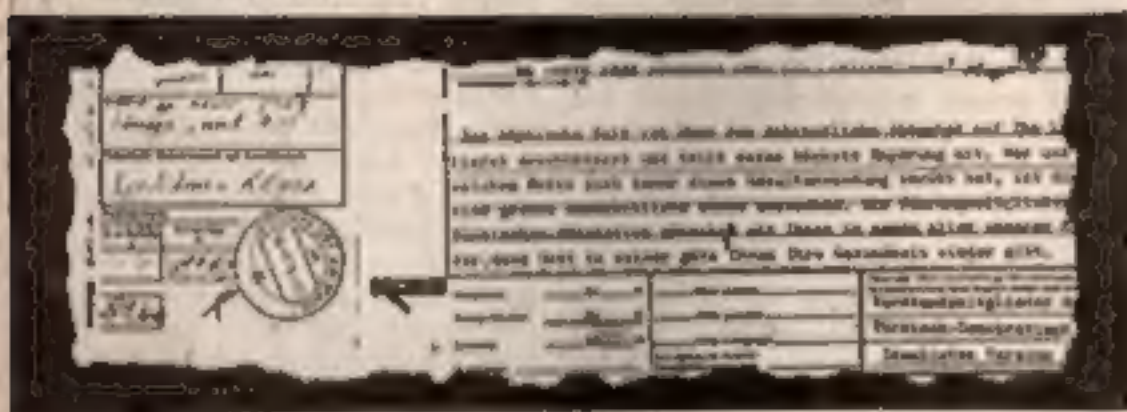
Agca in der BRD / Staatschutz leugnet — weiß von nichts

Die BRD ist ein Tummelplatz für türkische Faschisten. Seit Jahren von Polizei, Verfassungsschutz und Gerichten ungehindert hat die MHP unter dem Tarnnamen „Türk-Föderation“ mit Sitz in Frankfurt eine straff organisierte Auslandsorganisation aufgebaut, die weit über 100 „Idealistenvereine“ etc. in fast allen Städten der BRD und in anderen westeuropäischen Staaten kontrolliert.

Mehrere Komplizen und Gesinnungsfreunde Agcas sind in der BRD gewesen oder halten sich noch hier auf.

Zwei Morde in Süddeutschland

Besonders stark ist der Verdacht, daß Agca in Zusammenhang mit zwei Morden steht, die 1980 an zwei ehemaligen Funktionären der MHP begangen wurden, daß ermöglichen sogar selber der Mörder ist. — Am 3.5.1980 wurde in Heutlingen der Türke Halil Türel durch Messerstiche ermordet. Er war nicht irgendein Anhänger der Grauen Wölfe, sondern einer der führenden Faschisten, die zu



Makaber: Die Türk-Föderation sandte dem Papst ein Telegramm mit Genußwünschen und einer Verdamnung der Attentäter. Ihr Vorsitzender Celibi beschuldigte auf einer Pressekonferenz am 21.5.81 den KGB, das Attentat angestiftet zu haben. Nun sitzt Celibi selber in Auslieferungshaft wegen Planung dieses Attentats. Das Verfahren hat Tradition: A. Türke, der Führer der Grauen Wölfe, schickte 1980 Beileidschreiben an die Familie des ermordeten linken Gewerkschaftsführers Kemal Türel. Inzwischen hat der MHP-Prozess aufgedeckt, daß Türke selber den Befehl zu Türrels Ermordung gegeben hatte.

mungslöser als normale bürgerliche Medien ist. Es spricht für sich, daß Frau Sterling, die einst in der Story der Frau Sterling sehr laut und deutlich die Stimme ihrer türkischen Gesprächspartner — Polizisten, Geheimdienstler und Politiker der Mitternacht — immer wieder, bekanntermaßen legitimiert durch die Junta mit der Legende, sie habe gleichermaßen mit dem rechten wie mit dem linken Terror aufgeräumt, ihre Leute sind daher in besonderer Weise daran interessiert, einen gemeinsamen Ursprung von linkem und rechtem Terrorismus zu behaupten. In letzter Instanz alles auf die Subversion der Sowjetunion zu schieben (um sich selbst die volle Sympathie des Freien Westens zu sichern) und am Rande womöglich noch die vom Militär gestörte Regierung Ecevit (sozialdemokratisch) anzuschwärzen. Insbesondere beschuldigen die türkischen Gesprächspartner der Frau Sterling den früheren Innenminister Günes, er habe mit den Drahtziehern des Terrorismus zusammengearbeitet, d.h. natürlich mit der radikalen Linken und mit der Sowjetunion.

26) Bild, 18.8.82

27) Welt, 3.0., 4.9. und 5.9.82

28) Abgesehen von sonstigen Interessen macht sich in der Story der Frau Sterling sehr laut und deutlich die Stimme ihrer türkischen Gesprächspartner — Polizisten, Geheimdienstler und Politiker der Mitternacht — immer wieder, bekanntermaßen legitimiert durch die Junta mit der Legende, sie habe gleichermaßen mit dem rechten wie mit dem linken Terror aufgeräumt, ihre Leute sind daher in besonderer Weise daran interessiert, einen gemeinsamen Ursprung von linkem und rechtem Terrorismus zu behaupten. In letzter Instanz alles auf die Subversion der Sowjetunion zu schieben (um sich selbst die volle Sympathie des Freien Westens zu sichern) und am Rande womöglich noch die vom Militär gestörte Regierung Ecevit (sozialdemokratisch) anzuschwärzen. Insbesondere beschuldigen die türkischen Gesprächspartner der Frau Sterling den früheren Innenminister Günes, er habe mit den Drahtziehern des Terrorismus zusammengearbeitet, d.h. natürlich mit der radikalen Linken und mit der Sowjetunion.

29) Time, 27.8.82

30) Welt, 13.12.82. Falls man sich nicht die Version zu eigen machen will, der Vatikan demonstriert förmlich aus Angst vor dem KGB, dann stellt sich die Frage, welche Geheimdienststelle die Lüge von dem angeblichen Papst-Brief produziert hat. Sehr viel leichter ist die Frage nach dem „Warum“ zu beantworten.

31) Welt, 9.12.82

32) Unsere Zeit (UZ), 20.12.82

33) enftalt

34) Nach dem Skandal um Agca's neues „Geständnis“ haben die bulgarischen Behörden Anfang Dezember erklärt, sie hätten Bekir Celenk bis zur Klärung der Vorwürfe festgesetzt. Er trat auf der erwähnten Pressekonferenz gemeinsam mit den beschuldigten bulgarischen Diplomaten auf.

35) Speziell in Italien gibt es dazu eine lange Vorgeschichte: Staatspräsident Pertini versetzte bereits Ende Januar 1981 die internationale Öffentlichkeit in Aufregung mit der Behauptung, die Sowjetunion sei der Drahtzieher des internationalen Terrorismus, wobei er namentlich die Türkei und Italien als bevorzugte Objekte nannte. Die Sozialdemokratische und die Sozialistische Partei setzten mit wilden Angriffen gegen die italienische KP (PCI) nach. Im übrigen gab Pertini ebenso wie gleich nach ihm der damalige Regierungschef Craxi unumwunden zu, daß es für die „sozialistische Hypothese“ keinerlei Beweise gebe. — Um dieses Spektakel richtig einzuordnen, ist daran zu erinnern, daß wenige Tage vor Pertini der frischgebackene US-Präsident Reagan auf einer Pressekonferenz die Sowjetunion als „Hort des internationalen Terrorismus“ hart angegangen hatte. Ein Jahr später — wenige Tage nach der Befreiung des entführten Generals Dozier — trat der BKA-Mann G. Boeden (Chef der Sicherungsgruppe Bonn) während eines Aufenthaltes in Rom in Pertini's Fußstapfen: „Der gemeinsame Ziehpunkt der Extremisten auf dem rechten und linken Flügel des politischen Spektrums ist die Moskauer...“ „Viele Anzeichen“ würden darauf hindeuten, daß sowjetische Geheimdienste hinter der RAF, hinter dem Rechtsterrorismus und hinter der Friedensbewegung in der BRD stünden. — Die Medien nahmen den Ball zunächst gern auf, in der Annahme, Boeden werde vielleicht über irgendwelche ihm von den Italienern

Kollegen vorgelegten Anhaltspunkte verfügen. Sehr peinlich: Boeden mußte wenig später bekennen, daß er seine „These“ lediglich auf allgemein bekannte Presseberichte gestützt hatte. Und es kam noch die Peinlichkeit hinzu, daß zunächst Generalbundesanwalt Rebmann und einige Tage später auch Innenminister Baum ausdrücklich den Spekulationen Boeden's widersprachen. Auch das BKA bekundete, es habe keine Erkenntnisse, die die Aussagen Boeden's belegen könnten. (Hamb. Abendblatt, 1.3.82; Frankf. Rundschau, 8.3.82; Welt, 27.2.82; 30) Welt, 3.1.83

37) AP, 18.12.82

AK-Redaktion, mit Unterstützung von M. (AG Ausländer)



Wojtyla-Comic

plizen — in der BRD gehegt und gepflegt

Beginn der 70er Jahre die damals offizielle Auslandsvertretung der MHP in Deutschland aufbauten. Er gründete 1974 den Reutlinger Graue-Wölfe-Verein und war zwei Jahre lang dessen Vorsitzender. Darüber hinaus galt er als ein Koordinator der Grauen Wölfe im süddeutschen Raum. Später wurde er Dolmetscher bei Reutlingens Polizei und Korrespondent der Zeitung „Hürriyet“.

„Hürriyet“ behauptete dann auch, daß Tirci seit 1974 von den Grauen Wölfen Abstand genommen habe. Das war immerhin ein Motiv gewesen, weswegen er ermordet wurde, nämlich von der MHP selbst, die abtrünnige Funktionäre bis aufs Messer bekämpft. Möglich wäre aber auch, daß Tirci nur zur Tarnung aus der MHP ausgetreten ist, um für den Polizeijob und die Korrespondententätigkeit „sauber“ zu sein. Dann wäre er aus anderen Motiven ermordet worden. Die Münchner Boulevard-Zeitung „tz“ erhielt von einem ungenannten Informanten den Hinweis, daß Agca den Mord an Tirci begangen habe. Agca sei nach dem Mord mit einem weiteren Komplizen in einem Ford Consul nach München gefahren und dort bei Türken untergetaucht (Anm. 2).

— Am 4.12.1980 (nach anderen Quellen am 25.11.80) wurde in der bayrischen Stadt Kempten, 120 km von Reutlingen entfernt, der türkische Lebensmittelhändler Necati Uygur erschossen.

Auch Uygur war nicht ein einfacher Anhänger der Grauen Wölfe, sondern der Ortsvorsitzende der MHP und war mit dem Reutlinger Mordopfer Tirci befreundet (Anm. 7); auch Uygur war einer der ersten MHP-Aktivisten in der BRD gewesen. Zweimal hatte er für die MHP bei türkischen Parlamentswahlen kandidiert und 1973 als Vorsitzender der westdeutschen Sektion die MHP als Verein in Kempten angemeldet. Nach Angabe der Frankfurter Rundschau (18.5.81) fühlte sich Uygur bedroht, weil er sich aus der MHP zurückziehen wollte. Vor seinem Tod im Krankenhaus nannte Uygur der Polizei noch den Namen von Agca. (Es wurde unterschiedlich berichtet, daß Agca selber der Mörder gewesen sei, während die „Welt“ und die „FAZ“ die Nachricht verbreiteten, daß Uygur von dem Mörder nach dem Aufenthaltsort von Agca gefragt worden sei.)

Die deutsche Polizei selber berichtete wenige Tage nach dem Papst-Attentat, es gebe „frappierende Ähnlichkeiten“ zwischen den Phantombildern und Täterbeschreibungen aus Kempten und Reutlingen mit Agca (Anm. 8). Über die weiteren Ermittlungen herrscht seitdem absolutes Stillschweigen von Seiten der Polizei. Auch der angekündigte Vergleich der Fingerabdrücke Agcas mit denen der (des) Täter(s) in Reutlingen und Kempten wurde nie veröffentlicht. Es wurden lediglich vollkommen allgemein gehaltene Erklärungen abgegeben, daß es keine stichhaltigen Hinweise für den Aufenthalt Agcas in der BRD gebe.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Meldungen über einen Aufenthalt Agcas sich gerade im südwestdeutschen Raum häuften. Die Städte Ulm und Bad Wurzach, die dabei immer wieder genannt wurden, liegen zwischen Reutlingen und Kempten. In Bad Wurzach wurde sogar ein junger Türke festgenommen, der behauptete, Agca in seiner Wohnung mehrfach aufgenommen zu haben (Anm. 8). Auch hierzu hat sich die Polizei nie mehr geäußert. Es ist nicht bekannt, was weiter mit diesem Türken geschah und ob sich seine Aussage als falsch herausgestellt hat.

Kontakt mit Bossen der Türk-Föderation

— Agca hatte erwiesenermaßen Kontakt zu dem damals bei Hannover lebenden Grauen Wolf Hasan Taskin. Beide hatten mehrfach zwischen Rom und Hannover telefoniert. Taskin hatte zuletzt am Tag des Attentats vergeblich versucht, Agca in seinem Hotel in Rom zu erreichen (Anm. 10).

Auch Hasan Taskin ist nicht ein kleiner Fisch, sondern war 1980/81 Vorstandsmitglied der Türk-Föderation (Anm. 9) und zwei Jahre lang Vorsitzender des Hannoveraner Graue-Wölfe-Vereins. Agca und Taskin kannten sich mindestens seit 1979, als sie gemeinsam in einem Istanbul Gefängnis gesessen hatten, wie ein türkischer Polizist berichtete, der 1979 gegen Taskin ermittelt hatte (Anm. 10).

Taskin wurde am 20.5.81 vorübergehend festgenommen, aber nach einem Verhör am gleichen Tag wieder freigelassen; er soll seitdem untergetaucht sein. Ein Polizeisprecher begründete dieses ungeheuerliche Vorgehen damit, daß „nach unserer Rechtslage nichts nachzuweisen war, was für eine Verhaftung ausreichte“.

— Ein weiterer Komplize Agcas und hochkarätiger Faschist ist Ömer Ay.

Ay war 1979 — wie Agca — wegen eines Mordes in Istanbul zum Tode verurteilt worden, konnte aber — wie Agca — ebenfalls 1979 aus dem Gefängnis ausbrechen. In der Zeit bis zum Militärputsch (12.9.80) war er als ein wichtiger Anführer der Grauen Wölfe in der Provinz Nevsehir tätig. In dieser Zeit wurde Nevsehir von Faschisten der MHP und ihren Verbündeten bei Polizei und Militär beherrscht. Ömer Ay wird beschuldigt, u.a. den Auftrag zur Beseitigung von Zeki Tekiner, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in Nevsehir, gegeben zu haben. Tekiner wurde im Juni 1980 ermordet. Bei seiner Beerdigung in Nevsehir wurde sogar der Vorsitzende der CHP und ehemalige Ministerpräsident Ecevit beschossen. Am folgenden Tag ließ der faschistische Provinzverwalter sämtliche Verdächtigen dieses Attentats wieder auf freien Fuß setzen.

Ömer Ay und Ali Agca wurden von der MHP mit falschen, in Nevsehir im August 1980 ausgestellten Pässen mit aufeinander folgenden Nummern ausgestattet, um damit in Westeuropa un-

terzutauchen. (Agca erhielt einen Paß auf den Namen eines anderen Grauen Wolfs aus Nevsehir — Faruk Örgün.) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Ay und Agca diese Pässe erhielten, weil sie für Aufgaben der MHP ins Ausland geschickt wurden. Agca erhielt sogar noch einen weiteren Paß auf den Namen des Grauen Wolfs Burhan Özer (Anm. 11).

Kurz nach dem Prozeß in Rom gegen Agca wurden bis dahin unter Verschluss gehaltene Fotos veröffentlicht, auf denen vermutlich ein Komplize Agcas zu sehen ist, der mit einem Revolver in der Hand fortläuft. Türkische Polizisten identifizierten ihn als Ömer Ay. Am 4.9.81 wurde über Interpol Haftbefehl ausgeschrieben.

Zu diesem Zeitpunkt lebte Ay schon lange in Hamburg-St. Pauli; er hatte 14 Tage nach dem Papst-Attentat dort einen Asylantrag gestellt (Anm. 12). Die Hamburger Polizei bemühte sich auf skandalöse Weise, Agcas Komplizen zu schonen: Ay wurde erst am 16.2.82 in St. Pauli — angeblich zufällig bei einer Verkehrskontrolle — festgenommen, weil er keine Papiere mit sich geführt haben soll.

Andererseits aber weiß die Hamburger Polizei, Ay habe „auch in Hamburg intensiven Kontakt zu den Grauen Wölfen gepflegt. Unter anderem verkaufte er ihr Fleisch“ (Anm. 12). Es ist also eher anzunehmen, daß Ay observiert und im geeigneten Moment verhaftet wurde.

Die italienischen Behörden schienen aber weiter keinen Wert auf faschistische Komplizen des Papst-Attentats zu legen. Es fanden keine Gegenüberstellungen mit Zeugen des Attentats statt. Ay wurde nicht verhört, ein Auslieferungsantrag wurde nicht gestellt.

Auch die Hamburger Behörden bemühten sich, Ays Bedeutung herunterzuspielen: Im März 82 heißt es schon, daß Ay bloß „möglicherweise“ zu einer „kriminellen Bande“ in Nevsehir gehört habe, und die türkischen Behörden würden sich nicht festlegen, ob Ay „Mittäter, Anstifter oder Gehilfe“ bei Morden gewesen sein soll. (Zur Erinnerung: Ay war in der Türkei schon 1979 wegen Mordes zum Tode verurteilt worden!). Möglicherweise müsse Ay wieder frei gelassen werden. War gegen Ay also gar nichts anhängig? Kein Paß-vergehen? Keine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wo er seinen Asylantrag doch damit begründete, er sei „Sozialdemokrat“?

Ende Oktober 82 wird Ay schließlich in die Türkei abgeschoben (Anm. 13). Für Ömer Ay hat dies immerhin den Gewinn, daß die türkische Regierung der Bundesregierung zugunsten muß, kein Todesurteil an ihm zu vollstrecken. Vor Ermittlungen wegen des Papst-Attentats dürfte er jetzt auch sicher sein.

— Am 23.5.1981 wurde in München der Speditionsgesellschaft Ömer Mersan festgenommen, der von Agca belastet wurde, er habe ihm einen falschen Paß bei einem Treffen in Sofia verkauft.

Mersan gab dieses Treffen zu, behauptete aber, es sei zufällig gewesen und er habe keinen Paß verkauft. In die Ermittlungen war auch das BKA

eingeschaltet. Mersan wurde jedoch bald wieder freigelassen mit der faden-scheinigen Begründung, ihm sei nichts nachzuweisen. Aber selbst wenn er den Paß verkauft habe, wäre dies ja im Ausland erfolgt und ginge daher die deutschen Behörden nichts an.

Ebenfalls in München wurde in der vergangenen Woche am 4.1.83 der Türke Atalay Saral auf Wunsch der italienischen Behörden verhört. Saral sollte Aussagen über die Vorbereitung des Attentats und über die Beschaffung der Prämie, 3 Mio. DM in deutscher Währung, machen (SZ, 3.1.83). Er soll ein Verbindungsmitglied zu dem inzwischen in Bulgarien inhaftierten Bekir Celenk sein (taz, 5.1.83).

Auch dies ist eine verhängnisvolle Behandlung, denn eigentlich sollte jemand, der Aussagen über die Vorbereitung dieses Attentats machen kann, nicht als Zeuge vernommen werden, sondern in den Verdacht geraten, ein Tatbeteiligter zu sein. Als „Zeuge“ jedoch in Italien womöglich besser geignet, Belastendes über Bulgarien auszu-sagen.

Türk-Föderation: Die Spinne im Netz

Der wichtigste Funktionär der MHP, der der Beteiligung an der Planung des Papst-Attentats beschuldigt wird, ist Serdar Celebi. Er soll Agca in Mailand die Waffe für das Papst-Attentat übergeben haben.

Celebi ist seit dem 4.2.1979 Bundesvorsitzender der Türk-Föderation. Er war erst kurz zuvor aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Er genoß mit Sicherheit das Vertrauen des MHP-Führers Türke und gilt als einer der gerissenen und skrupellosesten Faschisten. Celebi wird seit 1981 in der Türkei im Rahmen des Prozesses gegen die MHP mit Haftbefehl gesucht und gehört zu den Angeklagten. Wieso er nicht ausgeliefert worden ist, gehört mit zu den Geheimnissen der bundes-deutschen Sicherheitspolitik.

Der ehemalige heimische Innenminister Gries sprach lediglich am 22.9.81 ein politisches Betätigungsverbot gegen Celebi aus. Das hinderte allerdings nicht, sich im Mai 1982 erneut vom Vorsitzenden der Türk-Föderation wählen zu lassen. Bis Anfang 1979 war Celebi im Vorstand der MHP im Istanbul Bezirk Sisli. Sie galt als wichtige Zentrale des Terrors der Grauen Wölfe (Anm. 4). In Sisli ermordete auch Agca den Redakteur Ipekci (s.o.) sowie nach Vermutungen des Schüler Haydar Serangah am 23.11.1979. Möglicherweise trafen sich Celebi und Agca also schon in Sisli und nicht in Mailand zum ersten Mal.

Celebi's Aufenthalt in der BRD wurde dadurch möglich, daß Dr. Kannapin, ein CDU-Stadtratsmitglied in Schwalmstadt, Celebi und weitere führende Graue Wölfe in seinem frei erfundenen „Türke-Institut“ als „wissenschaftlichen Mitarbeiter“ einstellte und so Aufenthalts- und Arbeitslaubnisse beschaffte. Kannapin machte Celebi auch mit Beamten des BND bekannt (Anm. 14).

Celebi wurde am 1.11.1982 bei Frankfurt verhaftet. Er wurde von Aussagen von Agca schwer belastet, die dieser schon im Mai 82 gemacht haben soll. Agca sagte aus, er habe sich in Mailand und in Zürich mit Celebi getroffen. Celebi habe ihm den Auftrag, dem Papst zu ermorden, übermittelt, und ihm auch einen Teil der dafür versprochenen 3 Mio. DM weitergeleitet. Außerdem habe Agca mit Celebi mehrere Telefongespräche geführt. Diese Telefongespräche konnten durch Ermittlungen der italienischen Polizei inzwischen bestätigt werden. Auch konnte das Mailänder Treffen durch einen in der Schweiz lebenden Zeugen — Erdal Unal — bestätigt werden. Celebi streitet inzwischen nicht diese Treffen ab, behauptet aber, sie seien zufällig gewesen, er wisse nichts von dem Attentat und Agca hätte sich ihm unter falschem Namen vorgestellt... (Anm. 15). Nach anderen Meldungen soll sich Celebi mit Agca auf Mallorca getroffen haben.

Nach Agcas Aussagen hat der Auftrag, den Celebi vermittelte, von dem inzwischen in Bulgarien verhafteten Türken Bekir Celenk gestammt. Zu Celenk, der seit einigen Jahren international als Drogen- und Waffenhändler gesucht wurde, hatten vermutlich auch die beiden Münchener Spediteure und Exportkaufleute Ömer Mersan und Atalay Saral Beziehungen. Es ergibt sich also über das Attentat hinaus der Verdacht, daß sowohl der Faschist Celebi als auch die von der Polizei gesuchten Mersan und Saral Geschäfte mit einem wichtigen Drogen- und Waffenhändler abwickelten.

Celebi wird durch Beschluß der Bundesregierung im Januar nach Italien ausgeliefert. „Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hatte im Rahmen eines Strafverfahrens gegen einen ehemaligen Vorsitzenden 1981 die Frage geprüft, ob die Türk-Föderation als kriminelle Vereinigung zu bezeichnen sei. Das Ergebnis war negativ.“ (Anm. 16).

Bisher taten die deutsche Polizei, Geheimdienste und Regierung alles, um es bei diesem Ergebnis zu belassen. Man darf also bezweifeln, daß ein Gerichtsverfahren gegen Celebi — sollte es in Italien überhaupt zustande kommen, mehr hervorbringen wird als die Behauptung, Celebi habe als „Einzel-täter“ gehandelt.

Anmerkungen

- (1) Türkei-Information Nr. 9, 7/81
- (2) FR, 18.5.81
- (3) FAZ, 1.12.82, Hamburger Abendblatt, 8.12.82
- (4) Türkei-Informationen Sonderheft 88/1
- (5) Die Welt, 17.5.81
- (6) SZ, 19.5.81
- (7) FAZ, 10. u. 18.5.81
- (8) FR, 16.5.81
- (9) Brochure des Westdeutschen Institut für Demokratie gegen türkische Faschisten
- (10) MoPo, 22.5.81
- (11) FAZ u. SZ, 12.8.81
- (12) HAZ, 9.2.82
- (13) HAZ, 11.11.81
- (14) Brochure des Westdeutschen Institut für Demokratie gegen türkische Faschisten
- (15) Die Auslagen Agcas über Celebi und dessen Auskünfte lt. „Miliyet“, 12.12.82
- (16) FR, 8.11.82

AG Ausländer

Gewaltfreie Widerstandsaktionen

Interview über die Perspektive der Friedensbewegung

Anlässlich des Aufrufs zu direkten gewaltfreien Aktionen Ostern '83 (s. Abdruck im letzten AK) und der Diskussion darum im Rahmen des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen (BAF) bzw. überall in der Friedensbewegung sprachen wir mit Manfred über die umstrittenen Punkte dieses Konzeptes: Manfred gehört als Mitglied der „Grauwurzel-Revolution“ und der Hamburger Friedenskoordination zu den Militäritoren solcher Aktivitäten, denen für 1983 in dieser Konzeption eine entscheidende Rolle zukommt. Wir wollten wissen, ob gewaltfreie Aktionen mehr als symbolische Aktionen sein können. Wird durch die Festlegung auf Gewaltfreiheit und solche Aktionen die Gefahr der Spaltung der Friedensbewegung verhindert oder herausgeschworen? Kann die Stationierung der Mittelstreckenwaffen überhaupt so oder anders verhindert werden?

AK-Redaktion

AK: Für 1983 werden gewaltfreie Widerstandsaktionen an Militärstandorten propagiert und vorbereitet. Auf dem letzten BAF-Treffen war ein Aufruf dazu verabschiedet worden, an dem auch von Dir mitgearbeitet wurde. Die der BAF-Aufruf fordert dazu auf, daß solche Aktivitäten ausdrücklich über symbolische Aktionen hinausgehen sollen, d.h. im Ansatz wird die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen propagiert. Für wie realistisch hältst Du diesen Ansatz?

Manfred: Symbolische gewaltfreie Aktionen sollen ja einen problematischen Zustand, einen Unrechtszustand dramatisieren und damit andere Menschen darauf aufmerksam machen, daß hier etwas geändert werden muß. Bei sog. verhindernden gewaltfreien Aktionen geht es darum, Situationen herbeizuführen, wo dem Gegner keine andere Wahl gelassen wird, als eine Entscheidung zu revidieren. Ob solche gewaltfreien verhindernden Widerstandsaktionen in der Frage der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Erfolg haben können, ist nicht zuletzt die Frage, ob die „Nachrüstung“ überhaupt noch durch die Friedensbewegung verhindert

bar ist. Es ist in der Tat so, daß die „Nachrüstung“ für die NATO eine beschlossene Sache ist. Nur ein ungeheurer Druck wäre in der Lage, diese Entscheidung zu kippen. Im Grunde müßte man hier eine grundsätzliche, globale Debatte führen, welche Momente in der internationalen Politik solche Entscheidungen noch beeinflussen könnten. In der Tat würde ich sagen, daß gewaltfreie Widerstandsaktionen dazu beitragen können, ein Klima zu erzeugen, das die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen unmöglich macht, z.B. indem für die Perspektive der NATO langfristig noch ein größerer Schaden entsteht, wenn durch die „Nachrüstung“ in Westeuropa zuviel Porzellan zerschlagen wird, und die sog. Partnerschaft in der NATO gefährdet wäre.

AK : Stoßen solche Be- und Verhinderungsgaktionen nicht ganz praktisch schnell an eine Grenze ? Der Staat dürfte eine wirkliche Behinderung und Beeinträchtigung des Militärapparates nicht hinnehmen und wird eingreifen, sobald diese Grenze erreicht ist.
Manfred : Das ist mit Sicherheit so, daß der Staat darauf reagieren wird und reagieren muß. Nur bin ich davon

überzeugt, daß wir von der Gefahrensituation her in der Lage sind, unseren Widerstand begründbar zu machen und damit die Antwort und Reaktion der Herrschenden ins Unrecht zu setzen. Damit tragen wir dazu bei, daß noch wesentlich mehr Leute von unseren Positionen überzeugt werden und vor allem sich noch wesentlich mehr Leute an diesem Widerstand beteiligen werden.

AK: D.h. aber auch, daß Du bei der Entwicklung solcher Widerstandskaktionen mehr viel drastischer Maßnahmen des Staatsapparates einkalkulieren als sie bei bisherigen Aktionen und Blockaden (Abbrümen und Leinwagsbescheide) angewendet worden sind?

Manfred: Dann wird es gerade darauf ankommen, ob es möglich ist, den Zweck dieser Reaktionen des Staates zu durchkreuzen, nämlich den Versuch, die handelnde Friedensbewegung zu isolieren. Es wird darauf ankommen, ob breite Kreise der demokratischen Öffentlichkeit dazu bereit sind, solche Aktionen politisch und moralisch mit zu verteidigen, darauf, wie wichtige gesellschaftliche Institutionen zu diesen Aktionen stehen. Da hat die Friedensbewegung jetzt die Aufgabe, zu erklären, warum solche Aktionen zur Erreichung ihrer Ziele notwendig sind.

AK: Wie weit muß Deiner Meinung nach bei solchen Widerstandshaltungen

AK: Wie weit muß Deiner Meinung nach bei solchen Widerstandsaktionen die Gewaltfreiheit garantiert werden? Hast Du eine solche Linie überhaupt für durchsetzbar? Wenn ja — wie?

Manfred: Der gewaltfreie Widerstand hat in der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit — so glaube ich — eine Akzeptanz erreicht. Das bietet gerade in solchen Situationen, wo es den Herrschenden darauf ankommt, die Bewegung zu isolieren, die Möglichkeit, diese Isolation zu vermeiden. Von daher würde ein Durchbrechen des Prinzips des gewaltfreien Widerstands zur Folge haben, daß die Friedensbewegung erheblich geschwächt wird, auch wenn es aufgrund der Reaktionen der Polizei verständlich wäre, daß dieses Prinzip mit Anwendung von Gegengewalt durchbrochen würde. Es ist meiner Meinung nach unbedingt notwendig, daß sich die aktive Friedensbewegung bei ihren notwendigerweise „illegalen“ Aktionen für absehbare Zeit auf ein gewaltfreies Prinzip festlegt. Ich glaube, daß bei denjenigen, die eigentlich andere Widerstandsformen im Kopf haben, diesem Bewußtsein aufgrund der Erfahrungen der Ökologiebewegung gewachsen ist, wie auch bei denjenigen, die gewaltfreie Widerstandsaktionen bereits in der Ökologiebewegung propagiert haben. Verschiedene Widerstandsformen behindern sich, wenn sie im Rahmen der gleichen Aktion angewendet werden. Im wesentlichen kommt es darauf an, daß sich diejenigen zusammenfinden, die es von der Lage her für notwendig halten, gewaltfreien Widerstand und Aktionen des zivilen Ungehorsams zu entwickeln und durchzuführen. Es geht nicht darum, von vorneherein große und von der Zielsetzung her unbestimmte Aktionen zu planen. Das würde dazu führen, daß schon im Vorab alle möglichen Disziplinierungsverklärungen abgegeben werden, die

dann in der Tat von der rechten Presse und den Herrschenden aufgegriffen werden können, um die Friedensbewegung zu spalten, ohne daß diese in der Lage wäre, ihre Kraft zu entwickeln.

Ag: Wie steht Du dabei zur Gewalt gegen Sachen, bzw. Einrichtungen. Wie steht Du das mit dem Schutz vor Polizeieinbrüchen, allgemein sind Diskussionen um Helme - ja oder nein. Manfred: Diese Frage sollte nicht abstrakt entschieden werden, auch wenn ich dazu etwas vorweg sagen möchte. Bei den Widerstandskaktionen der Friedensbewegung geht es doch darum, daß immer mehr Leute erkennen, daß sie ihre Unterstützung für ein System aufgeben müssen, das uns in die heutige prekäre Lage der Kriegsgefahr gebracht hat und uns in noch viel ernstere Situationen bringen wird. Von daher kann man keine generelle Aussage dazu treffen, ob z.B. Sabotage-Aktionen sinnvoll sind oder nicht. Wichtig ist, daß alle Aktionen verständlich gemacht werden und erklärt werden können. Ich erinnere dazu an die Aktionen der Gebrüder Berrigan, die zwei Kugelspitzen von Atomwaffen zerstört haben und sich anschließend dazu bekannt haben, festgenommen und zu mehreren Jahren Knast verurteilt wurden. Ich glaube, sie haben mit dieser Aktion gerade im Bereich der katholischen. Ich glaube, sie haben mit diesen Aktionen gerade im Bereich der katholischen Kirche in den USA deutlich machen können, warum es geht. Ich würde sogar die Behauptung wagen, es gerade solche Aktionen mit dazu beigetragen haben, daß so eine entscheidende Erklärung von seiten der katholischen Bischöfe in den USA gegen die Atomwaffen abgegeben werden konnte. Auf der anderen Seite muß man aber auch klar sagen, daß bestimmte Aktionen die im Moment laufen, gegen US-Einrichtungen und US-Soldaten, die dabei verletzt wurden, mit Sicherheit die Friedensbewegung nicht vorbringen werden. Die Weihnachtsurteilung von Bundeskanzler Kohl hat gezeigt, wer damit Politik macht, wer das mit Punkte sammeln kann.

AK: Kannst Du etwas zu den bisherigen Erfahrungen mit solchen gewaltfreien Widerstands- und Blockade-Aktionen sagen. Woher kommt diese Idee?

Massenz: Bei allen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik haben gewaltfreie Aktionen eine große Rolle gespielt; insbesondere in der Ökologie-Bewegung standen gewaltfreie Aktionen am Anfang der Widerstände: so in Wyl, Brokdorf und Gorleben und auch bei der Startbahn-West. Schwächen in der Weiterentwicklung solcher Aktionen wurden eigentlich immer dann offenbar, wenn keine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen mehr erzielt werden konnte. Das hat sich insbesondere im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf niederschlagen, später auch in Grohnde. Unsere Aufgabe heute ist es, aus diesen Erfahrungen und auch aus der Startbahn-Bewegung zu lernen.

Direkte gewaltfreie Aktionen sind in der Friedensbewegung zuerst vom radikalen Pazifisten durchgeführt worden. Ihr Protest richtet sich nicht nur gegen

die „Nachrüstung“ als einen Teil der Aufrüstung, sondern gegen das gesamte Militärpotential und insbesondere gegen die heute bereits vorhandenen Atomwaffen. Insofern fanden diese ersten Aktionen auch an Atomwaffenlagern und Bunkern statt. Solche Aktionen fanden z.B. im Rahmen des internationalen gewaltfreien Marches statt, die Blockade in Großsingtingen im letzten Jahr ist dann besonders bekanntgeworden. Der Sinn dieser Aktionen war immer, daß sie einen Beispielcharakter haben sollten, daß sie nach von anderen und von mehr Leuten umgesetzt werden können.

AK: Bei der Blockadeaktion vor dem Atomwaffenlager Großgrüningen im letzten Jahr und auch bei den gewaltfreien Aktionen am Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses hat es sehr heftige Auseinandersetzungen um die Bezugsgruppen und um die Trainings gegeben, die teilweise zur Voraussetzung der Teilnahme an der Blockade gemacht wurden. Besteht dabei nicht

Mit diesem Interview soll ein aktiver Vertreter gewaltfreier Widerstandskaktionen im Arbeiterkampf zu Wort kommen. Manfred arbeitet in der Gewerkschaft der Metallarbeiter. Manfred arbeitet in der Graswurzel-Bewegung seit einer Reihe von Jahren mit und hat aktiv nach Why? in der Ökologie-Bewegung beim Widerstand gegen das AKW Brokdorf mitgearbeitet. Er arbeitet in der Hamburger Friedenskoordination mit, die einen Aufruf für gewaltfreie Widerstandskaktionen zu Ostern 1983 in das BAF-Spektrum hineingetragen hat. Für die Hamburger Region ist eine Aktion am Atomwaffenlager in Kellinghusen geplant.

die Gefahr, daß solche Aktionen in einem sehr kleinen Rahmen bleiben? Manfred : Die Geschichte von gewaltfreien Aktionen ist wesentlich auch eine Geschichte von Lernprozessen gewesen. D.h. gemachte Erfahrungen sind, von anderen ausgewertet worden und haben dann zu neuen Aktionsformen geführt; z.B. sind die gewaltfreien Aktionen in Whyl, die von sehr vielen Menschen getragen worden sind von der Anti-AKW-Bewegung in den USA aufgegriffen worden. Dort ist die Idee entstanden, solche Aktionen durch Bezugsgruppen zu strukturieren. Diese Bezugsgruppen haben einen ganz bestimmten Sinn. Das will ich hier jetzt nicht im einzelnen aufführen, das kann man gut nachlesen. Wichtig sind zwei Dinge: Einmal, daß während einer Aktion möglichst alle Teilnehmer einen Einfluß darauf haben, was während einer solchen Aktion geschieht. Klar ist, daß sie dabei nur einen sehr beschränkten Einfluß z.B. auf die Polizei haben können. Trotzdem können sie einen gewissen Einfluß nehmen, und es ist in der Tat ein Unterschied, ob alle Teil-



Vorbild für viele Gewaltfreie: Friedensdemo im englischen Greenham Common



... und die Antwort der Ordnungshüter, die gar nichts von Gewaltfreiheit halten

nehmer ihren Einfluß an eine Demonstrationsleitung delegieren, oder es sogar völlig von irgendwelchen Situationen abhängig machen, oder aber der Versuch gemacht wird, eine breite Einflußnahme zu gewährleisten. Der zweite Punkt, weshalb unserer Ansicht nach bei solchen Aktionen Bezugsgruppen notwendig sind, ist die Tatsache, daß wir bei einer solchen Aktion ziemlich großen Risiken ausgesetzt sind. Es muß deshalb ein fester Zusammenhalt unter den Teilnehmern vorhanden sein. Solche Bezugsgruppen führen allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu, daß solche Aktionen noch nicht von sehr vielen Menschen durchgeführt werden, es ist aber absehbar, daß solche Erfahrungen an immer mehr Menschen weitergegeben werden. Das Erstaunliche ist, daß derzeit ein sehr großes Interesse daran besteht, Aktionen gerade in dieser Form durchzuführen.

lich verstärken muß. Oder man nimmt diese Frage nicht ernst, aber dann können wir auch ebensogut zuhause bleiben. Hier kommt es auf uns an, in der nächsten Zeit eine Überzeugungsarbeit unter den Friedensinitiativen zu leisten, die bisher geglaubt haben, daß allein schon eine sich breit artikulierende Friedensbewegung einen entscheidenden Einfluß ausüben könnte.

Zur Frage der Distanzierung: Ich glaube, daß schon allein dadurch Unterschiede in der Friedensbewegung gegeben sind, daß bestimmte Teile solche Aktionen und andere solche machen. Wenn Distanzierungen ausgesprochen werden, steht dahinter oft die Angst bzw. die Meinung, man müsse dem Druck der Medienöffentlichkeit nachgeben. Beides ist in jedem Fall Ausdruck von Schwäche. Ich bin der Meinung, daß Distanzierungen nur dann einen Sinn haben, wenn es sich um Aktionen handelt, die einer begründbaren

definitiven Entscheidung für die Stationierung gefallen ist, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß dann die Zeit gekommen ist, solche bundesweiten Aktionen zu organisieren.

AK: Sollte eine solche Aktion Deiner Meinung nach erst als Reaktion auf den offiziellen Stationierungsbescheid geplant werden? Oder sollte dies nicht bereits Thema bei den nächsten Konferenzen der Friedensbewegung sein, also bei der Aktionskonferenz im März oder der „Europäischen Konferenz“ im Mai?

Manfred: Im April in Westberlin geplanten „Europäischen Friedenskonferenz“ darüber geredet werden sollte?

Manfred: Mit der Planung solcher Aktionen sollten wir uns soviel Zeit wie möglich lassen. Es wird ja gerade von den USA der Versuch unternommen, den Stationierungsbeginn möglichst vorzuzerlegen; nachdem dies in der

über zu ermöglichen. Weil du die Berliner Europäische Friedenskonferenz angesprochen hast: Das beste, was dieser Konferenz passieren kann, ist, wenn sie der Koordination eines europäischen Widerstandes gegen die

„Nachrüstung“ dienen würde. AK: Wie schätzt Du das Verhältnis der DKP, bzw. ihrer Bündnisorganisationen, zu gewaltfreien Widerstandsaktionen ein? Dieses Spektrum hat sich auf der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Herbst in Köln zwar nicht ausdrücklich von solchen Aktionen distanziert, aber sie beschließt trotzdem einen Katalog des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) ließ es an Standorten lediglich, daß man dort versuchen solle, die örtliche Bevölkerung zu agitieren und nicht stellvertretend für sie zu handeln. Immerhin hat jetzt die DFG-VK solche Aktionen in ihren Aktionskatalog aufgenommen, und Ende Januar wird vom KOFAZ in Frankfurt ein zentrales Seminar auch mit dem Thema gewaltfreier Widerstandsaktionen veranstaltet.

Manfred: Auf die Bevölkerung vor Ort vorrangig Rücksicht zu nehmen, ist gerade für weitergehende Widerstandsaktionen unerlässlich. Das Problem entsteht nur dann, wenn dies als Begründung herhalten soll, um der Notwendigkeit eines weitergehenden Widerstandes entgegenzuwirken. Das wurde in letzter Zeit von einigen versucht, es ist aber heute absehbar, daß dieser Versuch gescheitert ist. Gerade dort, wo heute gewaltfreie direkte Aktionen geübt sind, hat sich gezeigt, daß vor Ort eine sinnvolle Integration dieser verschiedenen Ansätze möglich ist, z.B. zwingt gerade die Forderung nach atomwaffenfreien Gemeinden an solchen Orten dazu, sich auch Gedanken über weitergehende Widerstandsmaßnahmen von Seiten der örtlichen Friedensinitiativen zu machen, statt nur den Kreisrat zu Beschlüssen zu veranlassen, denn mit solchen Beschlüssen sind die dort gelagerten Atomwaffen mit Sicherheit nicht wegzuschaffen. In der DFG-VK gibt es eine ganze Reihe radikaler Pazifisten, die die Auseinandersetzung um die Fragen seit Jahren führen. Ihr habt das im AK ja auch häufiger dokumentiert. Das ist ein Grund dafür, daß es sich die DFG-VK als Or-

behalt, daß erst einmal eine Mehrheit gegen die geplante „Nachrüstung“ zustandegebracht werden müsse, den letzten Umfragen zufolge offenbar gegenstandslos geworden ist.

AK: Inwiefern ruft die Entwicklung solcher Widerstandsaktionen in der Friedensbewegung Gefahr einer Spaltung hervor, sogar die Gefahr einer Spaltungsalien? Grob kann man 3 Richtungen ausmachen: Einmal die Richtung, die unbedingt bei symbolischen Aktionen bleiben will, zum zweiten andere Teile, die gewaltfreie Widerstandsaktionen ernsthaft leisten wollen, und der dritten Richtung ist diese Eingrenzung auf gewaltfreie Widerstandsaktionen insgesamt zu eng.

Manfred: Ich kann nur sagen, wenn eine Chance bestehen soll, die Stationierung zu verhindern, sind alle Kräfte aufzufordern, möglichen Spaltungstendenzen entgegenzuwirken; eine solche Spaltung muß verhindert werden. Ich bin überzeugt, daß der gewaltfreie Widerstand gerade in beide Richtungen austrahlt und von daher ein bindendes Glied zwischen diesen Tendenzen darstellt: Erstens weil gewaltfreier Widerstand auf die Herrschenden zwingend wirken kann und zweitens weil die Praktizierung dieses Widerstandes eine Isolation von der Bevölkerung vermeiden hilft und auch neue Kreise in den Widerstand gegen die „Nachrüstung“ einbeziehen kann. Das sind ja eigentlich die zwei Pole, die zwei unterschiedlichen Interessensansätze, die miteinander in Verbindung gebracht werden müssen, um eine Spaltung zu verhindern.

AK: Wenn sich in diesem Jahr solche gewaltfreien Widerstandsaktionen sehr breit entwickeln, wird dies der Hoffnung Auftrieb geben, die „Nachrüstung“ tatsächlich verhindern zu können. Wenn diese Hoffnungen dann enttäuscht werden, könnte daraus die Konsequenz folgen, jetzt zu anderen Mitteln zu greifen.

Manfred: Wenn die „Nachrüstung“ durch massive gewaltfreie Widerstandsaktionen, die auch in der Bevölkerung sehr weit verankert sind, nicht verhindert werden kann, dann kann man auch davon ausgehen, daß andere Mittel unter den gegenwärtigen Umständen nichts ausrichten können. Weil ich nicht behaupten will, die „Nachrüstung“ kann garantiert mit diesen Mitteln verhindert werden, kommt es zu F-



Regionalisierung des Widerstands...

(Karikatur aus: Delmenhorster Rundschau 1/83)

Regionalisierung des Widerstands...

(Karikatur aus: Delmenhorster Rundschau 1/83)

Mit den Trainings ist das so eine Sache. Man mag darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Konfrontationssituationen, nachzuspielen. Für viele Leute ist das ein Bedürfnis, weil sie selber noch nicht in einer solchen Konfrontation mit der Polizei gewandert haben. Für sie bedeutet es eine Sicherheit, so etwas in einer zugegebenermaßen Laborsituation durchspielen zu können. Mit Sicherheit ist Vorbereitung notwendig, um in sehr kritischen Situationen Entscheidungen treffen zu können und möglichst vorher unter allen Teilnehmern abzuklären, wie in bestimmten Situationen reagiert werden soll.

Weil die Geschichte gewaltfreier Aktionen eine Geschichte von Lernprozessen ist, werden wir in den nächsten Monaten Möglichkeiten finden können, und die müssen wir finden, wie solche Aktionen von sehr vielen Menschen mitgetragen werden können. Für die geplante Oster-Aktion überlegen wir in Hamburg, wie sich daran mehrere Tausend Menschen beteiligen können.

AK: Ohne Übertreibung kann man heute schon sagen, daß große Teile des Spektrums der Friedensbewegung, das im letzten Jahr die Demonstration am 10.6. anlässlich des Reagan-Besuches organisiert hat, für 1983 gewaltfreie Widerstandsaktionen propagiert. Auch Paz Christi hat dazu aufgerufen, symbolische gewaltfreie Widerstandsaktionen 1983 durchzuführen. Große Teile dieses Spektrums denken dabei aber nur an rein symbolische Aktionen. Nicht nur militante Aktionen rufen dort Distanzierungen hervor, sondern auch bei der Bann-Aktion wurde ein großes Theater veranstaltet, weil einige Demonstranten in Bonn in Richtung Regierungsviertel in die Bannmiete abblieben wollten.

Manfred: In Bonn ist ja gerade unser Vorschlag gewesen, dort eine große symbolische Aktion zu machen, nämlich allesamt um das Regierungsviertel herumzudemonstrieren, um zu zeigen, daß wir uns nicht einfach an die vorgegebenen institutionellen Spielregeln halten können, gerade weil wir wissen, daß die „Nachrüstung“ im Prinzip eine beschlossene Sache ist. Die Haltung vieler, die heute sagen, unser Widerstand kann nur symbolhaft sein, wird sich auf Grund politischer Einsicht verändern. Entweder man nimmt die Forderung, die „Nachrüstung“ zu verhindern, ernst, dann guckt man sich auch die politische Landschaft an. Dabei kommt man zumindest zu dem Ergebnis, daß sich unser Widerstand erheb-

Perspektive der Friedensbewegung diametral entgegenstehen. Wenn z.B. wenige Tage vor einer geplanten gewaltfreien Blockadeaktion dort eine Bombe hochgeht, dann kann man nur davon ausgehen, daß es sich dabei um eine Provokationsaktion handelt, und so muß sie dann auch behandelt werden.

AK: Kannst Du Dir vorstellen, daß es in diesem oder im nächsten Jahr an einem Stationierungsport oder einem anderen Atomwaffenlager zu einer Großaktion kommt?

Manfred: Jetzt ist es wichtig, daß wir lernen, (wie wir es jetzt auch in Hamburg praktizieren,) mit anderen Gruppen regional zusammenzuarbeiten, um dort direkte gewaltfreie Aktionen mit beschränkten Zielsetzungen erfolgreich durchführen zu können. Ob dann aus den regionalen Strukturen heraus bundesweite Aktionen z.B. an den für die neue Mittelstreckenraketen vorgesehenen Standorten laufen können, hängt gerade von dieser regionalen Entwicklung ab und natürlich von der politischen Situation. Wenn im Herbst eine

Bundesrepublik gescheitert ist, versucht man es jetzt in Großbritannien.

Diese Strategie ergibt keinen anderen Sinn und verfolgt keinen anderen Zweck, als den Widerstand der Friedensbewegung so früh wie möglich zu eskalieren. Ich glaube aber, daß aufgrund der politischen Verhältnisse in den Stationierungsländern dieses Vorziehen nicht möglich sein wird. Heute sollten je nach Kräften möglichst regional größere Aktionen durchgeführt werden, um damit anzudeuten, daß wir im Falle einer Stationierung sehr weitgehenden Widerstand leisten werden. Auch vor dem direkten und formellen Stationierungsbeginn können bundesweite Aktionen diese Warnung unterstreichen. Wegen der notwendigen Breite und Radikalität solcher Aktionen sollten wir das allerdings nicht überstürzen. Die Diskussion darüber mußte aber schon jetzt eigentlich laufen, dafür müssen natürlich die kommenden Konferenzen genutzt werden. Es ist m.E. die vorrangige Aufgabe solcher Konferenzen, die Diskussion dar-



Aktion gegen das A-Waffenlager bei Großengraben

ich nicht behaupten will, die „Nachrüstung“ kann garantiert mit diesen Mitteln verhindert werden, kommt es m.E. auch darauf an, in der Friedensbewegung über eine eventuelle Stationierung hinausgehende Perspektive zu schaffen. Sollten nämlich die Pershing II und Cruise missiles stationiert werden, so wird dies einen enormen Beitrag dazu geleistet haben, die USA und die NATO in die Lage zu versetzen, in Verbindung mit z.B. der zu erwartenden enormen konventionellen Aufrüstung in Europa, mit der Stationierung von MX-Raketen, mit einer hochentwickelten U-Boot-Abwehr, mit Weltraumwaffen eine Erstschlagfähigkeit zu erlangen. Wenn diese Fähigkeit absehbar oder möglich ist, ist die Frage des Einsatzes nur noch eine Zeitfrage, eine Frage der politischen Bedingungen.

AK: Es ist in der Friedensbewegung ja unbestritten, daß die „Nachrüstung“ ein erheblicher Schritt für die NATO bedeutet, „kriegsfähig“ zu sein, besser gesagt, sich dafür zu halten. Für die konventionelle Aufrüstung ist es vielfach hingegen überhaupt nicht klar, daß dies noch mal, vielleicht ein sogar noch entscheidenderer Schritt in Richtung Krieg sein wird. Gerade weil vielen die „Nachrüstung“ als der Schritt in Richtung Krieg erscheint, kann dies dazu führen, daß viele an sich selbst (und nicht unbedingt an eine Perspektive einer möglichen gesellschaftlichen Veränderung) die Anforderung stellen, jetzt selbst alles zur Verhinderung dieser „Nachrüstung“ einzusetzen.

Manfred: Ich hatte ja schon gesagt, daß die „Nachrüstung“, unter den derzeitigen Bedingungen selbst nicht mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes veränderbar wäre, davon bin ich überzeugt. Ich glaube, man muß klarmachen, daß selbst wenn die „Nachrüstung“ durchgezogen worden ist, noch kein Krieg ausbricht. Wenn die Dinger stehen, heißt es noch nicht, daß dann ein Krieg ausbricht. Krieg ist natürlich auch eine Frage von Waffensystemen, aber erstens nicht nur von einem und zweitens hängt das auch noch von anderen politischen Faktoren ab. Ich bin mit dir der Meinung, wenn die Entwicklung einer Erstschlagfähigkeit absehbar ist, und wenn eine Kriegsplannung real wird, daß dann persönliche Konsequenzen in noch ganz anderer Weise gefragt sein werden, als in den nächsten ein, zwei Jahren. Wobei ich dann immer noch davon ausgehen würde, daß bewaffnete Auseinandersetzungen in Bezug auf eine Verhinderung eines globalen Krieges zumindest in Westeuropa und den USA keine Perspektive haben würden.

Berichte von Standort-Aktionen

Opherdicke/Dortmund

Am 12.12. wurde die Nike-Herkules-Raketenstellung in Opherdicke an der Südgrenze von Dortmund für 2 Stunden „blockiert“. 650 Menschen aus rund 20 Initiativen (aus Dortmund, Bochum, Castrop-Rauxel, Witten, Hagen, Schwerte, Unna und Kamen) hatten dazu mitaufgerufen. Der Staatsapparat hielt sich während der Aktion demonstrativ im Hintergrund. 30 Beamte und 2 Hundeführer waren sichtbar aufgestellt, eine weitere Hundertschaft hielt sich im Hintergrund. NRW-Innenminister Schnoor hatte einige Tage vorher anlässlich der Diskussion um die Blockade-Gebühren im Baden-Württemberg erklärt, daß Teilnehmer/innen an gewaltfreien Aktionen für ihn keine strafbaren Handlungen begingen.

In Opherdicke hatte es allerdings eine 3-wöchige polizeiliche Überwachung gegeben, wie der Polizeichef aus Unna auf eine Anfrage hin bekannt gab. Eine Wohngemeinschaft wurde dabei Tag und Nacht observiert.

Die Initiativen wollten bei ihrer Blockade möglichst jeder Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat aus dem Wege gehen, deshalb der Termin „gewaltfrei“, deshalb nur eine kurze Blockade und die Bereitschaft, die Aktion bei einem sich abzeichnenden Polizeieinsatz abzubauen. Erst kurz vorher waren dann noch zahlreiche Initiativen dazugestoßen.

Seitens der DKP wurde das Projekt entweder totgeschwiegen oder verleumdet. Auf Dortmunder Ebene wurde am 10.12. ein Fackelzug durchgeführt, an dem 1000 Leute teilnahmen, die Veranstalter zählten allerdings 2.500. Auf Initiative-Treffen verbreitete die DKP das Gerücht, es handle sich um eine KB- und KBW-Aktion, bei der Gewalttätigkeiten eingeplant seien. Nach der Aktion hieß es, der KB habe wohl regional dazu mobilisiert. In Anbetracht dessen, daß überhaupt nur ein KBler beteiligt war, könnte man dies fast als ganz „nette“ Überbewertung ansehen.

Münster/Schlierheide

Am 10.12. fand in Münster eine Demonstration statt, an der wie im letzten Jahr 4.000 Leute teilnahmen. Das gesamte Spektrum der Friedensbewegung, von der DGB-Jugend bis zu den Mittelamerikagruppen war vertreten und konnte auch Redner stellen. Wenn auch die örtliche Friedensinitiative (FIM), die von DKP und sozialdemokratischen Kräften dominiert wird, es als „Anmaßung“ bezeichnete, daß die GAL schon Ende September zu Gesprächen um eine Blockade-Aktion eingeladen hatte, wurde schließlich nicht mehr gegen die Aktion gearbeitet und keine Konkurrenzveranstaltung aufgezogen. Auf dem zweiten Vorbereitungstreffen kam dann der Vorschlag einer „gewaltfreien Blockade“ am Atomwaffenlager Schlierheide (bei Telgte) von dem aussonst als militant verurteilten AKU (Anti-AKW-BI).

In der folgenden langwierigen Diskussion stiegen dann Pax Christi, der Versöhnungsbund, GAL/Grüne und eine gewaltfreie Gruppe aus, weil diese nur Menschen an Blockaden beteiligen wollten, die sich vorher aktiv in Bezugsgruppen und gewaltfreien Trainings vorbereitet hätten, anderenfalls — so ihre Argumentation — sei nicht zu gewährleisten, daß sich alle an einen vereinbarten Konsens hielten, bzw. daß nicht eventuell doch einzelne „Gewalt“ anwandten. Pax Christi und der Versöhnungsbund führten dann immerhin eine eigene Mahnwache vor dem Atomwaffenlager sowie Aktionen vor Kirchen durch.

Sehr zur Überraschung der aktiven Träger der Aktion kamen dann am 12.12. 600 Leute in Telgte (15 km von Münster entfernt) zusammen, die dann zum 7 km entfernten Atomwaffenlager demonstrierten. Begleitet wurden die Demonstranten von 2 Streifenwagen der Polizei. Am A-Waffenlager waren auch nicht mehr zu finden, obwohl das Gerücht aufkam, daß sich eine Hundertschaft im Wald versteckt halte (das stellte sich als falsch heraus). Am Lager selbst wurde die Demonstration dann für beendet erklärt und 200 Leute blockierten dann vier Stunden lang den Eingang.

Das Spektrum, das sich erstmals gemeinsam bei dieser Aktion zusammengefunden hat, will (auch außerhalb der FIM) weiter zusammenarbeiten. Ein nächster Schwerpunkt dürfte die Diskussion um den Ostermarsch werden. Die DKP-nahen Gruppen planen eine Münsterland-Konferenz, um die Planung eines langen Marsches in eine Ruhrgebietstadi abzuweisen zu lassen. Unterwegs soll es eine „symbolische

Blockade“ am A-Waffenlager Dülmen geben. Andere denken da an eine dreitägige Aktion.

Göttingen/Treysa

Am 11.12. gab es einen Aktionstag in der Innenstadt. Im laufenden Weihnachtmarkt und der Einkaufsruhe unüberschaubar waren die Mahnwachen und Info-Stände, eine symbolische Raketenstationierung und „Probeexerzieren“ der Reservatengruppe in blutverschmierten Bundeswehrkammotten.

Am 12.12. ging es dann im Autobahnkonvoi zum 60 km entfernten

Atomwaffenlager in Treysa. Aufgerufen hatten der Arbeitskreis gegen Atomenergie, Gewaltfreie Gruppen, das Friedensbündnis, der KB und einige Gruppen aus Treysa und Umgebung. Die 70-80 PKW hatten eine große Polizeikorte, Hubschrauber, Zivile, Fototrucks, Wasserwerfer und auch ein Raumpatrouillenfahrzeug fehlten nicht. Dennoch gelangte der Konvoi reibungslos zum A-Waffenlager.

Zunächst begannen Aktionen örtlicher Gruppen und einiger Gewaltfreier (Schweigen, Zuweisen des Todes, Aufstellen von Holzkreuzen bzw. Behängen des Zaunes). Es folgte eine Kund-

gebung mit einer Raketenverbrennung. Anschließend gab es ein gemeinsames Kaffeetrinken mit den örtlichen Initiativen. Insgesamt waren 300 Menschen beteiligt, was als gutes Ergebnis eingeschätzt wird.

Bremerhaven/Bramel

Nach schwierigen Verhandlungen wurde ein gemeinsamer Marsch von Schiffdorf (das an Bremerhaven angrenzt) zur Hawk-Raketenstellung im 6 km entfernten Bramel vereinbart. AL, Gewaltfreie Aktion, Grüne (die dann aber später nicht mehr gesichtet wurden) und die DFG-VK wollten bis zur Rake-

tenstellung, was allerdings die Initiativen aus dem Landkreis, insbesondere aber die DKP nicht mittragen mochten. Rund 80 Leute zogen dann die 6 km über Felder und Wiesen nach Bramel (Anm. des Berichterstatters: „Meinem Hund hat es gefallen“). Die Hälfte zog nach der Abschlußkundgebung zur Raketenstellung, eine kurze Kundgebung, die Aufstellung von Kreuzen als Mahnmale beendeten die Aktion.

(Nach Berichten von Genossen aus Bremerhaven, Göttingen, Münster und Dortmund)

Schafft 2, 3, viele Großengstingen...?

Wenn der großbürgerlichen FAZ der Schrecken in die Glieder fährt, ist das meist ein Grund zur Freude und zum Aufmerken. Dies war am 8.12.82 der Fall, als sie sich an einer Zielbestimmung für die Blockadeaktionen hochzog, die der gewaltfreie Cheftheoretiker Ebert veröffentlicht hatte: „Gesucht sind Aktionsformen, die zwischen legalem Protest und direkter Konfrontation mit Polizei und Militär liegen, aber sich bei günstigem Verlauf auch in andere Widerstandsformen überleiten lassen“, hatte er in der Zeitschrift „Mediatum“ (Herausgeber: Mechttersheimer) vom November '82 geschrieben.

Was die FAZ sicherlich beruhigt hatte: Ein anderer Cheftheoretiker der Gewaltfreien, Wolfgang Sternstein (BBU), warnt etwa zur gleichen Zeit vor „Einzelnen und Gruppen, die die Blockade allenfalls als taktisches Übergangsstadium auf dem Weg zu „harten“ oder „militanten“ Aktionen mit dem Ziel der Sabotage militärischer Einrichtungen sehen wollen.“ (Ohne Rüstung Leben-Informationen November '82).

Dieser Widerspruch um die Frage: wie stark sollen diese „gewaltfreien Aktionen“ radikalisiert werden, läßt sich am Beispiel der Blockade im August in Großengstingen nachzeichnen. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Das Verhältnis zur Polizei und die Abschottung der Aktionen durch „Bezugsgruppen“.

Wie lieb sind wir zur Polizei?

In Großengstingen auf der Schwäbischen Alb hatten Anfang August ca. 700-800 Kriegsgegner abwechselnd in kleinen Gruppen ein Atomwaffenlager blockiert. Die Aktion dauerte eine Woche und führte zu mehreren hundert kurzzeitigen Festnahmen und Personalienfeststellungen. Schon im Vorfeld hatte es ein Treffen der Initiatoren mit dem Einsatzleiter der Polizei und anderen Bullenoffizieren gegeben, wo beide die Grundsätze ihrer Handlungs-

weise offenlegten. Die Polizei konnte daher das Vorgehen der Blockierer gut abschätzen und ihr Ziel — Beseitigung der Blockaden, falls notwendig, und Personalienfeststellung zwecks späterer Anzeige — ohne „übermäßige“ Gewalt erreichen.

Kritisch bilanzieren einige Akteure im „Großengstingen-Handbuch 2“: „Erschreckend war, wie kritiklos bei vielen von uns den Aussagen der Polizei geglaubt wurde. Es entwickelte sich eine weitverbreitete Stimmung, daß wir das „gute Verhältnis“ zur Polizei nicht „gefährden“ sollten und daher jede Art von „Provokation“ unterbleiben sollte. In der Regel wurde dabei aber nicht gesagt, was „Exskalation“ heißt. Gruppen, die sich z.B. anzeilen oder anketteten wollten, wurden durch Einspruch anderer Gruppen daran gehindert, dies zu tun, obwohl Anheftung von der Planung der Aktion her nicht ausgeschlossen war.“ (S.103)

Ein anderer Blockierer kritisiert ebenfalls „die Verwischung unserer Gegnerschaft zur Polizei“ und ergänzt: „Von vielen wurden die Polizisten als Menschen, wie alle anderen auch, begriffen. Diese Vorstellung wurde geschürt durch die mehrheitlich akzeptierte Formel: Die Polizei wird, wenn sie ins Lager kommt, genauso behandelt, wie jeder andere Besucher auch, sie kann dort auch Informationen sammeln, unsere Protokolle einsehen. Dies war nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis; die Polizei kam ins Lager und schrieb offen und ungeniert den Blockadeplan ab, um so ihre Einsatzepläne frühzeitig auf die „harten“ Gruppen einstellen zu können. Um sich vor aufdringlichen Fragen der Polizei zu schützen, wurden sie sogar ausdrücklich auf das Protokoll verwiesen, wo sie sich ja die nötigen Informationen besorgen könnten.“

Wer so vorgeht, verwickelt sich in einen Widerspruch: Auf der einen Seite soll es Ziel der Aktion sein, das Militär zu behindern, was natürlich ein möglichst starkes Festhalten an der Behin-

derung auch gegenüber der Polizei einschließt; auf der anderen Seite ist man der Polizei dabei behilflich, sich Informationen darüber zu verschaffen, wie sie mit uns möglichst leicht fertig wird.“

Bezugsgruppen mit Radikalerlebnis?

Bezugsgruppen bestehen aus 10-15 Personen. Meist haben sie sich schon seit Wochen mit den Methoden des gewaltfreien Widerstandes vertraut gemacht („Gewaltfreies Training“), vor allem aber mit der betreffenden Psychologie: im Polizisten auch den Menschen zu sehen, selbst wenn einen zusammenknüppelt. Die Bezugsgruppen entsenden Delegierte in einen Sprecherrat, der die Aktion koordiniert und im allgemeinen nur einstimmige Beschlüsse faßt.

Der Nachteil an dem System ist natürlich die Ausgrenzung neuer oder spontan hinzukommender Leute. Im Großengstingen-Handbuch wird z.B. kritisiert: „Es besteht die Gefahr, daß, wenn wir so weiter machen, wir elitär werden. Es fühlen sich dann nur noch Gruppen angesprochen, die einen höheren Bildungsstand besitzen oder viel Zeit zur Verfügung haben.“ (...) Wir müssen aus diesem Grund auch bereit sein, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die nicht prinzipiell für Gewaltfreiheit und für Basisdemokratie sind. Man muß sich auf einen Minimalkonsens einigen.“ (S. 108)

„Wir haben falsche Prioritäten gesetzt. Wir sind einerseits bereit, eine Sisyphearbeit zu leisten, um die Polizisten aus ihrer Rolle herauszuholen (ebenso die Soldaten), aber andererseits bemühen wir uns kaum um Leute, die schon einen Draht zu dieser Aktionsform haben.“ (S.108)

„Dieses Sicherheitsbedürfnis, dieser Besitzindividualismus: „das ist unsere Aktion, die darf kein Unangemeldeter stören“, sollte man/frau so schnell wie möglich aufheben, sonst schaffen wir uns unseren eigenen Radikalerlebnis.“

(S.109)

Allerdings gibt es auch den entgegengesetzten Standpunkt, der die Abschottung richtig findet: „Es gibt Wege, die sich ausschließen, und eine Schlägerei mit der Polizei hätte nichts mit einer gewaltfreien Aktion zu tun.“

Wie weiter?

„Eine Blockade mit 30 Menschen ist so effektiv wie eine mit 100, der Polizeieinsatz zur Räumung dauert ein paar Minuten länger oder kürzer, mehr nicht. Wenn die Durchfahrt verhindert werden soll, müßte die Straße verbarrikadiert werden, mit Dingen, die sich nicht einfach beiseite räumen lassen: die Barrikade müßte „gesichert“ werden — wo ist die Grenze?“

Das wollen wir nicht. Mittel, die sich für einen Aufstand der Region gegen das Atomwaffenlager eignen, sind nicht unbedingt die richtigen für eine Minderheit.“ (S.41)

Wendet man diesen Satz ins Positive, so ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Verbreiterung dieser Aktionsformen und ihrer Radikalisierung. Entschlossene, militante Aktionen werden eher möglich, wenn eine massenhafte Beteiligung („Aufstand der Region“) geplant wird. Umgekehrt ist eine Einbeziehung von vielen Leuten unmöglich, wenn die Gewaltfreiheit als Freibrief für die Polizei gesehen wird, sich an wehrlosen Demonstranten nach Belieben auszutoben bzw. nachher ihre Opfer zur Kasse zu bitten.

Die obigen Beispiele zeigen, daß wir auch innerhalb des gewaltfreien Lagers für diese Strategie — „Verbreitern und Radikalisieren“ — Verbündete haben. Bei den Blockadeaktionen am 12.12. war davon allerdings erst wenig zu spüren (s. nebenstehender Artikel). Das kann allerdings erst anders werden, wenn wir selber bei der Vorbereitung von den Osterblockaden nicht länger abseits stehen.

Jürgen/Stuttgart

Blockieren geht über demonstrieren

Leute arretiert.

Kein Pardon für Atomkriegtote

Das letzte Beispiel verdient eine etwas ausführlichere Betrachtung: Die 293 Kriegsgegner hatten sich nämlich just vor jene US-Kommandozentrale EU-COM gesetzt, die wenige Tage zuvor Schlagzeilen gemacht hatte: Dieses Hauptquartier für Europa soll nämlich nach Großbritannien verlegt werden, weil Stuttgart im Kriegsfall zu nahe an der Front liegt und daher vernichtenden Geschlägen ausgesetzt wäre.

Offensichtlich ist es kein Zufall, daß gerade an diesem skandalträchtigen Ort der Widerstand am massivsten kriminalisiert wurde. Da nützte es auch nichts, daß die Bezugsgruppen die ohnehin symbolische Blockade noch symbolischer machten, in dem sie nur die ersten 12 Minuten jeder angefangenen Stunde blockierten. Da nützte es auch nichts, daß Erhard Eppler und Pfarrer Jörg Zink (GRÜNE) als Beobachter da waren. Und da konnten auch zwei SPD-Landtagsabgeordnete und eine grüne Landtagsabgeordnete unter den Blockierern sein. Wie hatte der oben schon zitierte Aktivist seine Großengstinger Erfahrungen resümiert? Durch gewaltfreies Vorgehen und Übernahme von persönlichem Risiko merken „Polizisten und Soldaten, daß wir nicht irgendwelche Chaoten oder aufässige Protestierer sind, sondern Menschen, die etwas anstreben, was sie eigentlich

auch selbst ganz gut finden. Dieser persönliche Respekt macht es wiederum der Gegenseite schwer, gegen uns hart vorzugehen, die Prozesse sind ihnen peinlich, und sie würden sie am liebsten einstellen.“ (1).

Offensichtlich doch nicht. Der Widerstand der nuklearen Opferlammern findet hierzulande keinen „persönlichen Respekt“. Und ihre strafrechtliche Verfolgung in dem Staat nicht „peinlich“, sondern ein lukratives Geschäft: Jeder der 293 Festgenommenen muß mit einer Strafe von 110 DM rechnen (als „Aufwandsentschädigung“ für die Polizei).

Großengstingen II

An einem weiteren potentiellen Kristallisationspunkt des Widerstandes hatte die Polizei eine andere Gegenstrategie: Das Blockadeobjekt vom August, ein Atomraketendepot, wurde mit NATO-Draht eingezäunt. Der Sprecherrat der Blockierer lehnte es ab, die Stacheldrahtrollen zu übernehmen und in die Sperrzone hineinzugehen. Ersatzweise wurde eine nahegelegene Kaserne blockiert. Mit von der Partie: Wolf-Dieter Hasenclever. Er machte schon frühzeitig klar: Jede Konfliktstrategie mit der Polizei ohne mich. Also auch nicht ein Überschreiten der Stacheldrahtrolle, mit der die Polizei hinter der Kaserne die Zufahrtsstraße zum Raketendepot gesperrt hatte.“ (3). Zusätzlich hatte die Polizei noch sämtliche Zufahrtsstraßen gesperrt, so daß die Demonstranten nur die Wahl hatten

zwischen einem 6 km-Fußmarsch in eisiger Kälte und einer Polizeieskorte für ihren Autokonvoi (sie entschieden sich fürs erste). Der Kommentator des „Schwäbischen Tagblatt“ resümiert: „Als reinen Erfolg werden wohl nicht allzu viele der Demonstranten den Sonntag bei Großengstingen verbuchen. Viel zufriedener kann da schon die Polizei sein, die mit ihrer Taktik weitgehend den äußeren Ablauf der Demonstration bestimmte. Blockiert wurde dort, wo es die Polizei erlaubte: Vor dem Haupttor der Großengstinger Kaserne, die durch den Seiteneingang noch zugänglich blieb. So konnte die Polizei darauf verzichten, mehr als statische Staatsgewalt anzuwenden und dafür nach der neuen Gebührenordnung für unbotmäßige Demonstranten auch noch zu kassieren. Das Hocken im Pappschnee vor der Kaserne und der Marsch entlang am Absperrdraht hatte nicht allzuviel von zivilem Ungehorsam an sich.“

Auf der anderen Seite resümierte ein Vertreter der bundesweiten „Koordinations 12.12.“ am Abend der Aktionen: „Ich glaube schon, daß dieser Tag ein großartiger Erfolg ist“. Genauer wird sich auf den Auswertungstreffen ergeben: Für den Süden am 8./9. Januar in Nürnberg, für den Norden am 15./16. Januar in Hannover.

Jürgen/Stuttgart

1 Großengstingen-Handbuch 2, S. 118
2 dito, S. 119
3 aus: Schwäbisches Tagblatt, 13.12.82

Zivil- dienststreik bundesweit!

Zur Verabschiedung des KDV-Verhinderungsgesetzes

In rasanter Eile, gerade noch rechtzeitig bevor Helmut Kohl programmgemäß das Mißtrauen ausgesprochen wurde, hat die Bundesregierung das neue Zivildienst-Gesetz über die Rampe gebracht — trotz einer unerwartet breiten Ablehnung auch bei bürgerlichen Verbänden und Experten. Damit hat zumindest die Absicht, diese drastische Einschränkung des KDV-Rechts als „Liberalisierung“ zu verkaufen, keinen Erfolg gehabt. Der geplante bundesweite Zivildienst-Streik soll zeigen, daß der Widerstand gegen diesen Schritt der inneren Militarisation nicht mit der Verabschiedung des Gesetzes vom Tisch ist.

Die Kernpunkte des neuen Gesetzes:

- Verlängerung der Zivildienstzeit von derzeit 16 auf 20 Monate.
- von der mündlichen Gewissensprüfung kann abgesehen werden, wenn dem Bundesamt für Zivildienst der eingereichte schriftliche Antrag mit ausführlicher Begründung glaubwürdig erscheint. Ansonsten, insbesondere bei Soldaten und Reservisten (etwa 17 % der Antragsteller) bleibt alles beim Alten.

— Wegfall einer Inzanz; ein vom Bundesamt abgelehnter Verweigerer muß gleich den Gang zum Verwaltungsgericht antreten.

— Der vom Verteidigungsministerium eingesetzte Vorsitzende der Prüfungskommission erhält volles Stimmrecht, dafür entfällt in Zukunft einer der bisher drei stimmberechtigten Beisitzer.

— Angekündigt ist eine verstärkte heimtückische Einberufung der ZDLer und zunehmende Kasernierung.

— Streichung der sogenannten „Sonnencheinplätze“ in Verwaltungsstellen, dafür Ausschreibung der Einsatzgebiete auf sogenannten Umwelt- und Naturschutz, also weiters Ausgestaltung des ZD zum Arbeitsdienst.

— Verschärfung des Disziplinarrechts für ZDLer.

Hintergrund dieser Verschärfungen sind die ständig steigenden Verweigererzahlen (zuletzt über 60 000 im Jahr) und die zunehmende Wehrunwilligkeit großer Teile der Jugendlichen, gegen die ein erster Damm errichtet werden soll. Heiner Geißler ließ denn auch keine Gelegenheit aus zu betonen, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung keineswegs mit der Wehrdienstpflicht auf eine Stufe gestellt werden könne und die Grenzen dieses Ausnahmerechts spätestens da erreicht seien, wo die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in irgendeiner Art gefährdet werden könnte.

— Verschärfung des Disziplinarrechts für ZDLer.

Hintergrund dieser Verschärfungen sind die ständig steigenden Verweigererzahlen (zuletzt über 60 000 im Jahr) und die zunehmende Wehrunwilligkeit großer Teile der Jugendlichen, gegen die ein erster Damm errichtet werden soll. Heiner Geißler ließ denn auch keine Gelegenheit aus zu betonen, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung keineswegs mit der Wehrdienstpflicht auf eine Stufe gestellt werden könne und die Grenzen dieses Ausnahmerechts spätestens da erreicht seien, wo die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in irgendeiner Art gefährdet werden könnte.

Der Trick, das neue Gesetz als „Liberalisierung“ zu verkaufen, verfiel bei den Adressaten allerdings kaum. Fast alle betroffenen Gruppen und Verbände wiesen darauf hin, daß von Abschaffung der Gewissensprüfung keine Rede sein könne. Der Gewissens-TÜV bleibe bestehen, zunächst in schriftlicher Form (begründeter Antrag), danach wird in allen „Zweifelsfällen“ weiter mündlich geprüft. Generell erhalten bleibt das mündliche Verhör aller Soldaten, Reservisten und Verweigerer, die bereits einmal abgelehnt wurden. Die Möglichkeit auf Seiten des Staates, auf die mündliche Inquisition zu verzichten, dient im wesentlichen der Beschleunigung der Verfahren und dem Abbau des gegenwärtig bestehenden Bergs von fast 100 000 unerledigten Anträgen. Diese flexible Regelung bringt in jedem Fall „mehr Dienst für's Vaterland“, da nicht ZDLer eingesetzt werden können. (Wegen der schließenden Verfahren stehen zur Zeit etwa 17 000 von 50 000 ZD-Stellen leer.) Die Geltungsdauer des Gesetzes — bis zum Juni 1986 — trägt diesen Zielen Rechnung; bis dahin soll der Überhang abgebaut und die Zahl der Anträge drastisch reduziert sein.



Scharfe Kritik von Experten

Auf unerwartet massive Ablehnung stieß die Gesetzesnovelle auf einem Expertenhearing, das die Unionsparteien — vermutlich, um dem Ganzen noch einen Hauch von demokratischer Legitimation zu erpassen — genau eine Woche vor der endgültigen Verabschiedung veranstalteten: „Selten hat in Bonn ein Gesetzesentwurf eine so vernichtende Kritik geerntet“ („Göttinger Tageblatt“, 10.12.). Im Mittelpunkt der Kritik standen die Verlängerung, die Nichtabschaffung des Gewissens-TÜV, die Eile, in der das Gesetz durchgepeitscht wurde und last not least Herr Geißler selbst: Er zog es passenderweise vor, an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Verteidigungsausschusses teilzunehmen, auf der der Gesetzesentwurf bereits abschließend beraten wurde. Gegen diese Farce protestierten auf dem Hearing mehrere ZDLer mit T-Shirts mit der Aufschrift „Hearing = Alibi“.

Die geladenen Verbände lehnten den Gesetzesentwurf nahezu einhellig ab: „... daß am Ende nur insgesamt zwei Organisationen (der Christliche Gewerkschaftsbund und der Bundeswehrverband) als Befürworter übrigbleiben würden, kam doch etwas überraschend. Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften — alle waren sich einig. So bitte nicht!“ („Göttinger Tageblatt“, 10.12.).

Ähnlichen Kalibers war die Kritik der geladenen Juristen: Dabei ging es vor allem um die Frage, ob die Gewissensprüfung nun tatsächlich abgeschafft wurde. „Fast übereinstimmend

antworteten die Sachverständigen mit nein“ („Göttinger Tageblatt“, 10.12.).

Auf diesen Umfang der Kritik reagierten die Parteien mit einigen rhetorischen Gattungen des Entwurfs, ohne an der Substanz irgendetwas zu ändern.

Schnüffler für Boxvereine gesucht

Eine mündliche Prüfung soll stattfinden, wenn das „Gesamtvorbringen und die dem Bundesamt bekannten Tatsachen Zweifel an der Wahrheit der Angaben des Antragstellers begründen“ — als Beispiel führte der CDU-Abgeordnete Hermann Kroll-Schlüter an, ein mit tiefer Religiosität begründeter Antrag müsse dann angezweifelt werden, wenn der Antragsteller gleichzeitig angebe, er betreibe Boxsport („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 11.12.). Zu der interessanten Frage, woher der Ausschuß denn nun solche Details erfahren sollte, wenn der Antragsteller sie wohlweislich verschweige und das in Zukunft obligatorische polizeiliche Führungszeugnis keinerlei Angaben dieses Kalibers enthalte, hören wir Geißler im „Spiegel“-Gespräch: „Nehmen wir einmal an: Da ist ein stadtbekannter Schläger, und ausge-rechtfertigt der verweigert mit der Begründung, daß er seit Jahren im CVJM ist. Der Pfarrer hört das und sagt: Jedes-mal, wenn der kam, hat der mir die Einrichtung demoliert. Der könnte dann möglicherweise an es Bundesamt für Zivildienst schreiben. — Spiegel: Also Denunziantentum. — Geißler: Nein, sondern Schutz des echten Kriegsdienstverweigerers.“ („Spiegel“, 20.12.).

Anzeige



„Was läßt Sie daran zweifeln, daß wir Ihre Probleme verstehen?“



„Da ist ein stadtbekannter Schläger...“

schwarzer

Anzeige

**schwarzer
FADEN**

ANARCHISTISCHE
VIERTELJAHRESSCHRIFT

Der SCHWARZE FADEN soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen. Wir halten es für notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Unterdrückung, wie der (meist erfolglosen) Befreiungskämpfe kritisch aufzuarbeiten — wir sind der Auffassung, daß diese Aufarbeitung zu unterlassen bedeutet, sich von den wichtigsten Erfahrungen abzuschneiden; denn ohne bewußt aufgearbeitete Erfahrung kann es nur eine fortschrittliche Praxis geben, die fortwährend an Nullpunkt beginnt.

Themen von Nr. 8 (Sept. 82): Interview mit Augustin Bou-chy, Grüner Anarchismus-Organisationsdiskussion, soziale Verteidigung, Militärmacht UdSSR (Castoriadis), Chomsky-Anarchismus-Selbstverwaltung und Technik, Schweine-vermarktung (Bauern gegen Agrarfabriken), Radio Libé-raire Paris, Knast, Friedensbewegung, usw... (40 Seiten)

Themen von Nr. 9 (Dez. 82): Nationalrevolutionäre aus an-archistischer Sicht, Föderationsdiskussion, Zwiespältiges zur Palästinafrage, Die Illusion der progressiven Steuer, Rudolf Rocker, Die subversive Utopie, Castoriadis (Soz. oder Barbarei), Die anarch. Bewegung 1918-1933, Gegenbuchmesse, Professionalisierung der Alternativprojekte, pol. Ökologie (Huber-Kritik), usw... (36 S.)

INZELNUMMERN: 4 DM (in Briefmarken belegen)

JAHRGABE (4 Ausgaben): 15 DM

BEZUG: SF, 7410 Reutlingen,
ob. Webermarktstr. 3



Dokumentation:

Es kommt noch doller

Auszüge aus dem Bericht der Bundeswehrlangzeitkommission

Wir dokumentieren im folgenden einige Auszüge aus dem Bericht der Langzeitkommission der Bundeswehr, die sich mit der Deckung des personellen Bedarfs in den kommenden Jahren befassen. Diese Auszüge zeigen, daß das neue KDVG-Gesetz ein erstes Ergebnis dieser Militärplanungen ist (z.B. die jetzt fallengelassenen Überlegungen über den Einsatz von ZIVIL im Zivilschutz), daß damit die Grenze noch längst nicht erreicht ist. Die nächste Zivildienstverlängerung steht also an, wenn ab 1985 der Grundwehrdienst auf zunächst 18 Monate verlängert wird, die Zivildienstdauer beträgt dann bereits 24 Monate! Für die 90er Jahre wird eine weitere Verlängerung bereits

ins Auge gefaßt. Zwei Überlegungen der Langzeitplaner sind auffallend: die Einbeziehung von Ausländern, die in der BRD leben und der waffenlose Dienst von Verweigerern in der Bundeswehr. Beide Pläne sind zur Zeit vor allem aus ideologischen Gründen zurückgeworfen: Sie passen nicht zu der Abschleppungspraxis gegen Ausländer, bzw. zu der Dauerpropaganda gegen die entsprechende „Bausoldatenpraxis“ in der DDR. Es gehört aber nur wenig Phantasie dazu vorauszusagen, daß diese Pläne in wenigen Jahren erneut aus der Schublade gezogen werden.

Antimil-Kommision, KB Göttingen

Langfristige Sicherstellung des personellen Bedarfs

402. Im Hinblick auf die 90er Jahre muß es die Hauptfrage sein, der personelle Bedarf der Streitkräfte sicherzustellen. Bedingt durch die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland sinkt das jährliche Aufkommen an wehrpflichtigen Männern von 1984 an im Jahre 1990 würde — gemessen am jährlichen Gesamtbedarf — ein Fehlbetrag von 104.000 Wehrdienstfähigen bestehen. Schon in den nächsten Jahren sind Maßnahmen erforderlich, den Bedarf anders als bisher zu decken. Ergreift man keine Maßnahmen oder führen diese nicht zum gewünschten Erfolg, würde der Friedensumfang der Streitkräfte letztlich von derzeit 460.000 auf letztlich etwa 290.000 Soldaten absinken. (.)

405. Keine der aufgeführten Maßnahmen zur Deckung des Personalbedarfs kann das Problem allein lösen. Es wird notwendig, das volle Spektrum der Maßnahmen auszuschöpfen.

Wird eine der Maßnahmen nicht oder in nicht ausreichendem Maße verwirklicht oder führt nicht zum gewünschten Erfolg, müssen andere mit umso größerer Intensität verfolgt werden, weil sonst der derzeitige Friedensumfang der Streitkräfte nicht erreicht werden kann. (.)

50.1. Es werden Maßnahmen zu prüfen sein, die den jährlichen Ergänzungbedarf an Grundwehrdienstleistenden senken.

— Erhöhung des Längerdienstalters,

— Verlängerung des Grundwehrdienstes,

- Reduzierung des Bundeswehrpersonals
 - Erhöhung der Wehrzeit und Zivildienstleistungen
 - Verlagerung von Aufgaben in Industrie und Wirtschaft,
 - Ersatz von aktiven Soldaten durch Wehrübende,
 - Ersatz von Personal durch Technik.
504. Darüber hinaus sind Maßnahmen denkbar, die darauf abzielen, bisher nicht genutzte personelle Potentiale heranzuziehen:
- Reduzierung der Wehrdienstausnahmen und sonstiger Einberufungshindernisse,
 - die Erweiterung des Freiwilligenstatus für Frauen,
 - vorzeitiges Einberufen von Angehörigen älterer Jahrgangsklassen,
 - Dienst von Ausländern.
- Nur theoretisch denkbar erscheint der Kommission der waffenlose Dienst von Kriegsdienstverweigerern in der Bundeswehr. (.)

Verlängerung des Grundwehrdienstes

511. Der Bedarf an Grundwehrdienstleistenden wird wesentlich durch die Dauer des Grundwehrdienstes beeinflusst. Je länger der Grundwehrdienst ist, desto geringer ist der jährliche Bedarf an Grundwehrdienstleistenden. So würde zum Beispiel eine Verlängerung des Grundwehrdienstes den jährlichen Bedarf an deutschen Wehrpflichtigen wie folgt senken:

- Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate: Senkung des Bedarfs um rund 32.000 Mann,
- Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 21 Monate: Senkung des Bedarfs um rund 58.000 Mann,
- Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 24 Monate: Senkung des Bedarfs um rund 73.000 Mann.

Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 24 Monate könnte allein bereits einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Personalbedarfs leisten.

Neben dem Nutzen eines hohen Längerdienstalters ist daher eine Verlängerung des Grundwehrdienstes wünschenswert, wenn ein auf längere Fristen Friedensumfang der Streitkräfte erreicht werden soll.

Die Verwirklichung dieser Maßnahme bringt für die Streitkräfte aber erhebliche Vorteile. Die Ausbildung und Kameradschaft der einzelne Mann kann besser ausgebildet werden, die Lernaufmerksamkeit wird erhöht.

Über die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate muß unter derzeitigen Umständen wegen der erforderlichen Zeitverläufe für die Änderung der Ausbildungsorganisation und Ausbildungspläne 1985 entschieden werden. Dieser Zeitpunkt kann durch vorzeitiges Einberufen von Angehörigen älterer Jahrgangsklassen ausgesetzt werden. In den vier Jahren bis dahin eine weitere Verlängerung erforderlich werden. Hieraus dürfte sich auch Konsequenzen für die Dauer des Zivildienstes ergeben.

Reduzierung des bundeswehr-externen Bedarfs

5.7. Das Gesamtaufkommen an wehrdienstfähigen Männern deckt nicht nur den Bedarf der Bundeswehr sondern auch den der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, des Katastrophenschutz und Zivildienstes. Insgesamt stehen den Streitkräften damit etwa 27.000 Wehrdienstfähige weniger zur Verfügung.

In allen angesprochenen Diensten werden wesentliche Aufgaben für das Gesamtwehrgeschehen wahrgenommen, die zumindest zum Teil als gleichwertig zur Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit anzusehen sind. Es sollte daher Reduzierungen nur dort angestrebt werden, wo entsprechende Ausgleichsmaßnahmen möglich sind.

Ein Ausweitung des Zivildienstes könnte ein Ausgleich zwischen dem Bundeswehrdienst und Zivildienst herbeiführen werden.

Insgesamt könnte der bundeswehr-externer Bedarf um etwa 17.000 Wehrdienstfähige reduziert werden, der dann den Streitkräften zur Verfügung stünde. (.)

Heranziehung bisher nicht genutzter personeller Potentiale

517. Reduzierung von Wehrdienstausnahmen und sonstigen Einberufungshindernissen.

Die Musterung der Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1981 ergab im Durchschnitt 73,9 % Wehrdienstfähige.

Bei Änderung der Tauglichkeitsbestimmungen könnte eine höhere Ausnutzung des Wehrpflichtigenpotentials erzielt werden, da bisher nicht verwendbare Wehrpflichtige der Tauglichkeitskategorie 4 zukünftig als eingeschränkt verwendungsfähig eingeordnet werden könnten. Dies setzt allerdings eine Prüfung der Frage voraus, ob für diesen Personalkreis eine modifizierte Grundausbildung eingeführt werden muß. Würde ein Drittel der bisher als vorübergehend nicht wehrdienstfähig eingestuften Wehrpflichtigen für eine eingeschränkte Verwendung als Soldaten gewonnen, ständen 1980 etwa 6.000 Soldaten zusätzlich zur Verfügung. Weitere Aufkommenserweiterungen wären durch eine strengere Handhabung der Unabkömmlichkeitsstellung sowie durch Einberufung von Verheirateten und Vätern zu erwarten.

Durch beide Maßnahmen könnte das verfügbare Aufkommen insgesamt um etwa 10 % vergrößert werden. Dies entspricht im Jahre 1980 einem Zugewinn von etwa 18.000 Soldaten. (.)

Freiwilligenstatus für Frauen

518. (.) Die rechtlichen Gegebenheiten setzen die mögliche Zahl weiblicher Soldaten. Oben ist die Zahl durch die Bestimmungen der Bundeswehr festgelegt. Die Bundeswehr hat in der Vergangenheit für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr verschiedene Maßnahmen ergriffen. Die Bundeswehr hat in der Vergangenheit für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr verschiedene Maßnahmen ergriffen.

Soldaten könnten im Sanitäts- und Fernmeldedienst, im Stabsdienst bei Ämtern und Kommandobehörden sowie in der Logistik, auch im Transportwesen und bei der Instandhaltung, eingesetzt werden. Die Kommission schlägt eine weitere, eingehende Untersuchung vor.

Waffenloser Dienst von Kriegsdienstverweigerern

519. Die Kommission ist der Auffassung, daß man einen waffenlosen Dienst von Kriegsdienstverweigerern in der Bundeswehr nicht vorsehen sollte. Stattdessen sollten andere Möglichkeiten — wie zum Beispiel ihre verstärkte Anwerbung für den Katastrophenschutz und Zivildienst, das technische Handwerk, die Feuerwehr und dergleichen — erwogen werden um auf diesem Weg den bundeswehr-externen Bedarf zugunsten der Streitkräfte zu senken. (.)

Dienst von Ausländern

521. Ein erhebliches Reservoir an wehrdienstfähigen jungen Männern ist unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern zu finden.

Wenn sie sich einbürgern lassen, unterliegen sie als Deutsche der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch der Wehrverpflichtung. Die bisherigen Erkenntnisse und Prognosen des Bundesministeriums des Innern deuten jedoch darauf hin, daß die Einbürgerungswilligkeit keinen Umfang annehmen wird, der für die Lösung der personellen Bedarfsdeckungsprobleme von gewichtiger Bedeutung sein wird.

Daher müßte noch untersucht werden, ob die Bildung in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und nicht einbürgerungswilligen Ausländer Dienst in der Bundeswehr leisten könnten.

Anzeige

„KDVG-Novelle: Mehr Dienst für's Vaterland“

Nachdruck von AK Artikeln zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst — Inhalt: Die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung seit 1982 (AK 222). Auf Schwuchswegen zum Arbeitsdienst (AK 223). Mehr Dienst für's Vaterland — zur KDVG-Novelle (AK 228). Bundeswehr: 6 Notizen (AK 222). Aus dem Bericht der Bundeswehr Langzeitkommission: La kommt noch doller (AK 229).

12 Seiten 1,— DM (+ Porto)

Bezug: Antimil-Kommision, KB Göttingen c/o Buchladen Rote Straße Rote Straße 16 3400 Göttingen

Antimil-Kommision, KB Göttingen c/o Buchladen Rote Straße Rote Straße 16 3400 Göttingen

Mit Robe und Schachtstiefeln

Der Aufbau von Kriegergerichten ist in vollem Gang

Mit Robe und Schachtstiefeln

Der Aufbau von Kriegergerichten ist in vollem Gang

Die neue Generation der fürchterlichen Juristen wird in der BRD bereits herangezogen, bevor die alte abgetreten ist. Harte Richter, die anhand eines umfassenden Strafkatalogs schnell und gabelnd zuschlagen können, sind im Kriegsfall für die Aufrechterhaltung von Disziplin und Ruhe unverzichtbar — nicht zuletzt, damit auch „alle hingehen“. Die Militarisierung anderer Zivildienste wie des Gesundheitswesens bietet den zeitgemäßen Rahmen für den Aufbau von Kriegergerichten.

„Im Krieg wurden insgesamt rund 10.000 Todesurteile verhängt, von denen mehr als 10.000 vollstreckt wurden. 10.000 Todesurteile gegen deutsche Soldaten und Offiziere in diesen 2072 Tagen (Dauer des 2. WK, d. Verf.), das sind fast acht Todesurteile pro Tag. 10.000 vollstreckte Todesurteile in diesen 2072 Tagen, das heißt, daß an jedem Tag, den der Krieg dauerte, die Militärgerichte der deutschen Wehrmacht 5 „eigene“ Soldaten erschossen ließen.“ (,die sat“, 15.8.80)

Dieser fürchterliche Wirken deutscher Juristen im zweiten Weltkrieg (unter ihnen bekanntlich auch der ehemalige Ministerpräsident Filbinger, CDU) war einer der Gründe, bei der Schaffung des Grundgesetzes 1949 zunächst auf die Wiedereinführung einer Militärgerichtsbarkeit zu verzichten. Nach Artikel 96 a können Wehrstrafgerichte nur im Kriegsfall tätig werden, eine Einschränkung, die einigen weltanschaulichen Politikern aller Parteien schon länger ein Dorn im Auge zu sein scheint. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden entsprechende Pläne, als im August 1980, der Wehrpolitische Kongress der CDU das Thema aufgriff. CDU-Sprecher Franz-Xaver Dick forderte, „diese Gerichte müssen schon in Friedenszeiten installiert werden. Im Verteidigungsfall sei es nicht mehr möglich, solche Sonderinstitutionen für Strukturen wie Flottenflucht oder unerlaubte Entfernung von der Truppe aus dem Blick zu stampfen, zumal die gesetzliche Grundlage dazu trotz 24jähriger Wartezeit immer noch nicht

geschaffen sei.“ („Frankfurter Rundschau“, 8.7.80)

Bekannt wurde, daß ein Entwurf hierzu schon länger vorliegt: „Die Konzeption des Entwurfs ummae aus 1962 — damals waren W. Stammberger (FDP) Justiz- und Franz-Josef Strauß (CSU) Verteidigungsminister — bis heute in allen Kernpunkten überein.“ (FR, 8.7.80) Bereits 1969 hatten sich die sozial-beraten Verteidigungs- und Justizministerien über ein gemeinsames Konzept verständigt, dessen Verabschiedung allerdings erst für 1988 geplant war (nach „Spiegel“, 7.7.80).

Freier aufgebracht wurde der Vorschlag im April 1981 vom niedersächsischen Justizminister Schwab, seines Zeichens Major der Reserve und ehem. Vorsitzender des Bundesverbandes der Reservistengruppen an den Hochschulen, der das Problem gleich viel grundlegender anging: Die Wehrstrafgerichte sollten bereits in Friedenszeiten für Strafsangelegenheiten unterhalb der Bundeswehr zuständig sein. „Die gegenwärtige Rechtslage, wonach die ordentlichen Gerichte über Verurteilungen von Soldaten gegen das Wehrstrafgesetz urteilen, führt nach Schwindt's Ansicht „oft zu wenig befriedigenden Ergebnissen“. Die Richter, von denen mancher nicht selbst Soldat gewesen sei, hätten keine ausreichenden Kenntnisse vom „Innenleben“ der Bundeswehr“ (FR, 10.4.81). Als Fachmann auf diesem Sektor — seine Dissertationsarbeit verfaßte er zum Thema „Wehrstrafgerichtsbarkeit“ — schlug er gleich eine

Verfassungsänderung vor: Aufhebung des Art. 96 a. Sei dies nicht opportun, so bleibe seines Erachtens immer noch die Möglichkeit, Kammer-, Senate und besondere Abteilungen für Wehrstrafsachen bei den ordentlichen Gerichten einzurichten.

Im Februar 1982 verkündete der Sprecher des Justizministeriums die Wuth, der Referentenentwurf für ein Gesetz über die Wehrgerichts sei fast fertiggestellt (FR, 4.11.82).

Im Bundeswehr-Depot ist die Gerichtsbarkeit eingelagert

Die Vorbereitungen sind inzwischen aber schon lange über das herumdoktern am Gesetzentwurf hinaus in ein sehr praktisches Stadium getreten: Im Januar 1982 enthielt der „Stern“, daß das Justizministerium die ersten 60 Dienstreisen für die voraussichtlich rund 800 zukünftigen Kriegerrichter beschafft hatte, natürlich alle versehen mit der unvermeidlichen Waage am Heften. Die Prachttische wurden erst einmal in einem Bundeswehr-Depot eingelagert. Kommentar eines Spekters des Justizministeriums: „Richter in Uniform würden zu sehr an die Militärjustiz der Dritten Reiches erinnern“ („Stern“, 21.1.82).

Nach Aussage der Juristen-Fachgruppe der OTV in Hannover werden „schon seit geraumer Zeit“ (.) von Aktiemaschinen, Diktiergeräten, Schreibmaschinen bis zu den künftigen Kriegergerichten Anordnungen erteilt, was ein Kriegergericht brauche, in Wehrdepot eingelagert (NWZ, 24.8.82).

Damit nicht genug: Wieder Verband niedersächsischer Staatsverteidiger stellte, waren alleine im Gesamt-Haushaltsplan für 1982 12.000 DM für Robenkäufe eingeplant. Und dies nicht erst seit '82: „Jahr für Jahr seit 1972 (in Pauschaltiteln versteckt schon seit ca. 1962) sind Mittel für den Aufbau kleiner Wehrstrafgerichtsbarkeit ausgewie-

sen (insbes. Titel 427 01 und 511 01). Der erste Robenankauf — ohne Wissen des Parlaments — muß übrigens schon viele Jahre zurückliegen. Denn die Beschaffungsmaßnahme von 1981 diente nur dem Ersatz von „unbrauchbar gewordenen Roben“. Auch die Ausstattung für Richterburgen ist längst vorhanden, mit Lehrbüchern, Kommentaren (30 Buchtitel je Wehrgericht, 33 je Oberwehrgerecht), Aktienmaschinen, Stahlkassetten, Diktiergeräten, Schreibmaschinen, Fotokopiergeräten fallen eine Kettensammlung für unbenutzte in einem Bundeswehrdepot herumstehende Fotokopiergeräte und Feldschreibgeräte — das alles samt Roben sorgfältig in Kästen eingelagert bei den Bundeswehrbehörden, denen die künftigen 39 Wehrstrafgerichte bzw. die entsprechenden Wehranwaltschaften sowie die übergeordneten acht Oberwehrgerichte angegliedert sind. Insgesamt betragen sich die Haushaltsansätze für die Wehrstrafgerichtsbarkeit auf 1972 auf jährlich mehrere hunderttausend DM und sind von DM 345.000 im Jahre 1978 auf DM 478.000 im Jahre 1981 (1982, DM 452.000) angestiegen.“

Mit liegenden Roben ins Manöver

„Auch ohne sichere Rechtsgrundlage finden jedoch ständig in Kasernen freiwillige Übungen mit Richtern und Staatsanwälten statt, die Wehrgerichtsverhandlungen simulieren.“, berichtet der Spiegel bereits 1980. Den Versuch Hans Apels, dies zu stoppen, konnte Parteifreund und Justizminister Vogel: Wenn Richter und Staatsanwälte nicht mehr üben dürfen, werde ihre Einsatzbereitschaft herabgesetzt. (Spiegel 7.7.80) Selbstverständlich wurde dieses Gerücht auf die banalste Weise als gleichgültig demarkiert. „Im Justizministerium weist man darauf hin, daß solche juristischen Planspiele nur in kleinem

Rahmen stattfinden, vor allem bei Übungen wie „Fallax“ oder „Wintex“. Ohne „Tuchfaltung“ zwischen Justiz und Militär könnten Erfahrungen für ein Gesetz zur Errichtung von Wehrstrafgerichten nicht gesammelt werden.“ (FR, 8.7.80) Dazu schreiben die niedersächsischen Strafverteidiger: „Auch die künftigen Kriegerrichter gibt es schon: Für ihre Ausbildung sind im Haushaltsplan des BMJ (Justiz) seit 1970 (1962) Mittel u.a. für jährlich rund 12 „Informationskurse“ ausgewiesen, zum Beispiel für 1981 und 1982 Beiträge von je DM 185.000 (das entspricht dem gesamten Richterfortbildungsbudget eines mittelfröhen Bundeslandes). Sodann: Wie kommt die Auswahl der Teilnehmer an den erwähnten Tagungen zustande? Dazu hat der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Dewith, nicht in Zweifel gezogen, daß die Teilnehmer eben dieser Tagungen die künftigen Kriegerrichter sein werden. (...) Das niedersächsische Justizministerium bestreitet das Vorliegen einer Bestimmungswort mit der Begründung: „Diese Informationskurse für zukünftiges Personal der Wehrstrafgerichtsbarkeit sind keine allgemeinen Fortbildungsveranstaltungen, sondern gezielte Einweisungen des Personals in ein zukünftiges Spezialbereich.“ Solche Begriffsschönheit bedarf keines Kommentars.

Die Frage der Beteiligung an solchen Fortbildungen/Einweisungen sei vermutlich gegenstandslos, „weil der regem Bewerbungsinteresse längst eine gezielte Auswahl stattgefunden hat, übrigens unter Bevorzugung von Kollegen im Reservistenstatus. Auch gibt es schon jetzt eine Warteliste.“

Selbstverständlich ist wieder die Einführung der Todesstrafe nach des Standrechts vorgeschrieben, die Bundesregierung „orientiere sich dabei am Geist des Grundgesetzes“, (FR, 4.2.82)

Antimil-Kommision/KB Göttingen

RWE finanziert französischen Atombombenbau

»Gelber Regen« dritter Akt Neue Beweise für den sowjetischen Einsatz biologischer Waffen?

Auch im dritten Akt kann die US-Regierung keine schlüssigen Beweise vorlegen für ihre seit drei Jahren massiv verbreitete Behauptung, die Sowjetunion setze in Afghanistan und in Südostasien biologische Kampfstoffe ein. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen konnte in zweijähriger Untersuchungsarbeit nicht feststellen, ob die gefundenen Giftstoffe künstlicher oder natürlicher Herkunft sind.

Bereits in ihrem ersten Bericht „Yellow Rain“ im November 1981 hatte die Untersuchungskommission keine stichhaltigen Beweise für den B-Waffen-Einsatz nennen können. Sie hat in thailändischen Flüchtlingslagern, wo sich auf US-Propaganda vom August 1979 angeblich biologische Kampfstoffe befanden, keine eindeutigen Nachweise gefunden. Die Kommission hat aber festgestellt, dass die Giftstoffe in den Lagern in einer Weise verteilt waren, die auf einen bewussten Einsatz hindeutet.

Die Kommission hat auch festgestellt, dass die Giftstoffe in den Lagern in einer Weise verteilt waren, die auf einen bewussten Einsatz hindeutet. Sie hat auch festgestellt, dass die Giftstoffe in den Lagern in einer Weise verteilt waren, die auf einen bewussten Einsatz hindeutet.

Aufgrund der Dürftigkeit des I. Berichts verlängerten die Vereinten Nationen das Mandat der Expertenkommission für weitere Untersuchungen. Der US-Regierung dauerte diese Prozedur zu lange. Kurz nachdem Regan im Februar 1982 die Wiederaufnahme der Giftgas-Produktion angekündigt hatte, legte die Regierung der UNO selber einen Bericht zur propagandistischen Untermauerung der Aufführung vor, gespickt mit „tausenden“ anonymen Flüchtlingsberichten und einigen verrosteten Kanistern sowjetischer Bauart.

Der vergleichsweise sensible Bericht der UN-Kommission kommt nun in seiner neuesten Fassung zu dem gleichen Schluss, den kritische Wissenschaftler schon zu Beginn der Kampagne „Gelber Regen“ geäußert hatten: „Die von den angeblichen Opfern“ genannten Symptome deuten darauf hin, daß diese durch hochgiftige Mykotoxine (Pilzgifte) hervorgerufen worden seien. Es habe jedoch nicht bewiesen werden können, daß diese Wirkungen von einem Angriff mit chemischen Waffen stammten.“ (2)

Dessen ungeachtet jubelte US-Außenminister Shultz vor Kongress und UNO über „schlüssige Beweise“ und führte eine sowjetische Gasmaske mit angeblichen Giftspuren vor, die man im September 1981 (1) einem toten Soldaten in Kabul abgenommen hätte. Auf die Frage, wie man derartige Beweise erhalten habe, hielten sich die Vertreter der US-Nachrichtendienste in Schranken. (4) Aber „Washington hofft, daß die neue amerikanische Bericht seinem Zweck erfüllt“, und die FAZ hofft mit

ch., Hamburg

Anmerkungen:

(1) FAZ v. 30.9.81
Zur US-Propaganda und zur chemischen Auf-
rüstung siehe ausführlich in AK 225, S. 13
(2) Spiegel v. 13.1.82
(3) FAZ v. 8.12.82
(4) FAZ v. 1.12.82

Der Abrüstungsvorschlag Andropows hat auch einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß sowohl Frankreich als auch England über eine stattliche Atomkraft verfügen. Aus bundesdeutscher Sicht ist besonders interessant, daß Frankreich den Bedarf an Bombenplutonium für sein ehrgeiziges militärisches Atomprogramm in Zukunft durch „zivile“ Atommeiler vom Typ Schneller Brüter decken will. An den Baukosten des „Super-Phénix“ beteiligt sich auch das größte bundesdeutsche Energieversorgungsunternehmen RWE mit etwa 16 %. Im Oktober 82 veröffentlichte die französische Wissenschaftszeitschrift „Science & Vie“ eine Untersuchung, die den überwiegend militärischen Charakter des „Super-Phénix“ bezeugt. Dieser Artikel hat schon Weilen bis in den deutschen Bundestag geschlagen, so daß selbst bei manchen Bundestagsabgeordneten die Einsicht gereift ist, daß die Trennung zwischen militärischer und „ziviler“ Nutzung der Atomenergie nur eine künstliche ist und daß „unser Land kein Atomwaffenstaat werden soll und darf“ (SPD-MdB Catenhusen, laut „Spiegel“ vom 22.11.82).

Die wesentlichen Aussagen des besagten Artikels sowie die bundesdeutsche Reaktion auf deren Veröffentlichung sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

Das französische Atomprogramm

Das geplante französische Atompotential (1) umfaßt mittlerweile fast 1000 atomare Sprengladungen (1 und 2) bzw. 600 Sprengladungen für die M4-Raketen der vierten Generation (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (1422) (1423) (1424) (1425) (1426) (1427) (1428) (1429) (1430) (1431) (1432) (1433) (1434) (1435) (1436) (1437) (1438) (1439) (1440) (1441) (1442) (1443) (1444) (1445) (1446) (1447) (1448) (1449) (1450) (1451) (1452) (1453) (1454) (1455) (1456) (1457) (1458) (1459) (1460) (1461) (1462) (1463) (1464) (1465) (1466) (1467) (1468) (1469) (1470) (1471) (1472) (1473) (1474) (1475) (1476) (1477) (1478) (1479) (1480) (1481) (1482) (1483) (1484) (1485) (1486) (1487) (1488) (1489) (1490) (1491) (1492) (1493) (1494) (1495) (1496) (1497) (1498) (1499) (1500) (1501) (1502) (1503) (1504) (1505) (1506) (1507) (1508) (1509) (1510) (1511) (1512) (1513) (1514) (1515) (1516) (1517) (1518) (1519) (1520) (1521) (1522) (1523) (1524) (1525) (1526) (1527) (1528) (1529) (1530) (1531) (1532) (1533) (1534) (1535) (1536) (1537) (1538) (1539) (1540) (1541) (1542) (1543) (1544) (1545) (1546) (1547) (1548) (1549) (1550) (1551) (1552) (1553) (1554) (1555) (1556) (1557) (1558) (1559) (1560) (1561) (1562) (1563) (1564) (1565) (1566) (1567) (1568) (1569) (1570) (1571) (1572) (1573) (1574) (1575) (1576) (1577) (1578) (1579) (1580) (1581) (1582) (1583) (1584) (1585) (1586) (1587) (1588) (1589) (1590) (1591) (1592) (1593) (1594) (1595) (1596) (1597) (1598) (1599) (1600) (1601) (1602) (1603) (1604) (1605) (1606) (1607) (1608) (1609) (1610) (1611) (1612) (1613) (1614) (1615) (1616) (1617) (1618) (1619) (1620) (1621) (1622) (1623) (1624) (1625) (1626) (1627) (1628) (1629) (1630) (1631) (1632) (1633) (1634) (1635) (1636) (1637) (1638) (1639) (1640) (1641) (1642) (1643) (1644) (1645) (1646) (1647) (1648) (1649) (1650) (1651) (1652) (1653) (1654) (1655) (1656) (1657) (1658) (1659) (1660) (1661) (1662) (1663) (1664) (1665) (1666) (1667) (1668) (1669) (1670) (1671) (1672) (1673) (1674) (1675) (1676) (1677) (1678) (1679) (1680) (1681) (1682) (1683) (1684) (1685) (1686) (1687) (1688) (1689) (1690) (1691) (1692) (1693) (1694) (1695) (1696) (1697) (1698) (1699) (1700) (1701) (1702) (1703) (1704) (1705) (1706) (1707) (1708) (1709) (1710) (1711) (1712) (1713) (1714) (1715) (1716) (1717) (1718) (1719) (1720) (1721) (1722) (1723) (1724) (1725) (1726) (1727) (1728) (1729) (1730) (1731) (1732) (1733) (1734) (1735) (1736) (1737) (1738) (1739) (1740) (1741) (1742) (1743) (1744) (1745) (1746) (1747) (1748) (1749) (1750) (1751) (1752) (1753) (1754) (1755) (1756) (1757) (1758) (1759) (1760) (1761) (1762) (1763) (1764) (1765) (1766) (1767) (1768) (1769) (1770) (1771) (1772) (1773) (1774) (1775) (1776) (1777) (1778) (1779) (1780) (1781) (1782) (1783) (1784) (1785) (1786) (1787) (1788) (1789) (1790) (1791) (1792) (1793) (1794) (1795) (1796) (1797) (1798) (1799) (1800) (1801) (1802) (1803) (1804) (1805) (1806) (1807) (1808) (1809) (1810) (1811) (1812) (1813) (1814) (1815) (1816) (1817) (1818) (1819) (1820) (1821) (1822) (1823) (1824) (1825) (1826) (1827) (1828) (1829) (1830) (1831) (1832) (1833) (1834) (1835) (1836) (1837) (1838) (1839) (1840) (1841) (1842) (1843) (1844) (1845) (1846) (1847) (1848) (1849) (1850) (1851) (1852) (1853) (1854) (1855) (1856) (1857) (1858) (1859) (1860) (1861) (1862) (1863) (1864) (1865) (1866) (1867) (1868) (1869) (1870) (1871) (1872) (1873) (1874) (1875) (1876) (1877) (1878) (1879) (1880) (1881) (1882) (1883) (1884) (1885) (1886) (1887) (1888) (1889) (1890) (1891) (1892) (1893) (1894) (1895) (1896) (1897) (1898) (1899) (1900) (1901) (1902) (1903) (1904) (1905) (1906) (1907) (1908) (1909) (1910) (1911) (1912) (1913) (1914) (1915) (1916) (1917) (1918) (1919) (1920) (1921) (1922) (1923) (1924) (1925) (1926) (1927) (1928) (1929) (1930) (1931) (1932) (1933) (1934) (1935) (1936) (1937) (1938) (1939) (1940) (1941) (1942) (1943) (1944) (1945) (1946) (1947) (1948) (1949) (1950) (1951) (1952) (1953) (1954) (1955) (1956) (1957) (1958) (1959) (1960) (1961) (1962) (1963) (1964) (

Fleiß, Ordnung und leere Kassen

Die CDU meint von der Jugend heute, sie wäre verwöhnt, politisch uninteressiert, sehe Leistungsförderung als gerecht an und wäre mit dem politischen und sozio-ökonomischen System der BRD zufrieden. Alle Unzufriedenheit der Jugendlichen erscheinen in diesem Bild im Grunde als natürliche Pubertätsstörungen. Für die CDU gibt es also Jugendproteste einer linken Minderheit, gegen die es die Mehrheit der Jugendlichen zu mobilisieren gilt. Diese zusammengebastelte Erklärung der CDU und die damit verbundene Legitimation ihrer Jugendpolitik wurden in AK 227 ausführlich aufgezeigt. Wir wollen im folgenden darauf eingehen, wie die CDU versucht, in Richtung dieser Einschätzung schrittweise ihre Vorstellungen und Interessen durchzusetzen, was sie praktisch schon dazu unternommen hat und noch vorhat.

Die CDU macht sich daran, die Landschaft des bestehenden Bildungssystems zu verändern. Dazu gehört für sie vor allem die straffere Handhabung der Erziehung Meyer-Vorfelder, baden-württembergischer Kultusminister (CDU). Eine „Tendenzwende“ ist zu schaffen, indem man sich „auf die Werte der Erziehung besinnen“ oder eine „Rückbesinnung“ auf diese Werte wieder einleiten solle. „In dieser Landesverfassung steht, wie die Jugend zu erziehen ist, in der Ehrfurcht vor Gott, im Geist christlicher Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen, zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, in sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheldemokratischer Gesinnung“ (FR, 29.81).

„... dort, wo früher einmal die Hand ausruhte, das war auch nicht angenehm, aber das war nach einer Stunde vergessen. Jetzt wird das penibel nachgetragen, aktenkundig gemacht“ (Helmut Kohl, Juni 1982).

Wer nicht so „penibel“ sein und diese Werte vermitteln will, verrät die CDU in ihrem Hamburger Parteiprogramm von 1982. Lehrer sollen die jungen Menschen so erziehen, daß die „den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten.“

Aus müssen die Lehrer selbst von Demokratie und Freiheit in diesem Staat überzeugt sein. Was schon Willy Brandt seinerzeit dazu in die Wege geleitet hatte, gerät nun zur vollen Blüte. Nur ein paar aktuelle Beispiele: Nicht etwa eine Musiklehrerin in Salzhermendorf (Niedersachsen), die ihren Schülern nationalsozialistische Ideale nahebringen versuchte, das (volle) Deutschland mit ihnen sang und sie die Hand zum Hitlergruß heben ließ, bekam ein Disziplinarverfahren, sondern zwei Gründe, die ein Flugblatt über diese Unterrichtsmethoden verteilten (FR, 19.1982). Staatssekretär Klaus Schaefer aus dem niedersächsischen Nienburg (CDU) ließ eine Broschüre über rechtsstaatliche Verfahren an einer Schule in Salzhermendorf können nicht besichtigt werden (FR, 27.11.82).

Doch wir wissen von noch anderen Fällen aus Niedersachsen. Das Verwaltungsgericht Braunschweig und der niedersächsische Kultusminister Oschatz (CDU) können sich noch immer nicht einig werden, ob ein Lehrer in Hannover durch nationalsozialistische Propaganda an der Schule die Verfassungstreue verletzt hat oder nicht (FAZ, 10.11.82).

Viel schneller dagegen bekamen 160 Lehrer die Androhung von Disziplinarmaßnahmen, als sie aufgrund einer Unterrichtsempfehlung der Kultusminister von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über „Friedenssicherung und Bundeswehr“ in einer Zeitungsanzeige bekanntgaben, daß sie sich psychologischen Kriegsvorbereitungen an Schulen widersetzen würden.

Meyer-Vorfelder meinte, die Lehrer hätten ihre „Dienstpflicht als Beamte verletzt“, da sie den Eindruck erweckt hätten, daß sich staatliche Instanzen der Bundesrepublik an psychologischen Kriegsvorbereitungen beteiligten (FR, 29.10.82).

Denn Meyer-Vorfelder weiß ganz genau, was er von Lehrern verlangt. Sie müssen „Vorbilder“ werden und in der Öffentlichkeit so auftreten, „als ob sie gerade aus dem Busch kommen, mit ausgefranstem Jeans und Turnschuhen“. Es sei aber, Schülern das „DU“ anzubieten, und eine situa-

me Vorstellung zu glauben, mit solchen Mitteln das natürliche (!) Spannungsverhältnis zwischen Lehrern und Schülern auflösen zu können. Im Deutschunterricht sei die Lektüre von „Schiller, Goethe und Uhland“ vorzuziehen. Überhaupt sollten an Schulen wieder Ideale wie Fleiß, Ordnung und Disziplin zu ihrem Recht kommen. Entsprechend diesen Anforderungen sollen Lehrer ausgebildet werden (FR, 30.8.82).

Der niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz (CDU) setzt sich für die Kürzung der Lehrergehälter bei gleichzeitiger Senkung der Pflichtstundenzahl ein. Angeblich sollen mehr Lehrplanstellen geschaffen werden. Die GEW mißtraut diesen Versprechungen, denn die freigeordneten Gelder bei der Umstellung früher vollzeitbeschäftigter Lehrer auf Teilzeitbeschäftigung wurden nicht im vollen Umfang für neue Stellen verwendet, sondern für die Sanierung des Haushalts (FR, 27.9.82). Die GEW schätzte im Oktober, daß die Zahl arbeitsloser Lehrer von derzeit 30 000 in fünf Jahren auf mehr als 150 000 steigen wird (FR, 11.10.82). Oschatz hat den nächsten Einstellungstermin (1. Feb. 1983) in Niedersachsen für Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen „erzuzeln“ gestrichen. Nur noch Gymnasiallehrer sollen neu eingestellt werden. Diese Maßnahmen begründet er mit sinkenden Schülerzahlen (FAZ, 4.10.82). In Frankfurt aber fallen z.B. 20 % des Unterrichts wegen Lehrermangels aus. Mit der Argumentation der „geburtsschwachen Jahrgänge“ und dem daraus abgeleiteten Einstellungsstopp wird die zu geringe Anzahl von Lehrern gemißachtet. Mit der Argumentation der „geburtsschwachen Jahrgänge“ und dem daraus abgeleiteten Einstellungsstopp wird die zu geringe Anzahl von Lehrern gemißachtet und der Unterrichtsausfall beibehalten. Ein Trend zu größeren Klassen ist zu verzeichnen, da die Klassen einfach zusammengelegt werden. Sind mehr Schüler/innen in einer Klasse, kann der/die Lehrer/in weniger auf den einzelnen Schüler eingehen.

Betroffen sind gerade diejenigen, die sowieso schlecht mitkommen. Doch genauso wie ihren Kollegen geht es auch Dorothee Wilms (Bundesbildungsministerin, CDU) bei ihren politischen Bemühungen darum, ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und auch an personaler Entfaltung des einzelnen jungen Menschen zu erreichen. Jedoch: „Die öffentlichen Kassen sind leer... Und so sollen Jugendliche akzeptieren, daß sie zukünftig vielleicht auf Bildung verzichten müssen. Denn im Aug. 1983 wird das BAföG nach einer halbjährigen Übergangsregelung für sogenannte „Hardefälle“ (Nettoeinkommen der Familie bis 1 100 DM, bei alleinstehendem Elternteil bis 750 DM), in der 70 % weniger Schüler als heute BAföG erhalten werden, völlig gestrichen. Finanzielle Einschnitte gibt es ebenso bei Arbeitsmaterialien. Für die Schüler der zweiten, dritten und vierten Klasse sollen in Niedersachsen künftig die Eltern die Schulbücher aufgrund einer Änderung des Lernmittelhilfe-Gesetzes selbst bezahlen (FR, 14.10.82).

Um den Jugendlichen diese Maßnahmen als „soziale Gerechtigkeit“ und „personale Entfaltung“ verkaufen zu können, braucht die CDU gehorsame, disziplinierte, staatstreue und vaterlandsliebende Untertanen. Jugendliche sollten sich mit der nachkommenden Generation „solidarisieren“, wie Dorothee Wilms sagt, denn wenn jetzt das Geld nicht eingezogen werde, dann müßten die nach uns kommenden einen noch größeren Schuldenberg abzahlen. „Ich meine, man muß es eben den jungen Menschen heute auch zumuten, daß sie vielleicht selber ein Stück zurückstecken, damit die Zukunftsbewertungen für die, die noch ihnen kommen, nicht allzu groß sind. Sie sind schon groß genug — wir haben alle schon zu viel auf Kosten der Zukunft gelebt, und ich meine, wir müssen hier alle ein Stück zurückstecken. Auch junge Menschen“ (1. betrieft Erziehung“, Nov. 82). Wo haben wir das bloß schon mal gehört? Wer hier „zurückstecken“ muß, ist klar. Es sind nicht diejenigen, die wirklich auf „Kosten der Zukunft“ leben, sondern diejenigen, auf deren Kosten gelebt wird. Die Zukunftsbelastungen mildern heißt für Dorothee Wilms, noch mehr auf Kosten dieser Menschen zu leben. Doch sie hat bei den BAföG-Streichungen auch an eine erzieherische Wirkung gedacht. Diese — Umstellung auf Selbsthilfe — sei dabei wichtiger als mögliche finanzielle Einsparungen (FAZ, 9.11.82). Die „erzieherische Wirkung“ soll sich ergeben, wenn

Schüler nicht mehr wie bisher mit Hilfe des BAföG eher von zu Hause ausziehen können, sondern in den meisten Fällen zu Hause wohnen bleiben müssen. Damit soll die „Stärkung der Familie“, was das erklärte Ziel der CDU ist, vorangetrieben werden, da — wie die Marburger Hochschul-Union der CDU sagt — das Schüler-BAföG eine Prämie vor der elterlichen Gewalt darstellt.

Für die Schüler des zweiten Bildungsweges wird das BAföG nur noch als Darlehen ausbezahlt und dies auch nur 11 Monate im Jahr (in dieser Zeit dürfen sie offiziell zusätzlich kein Geld verdienen), da ein Ferienmonat eingeführt wird. Auch das Studenten-BAföG wird im Herbst 83 auf Darlehen umgestellt und die Fahrkostenrückerstattung gestrichen.

Da 305 000 Empfänger des Schüler-BAföGs aus berufsbildenden Schulen sind, aus Gymnasien 170 000 und aus Abendgymnasien/Kollegs 15 000 Schüler, haben die BAföG-Streichungen nicht „nur“ zur Folge, daß viele Schüler die Oberstufe und die Hochschule nicht besuchen werden, sondern auch daß sie auf die Berufsausbildung verzichten müssen.

Um den Leistungsdruck zu steigern, sollen die Studenten von ihren 40 000 DM Schulden, die sie durchschnittlich nach der Aufnahme eines Darlehens haben werden, einen Teil erlassen be-

kommen, falls sie ihr Abschlußexamen 4 Monate vor der Beendigung der Förderungshöchstdauer machen und besondere Leistungen vorweisen können.

Alfred Dregger sagte 1981 im Hessen-Kurier: „Wir brauchen Elitenuniversitäten oder zumindest an den Massenuniversitäten Fachbereiche für Hochbegabte, Fachbereiche, die nicht durch eine falsch verstandene Demokratie, durch Politisierung und Bürokratisierung erstickt werden.“

Außer der geplanten Ausweitung des Numerus Clausus soll ein Leistungsnachweis nach dem sechsten Semester eingeführt werden. Mit der Streichung von Geldern und höherer Leistungsanforderung will die CDU gegen sogenannte „Dauerbesitzer“ an den Universitäten ansetzen. Dabei tritt durch diese Maßnahmen genau das Gegenteil ein, die Studienzeit wird sich verlängern, da mehr Studenten arbeiten gehen müssen. Der Eingriff an den Hochschulen soll über die finanzielle Ebene hinausgehen. Die Spitze bildet die von der niedersächsischen CDU geäußerte Absicht, die Studentenparlamente und -ausschüsse abzuschaffen.

Besonders für ausländische Schüler und Studenten wird sich die Situation an Schulen und Hochschulen verschlechtern. Ausländische Studenten beispielsweise müssen nachweisen, daß sie sich in ihrem Herkunftsland um einen Studienplatz bemüht haben.

Auch an Schulen soll künftig die Zahl ausländischer Schüler „kontrolliert“ werden. Durch demagogische Hetze wie von der Berliner Schulsenatorin und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Hanna Renate Laurien, an deutschen Schulen solle die Umgangssprache Deutsch bleiben und mehr Türkisch- und Griechischunterricht eingeführt werden legitimiert. Geplant ist in Westberlin die Begrenzung ausländischer Schüler pro Klasse auf 30 % bis maximal 50 % (FNP, 13.8.82). Die CDU kann es besonders heute nicht gebrauchen, daß ausländische und deutsche Jugendliche zusammenhalten. Werden aufgrund der Herausforderung eines Bildungsmonopols der Privilegierten, wie es die CDU betreibt, mehr Jugendliche versuchen, den Weg in berufsbildende Schulen einzuschlagen, so haben sie heute auch dort wenig Aussicht auf Erfolg. 80 000 Jugendliche sind ohne einen Ausbildungsplatz. 14 % mehr Jugendliche suchen einen solchen, 11 % weniger Ausbildungsstellen gibt es jedoch. Die Zahl arbeitsloser Jugendliche hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt.

1979 — 71 000	arbeitslose Jugendliche
1980 — 72 800	nicht unter 20 Jahren
1981 — 111 600	
1982 — 149 200	

Dabei handelt es sich „nur“ um die offiziellen Statistiken. Während die CDU die Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche durch finanzielle Kürzungen verschlechtert, hält sie am dreigliedrigen Schulsystem und der Abschaffung von Gesamtschulen fest, was die Spaltung Jugendlicher vorantreibt.

Zwei Schülerinnen
HB/Gruppe Frankfurt

Bafög-Demonstration: Endlich das breite Bündnis mit der SPD?

70.000 Studenten und Schüler protestierten am 4.12. in Bonn gegen die geplanten (und jetzt beschlossenen) Bafög-Kürzungen der neuen Rechtskoalition. Es war damit die seit dem Antritt der sozialliberalen Koalition vor 13 Jahren größte Studenten- und Schüler-Demonstration. Diese massenhafte Beteiligung ist sicherlich zuallererst auf die Auswirkungen der Bafög-Novelle zurückzuführen, aber ebenso dürfte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, daß dies die erste zentrale Aktion seit dem Antritt der Rechtskoalition gewesen ist. Und nicht zuletzt dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß sich diesmal die SPD nicht in der Anführerrolle befand, sondern sich bei den Fordernden einreihete.

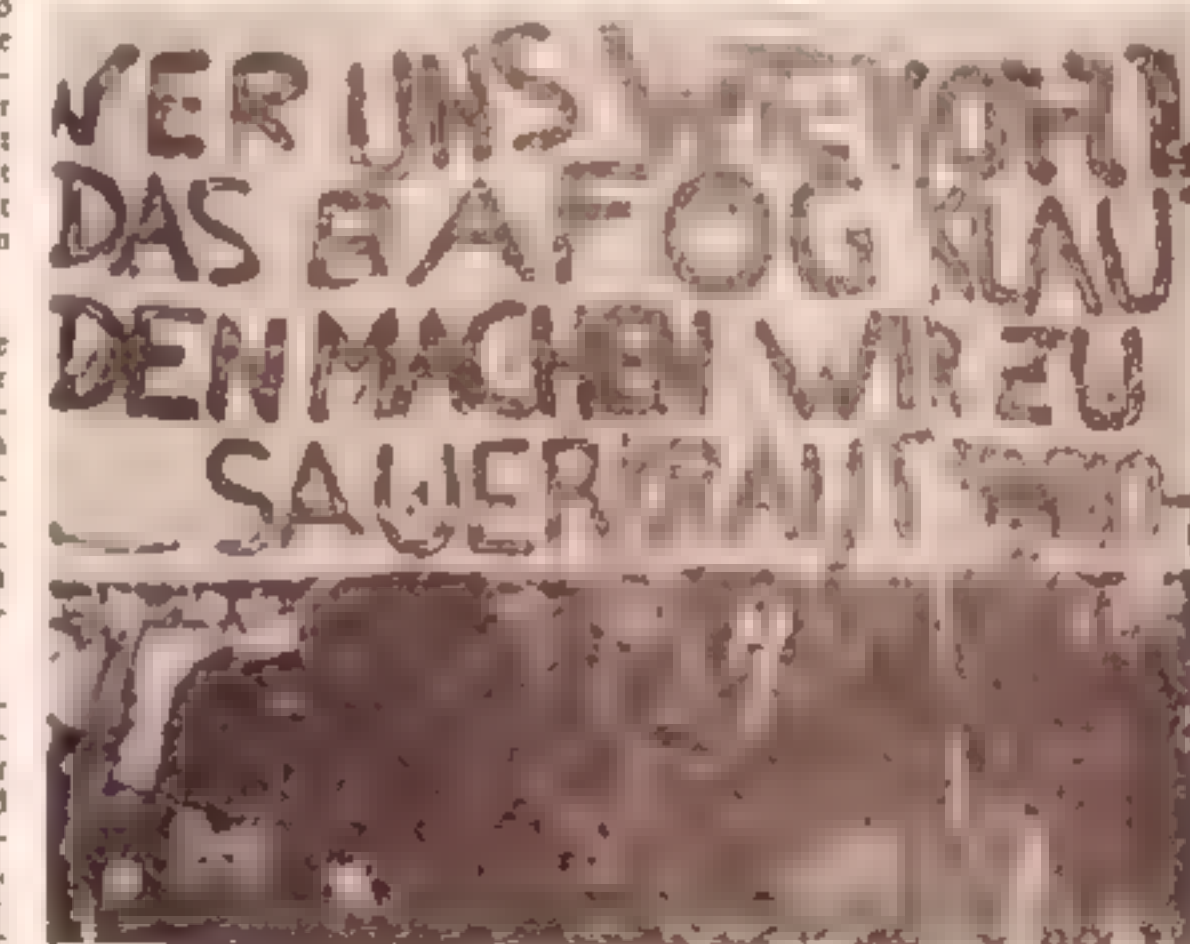
Neben Vertretern der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften), der KdSLV (Konferenz der Landesschülervertretungen) und der Basisgruppen in den VDS sprachen auf der Hauptkundgebung Gerd Weißkirchen (Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) und Klaus von Dohnanyi (SPD, Hamburger Bürgermeister).

Um den Auftritt der beiden letztgenannten hat es innerhalb der VDS heftige Kontroversen gegeben. Auf der Kundgebung wurden Weißkirchen und Dohnanyi von einem Teil der Demonstranten, wesentlich der Basisgruppen, heftig ausgepfiffen. Die anderen Verbände innerhalb der VDS (MSB/Studentenverband der DKP), SHB (Sozialistischer Studentenverband) und Jusos) beschuldigten die Basisgruppen daraufhin in unbekannter Manier, sie betrieben das Geschäft der Reaktion, weil sie genauso wie die CDU gegen ein Bündnis der Studentenschaftsvertretungen mit der SPD seien.

Man hatten die Basisgruppen aber gar nicht kritisiert, daß dort auch SPDler reden sollten. Dies ist schon immer Praxis der VDS-Kundgebungen gewesen. Nur hatte es sich bis jetzt immer um Vertreter aus der SPD gehandelt, die in Opposition zu dem herrschenden Kurs der SPD standen, so z.B. Coppik, Hansen, Thusing. Diesmal waren es Vertreter, die noch vor gar nicht so langer Zeit selbst verantwortlich für Kürzungen der Bafög-Sätze waren (zunächst war beim VDS sogar an einen Auftritt des ehemaligen Bundesministers Engholm gedacht worden, der jedoch von der SPD durch Dohnanyi ersetzt wurde, wohl weil die

ser diesen Auftritt ganz gut für den Wahlkampf gebrauchen konnte). So waren z.B. allein 1980 mit der 7. Novelle des Bafög insgesamt 1 Mrd. DM eingespart worden. In einer Stellungnahme schrieben die Basisgruppen deshalb: „Die opportunistische Haltung der VDS und ihre indirekte Wahlkampfhilfe gegenüber der SPD lehnen

verneinbar werden sei und dass ein Erfolgsaussichten dieses Kampfes gestiegen seien. Dazu zunächst einige Stimmen aus diesem Lager. Der MSB schreibt in seiner Auswertung der Demo: „Schon dies allein (die Tatsache, daß führende Sozialdemokraten als Sprecher gewonnen werden konnten, Ann. AK) ist für die Studenten- und



wir ab. Sicherlich geht die CDU härter und konsequenter bei den Streichungen und Repressionen vor als vorher die SPD. Dennoch hat die SPD, unter dem Druck der berühmten 'Sachzwänge' natürlich, nicht grundlegend eine andere Linie vertreten, wovon z.B. die von ihr verantworteten Einschnitte ins Bafög in den letzten Jahren zeugen. Neue Perspektiven mit der SPD oder mit Teilen der SPD können nur gewonnen werden, wenn die SPD sich selber auch bewegt. Wir müssen also die SPD kritisieren, statt uns — wie die VDS — aus taktischen Bündniswägungen selber auf die SPD-Positionen zurückzuziehen und uns nur noch auf die Verteidigung des miserablen Ist-Zustandes zu beschränken.“

Die Mehrheit der VDS (MSB, SHB, Jusos) haben dagegen hervor, daß durch den Auftritt dieser führenden Sozialdemokraten das Bündnis enorm

Schülerbewegung eine bedeutsame Tatsache, die auch das gegenseitige Verständnis mit der arbeitenden Bevölkerung erleichtert und die Möglichkeiten, tatsächlich die Pläne der Reaktion zu verhindern, erhöht. (Trotzblätter, Extraausgabe). Der Hamburger ASIA (MSB, SHB, Jusos) schreibt: „Wir halten diese Demo für eine der wichtigsten Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung der letzten Jahre, besonders aber der Zeit nach dem Regierungswechsel. Sie hat sozusagen Weichen gestellt für die Studentenbewegung selber — und darüberhinaus gestellt, die CDU ist erstmals seit dem Regierungsantritt richtig unter Druck geraten. Die Bafög-Demo hat nachgewiesen, daß es eine reale politische Mehrheit (nicht quantitativ) links von der CDU/FDP geben kann! ... Wenn also Vogel, Brandt und Dohnanyi unsere

Fortssetzung nächste Seite

Interview mit den beiden Sprechern der Bürgerinitiative 5. März

Nach kurz vor Weihnachten hat Richter Manger das Verfahren gegen 17 Betroffene der Nürnberger Massenverhaftung eingestellt. Betrachtet ihr diesen Ausgang wohl eines der spektakulärsten Verfahren der letzten Jahre als Erfolg?

Juristisch gesehen ist die Einstellung des Verfahrens sicherlich als Erfolg zu bewerten. Es ist das erste Mal in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte, daß ein Gericht im Nachhinein seinen eigenen Ermittlungsbescheid revidiert hat. Es ist nicht betrüblich, daß besonders in der Art und Weise, wie die Einstellung erfolgt ist, auch eine Gefahr. Deutlich wird das an den Verlautbarungen der CDU/CSU, in denen versucht wird, aus der juristischen Niederlage eine politische Offensive zu machen. Immer wieder wurde betont, daß das bestehende Demonstrationsrecht nicht ausreicht und deshalb verschärft werden müsse, z.B. durch die Festschreibung des § 125 auf den alten Stand. Da wird noch einiges auf uns zukommen. Ist der Prozeß eigentlich wirklich wegen des obakuren V-Mannes eingestellt worden oder worin liegt eurer Meinung nach der Grund?

Also die V-Mann-Story war wohl mehr der für das Gericht günstigste Anlaß auszusteigen, weil es den Schwarzen Peter an das Innenministerium zurückgeben konnte. Wir meinen, daß die Einstellung für das Gericht die letzte Gelegenheit war, sozusagen den Kopf in der Schlinge zu ziehen. Hätte es den Prozeß fortgesetzt, wäre das in einem totalen Fiasco für die gesamte Justiz geendet.

Die Beweislage war eigentlich von Anfang an so, daß eine Verurteilung gemäß der Anklage nicht möglich gewesen wäre.

Reißt das, daß von Anfang an klar war, daß der Prozeß eingestellt werden würde?

Das kann man so nicht sagen. Aber die Tatsache, daß zu keinem Zeitpunkt konkrete Beschuldigungen gegen einzelne Personen vorgelegt haben, wie der § 125 vorschreibt, machte eine wirkliche juristische Konstruktion notwendig, um das politische Ziel der ganzen Aktion zu erreichen. Die CSU wollte ja erklärtermaßen ein Exempel statuieren, das Problem war dabei nur, daß die rechtlichen Mittel dazu nicht ausreichten. Um dieses Manko auszugleichen, waren einige juristische Tricks notwendig. Zum einen war das die Konstruktion der sogenannten „psychischen Mütter“, zum zweiten die immer wieder erwähnte „Pulk-Theorie“. Zusätzlich kam dann noch die Aktenmanipulationen und -unterdrückung. Der dritte zentrale Fuß, auf dem das Verfahren ruhte, waren die beiden V-Leute, wovon der eine — wie sich später heraus-

stellte — nicht einmal bei der Demonstration anwesend gewesen war und seine Wahrnehmungen nur vom Hörensagen hatte. Der zweite, ersatzweise für den ersten ins Feld geschickt, hatte den bedauerlichen Fehler, daß er die Pulk-Theorie nicht bestätigte.

Man darf aber jetzt nachträglich nicht den Fehler machen und den massiven Verfolgungs- und Bestrafungswillen der Justiz unterschätzen. Diese ganzen Hintergründe sind ja nicht etwa zufällig herausgekommen, sondern nur durch das beharrliche Nachhaken der Verteidiger. Grundlage dafür war eine mühsame und zum Teil wirklich nervige Kleinarbeit, die in der guten Zusam-

»Das Kapitel KOMM-Prozeß ist für uns keineswegs abgeschlossen«



Eine von vielen Demonstrationen in Nürnberg 1981

Eine von vielen Demonstrationen in Nürnberg 1981

menarbeit zwischen Rechtsanwälten, Ermittlungsausschuß und Elterninitiative geleistet worden ist. Wir haben ja durch Aktenstudium, eigene Nachforschungen usw. die eigentliche Arbeit der Justiz geleistet. Es hat sich eben herausgestellt, wie wichtig es ist, politisch engagierte Verteidiger in solch einem Verfahren zu haben und parallel dazu eine gut funktionierende Bürgerinitiative, die zu einer massiven Öffentlichkeitsarbeit in der Lage ist. Ist damit für euch das Kapitel KOMM-Prozeß abgeschlossen? Viele werden

jetzt sagen, der Rechtszustand hat sich schließlich doch durchgesetzt, also wunderbar!

Für uns — und das gilt für die ganze BI — ist die ganze Geschichte keineswegs vorüber. Einmal werden wir jetzt mit Nachdruck auf juristischem Wege gegen die Verantwortlichen vorgehen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um drei Strafverfahren: Erstens die Strafanzeige gegen die fünf Ermittlungsrichter, die damals im Rekordverfahren 141 Haftbefehle ausgestellt haben ohne jegliche Rechtsgrundlage —

das hat sich ja nun bewahrheitet. Dieses Strafverfahren ist zwar im letzten Sommer eingestellt worden, wir haben daraufhin Beschwerde eingelegt, diese Beschwerde liegt seit einem halben Jahr bei der Generalstaatsanwaltschaft auf Eis. Wenn diese abgelehnt wird, werden wir ein Klageerzwingungsverfahren einleiten. Ebenso werden wir die Anzeigen gegen die Staatsanwälte wegen Aktenunterdrückung weiterverfolgen. Zum dritten Muß ein Strafverfahren gegen den Staatschutzbeamten, der seinerzeit den ersten V-Mann vernom-

men hat und damals durch die Formulierung des Aussageprotokolls den Eindruck der unmittelbaren Teilnahme des V-Mannes an der Demonstration erweckt hatte. Da damals das bayrische Innenministerium das ausdrücklich bestätigt hatte, werden wir dort etwas unternehmen. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der allerdings von der SPD beantragt werden müßte, was wir auch von ihr fordern. Zum anderen werden wir von der BI aus auf der politischen Ebene einiges unternehmen, wir haben einige Veran-

staltungen geplant, eine neue Dokumentation ist im Gespräch usw.

Können Sie noch etwas mehr zur Arbeit der BI sagen, zu ihrer Entwicklung, und was ihr euch so für die nächste Zeit vorgenommen habt?

Die Bürgerinitiative 5. März hat sich etwa ein halbes Jahr nach der Massenverhaftung gegründet, die eigene Betroffenheit war dabei der entscheidende Motor. Sie setzt sich zusammen aus der Elterninitiative, Inhaftierten, Rechtsanwälten und Mitgliedern des Ermittlungsausschusses. Finanziert wurden — und werden — das Büro sowie zwei Kräfte, die sämtliche Büroarbeiten erledigen, von Beiträgen der Eltern und teilweise auch von Spenden. Heute besteht der aktive Kern vorwiegend aus Eltern. Die Arbeit unserer BI ist z.B. in Berlin mit Interesse verfolgt worden, wo sich auch eine Initiative von Eltern gegründet hat, deren Kinder wegen Hausbesetzungen und ähnlichen Dingen von staatlicher Repression betroffen sind. Inzwischen hat sich die BI „5. März“ über das KOMM-Verfahren hinaus weitere Aufgaben gestellt. Das ist die Folge der Erkenntnis, daß die Nürnberger Massenverhaftungen nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden können. Schlagartig deutlich wurde das in dem Moment, wo die BI selbst Ziel- und Opfer staatlicher Angriffe wurde. So hat z.B. Hillermeier angedroht, den Verantwortlichen für den sogenannten Meinungsterror gegen die Justiz — und damit meinte er uns — ein Verfahren wegen versuchter Nötigung anzuhängen. Einer der aktiven Väter in der BI sollte mit einem völlig willkürlichen Befehlungsverfahren — das inzwischen übrigens auch eingestellt ist — eingeschüchtert werden. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, daß in dem genannten Bereich von dem aktiven Kern der Eltern weitergearbeitet werden soll.

Konkret führen wir demnächst eine Veranstaltung mit Rolf Göbner und Uwe Herzog, den Autoren des Buchs „Der Apparat“, durch. Eventuell wird die BI als politische Konsequenz daraus eine ähnliche Arbeit, wie sie die Bremer Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“ bereits leistet, als weiterführende Perspektive anstreben. Weiter planen wir eine Veranstaltung allgemein zum Demonstrationsrecht mit Alexander Schubart und anderen. Grundsätzlich sehen wir es als unsere Aufgabe, den laufenden und zu erwartenden Vorstößen der CDU/CSU in Sachen Demo-

laufenden und zu erwartenden Vorstößen der CDU/CSU in Sachen Demonstrationsrecht und allgemein staatlicher Repression unseren Widerstand entgegenzusetzen. In der BI haben wir deshalb vereinbart, im Frühjahr ein Seminar zum gesamten Komplex „Innere Sicherheit“ durchzuführen, wo wir unsere Kenntnisse auf dem gesamten Gebiet vertiefen wollen, gerade auch was die Entwicklung in den letzten 15 Jahren angeht, die ja gewissermaßen das Instrumentarium für die jetzige Rechtsregierung geliefert hat.

Wir danken euch für das Gespräch (das geführt wurde von der KB/Gruppe Nürnberg).

Ein teurer Spaß für die Staatskasse: Das KOMM-Verfahren im Überblick

5.3.81

Im Anschluß an eine Hausbesetzer-Veranstaltung im Nürnberger KOMM findet eine spontane Demonstration statt, bei der ein paar Scheiben zu Bruch gehen. Ein großer Teil der Demonstranten zieht sich anschließend wieder ins KOMM zurück. Nürnberger Polizei, Münchner Bereitschaftspolizei und SEK umstellen das KOMM. Obwohl angeblich nur die Personalien festgestellt werden sollen, werden 192 Personen festgenommen.

6.3.81

Im Laufe des Frühlings stellen die fünf Ermittlungsrichter 141 fotokopierte und gleichlautende Haftbefehle aus, Haftgründe: Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Die Betroffenen werden beschuldigt, schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Zu dem Zeitpunkt der Ausstellung der Haftbefehle gab es für die Ermittlungsrichter im besten Fall nur zwei Informationsquellen, die überhaupt

als Grundlage für die Inhaftierungen dienen konnten

- den polizeilichen Schauvermerk über die Demo, der weder konkrete Beschuldigungen noch irgendeine Person als Beschuldigten aufweist,
- oder die ersten Vernehmungssprotokolle von 10 Beamten, die den Demonstrationzug begleitet hatten. Diese Protokolle enthalten ebenfalls keinerlei konkrete Beschuldigungen. Kein einziger Demonstrationssteilnehmer war zu diesem Zeitpunkt identifiziert, der Demonstration zugeworfen wurde ausdrücklich nicht als Pulk oder geschlossener Umzug bezeichnet. Bezeichnenderweise gehören diese Protokolle auch zu den Akten, die im Prozeß nicht mehr auftauchen. Obwohl ein Bote der Polizei später bezu- einen braunen Umschlag, der in den Protokollen enthalten haben muß den Staatsanwälten Schmidt und Grandpaß überreicht

zu haben, können die beiden sich an nichts erinnern.

18.3.81

Eltern und Angehörige erstatten Anzeige gegen die fünf Ermittlungsrichter wegen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung und Verfolgung Unschuldiger.

26.3.81

Vernehmung eines V-Mannes im Polizeipräsidium Nürnberg durch den Staatschutzbeamten Pfister. In dieser Aussage wird zum ersten Mal behauptet:

- der Demonstrationzug sei ein geschlossener Pulk gewesen
- Gewalttätigkeiten seien vorher von der Mehrheit der Demonstranten billigend in Kauf genommen worden
- Gewalttätigkeiten seien durch Johlen und Schreien der Menge unterstützt worden.

30.3.81 bis

6.4.81

Erneute staatsanwaltliche Vernehmungen der Polizeibeamten, die den Demonstrationzug begleitet

haben. Hier entstehen die manipulierten, auf die V-Mann-Aussage und später teilweise wortgleiche Anklageschrift gestützten Aussagen der Beamten. Diese Vernehmungsprotokolle werden dann auch — im Gegensatz zu den bisherigen — zu den Akten genommen.

Maí 81

Meldeverfahren gegen eine Zeugin vom 5.3.81.

Nach sechswöchiger U-Haft wird Angela G. zu eininhalb Jahren auf Bewährung verurteilt. Mitherausgezogen wurde die Aussage des V-Mannes vom 26.3.81. Auch in diesem Verfahren wurde die unmittelbare Teilnahme des V-Mannes an der Demo vom 5.3. behauptet, was sich dann später (s. u.) als Lüge herausstellte.

Juli 81

Anklageschrift gegen 66 der Inhaftierten vom 5. März.

Kernpunkt der Anklage ist der Vorwurf der psychischen Mütterlichkeit beim schweren Landfriedensbruch (§ 125/125a). Diese

Konstruktion war der Versuch, den 1970 reformierten Landfriedensbruch-Paragrafen zu umgehen, denn der beinhaltet, daß nicht jeder Teilnehmer einer gewalttätigen Demonstration per se strafbar ist, sondern daß ihm konkrete Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden müssen. Um diese Konstruktion durch die Verhandlung durchhalten zu können war die Behauptung eines geschlossenen Pulks notwendig. Hierfür leisteten die Aussagen des V-Mannes und die dritten, manipulierten Vernehmungen der Beamten gute Dienste. Hingegen mußten die ersten Aussagen der Beamten verschwinden — wie dann auch geschehen — da diese der Pulktheorie widersprachen und damit die gesamte Anklage ins Wanken gebracht hätte.

1.9.81

Eröffnungsbeschuß für das KOMM-Verfahren, der Termin für das Hauptverfahren wird auf den 3. November 81 festgelegt, d.h.

Fortssetzung von voriger Seite

drei Wochen nach den Oberbürgermeister-Wahlen in Nürnberg, 3.11.81 bis 24.11.81 KOMM-Verfahren

Der Verteidigung gelingt es, der Staatsanwaltschaft ein unglaubliches Ausmaß an Aktenunterdrückung nachzuweisen. So fehlen die Aussageprotokolle der 56 Beamten, die den Demonstrationszug begleitet hatten. Im Verfahren tauchten einige dieser Vernehmungsruederschriften auf, allerdings bilden sie nur die Spitze des Eisbergs. Ein Vergleich der Aussagen legt die Manipulationen offen zutage, mit der der Anklagevorwurf entscheidend gestützt werden sollte.

Konsequenz: Das Gericht muß das Verfahren aussetzen und damit dem Antrag der Verteidigung entsprechen. Das Flasko für die Staatsanwaltschaft und das bayerische Innenministerium ist perfekt. Ende Nov. 81

Strafanzzeige gegen die verantwortlichen Staatsanwälte

Die Verteidiger des KOMM-Verfahrens werfen den Staatsanwälten Verwahrungsbruch gem. § 133 StGB vor, da sie verfahrenserhebliche Akten weder dem Gericht noch der Verteidigung vorgelegt hätten. Kurze Zeit später werden die verantwortlichen Staatsanwälte Hubmann und Horn abgelöst, das weitere Verfahren wird dem Regensburger Staatsanwalt Fischer übertragen, der gerade mit Bayvour das Chopper Problem zum Abschluß gebracht hatte.

Anfang Dez. 81

Nachermittlungsauftrag des Gerichts

Die 13. Strafkammer beauftragt die neu eingesetzten Staatsanwälte u.a. sämtliche Polizei Beamte und den V Mann nochmal vernahmen. Die Fragen werden sens. differenziert gestellt. Offensichtlich ist das Gericht bemüht, eine weitere Schluppe von vorherigen zu schließen.

Juni 82

Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen

- die Ermittlungsrichter
- die Staatsanwälte

Rudolf Raabe freigesprochen

Am 19.11.82 wurde der Ende der 70er Jahre zum TOP-TERRORISTEN aufgestaute Rudolf Raabe vom Tatverdacht des § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) freigesprochen.

Mittels Raabe wollten BAW und Generalstaatsanwaltschaft schon vor mehr als 3 1/2 Jahren die „Revolutionären Zellen“ juristisch faßbar machen. Da sich noch keine Person offen zu dem RZ bekannt hat, ging der Justiz in diesem Verfahren hauptsächlich um „typische Verhaltens-/Lebensweisen von RZ Mitgliedern“.

Als „RZ-typische-Strukturen“ galten die in einer Ausgabe des „Revolutionären Zorns“ abgedruckten Organisationsprinzipien, sowie die von H. Feilng rausgepressten Aussagen.

Zum Verfahren

Die Anklage gegen Rudolf lautete ursprünglich Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Radekeführerschaft, Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag und Urkundenfälschung. Im Zuge der Liberalisierungsdiskussion war die Justiz zunächst bemüht, Rudolf als Kronzeugen zu gewinnen. Da Rudolf nicht durch den Baum'schen Tunnel kroch, kam es zur Anklage seitens der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz. Wider alle Erwartung lehnte der Staatschutzsenat Koblenz am 26.1.82 die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. In einer 12seitigen Begründung machte der Senat deutlich, daß die von der Staatsanwaltschaft angeführten Beweise einer juristischen Prüfung nicht standhalten würden, und hob darüber hinaus den noch bestehenden Halbbefehl insgesamt auf. Mit Hilfe der BAW legte die Staatsanwaltschaft daraufhin Beschwerde beim BGH ein. Beschluß v. 2.6.82. Das BGH ergriffte das Hauptverfahren auf den Verdacht der Mitgliedschaft und Urkundenfälschung.

Am 20.9.82 begann der Prozeß vor dem OLG Koblenz. Ziel war es, die Justiz an Rudolf erregt, auch den bewaffneten Kampf in der BRD, der nicht „aus dem Untergrund“ geführt wird, nachzuweisen und abzuurteilen, indem ein erstes Urteil gegen die RZ geschaffen werden sollte.

Das Gericht befaßte sich eingehend mit Rudolfs politischer Identität und seiner Lebensweise. Die Zeugenvernehmung bestand fast ausnahmslos aus Verhören von Freund/innen, Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen, die Aussagen zu seiner politischen Einstellung, seinen Verhaltensweisen und Lebensweisen machen sollten.

Als Indizien für die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ führte die Staatsanwaltschaft u.a. Kontakte zu angeblichen INLA-Mitgliedern sowie die Teilnahme an der Beerdigung von Ulrike Meinhof an. Haupt-sächliche Beweisgrundlage sollten die aus Herrmann Feilng, unter menschenunwürdigsten Bedingungen rausgepressten „Aussagen“ sein. Ein Beweis für die Mitgliedschaft in den RZ konnte letztendlich nicht erbracht werden.

Trotz des klaren Auftretens des Genossen Raabe, d.h. sein sich nicht distanzieren vom militanten Widerstand in der BRD, mußte der 2. Strafsenat des OLG Koblenz Rudolf freisprechen vom § 129a-Verdacht. Das Strafmaß für die Urkundenfälschung beträgt 90 Tagessätze zu 10 DM.

Den Freispruch vom § 129a-Verdacht nutzte der Senat für ein widerliches Gelaber vom Rechtsstaat. So äußerte der Vorsitzende Richter Schutz: Rudolf habe durchaus die „Gesinnung“ und „Ideologie“ eines „Terroristen“, aber die Beweise für eine Organisation wurden fehlen; dieser Staat könne es sich leisten, einen „unmoralischen Terroristen“ straffrei ausgehen zu lassen.

Ob die Staatsanwaltschaft nicht doch noch die Möglichkeit sieht, mittels Raabe endlich ein Grundurteil gegen die RZ zu erwirken zu können und folglich Berufung vor dem BGH einlegt, bleibt abzuwarten.

Teure Anti-Strauß-Plakate

Vor ca. eineinhalb Jahren wurden zwei Bremer Studenten wegen Beleidigung des Kanzlerkandidaten Strauß verurteilt. Sie hatten im Bundestagswahlkampf 1980 Plakate verklebt, auf denen Strauß einmal als Schlächter und einmal mit seinem Freund Pinochet dargestellt war. Der Prozeß fand viel (öffentliche) Aufmerksamkeit und die beiden Verurteilten bekamen Aufmunterung und Solidarität zu spüren.

Heute, die Auseinandersetzungen um Strauß' Kanzlerkandidatur und der Prozeß sind so gut wie vergessen, liegen die endgültigen Rechnungen auf dem Tisch. Und die stürzen die Verurteilten in ein finanzielles Desaster und jahrelange Verschuldung.

Folgende Summen sollen die beiden aufbringen:

	DM
1. Geldstrafe à DM 300,-	600,00
2. Gerichtskosten à DM 91,20	182,40
3. Strauß als Nebenkläger ließ sich an allen drei Prozeßtagen durch einen Münchner Anwalt vertreten, der zwar beim Prozeß allein durch Verschlafenheit auffiel, aber Hotel- und Tagegelder für sechs Tage berechnen darf ..	2.484,00
4. Bei seiner Gebührenberechnung durfte Strauß' Anwalt an die obere Grenze gehen, weil es sich um „eine gröbliche öffentliche Beleidigung eines prominenten Politikers, des Führers einer demokratischen Partei“ handelte. Zuzüglich der Fotokopierkosten beträgt dieser Posten	2.555,95
5. Zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer	297,83
6. Auf Kosten der beiden Studenten durfte Strauß das Urteil im Weser-Kurier und den Bremer Nachrichten veröffentlichen lassen ...	1.785,59
7. Gegen einen der Verurteilten wurde ein Zwangseintreibungsverfahren eingeleitet, das mit berechnet wird. Die eingeforderten fünfzehnblausend Mark mußte er in einem Tag zusammenleihen, um der Pfändung zu entgehen.	726,22
8. Wenn dann für die eigenen Anwälte, die auf Teile ihrer Forderungen verzichteten, und für Öffentlichkeitsarbeit ein sehr niedriger Betrag von	3.500,00
zu rechnen ist, so stehen die Verurteilten vor einem Kostenberg von insgesamt	12.131,99

Hinter der Anwendung der finanziellen Peitsche steckt Methode, denn während Prozesse gegen Demokraten und Linke oft Öffentlichkeit finden, kann der Staat hoffen, daß das Interesse nach einer Verurteilung bald verebbt und durch finanzielle Repression Kritiker mundtot gemacht werden.

Die bisherigen Spendenbeträge ermöglichen den Verurteilten eine Anzahlung für die eigenen Rechtsanwälte. Vielen Dank!

Jetzt müssen wir aber noch einmal um Solidarität und Spenden bitten.

Bankverbindung: Prozeß-Spendenkonto, Sparkasse Bremen, Kto. Nr. 1164 2911, Bankleitzahl 250 901 01

Wulp: F.O. Parschel, A. Neugebhorn, Wendtstr. 4, 28 Bremen I

Der Fall Strippel

Der Fall Strippel

... ihren an Rudolf erregt, auch den bewaffneten Kampf in der BRD, der nicht „aus dem Untergrund“ geführt wird, nachzuweisen und abzuurteilen, indem ein erstes Urteil gegen die RZ geschaffen werden sollte.

15.10.82

Strafanzzeige gegen den Staatschutzbeamten Pfister, der den ersten V-Mann vernommen hatte, um sich vorwegnehmen, durch die Formierung der Aussage des V Mannes den Eindruck der unüberwindlichen Tarnung derselben an der Demonstration erweckt zu haben.

21.12.82

Handteilung des ersten KOMM-Verfahrens.

Die 13. Strafkammer beschloß den Eröffnungsbeschluß vom 1.9.81 aufzuheben und die erneute Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen. Begründet wird dieser Beschluß folgendermaßen:

- da dem Gericht durch das bayerische Innenministerium eine richterliche Vernehmung des zweiten V-Mannes verweigert wurde, sei es ihm nicht möglich gewesen, sich einen persönlichen Eindruck von dessen Glaubwürdigkeit zu machen.
- Nur die Angaben eines Mitteilers reichten dem Gericht jedoch nicht aus, da weitere Sachbeweise wie z.B. Filme nicht vorhanden seien
- aufgrund der — durch die Nachermittlungen ergänzten — neuen Aktenlage sei den 17 Angeklagten die Beteiligung an einer konkreten Gewalttätigkeit nicht nachzuweisen, auch wenn das Gericht von der Teilnahme der Angeklagten an der Demonstration überzeugt sei.
- aufgrund der neuen Beweislage sei mit einer Verurteilung nicht mehr zu rechnen.
- schon in „prozeß-ökonomischer“ Hinsicht sei eine Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen
- quasi bedauernd festgehalten wird zuletzt, daß der Nachweis strafbaren Verhaltens nach der geltenden Fassung des § 125 nur dann gelingen würde, wenn neben Zeugnisaussagen weitere Sachbeweise zur Verfügung ständen.

Ergebnis

Nach Auskauf des bayerischen Justizministeriums werden sich die Kosten des Verfahrens vermutlich auf Millionenhöhe summieren.

Vor einigen Wochen, im Oktober, erinnerten französische Medien an die Existenz des ehemaligen SS-Obersturmführers Arnold Strippel. Sie „besuchten“ ihn an seinem Wohnort, im hessischen Kalbach (bei Frankfurt), in der Talstraße Nummer 10. Dort schreiben sie an die Wände: „Strippel — freier SS-Kinderhenker“. Zuvor hatten sie in Kalbach Flugblätter zur Karriere Strippels verteilt.

Strippel diente seinem Führer in den KZ Sachsenhausen, Buchenwald, Neuengamme, Mauthausen (Ebnal), Majdanek, Ravensbrück und Vught (Holland). Die Geschichte Strippels. Mengele, Arzt von Beruf und heute viele andere Nazis in Lateinamerika lebend, wählte im KZ Auschwitz zwanzig jüdische Kinder aus, die er seinem Kollegen Heismeyer, ebenfalls Arzt, nach Neuengamme (bei Hamburg) zwies. Der Arzt Heismeyer benutzte die Kinder für Experimente, die die größere Anfälligkeit „minderwertiger Rassen“ gegenüber dem Tuberkulose-Bakterium nachweisen sollten.

Mit sowjetischen Gefangenen hatte Heismeyer bereits ähnliche Versuche getätigt.

Im April 1945 sollte Neuengamme geräumt werden. Spuren und Zeugen der verbrecherischen Versuche sollten beseitigt werden. Obersturmführer Strippel ließ die Kinder aufhängen, und ebenso 28 ältere Gefangene, die mit den Kindern an der Schule am Bullenhuser Damm in Hamburg zu tun gehabt hatten. Anschließend ließ er die Körper verbrennen.

In dieser Angelegenheit wurden 1946 einige SSler verhaftet und verurteilt. Während dieses Prozesses — des sogenannten Curioushaus-Prozesses — wurde die Rolle Strippels klar herausgestellt. Er hatte die Befehle gegeben und sich an den Ermordungen eindeutig persönlich beteiligt. Erst 1948 wurde aber Strippel entdeckt, und zwar durch einen ehemaligen KZ-Häftling aus Buchenwald in Frankfurt am Main.

Strippel wurde zunächst zu lebenslänglicher Haft verurteilt wegen Mordes in 21 Fällen im KZ-Buchenwald. 1964 wurde aufgrund einer Klage ehemaliger KZ-Häftlinge aus Neuengamme ein neues Ermittlungsverfahren gegen Strippel eröffnet. Der Staatsanwalt Münzberg (Hamburg) ließ das Verfahren einstellen, denn: „Den Kindern ist also über die Vernichtung ihres Lebens

hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden“.

1969 politisiert Strippel von seinem Revisionverfahren in dem Buchenwaldprozeß. Er wird freigelassen, denn für 21 Morde seien 6 Jahre Knast das adäquate Maß, so die Begründung der Justiz.

Nicht nur das. Der Kerl erhält eine Entschädigung von 121.500 DM.

1980 im Majdanek-Prozeß in Düsseldorf kommt Strippel wieder in den Genuß der deutschen Justiz: Für Mord in 42 Fällen erhält er 3 1/2 Jahre ... mit Bewährung! Es liegen heute noch zwei Klagen gegen Strippel vor:

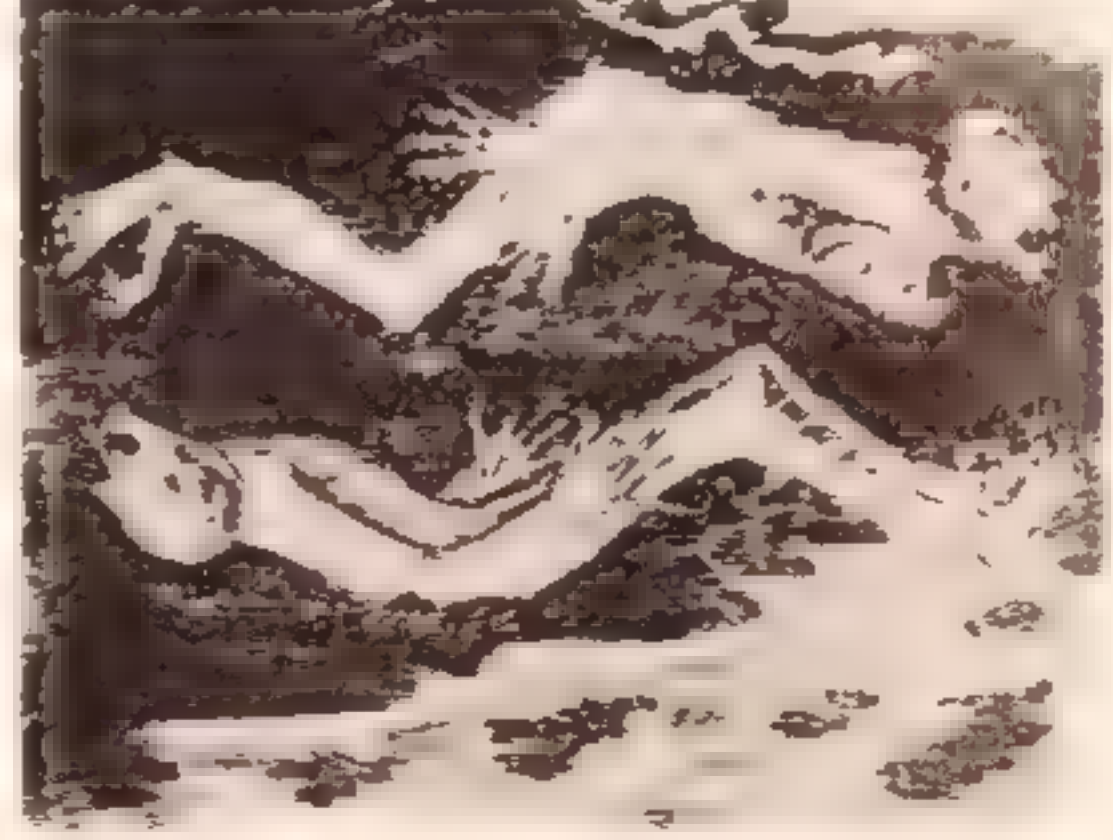
- Eine Klage, die der Journalist Schwarberg 1979 gegenüber der Hamburger Staatsanwaltschaft stellte. Schwarberg hat mehrere Angehörige der ermordeten Kinder ausfindig machen können, die ebenfalls eine Klage eingereicht haben;
- eine zweite Klage wurde bereits 1946 in Holland gestellt und dem Gericht von Frankenthal (Rheinland-Pfalz) übergeben. Klägerin ist eine Frau, die Zeugin von Strippels Grausamkeiten im holländischen KZ Vught gewesen ist. Dort ließ Strippel 100 Frauen auf einer Fläche von 10 qm aufeinanderstapeln.

10 Frauen fanden dabei den Tod.

Strippel ist nach wie vor ein Aktivist — während andere Menschen allein wegen einer Rede mit einem Fuß im Knast stehen (z.B. Anwalt ...). In Strippelschen Angelegenheiten machen die Behörden den Fortschritt langsam: Was die ursprüngliche Klage betrifft, ließ der Hamburger Staatsanwalt Duhn eine Liste von 1.503 zu verhörenden Menschen anstellen. Das sind: 997 ehemalige sowjetische Gefangene, 225 ehemalige Polizisten, 174 ehemalige Matrosen, 77 weitere eventuelle Zeugen (KZ-Häftlinge, SSler, Angeklagte in anderen SS-Verfahren). Innerhalb von drei Jahren konnte erst 1/10 der eventuellen Zeugen verhört werden. Mensch kann sich also ausrechnen, daß mit ein bißchen Glück (und weniger Kriegsgelahr) eine Meinungsbildung der westdeutschen Justiz so circa für das Jahr 3000 zu erwarten ist!

Frankreich-Kommission

(Informationen u.a. aus „Le Monde“, 10.7.82, und „FR“, 22.10.82)



Hans Grundig, Starben — Zeit des Faschismus, 1937, aus: Widerstand statt Anpassung

Übergangsregierungen — der Weg zur Nazi-»Machtergreifung« 1933

Die Krise SPD-Regierung tritt ab

Die Weltwirtschaftskrise — mit dem New Yorker Börsensturz 1929 — hat Deutschland in eine „klassische Krise“ Innenpolitik und Lage zwang. Die steigende Arbeitslosigkeit verheißte jedoch nichts Gutes. Der Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft nach den Nachkriegs- und Inflationsjahren genommen hatte, basierte auf dem Wiederaufbau des Kapitals. Außenminister Stresemann (Deutsche Volkspartei, DVP) Koalitionspartner des SPD-Kanzlers Müller seit 1928, stohnte im gleichen Jahr „Wir sind nicht nur mit dem Kapital, sondern auch mit dem Proletariat waffnet. Hier haben wir einen „Mittel mehr“ (Rosenberg, S. 164). Einerseits war also Ruhe in der Wirtschaft, was die SPD mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zu garantieren versprach. Andererseits war die Befreiung aus der Abhängigkeit erwünscht, die die Folgen des Weltkriegs war. 10 Jahre nach Kriegsende sollten Reparationslasten in Milliardenhöhe, Teilbesetzung, Beschränkung der Reichswehr auf (offiziell) 100.000 Mann, so die „Versailles“ endlich beseitigt werden. Die Große Koalition unter Müller und Stresemann — mit Ausschluss lediglich der radikalen Rechten (DNVP und NSDAP) sowie der KPD — sollte deshalb den sog. Young Plan unter Druck setzen, d. h. die langfristige Regelung (auf möglichst niedrigem Niveau) der Reparationen bzw. deren Beendigung. Es sollte das „Gleichgewicht“ wiederhergestellt werden, um die in der Weltwirtschaftskrise kurz nach Abschluß erscheinender Verhandlungen starb Stresemann, eine Partei, die DVP, kündigte die Koalition auf. Zugleich wuchsen die Span-

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Kanzler; der Faschismus war an der Macht. 50 Jahre später befindet sich die BRD in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Zu ökonomischen Problemen kommt eine Veränderung politischer Strukturen, die das gesamte Parteien- und Parlaments-System in Bewegung gebracht hat. Die Ablösung der SPD/FDP-Regierung in Bonn signalisiert die Möglichkeit einer „Wende“. Wohin? Die Regierung Kohl/Genscher gilt von vornherein als Übergangsregierung. Übergang wohin? Allenthalben taucht das Stichwort „Weimar“ auf — und in der Tat begann die Auflösung der Weimarer Republik im Verlauf einer Wirtschaftskrise, die in Deutschland und weltweit Ende der 20er Jahre den Kapitalismus erschütterte. Innerhalb von drei Jahren wurde die bürgerliche Demokratie durch den Faschismus abgelöst. Ausgangspunkt war 1930 der Übergang von einer SPD-geführten bürgerlichen Koalition zu einem halb-parlamentarischen Regime unter dem Zentrums-Politiker Brüning. Bis in viele Einzelheiten der Brüning'schen Krisenpolitik drangen sich Parallelen zu Kohls Regierungsantritt auf. Brüning mußte nach zwei Jahren die Segel streichen; einige Monate später war Hitler Kanzler. Geschichte aber wiederholt sich — bekanntlich — nicht so einfach; und ein Kohl 1982 ist kein Brüning 1930. Dennoch lohnt es sich, 50 Jahre nach der Auflösung der Weimarer Republik, die damaligen Ereignisse zu betrachten. Sie stellen — insgesamt — das konkreteste, aber keineswegs simple Modell eines Übergangs von bürgerlicher Demokratie zu bürgerlicher Diktatur dar, das für „dieses unser Land“ relevant ist.

nungen innerhalb der SPD und des ADGB sowie an, daß die Regierung der von der Müller/Stresemann-Regierung begonnenen Krisenpolitik (Sparmaßnahmen, Kürzungen etc.) von der SPD nicht nur nicht gehindert wurde. Die SPD-geführte Regierung Müller-Stresemann

Brünings „Notverordnungs- politik“

Das Kapital mit seinen Parteien brachte folgende Forderungen auf den Tisch — Aufhebung des staatlichen Schlichtungsweises in Tarifauseinandersetzungen; dahinter: Aufhebung des gewerkschaftlichen Tarifweises überhaupt; Kürzungen, Streichungen etc. bei Sozialausgaben, z. B. der Arbeitslosenversicherung, dem Krankengeld etc. Steuerstreichungen, -nachlässe usw. sowie staatliche Subventionen für Großindustrie und Großgrundbesitz bzw. Landwirtschaft.

In Ermangelung einer regierungsfähigen Mehrheit wurde von Reichspräsident Hindenburg Ende März 1930 der Zentrums-Politiker Brüning zum Kanz-

ler ernannt. (Das Zentrum ist die Vorläuferpartei der CDU). Seine Minderheitsregierung trat mit einem finanziellen Krisenprogramm an, das u. a. drastische Kürzungen der Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst vorsah. Die allgemeinen politischen Vorstellungen des Zentrums zielten auf den Abbau demokratischer Rechte bis hin zur Beseitigung des parlamentarischen Systems.

Abgesehen von Teilen der Industrie (besonders die Schwerindustrie mit ihrer Partei, den Deutschnationalen) war Brüning sich deshalb des Beifalls der Kapitalistenklasse sicher. Sein Regierungsprogramm scheiterte im Parlament jedoch im September 1930, da sich keine Mehrheit zu seiner Unterstützung fand. Wie zuvor angekündigt — und mindestens seit 1929 in Kapitalistenkreisen verschiedentlich vorgeschlagen — ging Brüning daraufhin über diese Parlamentarierablenkung hinweg und setzte seine Politik statt auf dem versperrten Gesetzesweg mittels „Notverordnungen“ durch, die der Reichspräsident erließ. Damit war ein Schritt auf dem Weg zur Entmachtung des Parlaments — und des demokratischen Systems überhaupt — getan. Wäre das planmäßige Übergeben des Parlaments an sich schon Skandal genug gewesen, so war die „Notverordnungs-“politik überdies

6 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser Anfang 1932) ebenso wenig wie er die weitergehenden Forderungen des Kapitals befriedigte. So formulierte etwa der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) schon Ende 1930, Brüning's Programm könne lediglich ein erster Anfang sein: „Wir denken gar nicht daran, das schon als Endprogramm der neuen Entwicklung zu sehen“ (Hörster-Philipp, S. 78). Teile der Industrie und der Banken traten zunehmend mit der Forderung auf, die DNVP und die NSDAP an der Regierung zu beteiligen; so auch der 1929 aus dem Amt geschiedene, 1933 von Hitler wieder berufene Reichsbankpräsident und Bankier Schacht. Die NSDAP ihrerseits bemühte sich seit Mitte 1931 verstärkt um ein betont Kapitalfreundliches Programm.

Am 1. Oktober 1931 demonstrierte in Hamburg die sich ansonsten gern gegenvernehmlich behandelnde — „Nationale Opposition“, nämlich NSDAP und DNVP, mit ihren angeschlossenen bzw. gleichgesinnten Massenorganisationen wie SA, „Stahlhelm“ u. ä. ihren Machanspruch („Hamburger Front“). Anwesend bei dem Aufmarsch waren u. a. Schacht, Vertreter der Deutschen Bank, der Commerz- und Discontobank, der Norddeutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft, verschiedene Privatbankiers, Schwerindus-

zung weiter um ein Viertel gekürzt, die Wohlfahrtsunterstützung und die Renten um 15 bis 25 % gesenkt, neue Steuern auf Löhne und Gehälter erhoben und die indirekten Steuern angehoben wurden.

Entsprechend der Ideologie vom „Neuen Staat“ war Papen nicht einmal mehr dem Anschein nach bemüht, eine parlamentarische Absicherung bzw. Tolerierung zu erreichen. Von vornherein definierte er seine Regierung als „parteilich politisch frei“, d. h. unabhängig von Parteien, und den Staat als „präsidialautoritär“. Der Reichspräsident ernannte nunmehr seine Regierung (auch dafür übrigens fand sich ein Verfassungsartikel als Schernlegitimation — Art. 54). Der somit eher lästige Reichstag wurde am 4. Juni 1932 aufgelöst; Neuwahlen fanden am 31. Juli statt.

Die entscheidende Tat der Regierung Papen blieb zuvor noch zu tun. Was Brüning nicht bewerkstelligt hatte, langte aber auf der Wunschliste von Kapitalistenlobby und rechten Parteien gestanden hatte, die „Neugliederung von Reich und Ländern“ wurde nunmehr durchgeführt. Dahinter verbarg sich die Forderung, das Land Preußen als sozialdemokratisches — mit einer erheblichen Machtbasis in seinem Polizeikorps — zu liquidieren. Am 20. Juli 32 wurde die preußische Regierung — unter Bruch der Verfassung — abgesetzt — unter Oewalden, aber ohne Widerstand der SPD. Die sozialdemokratische Polizei- und Regierungsspitze wurde sofort beseitigt und Preußen direkt dem Reich unterstellt („Preußenschlag“).

Elf Tage später wurde gewählt: Alle bürgerlichen Parteien (außer Zentrum und Bayernpartei, die sich hielten) — auch die SPD — verloren; die KPD gewann zwei Millionen Stimmen. Die NSDAP aber machte einen Sprung von 18,3 % (1930) auf 37,4 % und war damit die stärkste Partei. Papens Politik des brutalen Kapitalismus verlor also noch das, was vorher an Massenbasis dagewesen sein mochte. Hitler trat jetzt nicht mehr nur mit der Forderung auf Regierungsbeteiligung, sondern mit dem Anspruch auf Kanzlerschaft auf.

Die SPD und der Übergang zum Faschismus

Nach Einsetzen der Krise begann die SPD/Zentrum-Regierung mit Sparmaßnahmen, die einerseits die Lage der Bevölkerung verschlechterten, andererseits weder der Krise Herr wurden noch das Kapital zu friedenswilligen, als nach langem Zögern, auf Druck des ADGB und linker SPD-Teile — auch aufgrund des Drucks von der KPD —, also wegen der Gefahr des schwindenden Masseneinflusses, die Regierung Müller 1930 aufgab, was das für die SPD-Führung mit der Perspektive des Sich-Einrichtens in der Opposition verbunden. Die kommende konservativ-reaktionäre Politik sollte also toleriert werden. SPD-Führer Otto Braun (u. a. preußischer Ministerpräsident): „...so mußte sie (=die SPD) der neuen Regierung eine Chance geben, durfte nicht bereits am ersten Tag auf ihren Sturz hinarbeiten. Ihre Opposition konnte später in scharflicher Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung hinreichend zum Ausdruck kommen.“ (Bracher, S. 271). Das war der Anfang der Tolerierungspolitik. Mit diesem Kurs der eisernen Verfassungstreue und fortwährender Unterstützung des „kleineren Übels“ (nämlich Zustimmung zu allem, was die KPD einerseits, die NSDAP andererseits von der Macht fernhielt) garantierte sie Brüning Ruhe im Parlament. Als erstmals 1930 die Notverordnungs- politik eingesetzt, stimmte die SPD sie zwar nieder, duldete sie seit der September-Wahl 1930 jedoch „stillschweigend“.

Im März/April 1932 unterstützte die SPD — unter Verzicht auf einen eigenen Kandidaten — die

Wiederwahl des kandelaren der Reichspräsidenten, der die Garantien der Notverordnungs- politik, Gegner der SPD und des demokratischen Systems überhaupt, zum Reichspräsidenten. Drei Monate später segnete eben dieser Hindenburg den Preußen-Putsch seines Lieblingskanzlers v. Papen ab. Die Umsturz-Pläne waren der SPD-Führung zuvor bekanntgemacht worden, sie hatte, für den gegebenen Fall, als Massenparole den Generalstreik angekündigt. Als es soweit war, trat die SPD-Regierung zurück und gab gleichzeitig die Lösung aus. Kein Generalstreik, sondern „legaler Widerstand“, sprich: „Kampf mit dem Stimmzettel“.

Der Reichsgerichtshof, vor dem die SPD zog, billigte Papens Putsch nachträglich. — Als Papen Ende 1932 durch General Schleicher abgelöst wurde, begrüßte die sozialdemokratische ADCB-Führung dessen Kurs nahezu begeistert als „Wirtschaftsdemokratie“. Als schließlich Brüning und Papen im Januar 33 antraten, verzichtete die SPD auf jede Aktion (die KPD rief zum Generalstreik auf) und erklärte am 31. 1.: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung.“ Am 23. 3. erklärte die SPD während der letzten Sitzung des Reichstages vor dem Verbot aller Parteien außer der NSDAP, sie setze gegen das „Ermächtigungsgesetz“ für die Nazis, sie stehe „zu den Grundsätzen des Rechtsstaates“. Am 22. 6. 33 wurde die SPD verboten. (Dokumente in: Kuhn, Reinhard, „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“, Köln 1980, 5. Aufl.)

schon Skandal genug gewesen, so war die „Notverordnungs-“politik überdies eine Politik des kalkulierten Verfassungsbruchs. Zwar gab die Weimarer Verfassung (nach Artikel 48) dem Reichspräsidenten das Recht, Notverordnungen zu erlassen, dies jedoch ausdrücklich nur im Fall innerer oder äußerer Staats-Nothstände. Brüning hatte bereits einkalkuliert, daß durch parlamentarische Mehrheiten solche Notverordnungen wieder aufgehoben werden konnten — was auch geschah. Wie vorher angekündigt, löste Brüning daraufhin das widerspenstige Parlament auf und ließ Neuwahlen ansetzen.

Statt neue, günstigere Mehrheiten zu erhalten, sah sich Brüning nach den September-Wahlen 1930 jedoch gezwungen. Gewinne erzielte die SPD, erhebliche auch die KPD, rechtswenig auch die DNVP stark und die NSDAP wuchs sensationell von 2,6 % (1928) auf 18,1 % an. Damit war klar, daß auch das zweite Kabinett Brüning ohne Parlamentsmehrheit, d. h. mehr als zuvor mit dem Mittel der Notverordnungen regieren würde. Die folgenden Monate führten — bis Anfang 1932 — auf den Gipfel der ökonomischen und sozialen Krise. Sie „hatte ... inzwischen alle Schichten und Stände in Mitleidenschaft gezogen. Auch die großkapitalistischen Unternehmer standen vor schwerer Bedrohung und großen Verlusten. Die Großgrundbesitzer waren trotz einschneidender Schutzmaßnahmen von der landwirtschaftlichen Abwärtstrend und Investitionskrise erfaßt und verlangten Staatshilfe. Schlimmer noch stand es um die verschiedenen Bauern, um die kleinen Unternehmer, Handwerker, Ladenbesitzer, die sozial besonders vernachlässigt waren. Selbst die Beamten stützten unter mehreren Gehaltskürzungen, während die Masse der Erwerbslosen von der Arbeitslosenversicherung zunächst auf die öffentliche Krisenfürsorge zurückzukehren, um schließlich vor dem Nichts zu stehen. Vor allem aber die Jugendlichen wuchsen von Anfang an in eine dauernde Arbeitslosigkeit hinein, die sie der Verzweiflung und allen revolutionär-demagogischen Versprechungen auslieferte.“ (So die Lageschilderung des durchaus nicht linken Historikers Bracher — S. 356).

Brüning's Sparpolitik verhinderte diese Situation (mit der Spitze von über

Bank- und Disconto-Gesellschaft, verschiedene Privatbankiers, Schwerindustrielle wie Thyssen, Poenigen u. a., halb-Industrielle, Reeder (u. a. Blohm) und Vertreter der Großagraren. Einige Tage zuvor waren Brüning ultimative Forderungen der „führenden deutschen Unternehmerverbände“ (Bracher) übergeben worden, worin Lohnsenkungen, weitere Reduktion der Sozialversicherung sowie Steuervergünstigungen für das Kapital verlangt wurden. Verlangt wurde auch die Einsetzung eines „Wirtschaftsrats“ aus Industriellen und Bankiers. Brüning kam dem nur bedingt nach. Für die Schwerindustrie betrieb er die geforderte Aufrüstung zu langsam; seine Partei, das Zentrum — und, so der Vorwurf der Rechten, auch seine Politik — war noch immer an die SPD gebunden, die Brüning's Regierung im Reichstag tolerierte und in Preußen, dem größten Teilstaat des Reiches, mit dem Zentrum eine Koalitionsregierung führte. Als Brüning schließlich, in Absprache mit den Ländern und vor allem Preußens SPD-Innenminister Severing, ein Verbot der zunehmend terroristisch auftretenden und Putschpläne ausheckenden SA verfügte, war der Anlaß für seinen Sturz da.

Papens „Präsidialregime“

Anstelle der noch immer parlamentarischen und die extreme Rechte ausschließenden Brüning-Politik traten jetzt die Forderungen nach endgültigem demokratischem Abbau, forcierter Rüstung und radikalem Abbau der Sozialpolitik. Diese Politik des sog. „Neuen Staats“ war rechtsextrem, nationalistisch und militaristisch ausgerichtet, spekulierte also auf die Beteiligung bzw. Tolerierung der „Nationalen Opposition“, v. a. der NSDAP. Franz v. Papen — vom rechten Flügel des Zentrums (das ihn aber nicht unterstützte) — wurde von der „grünen Eminenz“ der Reichswehr, General v. Schleicher, als neuer Reichskanzler gewonnen.

V. Papen erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art umgehend. Am gleichen Tag, an dem der RDI einen neuen Forderungskatalog überreichte (14. Juni 32), erließ Papen Notverordnungen, nach denen die Arbeitslosenunterstüt-

Regierungsbeteiligung sondern mit dem Anspruch auf Kanzlerschaft auf Papen bot nur eine Regierungsbeteiligung an (13. 8. 32). In Kapitalistenkreisen wurde mit verschiedenen Regierungsmodellen jongliert, einschließlich der „offenen Diktatur“ (so die Kapitalistenzeitschrift „Weltbriefe“ am 13. 8. 32). Vorbehalte bestanden sowohl gegenüber Hitler (der immerhin schon seit Jahren und zumal seit Mitte 1932 von erheblichen Teilen des Kapitals politisch und finanziell unterstützt wurde), als auch gegenüber v. Papen (für dessen Unterstützung ein Spenden-Fonds eingerichtet wurde). Zur fortwährenden Krise, den rechtsextrem mobilisierten Massen und den Tendenzen zu einer Radikalisierung innerhalb der Linken kam die Einschätzung der Reichswehr, d. h. v. Schleichers, hinzu, die in dieser Situation notwendige Politik — verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung, eindeutiger Aufrüstungskurs — sei entgegen den Vorstellungen v. Papens, entweder nur mit irgendeiner Art Massenbasis oder nur „mit dem Maschinengewehr“ durchzusetzen.

Die daraufhin erneut angesetzten Wahlen am 6. November brachten jedoch nicht die gewünschte Entlastung. Im bürgerlich-konservativen Parteienspektrum ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen, bei den Arbeiterparteien SPD und KPD setzte sich der Trend zugunsten der KPD (jetzt 16,9 % — nahezu 6 Millionen Wähler) fort. Auffallend war der Rückgang der NSDAP. Ihr Prozentanteil fiel von 37,4 auf 33,1 (statt 230 Sitzen im Reichstag nur noch 196). V. Papens politisches Schicksal war damit (vorerst) besiegelt. Er wurde am 19. November entlassen, sechs Monate nach Brüning's Sturz. Bis die Nachfolgeregierung stand, dauerte es zwei weitere Wochen — Ausdruck der Unsicherheit, was nun zu geschehen hätte.

Schleichers Militärdiktatur Auf der Suche nach der Massenbasis

Nachdem die Papen-Lösung gescheitert war, schwenkte nahezu die gesamte Industrie- und Bankenwelt (übrigens auch das Zentrum!) nunmehr auf die

Linie ein, Hitlers NSDAP an die Macht zu hieven. Zwei Tage nach Papens Entlassung lag dem Reichspräsidenten Hindenburg eine entsprechende Unterschriftenliste zugunsten Hitlers vor, wobei zugleich vor Neuwahlen gewarnt wurde. Nach den Stimmenverlusten der NSDAP stand nämlich zu erwarten — oder schien zumindest (realistischerweise) möglich —, daß der NSDAP, bei weiterem Zuwarten und weiterem Fernhalten von der Regierungsmacht, ihre Anhänger davonlaufen würden. Zugleich deuteten die KPD-Gewinne auf eine Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft, und Ansätze zu einer „Einheitsfront“ zwischen SPD und KPD zeigten sich.

Noch aber war weder die gesamte Industrie (plus Banken) noch die Reichswehr (mit dem entsprechenden Einfluß auf Hindenburg) — davon überzeugt, daß Hitler die einzige und richtige Lösung wäre. So stellte General v. Schleicher am 3. Dezember 32 erneut ein „überparteiliches“ Präsidialkabinett vor. Schleicher stand für eine Politik der Aufrüstung und Militarisierung, die nicht allein staatlich gefördert, sondern technokratisch-staatskapitalistisch durchgeführt und abgesichert sein sollte. Seine „Überparteilichkeit“ war mit dem Konzept verbunden, für seine Regierungspolitik eine Massenbasis zu gewinnen — quer zu den bestehenden Parteien und Organisationen. Damit sollten zugleich das Regime populistisch abgesichert und die Organisationen der Linken (SPD, KPD, ADGB) — aber auch die NSDAP — gebrochen werden. Schleicher nahm einige der schärfsten Papen'schen Notverordnungen teilweise zurück, verkündete Versammlungsgesetze und begann Verhandlungen bzw. Absprachen mit dem „Stahlhelm“ und der ADGB-Führung (die Schleichers Programm als „Wirtschaftsdemokratie“ begrüßte) sowie mit dem „linken“ Strasser-Flügel der NSDAP. Bevor das Bündnis mit Strasser, der offenbar nicht abgeneigt war, spruchreif wurde, wurde er aber von der NSDAP-Führung entmachtet. Die populistische „Querachse“ Schleichers war zerbrochen, bevor sie überhaupt zustande gekommen war. Parallel betriebene Verhandlungen zwischen NS-Industriellen („Keppler-Kreis“) und v. Papen brachten eine Verständigung über eine Repetition Hitler/Papen. Auch die IG Farben, größter Trust Deutschlands und bis zu diesem Zeitpunkt eher gegen die Machtübergabe an die Nazis votierend, „stellte sich jetzt nicht mehr gegen Hitler.“

Schleicher wollte das alte Spiel weiterbetreiben und den Reichstag auflösen (zum 26. Januar 1933), um Neuwahlen zu veranstalten. Das lehnte Hindenburg ab. Schleicher wurde entlassen, am 30. Januar war Hitler Kanzler.

Das Problem der „Varianten“

Über die generellen Zielvorstellungen für Wirtschaft und Politik gab es seit dem Aufstieg des deutschen Imperialismus in der Bourgeoisie — sei es des Kaiserreiches, der Weimarer Republik oder des Faschismus — keine Differenzen. Die Hauptpunkte nach dem 1. Weltkrieg waren nach innen: Endemokratisierung von Staat und Gesellschaft, insbesondere Zerschlagung der Linken (organisatorisch, rechtlich, sozial); nach außen: wirtschaftliche Expansion, auch mit militärischen Mitteln. Im Zentrum stand das Konzept eines deutsch dominierten europäischen Großraums.

Diese generelle Linie schloß jedoch Differenzen nicht aus, was unterschiedliche Präferenzen für Varianten des Vorgehens zur Folge hatte. Ein Hauptpunkt, an dem sich solche Differenzen zeigten, war die Taktik gegenüber der Linken. Nicht die gesamte Finanz- und Industriewelt war — überhaupt oder auch nur lange Zeit — für die Beteiligung der radikalen Rechten (DNVP, NSDAP) an der Macht oder gar die Übergabe der Regierung an sie. Insbesondere die sog. „Neuen Industriellen“ (v.a. IG Farben) favorisierten eine Politik der Integration von SPD plus ADGB, d.h. eine Schwächung der Linken auf diesem Wege — eine Linie, die noch bis zur Regierung v. Schleicher durchgezogen wurde. Damit verbunden war das ökonomisch fundierte Interesse am Ausgleich mit dem Ausland, statt des radikalen Chauvinismus der „Nationalen Opposition“ — d.h. der Schwerindustrie und Großagraren. Aber auch innerhalb der Bandbreite rein bürgerlicher Regierungsmodelle (d.h. unter Ausschluss der SPD) reichte das Spektrum von rechtbürgerlich-parlamentarischen Mehrheitsregierungen (eine Vorstellung, die Brüning nie ganz aufgab) über Koalitionen mit den Rechtsradikalen der „Nationalen Opposition“ und/oder technokratischen

Präsidialkabinetten ohne Parteienbasis (so Papens Regierung) — also auch ohne DNVP/NSDAP — bis hin zur reinen Militärdiktatur und schließlich zum Antritt der Faschisten. Die faschistische Lösung war, mindestens seit 1930, immer mit im Spiel, die einzige Lösung aber, auf die notwendigerweise und zieldreißig alles hingelaufen wäre, war sie noch nicht.

Das Durchspielen verschiedener Varianten bürgerlicher Herrschaft prägt die gesamte Zeit des Übergangs von Beginn der Krise. (Bezeichnend, daß gleichzeitig — bis Mitte 32 — das bürgerliche Präsidialregime Brüning im Reich, die parlamentarisch-demokratische SPD/Zentrum-Regierung in Preußen u.ä., ab 1930, eine DNVP/NSDAP-Regierung in Thüringen existierten).

Das Problem der „Notwendigkeit“ des Faschismus

Obwohl ein Spektrum verschiedener Varianten der Krisenlösung vorhanden war, habe die konkrete Entwicklung der Krise mit ihren ökonomischen, politischen und sozialen Auswirkungen „zwangsläufig“ auf den Faschismus hingeführt. Diese These ist — auch in der Linken — nicht neu. Als Beleg für diese Art Notwendigkeit werden vor allem drei Thesen aufgestellt:

a) Die Krise habe sich derart verschärft und zugespitzt, daß alle anderen Lösungsvorschläge nicht gegriffen hätten; zur Überwindung der Krise seien die extremen Mittel des Faschismus notwendig gewesen.
b) Der Aufstieg der NSDAP ab 1930 habe ihre schließliche Einbeziehung in die Regierung schlichtweg unausweichlich gemacht.
c) Die Kombination beider Faktoren habe zu einer Radikalisierung der Arbeiterklasse geführt, so daß die Bourgeoisie zum letzten Mittel Faschismus als „präventive Konterrevolution“ habe greifen müssen.

Zu (a): Die Daten der Krise zeigen eine interessante Entwicklung: Mitte 1932 war ihr Höhepunkt erreicht, und „ein neuer Konjunkturzyklus zeichnete sich ab“ (Hörster-Philipp, S. 109). So war der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit — soweit die offiziellen Zahlen das ausweisen — bereits im Februar 1932 erreicht; im Jahresdurchschnitt 1933 ging sie auf offizielle 4,8 Millionen zurück — was weder als bloße statistische Manipulation der Nazis, noch als schneller Erfolg der Maßnahmen der NS-Regierung gesehen werden kann (siehe Max, S. 124 ff.).

Im November 1932 — die Papen-Lösung war gescheitert, Schleicher und Hitler boten sich an — kam das kapitalistische Blatt „Deutsche Bühnenblätter“ zu der Einschätzung: „Was ist bereits getan, um unser wirtschaftlich-sozial-politisches System in seiner Struktur zu ändern? Und hat man in der Wirtschaft wirklich den Willen zu dieser Änderung, zu einer neuen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit? Vorläufig wird man die große Sorge nicht los, daß nach dem Ablauf des Krisenmanövers alles wieder wie einst im Mai der 'Systemzeit' wird ... Der Sinn der Krise müßte für das Unternehmertum sein, das System ... los zu werden ... In der Konjunkturzeit wird man es nie mehr loswerden. Auch die jüngste Herausforderung der Sozialleistungen deutet als Vorwegnahme konjunktureller Entwicklungen schon an, wie der Apparat der Konjunktur wieder funktionieren wird“ (Hörster-Philipp, S. 108).

Nach dem erwarteten Abklingen der Krise — wie es in allen Ländern eintraf, also unabhängig von der Nazi-Politik — hätte demnach der Weg zurück zu „normalen“ bürgerlich-demokratischen Verhältnissen angestanden („Systemzeit“). Stattdessen aber entschloß sich das Kapital — gegen den Trend — die einmalige Chance zu nutzen.

Zu (b): Wie auf ökonomischer Ebene die Rückkehr zu „normalen“ Verhältnissen sichtbar (oder zumindest möglich) erschien, so zeigte sich auf der Ebene von Wahlen, daß Ende 1932 der Aufstieg der NSDAP gestoppt war, daß ihr Masseneinfluß, soweit in Wählerstimmen ausgedrückt, innerhalb von 5 Monaten um zwei Millionen zurückgegangen war. Nicht umsonst waren seitdem alle Vorstöße von Kapitalistengruppierungen zugunsten Hitlers mit der Warnung vor Neuwahlen verbunden. In den Worten eines Bankiers, der eine Schlüsselstellung bei den damaligen Ereignissen innehatte — Kurt von Schröder: „Das allgemeine Ziel der Industriellen war damals, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden konnte, die lange an der Macht bleiben konnte. Als am 6. November 1932 die NSDAP ihren ersten Rückschlag erlitt und so ihren Gipfelpunkt

überschritten hatte, wurde die Unterstützung der deutschen Schwerindustrie eine Sache von besonderer Dringlichkeit“ (Hörster-Philipp, S. 108).

Auch hier also: Statt durch die Entwicklung gezwungen worden zu sein, stützte die Bourgeoisie die Nazis gegen den Trend.

Zu (c): War dann also die Einsetzung der Nazis eine vorweggenommene Verteidigung gegen die anstehende sozialistische Revolution? — Die Chancen der Linken, d.h. SPD und KPD, auf parlamentarischer Ebene waren zu der Zeit, als die SPD noch als Bündnispartner für bürgerliche Parteien in Erwägung war (bis 1930), deshalb gleich Null, weil ein Zusammengehen von SPD und KPD nicht zur Frage stand. Gegenständig grenzten sich beide Parteien voneinander radikal ab. Eine parlamentarische Mehrheit der Linken (mit oder ohne bürgerliche Koalitionspartner) war demnach niemals möglich, nach 1930 wäre eine „Einheitsfront“ rein rechnerisch nie mehrheitsfähig gewesen.

Tendenzen der Basis von SPD und KPD zu einer praktischen „Antifaschistischen Front“ blieben defensiv-ökonomisch. In der Frage der konkreten Macht, die bekanntlich aus Gewehrläufen kommt, gab es keine Koordination zwischen SPD/Eisener Front und KPD/Rotfrontkämpferbund. Die SPD-Führung pfiff überdies ihre Basis immer wieder dann zurück, wenn Aktionen — wie Generalstreiks — am Platz gewesen wären. — Die KPD allein war im übrigen aus der Lage, mehr als rund 15 Prozent der Wähler für sich zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu ihrer Propaganda ging die Bourgeoisie in der Frage der konkreten Macht tatsächlich auch bis zuletzt nicht von einer drohenden Revolution aus. Als Ende 32 die Errichtung einer offenen Militärdiktatur erwogen wurde, wurde eigens zum Zweck der Lagebeurteilung ein Planapfel von Reichswehr und verschiedenen „Ordnungs“-Behörden durchgeführt. Ergebnis war: eine Militärdiktatur sei zu reichlich im Sinne der Herrschaftserhaltung. Ausgangspunkt des Planapfels war aber nicht eine sozialistische Revolution, sondern eine allgemeine soziale Krise, bei der — im Fall eines rechten Putsches — von den Arbeiterorganisationen lokal und re-

gional reagiert werden würde (Streiks, Sabotageakte, Auseinandersetzungen mit den Nazis u.ä.) (Siehe Müller, S. 169 ff.).

Das Problem der „Wiederholbarkeit“

So unbestreitbar das gesellschaftliche System der Weimarer Republik in dem der BRD fortgeschrieben wird, so unbestreitbar ist andererseits auch, daß eine direkte Übertragung der Entwicklung seit 1918 und insbesondere seit 1929 auf die heutigen Verhältnisse in der BRD ausgeschlossen ist.

Eine Reihe wesentlicher Faktoren für die Ereignisse vor 1933 lassen sich — ohne Systematik und Anspruch auf Vollständigkeit — ohne weiteres als Beleg der Unterschiede zwischen Weimar und Bonn nennen.

— So findet die Zersplitterung des Parteiensystems — mit allen impliziten Möglichkeiten zu taktischen Finessen — in der BRD keine Entsprechung. Die Vertretung der Bourgeoisie findet in der Form großer Blockparteien statt; im Gegensatz zu der Weimarer Situation ist der Verfall oder das Entstehen einer Klempartei daher andererseits wesentlich folgenreicher.

— Im bürgerlichen/konservativen Parteienspektrum fehlt vor allem eine Entsprechung zur DNVP, deren Rolle im Hin-und-Her bzw. Gegeneinander-Ausspielen von Antiparlamentarismus und Koalitionsbereitschaft bestand. Die taktischen Möglichkeiten einer solchen Rechtsopposition innerhalb des bürgerlich-konservativen Lagers ist derzeit v.a. auf Differenzen zwischen CDU und CSU beschränkt.

— Hauptunterschied bleibt das derzeitige Fehlen einer parlamentarisch-außerparlamentarischen rechtsradikalen Partei mit Masseneinfluß, wie damals die NSDAP.

— Auf der anderen Seite fehlt eine Partei, die — trotz aller Einschränkungen, siehe oben — gestützt auf eine organisierte Massenbasis — einen nicht integrierbaren Machtfaktor darstellt wie die KPD vor 1933.

Auf der Ebene parlamentarischer/verfassungsmäßiger Institutionen fehlt eine Entsprechung zu dem Weimarer Artikel 48 der Weimarer Verfassung, ebenso wie die politi-

schen/rechtlichen Kompetenzen des Präsidenten bei weitem nicht mit denen des Weimarer Reichspräsidenten gleichzusetzen sind.

— Die Funktion und Rolle der Reichswehr als „Staat im Staat“ bzw. ihrer Führung als eigenständiges politisches Zentrum wird von der Bundeswehr nicht erfüllt bzw. wiederholt.

Dennoch läuft dieser Vergleich nicht auf die platte Beschönigung „Bonn ist nicht Weimar“ hinaus.

Zwar gibt es in der BRD keinen Artikel 48, aber es gibt die Notstandsgesetze seit 1968. Zwar hat der Bundespräsident nicht die Möglichkeiten Hindenburgs, aber offenbar lassen sich mit seinem politischen Ermessen die Konsequenzen aus Mißtrauensvoten, d.h. Sturz einer Regierung plus nachfolgende Neuwahlen, immer noch ziemlich beliebig steuern. Zwar gibt es keine DNVP und kein Verwirrspiel einer Vielzahl von bürgerlichen Parteien — aber es gibt die CSU und es gibt Strauß' nie aufgegebenen Pläne zu einer Vierten Partei. Zwar scheint die Bundeswehr unter fester ziviler (d.h. politischer) Kontrolle, aber Bürgerkriegssituationen wie in der BRD-Geschichte auch noch nicht gegeben. (Zudem stehen für die politisch/militärische Kontrolle der Bevölkerung heute andere Mittel zur Verfügung.)

Zwar gibt es heute keine rechtsradikale Partei, die Bevölkerungsmassen mobilisieren konnte wie die NSDAP. Daß aber genau dies — die Gewinnung einer Massenbasis für eine rechte Politik — zu den zentralen Zielsetzungen der verkündeten „konservativen Wende“ gehört, ist mehr als eine flüchtige Überlegung wert.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Zitate aus/Hinweise auf:

Bräcker, Karl Dietrich, „Die Auflösung der Weimarer Republik“ (Königstein/Dachau 1978) — Hörster-Philipp, Ulrike, „Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus“, in: Köhn-Hardach (Hrsg.), „Die Zerstörung der Weimarer Republik“, Köln 1977, S. 38 ff. — Masch, Timothy W., „Sozialpolitik im Dritten Reich“, Opladen 1977 — Möller, Frank, „Zum Anteil der Reichswehr an der Vorbereitung des Faschismus“, in: Köhn-Hardach (Hrsg.), S. 142 ff. — Rosenberg, Arthur, „Geschichte der Weimarer Republik“, Frankfurt 1981.

Die Reichstagswahlen von 1928 bis 1933

	4. Reichstag 20. Mai 1928	5. Reichstag 14. Sept. 1930	6. Reichstag 31. Juli 1932	7. Reichstag 6. Nov. 1932	8. Reichstag 3. März 1933
a) Wahlberechtigte	a b c	a b c	a b c	a b c	a b c
b) Abgeg. Stimmen in Millionen	—	—	—	—	—
c) Wahlberechtigung	41,2 31,2 75,6	43,0 35,2 82,0	44,2 37,2 84,0	44,4 35,7 80,6	44,7 39,7 83,7
a) Stimmenzahl	a b c	a b c	a b c	a b c	a b c
b) Stimmenanteil	Millio- nen	Millio- nen	Millio- nen	Millio- nen	Millio- nen
c) Mandate	—	—	—	—	—
1. NSDAP	0,810 2,6 12	6,410 18,3 107	13,746 37,4 230	11,737 33,1 196	17,277 43,9 288
2. DNVP	4,382 14,2 73	2,456 7,0 41	2,177 5,9 37	2,959 8,0 52	3,737 9,0 52
3. Konz. Volkspartei	—	0,291 0,8 4	—	—	—
4. Christl.-soz. VD	—	0,869 2,5 14	0,364 0,9 5	0,413 1,2 7	0,384 1,0 6
5. Landbund	0,200 0,7 3	0,194 0,6 3	0,097 0,3 2	0,108 0,3 2	0,084 0,2 1
6. Landvolkpartei	0,582 1,9 10	1,108 3,2 19	0,091 0,2 1	0,046 0,1 —	—
7. Bauernpartei	0,481 1,6 8	0,340 1,0 6	0,137 0,4 2	0,149 0,4 3	0,114 0,3 2
8. Volksrechtspartei	0,483 1,6 8	0,271 0,8 —	0,041 0,1 1	—	—
9. DVP	2,680 8,7 45	1,578 4,5 30	0,436 1,2 7	0,662 1,9 11	0,432 1,1 7
10. Wirtschaftspartei	1,397 4,5 23	1,342 3,9 23	0,147 0,4 2	0,110 0,3 1	—
11. Deutsch-bann. P.	0,196 0,6 3	0,144 0,5 3	0,047 0,1 —	0,064 0,2 1	0,048 0,1 —
12. BVP	0,946 3,1 16	1,059 3,0 19	1,193 3,2 22	1,095 3,1 20	1,074 2,7 18
13. Zentrum	3,712 12,0 62	4,128 11,8 68	4,589 12,5 75	4,231 11,9 70	4,425 11,2 74
14. DDP	1,506 4,9 25	1,322 3,8 20	0,372 1,0 4	0,337 1,0 2	0,336 0,9 5
15. SPD	9,153 29,8 153	8,578 24,5 143	7,960 21,6 133	7,248 20,4 121	7,182 18,3 120
16. USPD	0,021 0,1 —	0,012	—	—	—
17. KPD	3,265 10,6 54	4,592 13,1 77	5,283 14,6 89	5,980 16,9 100	4,848 12,3 81
18. Sonstige	0,941 3,0 2	0,257 0,7 —	0,203 0,2 —	0,336 1,0 —	0,005 —
Insgesamt	30,753 100 491	34,571 100 577	36,882 100 608	35,471 100 584	39,343 100 647

Vom 30. Januar 1933

Kein deutsches Wintermärchen

Kai Ehlers fragte mich in diesen Tagen, ob ich Lust hätte, an einer Veranstaltung zum Gedenken an den 30. Januar 1933 teilzunehmen und einen Bericht für den „Arbeiterkampf“ zu schreiben, welche Erinnerungen ich an jene Zeit bewahrte. Von „Lust“ kann nicht groß die Rede sein, aber ich sagte zu. Aus einer nur schwer zu beschreibenden Verpflichtung gegenüber dem eigenen geliebten Leben gehört es nun einmal dazu, da mitzumachen. Nenne man es: Ideale, Treue, Tradition, wie dem auch sein mag, gewiß ist viel vom „trotz allem“ Bewahren und unvergänglich Gehörten darin. — Andererseits überkommt einen eine schier unüberwindliche Anwandlung von „unendlicher Zeiten Verlorenheit und Entfremdung“, will man sich nun, guten Glaubens nach bestem Wissen und Gewissen, an das Wagnis machen, nicht nur von einer beliebigen Zeitspanne seines Lebens zu berichten, nein, sondern einen Brennpunkt seines Daseins, vielleicht DEN entscheidenden Zeitraum, der alles Weitere entschied, nun im späten Nachhinein so aufzuzeichnen, daß der Leser — vor allem der junge — empfindet: „So war's wohl, daß es mich selbst nicht viel anders betrafte“!

Aber die Zeit drängt, mir bleibt nicht viel Überlegungsraum für eine Disposition; zudem soll ich an einer Ausstellung in Berlin zum gleichen Thema mitarbeiten. Dort aber lautet das Leitmotiv: „1932 – Das Jahr der Entscheidung“, ich werde also den Genossen vom „Arbeiterkampf“ die Mühsal aufladen, sich an der Spurensuche zurück in eine Zeit zu beteiligen, die, soweit sie von ihr Kenntnis nahmen, sie doch oft nur wie durch einen hochschichtliterarischen Kalender kennen, nun aber aufgedeckt werden, milanzupacken aus persönlichem Dabeisein und Dazutun bei der Aufdeckung Schicht um Schicht: „Wie war der 30. Januar 1933 – und wie kam es zu ihm“. (Wobei die Zusatzfrage der Hauptfrage eine zusätzliche Dimension e.b.)

Der 30. Januar 1933 — damals und heute

Ich sprach vorhin davon, daß von „Lusi“ nicht groß die Rede sein könnte, das Thema anzugehen. Denn zwischen heute und dem „damals“ liegen Äonen — und alles ist dennoch nah, nicht unbedingt wie von gestern, aber zeitnah angesichts des Geschehens hier te rundum. Nicht, daß es deckungsgleich wäre, nicht einmal wesenverwand, aber doch in der Disposition und tendenziell oft unheimlich analog. Verdammt, sagt man sich, das sind doch nun fünfzig Jahre her, Himmel, ein halbes Jahrhundert, das kann und darf doch nicht wahr sein. Irgendwie wandt, aber doch in der Disposition und tendenziell oft unheimlich analog. Verdammt, sagt man sich, das sind doch nun fünfzig Jahre her, Himmel, ein halbes Jahrhundert, das kann und darf doch nicht wahr sein: Irgendwie, jedenfalls so ähnlich war das doch schon „damals“ so. So ähnlich sing es doch schon einmal an. Gewiß, es war ganz anders, zudem gilt (?) immer noch der Lehrsatz: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Andererseits gilt, solange die Grundstrukturen erhalten bleiben, die das zeitigten, was damals das „damals“ dann wurde, ist im Prinzip alles wiederholbar, in welcher Form und mit welchen Varianten auch immer, d. h. Dramaturgie und Regie und austauschbar, ebenso die Inszenierung als Konstante bleibt „die Moral der Geschichte“ — und die widerspricht zumeist jeder gesellschaftlichen Moral.

Denke ich also an das „damals“, so denke ich an heute, nämlich an die Gegenwart, die das „damals“ als Teil des Kontinuums der Geschichte in die Präsenz unseres gesellschaftlichen, politischen und sozialen Gefüges als Teil des Ganzen impliziert. Anders gesagt, mögen auch Geschehnisse von damals in ihrer Zeitgebundenheit vergleichsweise variabel und austauschbar sein —, das Prinzip 30. Januar 1933“ ist eine konstante. Noch anders gesagt: der 30. Januar 1933 liegt nicht weit zurück wie die Eiszeit, sondern steht mitten im kalendrischen Gesellschaftssystem unserer Zeitordnung bzw. -unordnung. Diese Logik zwingt zum Fazit, ein „30. Januar 1933“ ist jederzeit wieder machbar. Auch der 18. Brumaire des Louis Bonaparte blieb kein einmaliges Geschehen. Je nach Bedarf schafft sich jede Zeit ihre „Ermächtigungsgesetze“, die zwecks Stabilisierung der herrschenden Interessen auch als „Noistandsgesetze“ in schönster Legalität und „im Namen des Volkes“ beschlossen und verfügt werden können.

Wäre es nicht so legalistisch banal, so klinge es wie eine Provokation, der 30. Januar 1933 war weder ein Staatsist reich, noch war er antidemokratisch illegal, nicht einmal um einen nicht vor auszuscheidenden Betriebsunfall — der Setzer wird gebeten, auf „Betriebsun fall“ zu achten! — handelte es sich. Er folgte auf den 29. Januar mit Glanz und Gloria und Glockengeläute wie das Amen in der Kirche. Ich spreche jetzt allein vom formallegalistischen Geschehen. Das ist doch aber allemal so: Was hinter den Kulissen vor sich geht, das merkt ja das verehrte Wählerpublikum vulgo die Öffentlichkeit nicht. Wie aber auf der politischen Bühne seit Jahr und Tag vor dem 30. Januar 1933 gespielt wurde und zwar nicht nur als volksbelehrendes Possenspiel à la „Pantem et Circensis“, sondern als wahrer, tagtäglich — im wahren Sinne des Wortes! — blutiger Ernst, das war doch für jedermann ersichtlich. Fazit aus dem lange genug erprobten und unter voller Beteiligung aller beteiligten Hauptdarsteller, Chören und Massen szenen darstellenden Stausen, dazu aus den öffentlich auslegenden Partei programmen war eindeutig ersichtlich, wer da mitmische und woher der Wind wehte — und wohin die Reise ging.

Die Judenhalz und der 30. Januar

Es stimmt einfach nicht, daß man „dennoch immer schlauer“ ist. Man gesatte mit hier eine selbstironische Glosse: Vielleicht ist man als Jude, nämlich als Teil einer insbesondere in Deutschland seit eh und je bedrohten und diffamierten, wenn auch zweitweilig mehr oder weniger geduldeten Minderheit angesichts möglicher Gefahren wachsamer, denn man traut dem Frieden nicht so recht, ist mißtrauisch gegenüber dem beschwichtigenden „Das wird alles nur halb so heiß gegessen, wie es gekocht wird“. Zugegeben: das Judeum ansich ist für nichts ein Indiz, allemal nicht für politisch geschärften Instinkt. Aber selbst dieser oft abgestumpfte, kreatürlich rudimentär nur noch vorhandene Instinkt, selbst in der Verkümmernng übertriebener Angstlichkeit — wie sie ja beim kleinbürgerlichen Juden oft bis zur karikierenden Verzerrung und Selbstaufgabe ausartete — selbst diese politische Mimikry angesichts politischer und konkret bedrohlicher Realitäten ist ein Zeichen für das unverlierbare Gespür, daß „Gefahr droht“.

Wenn überhaupt eine Gesellschaftsgruppe in ihrer repräsentativen Ganzheit sich der Gefahren bewußt war, die vom Nazismus ausgingen, so war es die deutsche Judenheit, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß sie, diese Judenheit, diese Minderheit von einer Viertelmillion, ja auch der Hauptadressat der sich der Gefahren bewußt war, die vom Nazismus ausgingen, so war es die deutsche Judenheit, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß sie, diese Judenheit, diese Minderheit von einer Viertelmillion, ja auch der Hauptadressat der multinationalen Aggressionen war. Es wäre aber zu vereinfachen, wollte man nun dieser Judenheit, die ohnehin politisch und soziologisch keinen monolithischen Block darstellte und keine homogene Struktur aufwies, eine politische Qualität zuschreiben, die sie, allein schon aus der Vielzahl materieller und weltanschaulicher Antagonismen, nicht hatte und nicht haben konnte. Aber die Frage stellt sich auch nicht, wie sich die Judenheit verhalten hätte, wenn der Nazismus nicht propäandistisch antisemitisch gewesen wäre. Er war seinem historischen Herkommen und seiner ideologischen Disposition nach nun einmal rassistisch, völkisch und antisemitisch an fonds präfixiert. Die Gegnerschaft des repräsentativen Teils der deutschen Judenheit gegenüber dem Nazismus war also prädestiniert und exemplarisch.

Es hieß, nur der halben Wahrheit die Ehre zu geben, wollte man verschweigen, daß es deutschmehnde Juden gab, die partout an ein Arrangement mit den Nazis und Hitler glaubten. Es wurde schon gesagt, daß das Judentum an sich letztlich kein Indiz für politisch völlig intakten Instinkt sei — ebensowenig wie das Protestant- oder katholische oder Atheismus. Es lohnt sich hier nicht, sich mit diesen extravagant banalen Eskapisten, die im übrigen allesamt schamhäftig Schriftbrühen erlitten, näher zu befassen. Sie spielten vor dem 30. Januar 1933 und danach, soweit überhaupt, nur eine verhängnisvoll peinliche Rolle. Interessantere und wichtigere Beiträge zum Zeitgeschehen lieferten schon jene Gruppierungen des jüdischen Mittel- und Großbürgertums, die, insbesondere unter der Last der Verantwortung für die terrorisier-

ten und diffamierten, der nicht-jüdischen Öffentlichkeit gegenüber denunzierten und kriminalisierten, diskriminierend exponierten und dementsprechend mörderisch isolierten, dem deutschen Gesamtöbel preisgegebenen materiell und menschlich schutz- und hilflos, also jene aus Gemeindeverpflichtungen und Gemeinschaftsbündnissen verpflichtet, sich der eigenen Konflikte bewußten, führenden Persönlichkeiten und Gruppierungen nach Auswegen aus der Not — selbst unter Hinnahme von auferzwungenen Kompromissen — suchten. Das aber ist ein sehr weites Kapitel, das zu überschauen und zu beurteilen nur dem gegeben ist, der die Totalität der Not- und Zwangslage der Masse der Juden kennt. Diese Not- und Zwangslage der Judentheit — also der aufgrund glaubens- oder/und traditionsmäßiger, wie lose auch immer sich verbunden fühlender Schicksalsgemeinschaft — dauerte nicht erst vom 30. Januar 1933 her, sondern trug das Stigma einer schon seit langher tradierten, schon vor Einsatz der NS-Aggressionen vom Ungeist der nationalistisch-völkischen, rassistisch antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung auf breiterer Basis.

Eine längst nicht überzeugend genug eindeutige Entlarfung der Heuchelei deutscher Geschichtsschreibung jünger Vergangenheit versäumte bisher, die Behauptung zu widerlegen, die Juden hätten sich nicht rechtzeitig und genügend, soweit überhaupt, gewehrt. Dieser Behauptung liegt ein Verdramatisierungsmechanismus zugrunde seitens jener, die faktisch eine gesellschaftlich und sozial nicht in sich geschlossene und über keine ausschlaggebenden Machtpositionen verfügende Minderheit im Stich ließen, um sie aus Eigeninteresse der Unterdrückung und Verfolgung des NS-Gewaltregimes vor und nach 1933 auszuliefern. Es muß einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß sowohl das deutsche Bürgertum als auch die Arbeiterschaft der Zielausrichtung des speziell gegen die Juden gerichteten Antisemitismus nur eine untergeordnete Bedeutung und dementsprechend eine nur beiläufige Abwehr beizubringen. Der Antisemitismus betraf für sie „ja nur“ die Juden; seine gesamtgesellschaftliche Bedrohung wurde nie anerkannt, von wenigen „humanen Ausnahmen“ abgesehen.

Es wird hier nicht behauptet, daß das für den dann einzutreffenden 30. Januar 1933 entscheidende Hauptkriterium einzig und allein der auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens für jedermann schärbare Antisemitismus war, sondern es wird gesagt, daß an ihm ablesbar war, wie die auf einen 30. Januar 1933 einflührenden Mechanismen und Tendenzen nahezu naht- und widerstandslos in die Anpassungsgewöhnung des öffentlichen Lebens und deren Alltagszwänge übergingen. Die Apathie selbst der fortschrittlichen Öffentlichkeit gegenüber dem Antisemitismus war wie ein stigmographisches Zeichen hinsichtlich der allgemeinen Indifferenz gegenüber elementaren Infragestellungen — und eine solche war und ist der Antisemitismus! — der Prinzipien der Demokratie, zu denen die unteilbare und unabdingbare Insozialnahme einer Minderheit gehört hatte, wie sie die Judenheit darstellte. Gerade der Verrat gegenüber dieser Minderheit, die in der Folge der ihr vor noch nicht einem Jahrhundert gewährten Emanzipation bis zur Selbstaufgabe der Assimilation an die Integration glaubte, dieser längst vor dem 30. Januar 1933 verbal verkündete und aktiv betriebene Verrat am Grundgesetz der Gleichheit aller Bürger wurde zum Metekel der Weimarer Republik, die, wie Carl von Ossietzky einmal es nannte, eine Republik ohne Republikaner war!

Es stellt sich die Frage, ob der Bundesrepublik Deutschland ein ähnliches Schicksal angesichts der Mißachtung anderer Minderheiten gegenüber einmal beschieden sein könnte.

Dem einen oder anderen Leser und so mancher Genossein mag malfallen, daß und wie hier an der „Judenfrage“ der unaufhaltsame Niedergang der Weimarer Republik demonstriert wird. Gerade in Linkskreisen, denen anzugehören ich mir zumute, grassiert aber eine gewisse Allergie, die sich bis zur hysterischen Idiosynkrasie steigern kommt man einmal auf solche und verwandte jüdische Existenz- und Identitätsfragen zu sprechen. Nicht ohne provokatorische Absicht, die ich mir als unbezahrter Autor als Gratzugabe herausnehme, spreche ich sogar von ei-

nem „linken Antijudaismus“, der historisch, sozialökonomisch und ethnoideologisch bedingte „Judaismus“ ebenso arrogant ignoriert wie unsolidarisch denunziert. Was man sich gegenüber keinem Sinn und Araber erdenken würde, sich nämlich Urteile über kulturelle Fundamentalfragen anzumaneigern, erlaubt man sich gegenüber jüdischen Kulturfragen, ohne auch nur die geringste Ahnung von dem zu haben, was in Frage zu stellen, man ein Recht zu haben sich zuschreibt. Wenn nachfolgend ein simples Beispiel, das eher in den Bereich der menschlichen Borniertheit gehört, genannt wird, so hat das eminent mit unserem Thema „30. Januar zu jeder Zeit“ zu tun:

In ebenso wohlhabender wie temperanter Weise gehört meine politische Sympathie, wenn auch nicht frei von abwägender, doch wohlwollender Kritik, der GAL und den Alternativen. Es ist das ein Bonus, den ich meiner ei-

„Alibjuden“ eigene, dem man Solidarität abverlangt, ohne ihm das Recht einzuräumen, das kritisch anzumerken, was ihm aussagenswert erscheint. Wenn er nun davon berichtet, wie er am 30. Januar 1933 war und wie dieser Tag auf ihn zukam und in ihm nachwirkte, so ist er sich völlig darüber im klaren, daß die Vielfalt der Geschehen, die die „objektiven Verhältnisse“ ausmachen, keineswegs sich allein auf das Schicksal der Juden konzentrierten. Dennoch aber kommt er nicht umhin, unter Einbeziehung seines eigenen Jüdensinns, auszusprechen, daß dieser Tag der Kulminationspunkt der sich aufblühenden jüdischen Katastrophe war. Es liegen genügend Zeitberichte vor, aus denen der Interessierte sich die in Frage kommenden Daten aus der Vorzeit der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zusammensuchen kann. Was er aber in all diesen Berichten nicht findet, das ist die nicht aus der deutschen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewe-

In ebenso wohlhabender wie temperanter Weise gehört meine politische Sympathie, wenn auch nicht frei von abwägender, doch wohlwollender Kritik, der GAL und den Alternativen. Es ist das ein Bonus, den ich meiner ei-



genen Jugend schuldig bin. Unlängst erhielt ich aber von einem Votum der GAI, das mir, ich übertreibe nicht, die Schamröte für und die Wut auf die GAI hochtrieb. Ich meine deren Verstoß gegen die Finanzierung von Einladungen ehemaliger jüdischer Bürger Hamburgs. (Der Rohrkrepierei einbrachte, daß man dann selbst gegen die eigene Langsamkeit summierte.) Ich meine, auch ein solches Mißverhalten hat sehr viel mit dem „30. Januar zu allen Zeiten“ zu tun. Ich meine damit das Seidenkrüppeltum im Bereich des Politischen. Da gibt es nun einige alte Juden, die von ihrem leidigen Heimweh nicht loskommen, denen die Stadt aber ermöglicht, sich doch einmal einige gute Tage in ihrer Heimatstadt aus der sie vertrieben wurden, zu machen — und da stimmen jene dagegen, die vielleicht die Enkel derer sind, die „damals“ — also nach dem 30. Januar 1933 — dazu beitrugen, daß diese jetzt alten Leute unsere jüdischen Mitbrüder, verjagt wurden

gung zu lachende bzw. „auszumerkende“ Schandratsache, daß man die Juden als diffamierte und schon über Jahre diskriminierte Minderheit nahezu total im Stich ließ, sie faktisch ihrem Schicksal überließ und jenen auslieferete, die diese Minderheit zunächst diskriminierte, sie mehr und mehr isolierte, um sie schließlich zu liquidieren. Man zerredet mir jetzt nicht das von mir Behauptete und mit Fakten zu Belegen, daß der Verrat von rechts bis links an der jüdischen Minderheit. Die einen oder anderen mögen sich wohl insgeheim des Verrats geschämt haben, aber sie überließen die jüdische Minderheit — ob nun jüdische Kleinbürger, jüdische Handwerker, jüdische Jungsozialisten, jüdische Kapitalisten (abschließend reiche ich derart) — ihrem Schicksal!

Dieses Schicksal aber war abschbar. Vor allem in der angeblich „noch normalen Zeit“, also in den Jahren vor 1933. Was war damals eigentlich noch „normal“? Der Faschismus und Nazismus etablierten sich in allen nur möglichen Varianten in Behörden, Ämtern und Staatsapparaten. Faschisten und Nazis marschierten in unübersehbarer Massenformationen durch die Straßen. Die faschistischen Formationen der „Stahlhelm“ und der SA terrorisierten unter Polizeischutz die Öffentlichkeit. Wer aufmuckte, der wurde zusammen geschlagen. Der Chronist wurde an

Und die Moral der Geschichte?

Es ist Aufgabe vom „Arbeiterkampf“ und seiner Leserinnen und Leser wie sie meinen Bericht zur Kenntnis nehmen und sich mit ihm auseinandersetzen. Bereits zu anderen Gelegenheiten habe ich deutlichst zu verstehen gegeben, daß ich mich nicht zum „linken

helllichten Tag im Jahre 1932 (am 20. Juli) in den Colonnaden in Hamburg blutig von einer SA-Gruppe zusammengeschlagen, weil er sich weigerte, ein SA-Flugblatt anzunehmen (an dem Tag sprach Hitler auf dem Victoria-Sportplatz). Auf der gegenüberliegenden Straßenseite — vor dem Schaufenster von Sreinway — stand ein Polizist und sah geflüssentlich weg. Die Passanten gingen ruhig ihres Weges... (Vielleicht rettete mir diese Erfahrung das Leben, indem ich rechtzeitig Deutschland verließ.) Ich war damals mehr oder weniger bekannt als Leiter einer jüdisch-sozialistischen Jugendbewegung. Um die Gegend am Dammtor hatten SA-Gruppen in Lokalen ihre Hauptquartiere, die zu passieren gefährlich war. Ohne Überreibung sei festgestellt, daß wir linksorganisierten jungen Juden uns über das Kommende keinerlei Illusionen machten. Natürlich ahnten auch wir nichts von einem ALSCHWITZ, hatten keine Vorstellungen von den Formen der Konzentrationslager, aber wir wußten, daß Nazis und SA potentiell und faktisch eine Mörderbande waren. Wir hatten politisch erfahren und erfaßt, was die verschiedenen Gruppierungen der Reaktion und Restauration darstellten, wußten von den Fememorden der Freikorps, waren nicht blind gegenüber der Flut des aufkommenden völkischen Rassismus, erlebten tagtäglich die Hetzflut der Erich und Mathilde Luderndorff und ihres Tannenbergbundes. In Hamburg spießten unheimlich Nazismus und Faschismus; nicht zufällig war der „Deutschnationale Handlungs- und Gewerbeverband“, eine der radikalsten Rechtsorganisationen, so besonders stark in Hamburg.

Hamburg, seine deutschen und jüdischen Unterzweige mögen auch noch so sehr die Auswirkungen vom „Jahresbericht Hamburg“ von der „Gewerkschaft“ erzählen, mein intaktes Erinnerungsvermögen und meine geistige Neugier wissen es besser. Es mag auch daran liegen, daß man als Jude ein besonders ausgeprägtes Erinnerungsvermögen an das einmal und immer wieder Gefährdete mit für den weiteren Lebensweg bewahrt. Aber es ging nicht einmal um das Gefährdete allein. Man leistete Widerstand, wo und wie man nur konnte.

Freunde, Kameradinnen, Genossen und Genossinnen, hört doch endlich auf mit dem Gefasel vom Juden und von den Juden, die sich widerstandslos zusammenschlagen und deportieren ließen. Das ist doch auch nur eine der Seiten der Dinge. Mit denen ich verkehren wollte, die nicht radikal genug waren, um die Juden und die Juden zu verfolgen, fragte ich, wie es denn dazu kam, daß Juden so gehetzt wurden, daß man es gehen ließ, daß sie vertrieben wurden. Ich weiß, ich weiß, auch eure lieben Eltern haben von all dem nie etwas gesehen, kannten auch nur „sympathische Juden“, mit denen sie verkehrten und Skat spielten usw.

Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands

Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands

Solange Widerstand, in welcher Form auch immer, möglich war, leisteten Juden Widerstand. Viele hofften zwar, daß das Unheil sie verschonen werde — wer hofft das nicht? — aber sie waren vor den Realitäten nicht blind. Selbst das bürgerlich konservative, ebenso wie das bürgerlich liberale Judentum leisteten auf ihre Weise Widerstand, ganz besonders entschieden gegen den Antisemitismus und Nazismus. Sie veranstalteten Versammlungen, druckten Broschüren, verteilten in Millionenauflagen Flugblätter. Was sollte sie sonst tun? Die deutsche Obrigkeit sorgte ja angeblich für „Ruhe und Ordnung“. Was tat das nichtjüdische Judentum denn anderes und mehr? Bewaffnete es sich etwa? Wie denn, es wählte Hindenburg zum Schützer der Republik, der sie dann Hitler anvertraute. Was, verdammt, sollten eigentlich die Juden machen? Was tat denn die millionenstarke Arbeiterschaft?

Der hier Berichtende lebte in jeder Zeit in Hamburg und in Berlin. Er machte in Hamburg die berühmten Aufmärsche des Reichsbanners und der Eisernen Front mit und erlebte (mit heißen Knochen) die berühmt-berüchtigten Salschlachten in den Pharus-Sälen in Berlin. Er diskutierte mit Kommunisten und Sozialdemokraten, mit Genossen vom ISK und von der SAP. Er und viele seiner Freunde machten eine schmerzliche Erfahrung: daß man mehr und mehr gegeneinander — statt miteinander stritt. Aus sehr subtilen ideologischen Unterschieden wurden mehr und mehr pauschalisierende Dogmen und Demagogien.

Noch etwas muß hervorgehoben werden. Wir waren jung, waren junge Menschen mit Idealen, menschheits-



Arie Goral 1933 und 1983

und gesellschaftsverändernden Ideen. Wir waren — man werde es je nach Belieben bzw. Hochmut — sehr belesen. Wir lasen auch die Literatur unserer gegensätzlichen Gegner, ohne sie zu „Feinden“ oder gar zu „Sozialfaschisten“ zu denunzieren. Man sprach „trotz allem“ sehr viel miteinander, half sich auch in Notlagen. Aber die Zersplittertheit der Linken wurde immer spürbarer ausweglos. Besonders für uns junge linke Juden.

Blutige Mai-Demonstrationen in Berlin; der Altonaer Blutsonntag, das Arbeitslosenheer der Millionen. Der Kampf war längst gegangen, Hindenburg und die Generäle waren gebiegen. Eine Regierungskrise nach der anderen und der unaufhaltsame Aufstieg des Heeres der Hakenkreuzer. Gewiß, da demonstrierten auch Reichsbanner und Eiserner Front und der Rot Front-Kämpferbund, sowohl er nicht verboten war. Aber alles überlagerte diese irre Lust der Deutschen am Hakenkreuz. Übrigens gab es damals ein Jugendbewegung „Zurück zur Natur“, heim zur Radischenplumage, mit viel Gouturte und Mandolinen und Zopten-gehand, Henngestrickem und Handgewebtem. Man wollte die Natur recht, ob die auftrug oder knaute waren. Wie die „Tendenzwende“ oder die Farbenphysik es aber erbrachten — mischt man grün mit rot, so wird daraus braun — man fand diese Leuchten nach 1933 zumeist auf der Rechten, bei den Nazis.

Ich will hier keine retrospektive „Mauerschau“ machen, sondern nur festhalten, daß die Situation der Juden in Deutschland nach 1933 eine solche war, die eine solche Reaktion hervorrief. Ich will hier keine retrospektive „Mauerschau“ machen, sondern nur festhalten, daß die Situation der Juden in Deutschland nach 1933 eine solche war, die eine solche Reaktion hervorrief.

Meine Freunde und Genossen unserer jüdisch-sozialistisch-zionistischen Bewegung zogen Konsequenzen: Wir sahen weder in den Reihen des Bürgertums noch des Proletariats sinnvolle Perspektiven. Wir erlernten handwerkliche Berufe. Pathetisch gesagt: wir proletariserten uns selbst. Schlosser, Elektriker, Gärtner und landwirtschaftliche Arbeiter. (Der Chronist hat immerhin rund fünfzehn Jahre seines Lebens als Arbeiter in den verschiedenen Sparten der Landwirtschaft zugebracht: Ackerbauwirtschaft, Milchwirtschaft, Weinbau und Maschinenbedienung. Es wird mit besonderem Behagen insbesondere gegenüber so manchem Schuli-Papierproleten auf Zeit hier vermerkt...) (Schili = schicke Linke)

Widmen wir einige Zeilen dem „unstilligen“ Fall „jüdisch-sozialistisch-zionistische Bewegung“. Machen wir uns nichts vor, es wird da keine Verständigung zwischen uns geben. Optimale eine Annäherung dahin, daß wir uns darin einig sind, daß wir uns nicht einig sind.

Für uns sozialistisch-zionistische Juden war der damalige Gang und Stand der Dinge „nur“ eine Bestätigung unserer gesamtgesellschaftlichen Analyse. Wir wußten aus unserer Geschichtsbewußtheit, daß die Juden als Minderheit besonders bei sozioökonomischen Gesamtkrisen besonders gefährdet sein würden. Wer nur etwas jüdische Geschichte kennt — aber wer von euch, Genossen, kennt sie schon? — weiß, daß nahezu alle wirtschaftlichen und politischen Krisen der „Wirtsvölker“ in Verfolgungen und Pogromen endeten. Die Aggressionen richteten sich immer gegen die Juden an sich und als Ganzes, nicht etwa „nur“ gegen eine



Klasse — was nicht minder schammig wäre. Aber selbst die sozialistisch-orientierte Judentum bekam in Varianten den Antisemitismus der eigenen nichtjüdischen Klasse irgendwann zu spüren. So beispielsweise in den Krisen-jahren Ende der zwanziger Jahre die aus Osteuropa eingewanderten ostjüdischen Arbeiter oder Handwerker. Er wurde zum „Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt“ deklariert. (Ähnliches geschieht heute mit türkischen Arbeitern.)

Um es in aller Radikalität zu sagen: Wir wurden durch die Verhältnisse zu Zionisten! Die deutsche bzw. europäische Gesellschafts- und Wirtschaftsge-schichte machte uns zu Zionisten — weil der Zionismus — und für uns der sozialistische! — die einzige Alternative war, uns unsere jüdische Identität und gleichzeitig unsere gesellschaftliche Integrität zu bewahren. Eine andere Frage ist, daß der sozialistische Zionismus seit geraumer Zeit in einer großen Krise steht, aber, mit Verlaub, der Sozialismus generell nicht ebenfalls in einer Fundamentalkrise. Nennt mir doch einen lupenreinen Sozialismus in gesellschaftlicher Verwirklichung!

Ich erlebte den 30. Januar und die Tage danach hautnah hier in Hamburg. Meine Freunde und ich, wir wußten, daß etwas Irreparables geschehen war. Wer das Hochgehen der riesigen Hakenkreuzfahne am Mast auf dem Rathausplatz am 8. März erlebte, der erlebt einen Schock für alle Zeiten. Das Gedächtnis war so stark, daß wir, die wir nicht da waren, es so erlebt hätten, die Wirklichkeit war genau so.

Am 30. Januar 1933, an dem Tag, an dem der Hakenkreuzer die Macht übernahm, stand ich in der Reihe der Juden, die den Hakenkreuzer an der Macht verhindern wollten. Ich sah hier keinen Weg mehr. Einige Wochen später verließ ich Deutschland. Als Landarbeiter fand ich zunächst in Frankreich bald Arbeit.

Der noch immer wartende runde Tisch

Der noch immer wartende runde Tisch

Rekapitulieren wir noch einmal: Die Gefahr besteht, daß man den 30. Januar 1933 als ein einmaliges und in sich beschlossenes Datum und dementsprechend am 30. Januar 1983 kompenniert, sozusagen ihn als „den Orgelpunkt“, um den sich alles drehte, begreift und in Sonntagsreden darzustellen sich bemüht. Im Grunde war der 30. Januar nicht mehr und nicht weniger als eine Datenbagatelle, deren Banalität in ihrer geschichts- und verwaltungsverbundenen deutschen Gründlichkeit besteht. Man bedenke: der Kapp-Putsch, der angesichts des Aufstands der Massen zusammenbrach, der einhob sich doch noch den ansonsten gewohnten deutschen biederständischen Maßstäben. Aber der 30. Januar? Die wildgewordenen braunen Speerführer, die seit Jahr und Tag mit Hilfe der Großindustrie den Untergang der Demokratie betrieben, feierten am 30. Januar „nur“ öffentlich rechtlich legal Urständ. Daß der Tag kommen würde, das war doch einzusehen! Die Wegbereiter in Vorst, Heer und Polizei warteten doch nur ihrer Stunde. Man lese doch einmal nach, was sich „damals“ alles sammelte, um mit von der Partie und der Partei zu sein. Was die Hitler-Presse nicht ganz erreichte, vollendete die Hugenberg-Presse. Was der Industrie-Klub nicht bewirkte, besorgte die Harzburger Front. Was die SA nicht bewältigte, schaffte der STAHL-HELM „Hakenkreuz am Stahlhelm“

Kampf dem Faschismus



drohte es doch über Stadt und Land! Es sei nochmals festgestellt: das geschah nicht bei Nacht und Nebel, sondern seit Jahr und Tag im ganzen deutschen Reich. — Und die mächtigen Gewerkschaften? Und die millionenstarken antifaschistischen Parteien? Und REICHSBANNER und EISERNE FRONT? Und die Linksgruppen und die Kommunisten? Damals schrieb Carl von Ossietzky seinen berühmten Aufsatz „Ein runder Tisch wartet“. Der blieb leer und wartete nicht nur damals und seitdem vergeblich. Daß dem so ist, daran tragen ALLE die Mitschuld!

Man verzeihe mir nicht, wenn ich nur noch die Bemerkung erlaube, daß Sozialismus und die Verwirklichung des Sozialismus sehr viel mit Demokratie-verständnis und, so schwer es oft ist, mit Toleranz und nicht zuletzt MIT DEM MENSCHEN zu tun hat. Gustav Landauer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und noch so manche haben dazu einiges Buchens- und Merken-wertes gesagt. Was aber nicht hinderte, daß sie Opfer ihres Glaubens und Werts wurden.

Wer behauptet, wir lebten in einem Polizeistaat mit Faschismuselementen, redet Unsinn. Wer aber behauptet, solche Zeiten seien nicht mehr möglich, ist ein Dummkopf oder ein Agent provocateur. Wie auch immer. Wir gehen bösen Zeiten entgegen — nicht nur „Krisenzeiten“. Als demokratischer Sozialist habe ich uneingeschränkt den Widerstand gegen die Faschisten befürwortet. Ich habe mich nicht scheuen lassen, die die Faschisten bekämpften, die die Faschisten bekämpften, die die Faschisten bekämpften.

Ich kann und will es dem Leser vom „Arbeiterkampf“ aber nicht ersparen, ihn nochmals mit der „Judenfrage“ im

gegebenen Zusammenhang zu konfrontieren, weil sie, ungeschiet persönlicher Sympathien oder Aversionen, geradezu modethaft für alle Zukunft ist. Ich möchte es so nennen: „Sage und zeige mir, wie du mit DEINEN JUDEN umgehst — und ich sage dir, wie es dir selbst ergehen wird!“ Das Verbrechen an den Juden unter stillschweiger der Duldung der Öffentlichkeit — auch seitens der Arbeiterschaft — ist jederzeit produzierbar ist, wenn es die „Verhältnisse“ wünschenswert machen. Der notwendige Widerstand liegt nicht allein in der Verweigerung, sondern in der steten Selbstkonfrontation mit den einmal gemachten Erfahrungen aus der Geschichte. Eine der größten Gefahren unserer Gegenwart ist das mehr oder weniger unbewußte Leben in einem Zustand der Geschichtslosigkeit! „Auschwitz liegt wie die Eiszeit so weit zurück, es geht mich direkt nichts an“. Tatsächlich reagierten zur Zeit vor dem 30. Januar 1933 und des späteren Auschwitz die meisten ebenso. ES LINGT SI PERSONLICH NICHTS AN, sie waren direkt nicht betroffen. Man aber einmal nach, was es alles schon an Verboten, Geboten, Gesetzen, Androhungen vor dem 30. Januar 1933 — von der Zeit danach ganz zu schweigen! — gab, die die Juden beiraten und sich gegen sie richteten. Da war das „Prinzip Vernichtung“ voraussehbar! Diese Vergangenheit kann nicht DURCH UNS und MIT E JUDEN wieder Gegenwart werden.

Auch ich und meine Kameraden sangen „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ — aber da war keine Freiheit mehr, und Seit' an Seit' schritten nur uns Juden immer weniger. Es ist eine sehr banale Wahrheit: sowohl wir nicht Ausgestoßene waren, wurden wir Gemeine — So erlebte ich auch noch den Juden Boykott, den 1. April. Da muß man erlebt haben, wie da plötzlich Männer, mit denen man noch ein Tag vorher abtratschte, ein Club besuchte oder aber Thomas Mann

Wer sich jetzt auf den 30. Januar 1933 sozusagen als Gedenktag bei gedampftem Trommelschlag hintergeht einen großen Fehler. Er wußte sich hellwach umstund und abmessen, aber er hat sich dabei um die Juden herumgedreht. Am 30. Januar 1933, an dem Tag, an dem der Hakenkreuzer die Macht übernahm, stand ich in der Reihe der Juden, die den Hakenkreuzer an der Macht verhindern wollten. Ich sah hier keinen Weg mehr. Einige Wochen später verließ ich Deutschland. Als Landarbeiter fand ich zunächst in Frankreich bald Arbeit.

Zeitraum der fünfzig Jahre lebend und lernend verteilte es war nur ein laßlich des „Jubiläums“ als Schuld einlöst, hätte man fruchtbarer mehr alltägliche, mühsam nützlich anonyme Kleinarbeit geleistet, man würde den überall „real existierenden 30. Januar“ und seine jederzeit konkret potentielle Auferstehung wirklichkeitsnäher und geschichtsträchtiger be-greifen als stete Verpflichtung zum Widerstand — und nicht als eines der Daten zur Kenntnis nehmen, die anzumerken zu unseren Pflichtübungen gehört — um sie dann wieder zu vergessen.

23./24. Dezember 1982 arie goral Copyright Arie Goral

An Arie Goral

Recht hat er, der Arie Goral, Scham über die Wut, die er gebracht, wenn die GAL, ehemals jüdischen, Bürgern Hamburg diese kleine Möglichkeit zur Erinnerung nehmen will. Er ist aber wenn er dies als Absicht unterstellt, vermehrt ist der GAL im Eifer ihrer Parlamentstätigkeit ein peinlicher Fehler unterlaufen. Auf der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten im Hamburger Haushalt haben einige GAL'er die Tausenden vor-schadenen Haushaltsmittel durchstöbert. Ergebnis dieses Stöberens war, daß im GAL-Beschluß zur zukünftigen Arbeit im Parlament auch ein Abschnitt war, der das alles bezaubert! „Auffaucht! Dort heißt es unter anderem, daß Einsparungen möglich seien durch Streichung verschiedener Luxus- und Freizeit-geldes im Haushalt wie „Pflege der Be-

ziehungen zu ehemaligen Mitarbeitern“, „Ehrungen aus Anlaß von Ehejubiläen u. dgl.“. Hinter der Aufnahme dieses u. verborg sich keine genaue Kenntnis des Haushalts. Die GAL-Aktion war es, dem Staat konkrete Verschwendung anzuklagen, Verschwendung von Geldern, während anderorts nicht mehr Geld für das bürgerliche Sozialhilfe da ist. Arie Goral möge den Verfassern nehmen, daß Unkenntnis und Lächerlichkeit im Parlament die F. Autoren führten. Die GAL hat in Presseerklärungnahme sich zu diesem Fehler bekannt.

H.



Die Situation nach dem ersten Weltkrieg

Das Gefüge der kapitalistischen Welt hatte sich durch den ersten Weltkrieg tiefgreifend verändert. Die USA waren zur führenden Macht aufgestiegen, ihre ökonomischen Potenzen gewaltig, der Dollar trat seinen blutigen Siegeszug um die Welt an.

Die imperialistischen Konkurrenten Deutschland, England und Frankreich waren durch den Krieg bedeutend geschwächt, ihre Wirtschaft deformiert. Die Millionen von Kriegstoten und Kriegsverletzten hatte die Zahl der arbeitsfähigen Menschen erheblich reduziert, die Arbeitskraft der Überlebenden war durch Unterernährung und Überarbeitung eingeschränkt. Die gigantische Materialschlacht des ersten Weltkrieges hatte den sachlichen Produktionsapparat weitgehend abgenutzt, der Verschleiß an Gebäuden und Maschinen war nur selten ersetzt worden. Die unmittelbaren Kriegsschäden taten ein Übriges, daß der Produktionsapparat der kriegführenden europäischen Länder dem hochmodernen der USA weit unterlegen war (1). Besonders hart aber trafen die Folgen des deutschen Imperialismus, den Verlierer des Krieges um die Neuaufrichtung der Welt. Nicht nur, daß sein ökonomisches Potential dezimiert und deformiert war, er hatte zudem innen wie außenpolitisch die negativen Folgen seiner abenteuerlichen Politik von 1914 zu tragen.

Im Versailler Vertrag, Ausdruck des damaligen Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten, diktierten die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Bedingungen. Deutschland mußte einen Teil seiner Ostgebiete, Elsaß-Lothringen und das Saarland abtreten, es verlor alle seine Kolonien, das im Ausland investierte Kapital, den größten Teil seiner Handelsflotte und wurde auf Jahre hinaus mit Reparationen belastet (2).

Innenpolitisch hatte der Krieg den deutschen Imperialismus in seine bis dato schwerste Krise getrieben. Die Novemberrevolution erschütterte kurzfristig die bürgerliche Herrschaft, die Monarchie war abgeschafft, die erste Republik in Deutschland ausgerufen, die Sozialdemokratie erntete an der Regierung beteiligt. Der Arbeiterklasse mußten wesentliche demokratische und soziale Zugeständnisse eingeräumt werden. Die freie Meinungsäußerung, die Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit, das allgemeine und gleiche Wahlrecht waren in der Weimarer Verfassung festgeschrieben, der Acht-Stunden Tag gesetzlich festgelegt, die Tarifverträge als allgemein verbindlich anerkannt und die Arbeitslosenunter-

stützung eingeführt.

Der deutsche Imperialismus war entscheidend geschwächt, dem Diktat der Konkurrenten unterworfen und im Innern zu wesentlichen Zugeständnissen gezwungen. Es stellt sich somit die Frage aufgrund welcher Bedingungen Deutschland innerhalb eines guten Jahrzehnts diese Schwacheposition weitgehend revidieren konnte, zur führenden ökonomischen Macht Europas aufstieg, die Bedingungen des Versailler Vertrages vollständig außer Kraft setzte und die Arbeiterklasse bis aufs Blut ausbeuten und grausam unterdrücken konnte.

Die Nachkriegsphase — Rekonstruktion der ökonomischen und politischen Macht

Trotz der politischen Erfolge, die die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution errungen hatte, war ihre soziale Lage und ihre gesellschaftliche Stellung alles andere als rosig. In den Jahren 1917 - 18 betrugen die Reallohn ca. 68 % derer von 1914 (3). Die unmittelbaren „Ausbeutungsbedingungen“ waren für das Kapital so vorteilhaft, daß der Nachteil des veralteten und konkurrenzunfähigen Produktionsapparates im Kampf um die Absatzmärkte für wenige Monate weit gemacht werden konnte. „Der Anteil der deutschen Arbeiter an dem Weltprodukt ihrer Arbeit ist ein so ungemein niedriger, die Mehrwertrate so ungeheuer hoch, daß hierdurch die Minderwertigkeit der deutschen Arbeitsleistung überkompensiert wird und die deutschen Kapitalisten instände sind, trotz hoher Schutzzölle mit ihren Waren überall vorzudringen“ (E. Varga, 1979, Bd 1, S. 218 — siehe Literaturverzeichnis).

Und diese für die Arbeiter elenden Ausbeutungsbedingungen wurden durch die Inflation soweit verschärft, daß die Reallohn 1923 weit unter 50 %, häufig sogar bei 20 % des Vorkriegsniveaus lagen. Nichtmal ein Bruchteil der dringendsten Bedürfnisse

konnte befriedigt werden. Ein Pfund Butter kostete z.B. am 1. November 1923 6 Billionen Mark, der Tageslohn eines gelernten (!) Arbeiters betrug aber nur 3 Billionen Mark (Ruge, 1978, S. 214).

In einer Broschüre des Oberbürgermeisters von Berlin zu Anfang des Jahres 1923 heißt es: „Erschütternde Berichte des Jugendamtes und der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene beleuchten das herrschende Elend der Kinder. Zahlreiche Kinder, auch im zartesten Alter, erhalten nie einen Tropfen Milch, kommen ohne warmes Frühstück zur Schule. Als Schulfrühstück erhalten sie trockenes Brot oder als Aufstrich gequetschte Kartoffeln. Die Kinder gehen vielfach ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule oder werden aus Mangel an Leib- und Unterwäsche ganz vom Schulbesuch zurückgehalten“ (nach Kunstamt Kreuzberg, 1977, S. 172).

Die beispiellose Inflation der Nachkriegsjahre, deren objektive Grundlage in der Kriegsfinanzierungspolitik des Kaiserreiches bestand, wurde von der Bourgeoisie zu einem umfassenden Angriff auf das Lebenshaltungsniveau der Massen genutzt. Zusätzlich setzte das große deutsche Kapital die Inflation zur Rekonstruktion ihres im Kriege verschlissenen Produktionsapparates ein: seine Schulden wurden liquidiert, immer wertloser werdendes Papiergeld in Sachwerten angelegt, die ruinerten kleinen Konkurrenten für Geld, das kaum das bedruckte Papier wert war, aufgekauft.

Sinnlos z.B. raffte in diesen Jahren einen gigantischen Trust zusammen, der schließlich 4.300 Betriebe umfaßte, in denen 600.000 Arbeiter beschäftigt waren (Ruge, a.a.O., S. 162, Merker, 1973, S. 68).

Dem Wesen nach war die Inflation eine gewaltige Umverteilungsaktion zugunsten der deutschen Monopole, auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse.

Auch auf anderen Ebenen des Klassenkampfes hatte die deutsche Bourgeoisie ihre Position entscheidend verbessert. Die deutsche Arbeiterklasse war durch die geringen Erfolge ihres revolutionären Ansatzes von 1918/19 enttäuscht, durch die gewalttätige Vertreibung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, das Scheitern des Hamburger Aufstandes und das zeitweilige Verbot der KPD noch weiter geschwächt und durch die verräterische Politik der Sozialdemokratie demoralisiert. Auf parlamentarischer Ebene übernahmen bis Mitte 1928 bürgerliche Koalitionen die Regierungsgewalt. Für wenige Monate setzte Reichspräsident Ebert (SPD) im Nov. 1923 die parlamentarisch verblühte Militärdiktatur Seeckt ein, die entscheidende demokratische Rechte per Ausnahmezustand außer Kraft setzte.

Gleichzeitig gelang es den deutschen Imperialisten unter geschickter Ausnutzung der Widersprüche unter ihren Konkurrenten, wichtige Teile des Versailler Vertrages zu revidieren. Im August 1924 wurde der Dawesplan verabschiedet, der die jährliche Gesamthöchstbelastung Deutschlands auf 2,5 Mrd. Goldmark festlegte, aber nichts über die Gesamtverpflichtung und Zahlungsdauer aussagte. Die Vorgeschichte dieses Abkommens war durch einen erbitterten Kampf v.a. zwischen Deutschland und Frankreich, das ein Interesse an der maximalen Schwächung seines stärksten Konkurrenten auf dem europäischen Kontinent hatte, gekennzeichnet.

Nach Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Bourgeoisie setzten sich die USA und England gegen die Sanktionspolitik Frankreichs durch, da beide nach fünf krisenreichen Nachkriegsjahren endlich alle Früchte ihres Sieges ernten und maximal an der Ausbeutung der deutschen Weltkrieger teilhaben wollten. Hinzu kam, daß der geringe ökonomische Nutzen der Sanktions- und Aushungerungspolitik erkannt war und bei Fortführung einer solchen Politik eine Revolutionierung Deutschlands befürchtet wurde (4). Vor allem aber sah man angesichts der Existenz der Sowjetunion den Vorteil, in Deutschland ein starkes und stabiles Bollwerk zu errichten, das aus eigenem Interesse die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu zerstören suchte.

Die „Goldenen Zwanziger“

In den Jahren 1923/24 setzte eine Phase der vorübergehenden und unvollkommenen Stabilisierung des Weltkapitalismus ein. Besonders in Deutschland machte die wirtschaftliche Entwicklung Mitte bis Ende der 20er Jahre einen großen Sprung nach vorn. Die Industrieproduktion stieg bis 1929 um 46 Prozent, die jährliche Wachstums-

Vor 50 Jahren:

Die große Weltwirtschaftskrise — Vorgeschichte und Folgen —

Ein Schreckgespenst geht durch die kapitalistische Welt, das Gespenst einer neuen Weltwirtschaftskrise: Millionen von Arbeitslosen, wachsende Armut selbst in den imperialistischen Metropolen, eine Unzahl von Konkursen, selbst solche Giganten wie die AEG stehen vor dem Zusammenbruch. Es wird immer klarer, daß das kapitalistische Weltsystem vor seiner größten ökonomischen Krise seit Anfang der dreißiger Jahre steht. Angst macht sich breit, es könne heute wieder so weit kommen, wie zum Ende der Weimarer Republik. Auch wenn die meisten Menschen die Weltwirtschaftskrise nicht am eigenen Leib erfahren haben, so ist sie für viele noch heute Symbol des gadenlosen Klassenkampfes von oben, des massenhaften Elends. Sie markiert aber auch den Anfang vom Ende der Weimarer Republik, den Aufstieg des deutschen Faschismus.

Es gibt also Gründe genug, 50 Jahre nach der Machtergreifung der Faschisten und angesichts der aktuellen ökonomischen Krise, die damalige Weltwirtschaftskrise etwas genauer zu betrachten. Noch ist für uns kaum vorstellbar, welche Ausmaße die damalige Krise hatte. Das gesamte kapitalistische System war betroffen. Ob Chicago, Hamburg, Wien, Izmir, Tokio oder Rio de Janeiro, überall die ähnlichen Phänomene: Arbeitslosigkeit, Konkurse, Zusammenbruch, Hunger und Deklassierung der arbeitenden Menschen. Alle imperialistischen Länder waren erfaßt, alle relevanten Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen: Produktionsmittel-, Lebensmittel- und Rohstoffproduktion, Innen- und Außenhandel, Börse und Kreditsystem.

Am schlimmsten aber, wie sollte es anders sein, waren die Konsequenzen für die Arbeiterklasse. 9 Millionen Menschen waren in Deutschland arbeitslos oder mußten kurzarbeiten, 3 Mio mußten ohne staatliche Unterstützung ihr Leben fristen. Die Tagesration, die ein Unterstützungsempfänger für sich und seine Familie erhielt, bestand aus sechs kleinen Kartoffeln, fünf Scheiben Brot, einem faustgroßen Kohl und einem Stückchen Margarine. Dreimal im Monat konnte sich ein Erwachsener einen Herings leisten (Die Zeit, 27.8.82).

Welches die Ursachen dieser bis heute einschneidendsten und konsequenzreichsten ökonomischen Krise waren, welche Politik die Bourgeoisie zur Bewältigung der Krise entwickelte und welche Auswirkungen dies für die arbeitenden Menschen hatte, wollen wir im folgenden Artikel untersuchen.

Um die Krise wirklich begreifen zu können, wird es notwendig sein, einige Aspekte der Geschichte des deutschen Imperialismus vom Ende des 1. Weltkrieges bis zum Ausbruch der Krise etwas genauer zu betrachten.

rate betrug 7,9 Prozent, 1929 war das Vorkriegsniveau um 13 Prozent überschritten (vergl. Tabelle 1 — im Anhang). Gewaltige Kapitalmengen aus dem Ausland, vor allem den USA, flossen nach Deutschland. In den Jahren 1924 bis Sept. 1929 wurden ca. 20 MRD Mark an ausländischem Kapital in Form von mittel- und langfristigen Krediten und Investitionen in die aufstrebende deutsche Wirtschaft gesteckt. Eine gewaltige Rationalisierungswelle setzte ein, die Produktionstechniken wurden auf den neuesten Stand gebracht, die Arbeitsproduktivität erhöht.

Folgerichtig fand in diesen Jahren auch ein rascher Monopolisierungsprozeß statt. Bereits 1926 wurden 98,3 % des Kalkbergbaus, 96,3 % der Farbenindustrie, 86,9 % der elektronischen Industrie und 73,8 % des Bankwesens von Konzernen und Kartellen kontrolliert (Ruge, a.a.O., S. 286). 1925 entstanden die IG-Farben, die schon 1927 mit der Rockefeller-Gruppe ein Abkommen über die Aufteilung des Weltmarktes abschlossen, in Deutschland fast 100 Prozent der Produktion von synthetischem Benzin, Sprengstoffen und Farbstoffen kontrollierten und, als Ausdruck ihres politischen Einflusses, ab 1929 bis 1933 ständig das Wirtschaftsministerium mit ihren Vertrauensleuten besetzten.

Im Mai 1926 bildeten Thyssen, Thyssen und Flick gemeinsam die „Vereinigten Stahlwerke“ (Vestag, Stahlunion). Der Welt zweitgrößte Montantrust nach US-Stahl war entstanden (5). Als Ergebnis der Jahre der relativen Stabilisierung war Deutschland wieder zur stärksten ökonomischen Macht Europas aufgestiegen, verfügte über einen hochmodernen, durch rationalisierten und stark monopolisierten Produktionsapparat. Wie gesagt, im wesentlichen war dieser Aufstieg auf Kosten der Bevölkerung vollzogen worden. Bereits im Dez. 1923 war der 10-Stunden-Tag faktisch wieder eingeführt, die Löhne erreichten nie das mittlere Existenzminimum und die Zahl der Arbeitslosen sank zu keiner Zeit unter die 8 % Marke (vergl. Tabelle 2).

Demgegenüber konnte die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierungen und gesteigerte Arbeitsätze erheblich erhöht werden.

Auch wenn die Industrieproduktion in Deutschland im Vergleich zu seinen wichtigsten Konkurrenten schneller stieg, so ging diese Steigerung doch von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus. 1913 noch betrug der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion 16 %, in den Jahren des Aufschwungs konnte nur ein Anteil von 12 % erreicht werden. Der Anteil der USA erhöhte sich demgegenüber im gleichen Zeitraum von 36 auf 42 Prozent. Insgesamt hatte das deutsche Kapital erhebliche Verwertungsschwierigkeiten zu überwinden.

1.) Obwohl die Produktionskapazität der deutschen Industrie durch die große Rationalisierungswelle weiter ausgebaut worden war, blieb ein Teil dieser Kapazitäten ungenutzt. Im Durchschnitt betrug die Kapazitätsauslastung in den Jahren 1925 - 29 um die 85 %. Entscheidend hierfür war die Begrenztheit des inneren Marktes und die mangelnde Möglichkeit der Expansion nach außen.

2.) Diese schlechten Verwertungsbedingungen versuchte das deutsche Kapital durch eine Exportoffensive zu kompensieren, was aber nur teilweise gelang. Immerhin konnte (v.a. aufgrund der für das Kapital hervorragenden Ausbeutungsbedingungen) 1929 erstmals ein Ausfuhrüberschuß von mehreren hundert Millionen Mark erzielt werden. Hauptächlich das durch rationalisierte und hochkonzentrierte Kapital, wie AEG, Siemens und die IG-Farben steigerten ihren Exportanteil. Aber gerade an diesem Punkt erwies sich auch die vergleichsweise schlechte Stellung Deutschlands gegenüber seinen Rivalen im Kampf um die Absatzmärkte. All sein Auslandskapital war beschlagnahmt, es selbst zum Kapitalimportland geworden. Die Möglichkeit, per Kapitalexport neue Absatzmärkte zu erobern und zu sichern, bestand nicht.

3.) Als Kapital importierendes Land mußte Deutschland einen beträchtlichen Teil seiner Profite an die Konkurrenten abgeben. Dabei hatten sich v.a. die USA immer mehr darauf konzentriert, bei den profitabelsten Unternehmungen durch Aktienkauf direkt einzusteigen. Die AEG z.B. überließ dem General Electric im Juli 1929 Aktien im Nennwert von 100 Mio Reichsmark — 20 Prozent des gesamten Aktienkapitals — und fünf Sitze im Aufsichtsrat. Hinzu kam, daß der Anteil des zum meist ausländischen Leihkapitals am aus den Arbeiter geprüften Profiten durch die hohen Zinssätze besonders hoch war. Konsequenz war, daß die

Industrieproduktion der Welt 1913-1929
Veränderungen in Prozent)

	1913 - 1924	1924 - 1929	1913 - 1929
Welt	+ 11	+ 38	+ 53
USA	+ 33	+ 36	+ 81
Deutsche Reich	- 18	+ 43	+ 17
Großbritannien	- 12	+ 14	-
Frankreich	+ 18	+ 21	+ 43

(nach Hardach, S. 21)

Arbeitslosigkeit 1924 bis 1932
(in Prozent)

	1924	1927	1930
1924	11,4	8,8	22,7
1925	8,3	9,7	34,7
1926	17,9	14,6	44,4

(nach Kunstamt, a.a.O., S. 177)

Anteil einzelner Länder am Wellexport (in Prozent)

Land	1929	1930	1931	1932	1933
Großbritannien	10,47	10,48	9,36	10,06	11,59
USA	15,61	14,27	12,37	12,39	11,78
Deutschland	9,71	10,82	12,08	10,70	10,93
Frankreich	3,95	6,34	6,30	6,06	6,78

(nach Varga, a.a.O., Bd. 2, S. 332)

Nettolohn 1924 - 1932 (1913 = 100)

	1924	1927	1930
1924	74	98	89
1925	91	100	79
1926	85	98	64

(nach Kunstamt, a.a.O., S. 177)

Arbeitsleistung pro Stunde und Arbeiter 1924 - 1932 (1913 = 100)

	1924	1927	1930
1924	88	118	125
1925	101	119	131
1926	109	124	114



Französische Truppen besetzen das Ruhrgebiet

dem Industriekapital verbleibenden Profite nicht ausreichten, aus eigener Kraft genügend Mittel aufzubringen, um den Ausbau der Produktionsapparates so voranzutreiben, daß deutsche Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig blieben. Es mußten also bei Strafe des Untergangs stetig neue ausländische Anleihen aufgenommen werden. Nicht umsonst bezeichnete der Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Denkschrift von 1929 die Förderung der Kapitalbildung als „Ausgangspunkt für die Steigerung der Produktion“ (6).

Der deutsche Imperialismus hatte zwar seine Position in den Jahren der relativen Stabilisierung entscheidend verbessern können, aber dieser Aufschwungsphase waren, anders als in den zyklischen Aufwärtsbewegungen vor dem ersten Weltkrieg enge Grenzen gesetzt. Zudem offenbarte sich gerade in dieser Phase die angeschlagene Stellung

Deutschlands als imperialistische Macht. Die 1928/29 einsetzende Weltwirtschaftskrise brachte mit besonderer Schärfe die Widersprüchlichkeit zu Tage, vor der das deutsche Kapital nach dem verlorenen Weltkrieg stand: den Widerspruch zwischen der zur imperialistischen Entwicklung der deutschen Wirtschaft um Innern und dem Mangel an machtpolitischen Mitteln zur Verwirklichung dieser Bestrebungen. „es mangelte an Kapital für den Kapitalexport, ausländisches Kapital profitierte in höherem Maße an den Profitten des industriellen Kapitals. Deutschland war zu Reparationszahlungen verpflichtet. Nach dem Dawesplan von 1924 standen Reichsbank und Reichsbahn unter der Kontrolle der imperialistischen Konkurrenten. Deutschland war zwar wieder zu einem ökonomisch wichtigen Faktor geworden, politisch und militärisch aber Einschränkungen unterworfen, die den weiteren Ausbau seiner Macht empfindlich behinderten.“

Die Weltwirtschaftskrise

Die 1928/29 weltweit einsetzende große Krise war zum einen eine ganz gewöhnliche Überproduktionskrise. Besonders neu war allerdings, daß die vorhergehende Aufschwungsphase in allen imperialistischen Ländern nur begrenzte Höhen erreichte (das Produktionsniveau von 1913 wurde nur unwesentlich überschritten). Ursache dieses nur relativen Aufschwungs war die chronische Enge des Absatzmarktes, die in krassem Widerspruch zu den riesigen Produktionskapazitäten stand. Die chronische Enge der Absatzmärkte führte dazu, daß anders als in den Krisen des 19. Jahrhunderts keine Möglichkeit mehr bestand, durch Erschließen neuer Märkte die Krise zu entschärfen, sich somit der Kampf um jede Absatzmöglichkeit zuspitzte und die imperialistischen Gegensätze verschärfte. Zusätzlich war durch die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland ein riesiger Markt dem freien Zugang und der freien Verfügungsgewalt des Kapitals entzogen.

Die besondere Tiefe, Schärfe und Länge der Weltwirtschaftskrise rührte zudem von den Besonderheiten des Imperialismus her: der hochkonzentrierten Industrie und der wachsenden Verflechtung des Kapitals zum Finanzkapital.

Im folgenden wollen wir einen Überblick über den Ablauf der Krise in den einzelnen imperialistischen Ländern, besonders in Deutschland geben, die Folgen der Krise für die Arbeiterklasse darstellen und die Politik der Bourgeoisie zur Eindämmung der Krise beschreiben.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, die Krise in Deutschland hätte erst mit dem legendären Börsenkrach an der Wall Street im Oktober 1929 eingeleitet. Schon 1928 machten sich die ersten Krisenerscheinungen geltend. Niemandem war die Krise in den USA, wie zu zeigen sein wird, katastrophale Auswirkungen v.a. auf das deutsche Bank- und Kreditwesen.

Die Krise in Deutschland wirkte besonders stark, denn hier machte sich der innere Widerspruch zwischen dem hochentwickelten monopolistischen Charakter des deutschen Imperialismus und den fehlenden Kolonien sowie der großen Auslandsverschuldung und den Reparationsverpflichtungen andererseits bemerkbar“ (Varga, 1979, Bd. 2, S. 363).

Die deutsche Industrieproduktion fiel auf den Stand von 1903 (4 zurück. 1929 waren noch 60 Prozent der Mengen von 1929 produziert), wobei der Rückgang in der Produktionsmittelindustrie auf 35 Prozent der Vorkriegsproduktion besonders gravierend war. Besonders ausgeprägt war die Kreditkrise in Deutschland. „Die umfangreichen Investitionen während der Rationalisierungsperiode waren zu einem erheblichen Teil durch kurzfristige Auslandskredite der Großbanken finanziert worden. Während der Krise — von Mitte 1930 bis Mitte 1931 wurde ein beträchtlicher Teil dieser Auslandskredite abgezogen, was im Sommer zum Zusammenbruch der Banken führte, von den vier deutschen D-Banken hatten zwei, die Darmstädter und die Dresdner Bank, bankrott gemacht, auch die dritte Bank, nämlich die Deutsche Bank mußte gestützt werden. Alle Kreditinstitute Deutschlands existieren seit dieser Zeit nur mit staatlicher Unterstützung“ (Varga, a.a.O., S. 363).

Verschärfend kam hinzu, daß trotz größten Bemühens die gigantische Anzahl von Firmenzusammenbrüchen auch vor großen Konzernen nicht halt machte. Der Bankrott des Norddeutschen Wollkonzerns in Bremen gab der Darmstädter Nationalbank den letzten Stoß zum Zusammenbruch.

Die Kreditkrise hatte weitreichende Konsequenzen. Deutschland stellte die Zahlungen für Auslandsanleihen völlig ein und zwar sowohl die Reparationen (durch das Hoover-Moratorium) als auch für kurzfristige Schulden und kürzte die Zinszahlungen für langfristige Anleihen um 70 %. Ein Teil der Auswirkungen wurden somit auf die ausländischen Gläubiger abgewälzt, aber Deutschland damit auch aus dem internationalen Kreditssystem ausgeschlossen. Durch die Kreditkrise und den starken Preisverfall vor allem in den nichtmonopolisierten Bereichen der Wirtschaft kam es zu massenhaften Firmenzusammenbrüchen. Allein im Jahr 1930 - 32 mußten knapp 50.000 (genau 49.706) Firmen bankrott anmelden. Wobei diese Zahl noch verfallend wirkt, da Staat und Großbanken vielfach sanierend eingriffen, um den völligen Zusammenbruch von Betrieben zu verhindern. Die Vereinigten Stahlwerke z.B. konnten Ende 1931 nur noch durch großzügige Stützungsaktionen der Brüning-Regierung aus Staatsgeldern vor dem Zusammen-

bruch bewahrt werden. Überhaupt konnten nur die größeren Monopole die Krise nicht nur überstehen, sondern auch noch gestärkt aus ihr hervorgehen. Die IG-Farben verlor z.B. von 1928 - 1930 jährlich eine 12-Prozent-Dividende und von 1931 - 1933 immerhin noch eine von 7 Prozent (Höster-Philipp, 1977, S. 63).

In Frankreich und England kam die Weltwirtschaftskrise weniger stark zum Ausdruck. Der Produktionsrückgang setzte in Frankreich erst 1931 ein und schon Mitte 1932 wies die Produktion wieder steigende Tendenzen auf.

Die Industrieproduktion in England verzeichnete bereits 1931 eine ständige Aufwärtsentwicklung. Die britische Bourgeoisie, „die die älteste und erfahrendste unter den gegenwärtig in der Welt herrschenden Klassen ist, hat während der Krise erfolgreicher als die Bourgeoisie aller anderen Länder manövriert“ (Varga, a.a.O., Bd. 2, S. 361).

Von Vorteil war dabei vor allem, daß England seine Krisen auf Kosten seiner Kolonien (Indien) und der ökonomisch von ihm abhängigen Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal, Argentinien) zu bewältigen versuchte (7).

Die USA waren nach Deutschland am stärksten von der Krise in Mitleidenschaft gezogen. Die Industrieproduktion ging um mehr als die Hälfte zurück, entsprach 1933 dem Niveau von 1912. Trotz aller Versuche, den Ausbruch einer Kreditkrise zu verhindern, brach im März 1933 das Bankwesen zusammen. Fast alle Kreditinstitute stellten ihre Zahlungen ein, sämtliche Banken mußten schließen. Der Kapitalexport der USA, der noch 1929 64 Mio Dollar im Monat betragen hatte, schrumpfte 1933 auf 0,12 Mio Dollar im Monat (Varga, a.a.O., S.366).

Überhaupt kam der Kapitalexport, nach Lenin das wichtigste ökonomische Mittel zur Eroberung von Absatzmärkten und Einflußsphären, weltweit fast vollständig zum Erliegen. Ebenso ging der Außenhandel auf 30 Prozent des Vorkriegsniveaus zurück. Gleichzeitig aber verschärfte sich der Kampf zwischen dem imperialistischen Lager um die Absatzmärkte. Deutschland gelang es in diesem unerfüllbaren Rennen, England in den Jahren 1930/32 auf Platz drei zu verdrängen, während Großbritannien 1933 nicht nur Deutschland überholte, sondern auch dicht an die USA herankam (vergleiche Tabelle 3).

Während der Weltwirtschaftskrise versuchte v.a. Deutschland seine nach dem verlorenen Weltkrieg bewohrte ökonomische Macht auszubauen. Vor allem durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise und der Unterbrechung einer Luftwaffenverbot (8) zu umgehen und letztlich außer Kraft zu setzen. Es ist recht schwierig, genaue Zahlen über die Aufrüstungspolitik Deutschlands herbeizuschaffen, da diese logischerweise verdeckt ablief. Der immense Sprung der Aufrüstung Deutschlands von 1912 - 1934 (offizielle Ausgaben 1932 0,6 Mrd RM; 1934 4,2 Mrd RM, 1936 10,3 Mrd; 1938 17,2 Mrd; 1940 58,1 Mrd RM) wäre ohne die entsprechende Vorbereitung nicht denkbar gewesen.

Die Lage der Arbeiterklasse ...

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung in der großen Krise war katastrophal. Selbst nach offiziellen Statistiken, die die Arbeitslosenzahlen eher zu niedrig ansetzen, waren fast die Hälfte aller Industriearbeiter ohne Arbeit; 9 Mio. Kurzarbeiter und Arbeitslose standen 11,5 Mio. Beschäftigte gegenüber.

Nur 23,7 Prozent der „anerkannten“ Arbeitslosen erhielten Erwerbslosenunterstützung, 31 Prozent erhielten die weitaus geringere Krisenunterstützung und 44,7 Prozent die noch niedrigere Wohlfahrtsunterstützung von 2 RM in der Woche und weniger (Kunstamt Kreuzberg, a.a.O., S.679).

Die Verschlechterung des Lebensstandards war immens, Hunger und Elend machten sich breit, die Arbeitslosen erhielten nur noch wenige Wochen Unterstützung, Ehefrauen nur noch im Bedarfsfall; die Sozialausgaben waren auf ein absolutes Minimum gekürzt. Gut drei Millionen Arbeiter und ihre Familien mußten ohne jedwede staatliche Unterstützung ihr karges Leben fristen (siehe Tabelle 4).

Gleichzeitig, trotz eines Millionenheeres von Arbeitslosen und trotz Krise gelang es der Bourgeoisie, die Arbeitsleistung der Arbeiter pro Stunde wesentlich zu erhöhen (siehe Tabelle 5). Diese erhöhte Arbeitsintensität erreichte das Kapital im wesentlichen durch erhöhte Ausbeutung jedes einzelnen Arbeiters: die Bandgeschwindigkeiten wurden erhöht, Arbeiter mußten mehrere Maschinen gleichzeitig bedienen,

die Arbeitsorganisation wurde durch Einführung von Fließbändern und durch sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung (Arbeitsstudium, Refa-Maßnahmen, verstärkte Taylorisierung) verändert. So gelang es auch, daß, nachdem die Talsohle der Krise durchschritten war, die Industrieproduktion in Deutschland erheblich erhöht werden konnte, ohne daß wesentlich mehr Arbeiter beschäftigt werden mußten und ohne die Löhne zu erhöhen. Die hier nur kurz und recht abstrakt geschilderten elenden und menschenunwürdigen Verhältnisse, unter denen ein Großteil der damaligen Bevölkerung zu leiden hatte, waren nicht zwangsläufig, "gottgewollte", natürliche Krisenerscheinungen, sondern das Ergebnis eines gnadenlosen Klassenkampfes "von oben".

... und die Politik der Bourgeoisie

Bereits am 12. Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverband der Industrie eine Denkschrift mit dem dramatischen Titel "Aufstieg oder Niedergang". Gleich zu Beginn heißt es darin, daß "die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben und die Eigenkapitalbildung in den Unternehmen entscheidend für die Wiederbelebung und den Aufstieg der deutschen Wirtschaft" seien (S.10). Gefordert wurde u.a., daß die "deutsche Wirtschaft von allen unwirtschaftlichen Hemmnissen befreit werden muß, die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten" und ein verändertes Sozialversicherungsgesetz "eine unberechtigte, die Volkswirtschaft schädigende Ausnutzung der Einrichtungen" verhindern soll (S.11ff.). Die Denkschrift schloß mit dem, angesichts der weiteren Geschichte sehr denkwürdigen Satz: "Der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt seine Forderungen, über die Sorgen und Nöte der Gegenwart hinaus, auf das Ziel ein, der privaten Wirtschaft die Freiheit zurückzugewinnen, die für den wirtschaftlichen Aufstieg und die endgültige Befreiung des deutschen Volkes die entscheidende Voraussetzung ist" (S.46).

Wenige Monate später, im März 1930, begann die Ära der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, die sich allesamt bemühten, den Forderungen des deutschen Kapitals gerecht zu werden und die parlamentarischen Denkschriften

Kabinette Brüning, Papen und Schleicher, die sich allesamt bemühten, den Forderungen des deutschen Kapitals gerecht zu werden und die parlamentarischen Denkschriften zum Anfang vom Ende der Weimarer Republik markieren. In mehreren Notverordnungen zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht (im Dez. 1930 z.B. auf 6,5%), die Arbeitslosenunterstützung drastisch gekürzt (im Juni 1932 z.B. um 23%), Höchstförderungsdauer 20 Wochen), die Wohlfahrts-Witwen-Waisen- und Invalidenrenten beschnitten, die Löhne gesenkt und das Tarifrecht durch ein staatliches Schlichtungswesen außer Kraft gesetzt.

Die Laster der großen Krise waren also, auch bei großem Widerstand, wesentlich auf die Arbeiterklasse abgewälzt worden. Was aber noch lange nicht heißt, daß die Bourgeoisie damit in der Lage war, die von Marx analysierten Gesetzmäßigkeiten der Krise entscheidend zu beeinflussen (10). Im Gegenteil, die Maßnahmen zur Dämpfung der Krise (kein großer Preisfall bei monopolisierten Waren, Sanierungsaktionen des Staates, Herausögern der Kreditkrise) hatten eher den Effekt, die Krise zu verlängern und zu verschärfen. Der "Reinigungsprozeß" durch die Verknüpfung von Werten wurde verzögert.

Jedoch erstmals in der deutschen Geschichte hat der Staat zur Steuerung der Krise im Sinne der Bourgeoisie im Allgemeinen und des Monopolkapitals im Besonderen massiv und umfassend in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen. Einige Elemente dieser staatlichen Krisenpolitik seien hier kurz aufgeführt:

1. die Rolle des Staatshaushalts. Obwohl das Wertprodukt der Gesellschaft — bekannt als Nationaleinkommen — durch die Einschränkung der Produktion und den Preisfall stark gesunken war, wurde ein unverändert großer Teil durch den Staat eingezogen und neu verteilt. In Deutschland stieg der Prozentsatz der Staatsausgaben am Nationaleinkommen von 10,5 im Jahre 1929 auf 14,3 Prozent im Jahre 1934. Wobei bedacht werden muß, daß diese Ausgaben zu einem großen Teil dem Kapital in Form von Krediten, Exportgarantien, Prämien und Staatsaufträgen (v.a. zur Aufrüstung) zu gute kamen, gleichzeitig aber der Anteil der Staatsausgaben, die dem Arbeiter hätte zu gute kommen sollen, drastisch gesenkt wurden (11).



Ansturm der Sparer, die den Verlust ihrer Einlagen befürchten, auf eine Berliner Sparkasse

2. Der Außenhandel war im wesentlichen zu einer Angelegenheit des Staates geworden. Der Import wurde durch Zölle, Importkontingentierungen, Importverbote und währungspolitische Maßnahmen eingeschränkt; der Export weitestgehend gefördert, z.B. durch Dumping und alle möglichen staatlichen Exportgarantien.

3. Der Kredit war in vielen Staaten zu einem Staatskredit geworden. Die Banken waren staatlich oder halb staatlich und in jeder Beziehung vom Staat abhängig. In der deutschen Bankkrise vom Juli 1931 z.B. verfügte der Staat, daß zwei Bankferiengänge eingeführt wurden, um zu verhindern, daß die Konten von den Sparern leergefegt würden. Später wurden per Notverordnungen die Auszahlungen der Banken auf einen Bruchteil der Einlagen begrenzt. Am 27. August 1931 schlossen die Dresdner Bank und die Reichsbank einen Vertrag über die Verstaatlichung dieser großen D-Bank. Die Bank erhöhte ihr Kapital von 100 auf 400 Millionen RM durch Ausgabe von Aktien an das Reich.

4. Die Kreditkrisen für die europäischen kriegführenden Länder waren recht unterschiedlich. Neben Deutschland hatte vor allem Frankreich unter den kriegsrischischen Deformationen zu leiden. Große Gebiete waren durch den Krieg verödetet, die Zahl der Kriegstoten noch höher als in Deutschland. Aber Frankreich war zu keiner Zeit vom Weltmarkt abgeschnitten, konnte auch sein Auslandskapital für den Krieg einsetzen. — England stand nach dem Krieg noch vergleichsweise am besten da. Die unmittelbaren Kriegsschäden, die Zahl der Verluste waren gering. Als vormals reichste Macht der Welt hatten sich die Deformationen der Wirtschaft in Grenzen gehalten.



George Grosz: Hunger

5. Die Staatshilfe hatte eine wachsende Verfügungsgewalt über die Verteilung der Arbeitskraft gewonnen. Papen verfügte schon am 16. Juli 1932 die Einführung eines "freiwilligen" Arbeitsdienstes.

Die Weltwirtschaftskrise hatte weltweit die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten verschärft. Vor allem Deutschland war aufgrund der speziellen historischen Bedingungen nach dem verlorenen I. Weltkrieg besonders von der Krise betroffen. Grundsätzlich hatte es nach wie vor erhebliche Hindernisse zu überwinden, um erneut zu einer so starken imperialistischen Macht zu werden, die einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt wagen konnte. Allerdings hatten sich während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland einige wichtige Änderungen vollzogen: Fast alle Errungenschaften der Arbeiterklasse auf sozialem und ökonomischem Sektor waren von der Bourgeoisie während der Krise zurückgekauft worden. Die kleinen, schwachen und konkurrenzunfähigen Teile des deutschen Kapitals hatten die Krise nicht überstanden. Eine faschistische Massenbewegung war entstanden, der Parlamentarismus durch die Präsidial-

kabinette weitgehend außer Kraft gesetzt, die politischen Widersprüche bis zu gewaltsamen Konfrontationen zugepunkt.

Welche Politik die Bourgeoisie während der Krise entwickelte, wie genau ihr Krisenmanagement aussah, was für Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse abliefen und wo in der Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Weltkrieg zu sehen ist, soll in einem der nächsten AKs behandelt werden.

bs., KB-Gruppe Nürnberg

(Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das für den Schulungszyklus „Politische Ökonomie“ erarbeitet wurde.)

Anmerkungen

(1) Anmerkungen

(2) Die Kysgefolgen für die europäischen kriegführenden Länder waren recht unterschiedlich. Neben Deutschland hatte vor allem Frankreich unter den kriegsrischischen Deformationen zu leiden. Große Gebiete waren durch den Krieg verödetet, die Zahl der Kriegstoten noch höher als in Deutschland. Aber Frankreich war zu keiner Zeit vom Weltmarkt abgeschnitten, konnte auch sein Auslandskapital für den Krieg einsetzen. — England stand nach dem Krieg noch vergleichsweise am besten da. Die unmittelbaren Kriegsschäden, die Zahl der Verluste waren gering. Als vormals reichste Macht der Welt hatten sich die Deformationen der Wirtschaft in Grenzen gehalten.

(3) In den abgetretenen Gebieten waren nach dem Vorkriegsstand 10% der Reichsbevölkerung, 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 80% der Eisenerzförderung, 80% der Zink- und Kupferförderung, 80% der Steinkohleförderung. Im Jahre 1927 z.B. verfügte das 1916 im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 26 Mrd. RM, die Reparationslasten wurden auf 132 Mrd. Goldmark festgesetzt (4).

Nach Marx wird der Wert der Ware Arbeitskraft durch den „Wert der Lebensmittel (im weitesten Sinne), die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verwertung der Arbeitskraft nötig sind, bestimmt (Lohn, Preis, Profit in Augustin-Schriften, Bd. 1 S.298). „Andererseits ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung selbst ein historisches Produkt“ (Das Kapital MEW 23 S.165). Die drastischen Reallohnsenkungen durch den Krieg bedeuten nichts anderes, als daß der vor dem Krieg von der Arbeiterklasse erkämpfte Lebensstandard entzogen wurde. Die unmittelbaren Bedingungen, unter denen das Proletariat seine Arbeitskraft verkaufen mußte, hatten sich verschlechtert, das Kapital konnte sich einen größeren Teil des Mehrwerts aneignen, als noch vor dem Krieg. Die durchschnittlichen Stundenlohnbeiträge lagen in Deutschland mit 0,55 Schweizer Franken unter denen ihrer Kollegen in England mit 2,18 Franken und Frankreich mit 3,10 Franken (Varga, a.a.O., S.218).

(4) Frankreich war anders als Großbritannien und die USA besonders an der Erfüllung der Reparationsleistungen interessiert, da es im größten Nutznießer war und 2. die Reparationen zum Aufbau seiner kriegsbeschädigten Industrie und zur Sanierung seiner durch die Kriegsmarine zerstörten Finanzen benötigte. Demgegenüber sollte England nur einen relativ geringen Teil an Reparationen erhalten. Anders als Frankreich hatten England und die USA ein Interesse und waren dazu auch ökonomisch in der Lage, maximal am erweiterten Aufschwung der deutschen Wirtschaft zu partizipieren. Eine Fortsetzung der Reparationslasten hätte Deutschland weiter in den Ruin getrieben. Die Ruhrgebiete besetzt durch Frankreich und Belgien, als Reaktion auf Zahlungsrückstände Deutschlands, hatte verheerende Folgen: „Die Mark stürzte ins Bodenlose. Die Ruhrwirtschaft, zuletzt nur noch zu einem geringen Prozentsatz in voller Arbeit, brach zusammen. Der

Hunger im Inland wuchs ungeheuer, der Export wurde unmöglich“ (Pfeifer, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Kronberg 1975, S.244).

(5) Dieser Trust beherrschte 50% der deutschen Rohreisenproduktion und 40% der Stahlproduktion. Beim Kapital war gegenüber den selbständig gebliebenen Konzernen Krupp, Klöckner, Hoesch und Haniel mit 800 Millionen Mark doppelt so hoch, wie das der vier Ruhrkonzerne zusammen. Die Rhein-Elbe-Union (St. Innes-Kröckner) hatte sich gegenüber Thyssen die Führungsposition in diesem Zusammenschluß gesichert (Möser-Philipp, a.a.O., S.52).

(6) Die Kapitalbildung sollte nach Vorstellung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für Unternehmer Senkung der Sozialausgaben und Erhöhung der indirekten Steuern verbessert werden. Letztlich ging es darum, die eigene Position gegenüber dem US-Kapital zu stärken.

(7) Auf den als ein „großes Problem“ bezeichneten „Dänemarkmarkt“ gab es in den ersten Jahren des Bestehens der D-Bank keine Käufer, so daß Dänemark praktisch in den britischen Binnenmarkt einbezogen wurde.

(8) Am 23.11.31 wurde Carl von Ossietzky wegen Verstoßes militärischer Geheimnisse zu einjähriger Haft verurteilt. Als Verantwortlicher für einen Artikel vom März 1929 verantwortlich gemacht, der die geplanten Vorbereitungen zum Aufbau einer Luftwaffe enthüllte hatte.

(9) Wie im Kapitalismus zyklische Überproduktionskrisen überwunden werden, läßt Varga wie folgt zusammenfassen: „Die wichtigsten Momente sind folgende: Die Produktion wird so stark eingeschränkt, daß der Konsum die Produktion übersteigt. Ein Teil der überproduzierten Waren geht physisch zugrunde. Der Preisfall reduziert die Preissumme auf das gesellschaftliche Bedürfnis. Die überproduzierten Warenvorräte werden aufgesaugt. Die Verknüpfung der Elemente des konstanten Kapitals erhöht die Verwertung des Gesamtkapitals. Während der Krise werden die Löhne herabgesetzt, die Intensität der Arbeit erhöht, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, wodurch zwar die Konsumtionskraft momentan eingeschränkt, aber gleichzeitig eine bessere Verwertung des Kapitals als Vorbereitung des Wiederbeginns der Investitionszyklen geschaffen wird. Die Kreditkrise reduziert durch Bankrotte und Sanierungen das gesellschaftliche Kapital, wodurch die Profitrate auf den verbleibenden Teil sich erhöht. Die Vorbereitungen für eine neue Anlage von Kapital in der Produktionsphase sind gegeben“ (Varga, Bd.2 S.299).

(10) Die Sozialausgaben fielen von 2,9 Mrd. im 1932 auf 0,6 Mrd. im 1937 im gleichen Zeitraum stiegen z.B. die Rüstungsausgaben von 0,5 auf 12,6 Mrd. RM (Kühn, Der deutsche Faschismus, Köln 1975, S.257).

(11) Im wesentlichen stützt sich dieser Artikel, was die polit-ökonomischen Grundlagen betrifft, auf die 1978 erschienene Ausgabe der Schriften von Eugen Varga (Ausgewählte Schriften von 1916 bis 1984, 3 Bände, Berlin 1979). Eugen Varga ist wohl der bedeutendste Ökonom der kommunistischen Internationale gewesen. Für Interessierte und weniger Finanzdriftige sei die preiswerte (15,- DM) Auswahl seiner Schriften im ere-Verlag empfohlen: Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus, Frankfurt 1969.

Zusätzlich wurden verwendet: Gerd Hardach, Zur politischen Ökonomie der Weimarer Republik, Ulfried Hörster-Philips, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus in Kühn, Hardach, Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin 1974; Konstantin Kreuzberg, Weimarer Republik, elefant-Press, Berlin 1977.

Kontaktadressen

Kommunistischer Bund
Postfach 7685
Lindenallee 4
2000 Hamburg 19
☎ 040 / 43 53 20

Flensburg
KB-Gruppe Flensburg
c/o Buchladen Tigerberg
Norderstraße 89
2390 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlegkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlegkarte 08 23 14 A
2400 Lübeck 1

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/4/597

Bremen
B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1

Braunschweig
Postlegkarte 08 13 78
3300 Braunschweig

Emden
Postlegkarte 06 74 58 A
2600 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 x Hd. KB
3400 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 12 57
3000 Hannover 1

Lüneburg
Postlegkarte 01 78 90 A
2140 Lüneburg

Münster
Postlegkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg

Wester-Emm-Gebiet
Postlegkarte 07 01 78 A
2900 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buckstraße 9
4800 Bielefeld

Bochum
Postlegkarte 05 60 11 A
4530 Bochum

KB c/o Buchertube
Große Heimerstraße 62
4600 Dortmund 1

KB-Gruppe Köln
c/o BUL-Buro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Münster
Postlegkarte 02 90 33 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlegkarte
Postfach 01 86 60 B
6000 Darmstadt

Frankfurt
Postlegkarte 03 27 78 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich c/o KB über
Buchladen Jost Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg

Meldelberg
Postlegkarte 07 10 89 A
Postamt Lärchen
6300 Heidelberg

Stuttgart
Postlegkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Würzburg
Postlegkarte 07 93 03 A
8700 Würzburg

Trier
Postlegkarte 03 16 78 B
5500 Trier

9. Januar 1983:
Wir gratulieren Simone de Beauvoir zu ihrem 75. Geburtstag



„Es geht für die Frau nicht darum, sich als Frau zu bestätigen, sondern als ‚ganzes‘, ‚vollständiges‘ menschliches Wesen anerkannt zu werden.“

„Zweifelloso ist es bequemer, in blinder Unterwerfung zu leben, als an seiner Befreiung zu arbeiten: auch die Toten sind der Erde besser angepaßt als die Lebenden.“

Goldhaut auf der Sommerwiese

zum »Emma«-Sonderheft

Sexualität

Es ist nicht das erste Heft über Frauensexualität und sicher auch nicht das letzte, aber es ist momentan mit Abstand das vielfältigste und am bebesten gemachte. Dies jedenfalls ist der erste (und auch nach dem Lesen bleibende) Eindruck, den ich vom EMMA-Sonderheft „Sexualität“ mitnehme. Schon auf der Titelseite fällt die Spannweite der Themen ins Auge, und nach dem ersten Durchblättern kann frau allein schon vom Layout begeistert sein. Ich habe selten ein Heft (und schon gar nicht zu diesem Thema) gefunden, wo gerade das Layout dermaßen sorgfältig, passend, witzig, einfallreich und unorthodox gestaltet wurde. Der Inhalt reicht von der Schilderung der eigenen Sexualität und Vorlieben über Satire und Glossen (z.B. ein „Offener Brief“ an Beate Uhse: „Beate — Uhse!“), oder einem gar nicht so witzig gemeinten „Telefongespräch“ mit der Saale) bis zur theoretischen Analyse (Margarete Mitscherlich: „Neuere Über die Ursprünge weiblicher Lust“) und Alice Schwarzer (zitiert Bi. 1982, 7 Jahre nach Erscheinen der „Kleinen Unterschieds“) — sehr, sehr wertvoll! Auch zum Thema Selbstmännlichkeit finden sich zwei wohl genutzte literarische Artikel einer, der für Feministinnen (und nicht nur für) sehr lesenswert ist: „An Herrn und Frau Hans Fack“ oder „An Hans Fack und Frau“.

Insgesamt gesehen ist die Zusammenstellung der Artikel auch ein Spiegelbild der gewachsenen Selbstbewusstseins der Frauen: dominiert von „Kleinen Unterschied“ und eher von Klagen über die Unwesenheit vieler Männer und die Verstecktheit von weiblicher Sexualität, so wird an den Artikeln in diesem Heft deutlich, daß Frauen heute in wesentlich größerer Zahl es sich nicht mehr gefallen lassen, ihre Wünsche immer hintenanzustellen. Auch wenn dieser Vergleich sicherlich hinkt — (die Mehrzahl der Beispiele im „Kleinen Unterschied“ war auch ein

repräsentativer Querschnitt durch unsere gesellschaftlichen Schichten, wohingegen diese Artikel sicherlich in ihrer Mehrzahl von „bewußten“ Frauen geschrieben wurden) — so zeigt sich daran doch, daß 12 Jahre Frauenbewegung auch in der Sexualität der Frauen ihren Ausdruck gefunden haben.

Daß dennoch kein Grund zu überschwinglicher Freude ist, zeigt ein Artikel über links Chauvin („Laß jucken, Genosse!“), in dem der von so manchem Macker so gern als fortschrittlich eingestufte Schweinehund (Motto: „Ich zieh dazu!“) eines Gernot Gailer oder auch weniger offen agierender Konsorten böse in die Zange, besser: die Schere genommen wird. Wie berechtigt es ist, den Finger in diese „Wunde“ der Linken zu legen, zeigt allein schon die Tatsache, daß die angeführten Beispiele auch aus 1982 datieren.

Résumé: Ein Heft, in dem sich jede in ihrer Art wiederfinden können, egal, ob hetero- oder homosexuell, ob schwärmern oder keck, ob klütern oder aktivieren!“ (Anmerkung der Herausgeberinnen) Und insofern wird sicherlich der Anspruch der Herausgeberinnen (Alice Schwarzer, Susa Misch, Monika Brauer, Anne Kautz, Susanna Ackerle) voll erfüllt werden können, den sie in ihrem „Edelweiß“ formuliert haben: „Vor 12 Jahren haben Frauen (wieder einmal) begonnen, offen gegen ihre Rolle zu rebellieren. Nicht zufällig spielte und spielt dabei die Sexualität eine zentrale Rolle. Was nun hat uns unser Aufstand in diesem Bereich bisher gebracht? Hat er uns verändert? Hat er die Männer verändert? Eine Zwischenbilanz wollen wir ziehen, kritisch und analytisch phantastisch und kritisch zugleich. Das war die Absicht.“

Sexismus in unserer Sprache

Sprache ist nicht neutral. Sie spiegelt die (männlich geprägte) Machtverhältnisse unserer Gesellschaft wider. (Schließlich steht auch dieser Artikel nicht auf der MANN-Seite im AK BEITERINKAMPEF).

Bei dem viel strapazierten Wörtchen „Landmann“ und „Landfrau“ ist es hier in der Tat nicht um die Landfrau (Landmann) die Leihung, in der konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausende alte Abhängigkeit der Frau vom Mann was vergleichbar ist mit der nordischen

Landmann und Landfrau. In der Tat ist es hier in der Tat nicht um die Landfrau (Landmann) die Leihung, in der konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausende alte Abhängigkeit der Frau vom Mann was vergleichbar ist mit der nordischen

Landmann und Landfrau. In der Tat ist es hier in der Tat nicht um die Landfrau (Landmann) die Leihung, in der konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausende alte Abhängigkeit der Frau vom Mann was vergleichbar ist mit der nordischen

Sexismus in unserer Sprache

Sprache ist nicht neutral. Sie spiegelt die (männlich geprägte) Machtverhältnisse unserer Gesellschaft wider. (Schließlich steht auch dieser Artikel nicht auf der MANN-Seite im AK BEITERINKAMPEF).

Bei dem viel strapazierten Wörtchen „man“ fängt's an, zu unserem Wortschatz gehören Wörter wie Fachmann, Landsmann, jederMANN, und wir sprechen vom MANN auf der Straße, lesen alleMANN den Arbeiterkampf und singen „BRÜDER zur Sonne zur Freiheit“ bzw. „alle Menschen werden BRÜDER“. — Unsere Sprache signalisiert uns dabei: Mann = Mensch und demzufolge Mensch = Mann.

Auch in unserer Grammatik sieht meist die maskuline Form, wenn beide Geschlechter gemeint sind. Es heißt z.B. DER Kunde, DER Bürger, DER Student ... und Frauen müssen sich da einfach eingeschlossen fühlen, auch wenn sie es häufig gar nicht sind. Wenn wir z.B. von DEM Wähler oder Arzt sprechen, reden (und denken!) wir automatisch von IHM und stolpern folgerichtig über Sätze wie: „Unser Hausarzt hat meinen Onkel geheiratet.“ Und den Schweizerinnen wurde bis 1971 das Stimmrecht verweigert, weil es im Schweizer Gesetz hieß: „Stimmberechtigt ist jeder Schweizer“, d.h. daß Schweizerinnen nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Frauen sollen sich auch angesprochen fühlen, wenn es im Wartezimmer heißt: „DER nächste bitte!“ oder in der Schlange: „EINER nach DEM anderen!“.

Selbst wenn nur Frauen gemeint sind, wird grammatikalisch korrekt gesagt: „JEDER schenkt SEINE Erfahrungen in der Frauengruppe“ oder „Wer hat SEINE Tampons vergessen?“ Die Grammatik kehrt uns Frauen einfach unter den Tisch!

Wenn wir aber explizit von weiblichen Menschen sprechen wollen, wird wieder deutlich, daß die eigentlichen und maßgeblichen die „Herren der Schöpfung“ (weil ein Ausdruck!) sind, denn die weibliche Form wird durch die Ableitung von der männlichen gebildet, z.B. durch das Suffix „-in“ (Lehrer — Lehrerin). Besonders blöd klingt dies bei Wörtern wie „Rats-

mann“, „Landmann“ und „Landfrau“, da es hier ja eigenständige weibliche Formen gäbe (z.B. Ratsfrau, Landfrau). Die Endung „-in“ konserviert jedoch in unserem Sprachgebrauch die jahrtausende alte Abhängigkeit der Frau vom Mann, was vergleichbar ist mit der nordischen Endung „-son“ („Sohn von“), die erst mit der Emanzipation der Söhne aufgehoben wurde.

Eine andere Möglichkeit, um auszuweichen, daß es sich um Frauen handelt, bietet das Attribut „weiblich“ (weiblicher Autor, weiblicher Dozent). Das klingt jedoch leicht so, als ob es ein Sonderfall ist, als Frau Autorin, Dozentin etc. zu sein (Mann = Norm und Frau = Abweichung). Genauso, wie es anscheinend etwas besonderes ist, als Frau berufstätig zu sein, denn es gibt nur die Bezeichnung „Berufstätige Frau“ — „Berufstätiger Mann“ würde niemand in den Mund nehmen.

Bei manchen Wörtern muß frau/man schon, um grammatikalisch korrekt zu sein, das Attribut „weiblich“ benutzen, da es für sie keine weibliche Form gibt: DER Gast, DER Passagier, DER Kapitän.

Ein weiteres Kennzeichen für die männliche Dominanz in unserer Sprache ist die obligatorische Reihenfolge, mit der wir den Mann immer an die erste Stelle setzen und der Frau den zweiten Platz zuweisen. Studenten und Studentinnen, Herr und Frau Meier, Hansel und Gretel, Adam und Eva. Getreu dem Motto, die Hauptperson/-sache kommt immer zuerst (vgl. SPD, FDP, Herr und Knecht, Vater und Sohn). Doch nicht nur zur Nebensache, auch zum Anhängsel des Mannes degradiert unsere Sprache die Frauen. Wenn von „Frau Generaldirektor“, „Frau Pastor“, „Frau Dr.“ die Rede ist, dann ist häufig nicht der eigene berufliche Werdegang dieser Frauen angesprochen, sondern sie werden einfach nach dem Beruf ihres MANNES tituliert. Jeder Pastorinmann würde sich an die Stirn tippen, redete mensch ihn mal „Herr Pastorin“ an! Auch bei typischen Frauenbezeichnungen wie „Arztfrau“ (= Frau vom Arzt) oder „Studienratswewe“ (= Witwe vom Studienrat) fehlen die

männlichen Pendant. Logisch: die Frau wird bei uns über den Mann definiert und nicht umgekehrt. Dies wird besonders deutlich bei den bekannten Anreden wie „An Herrn und Frau Hans Fack“ oder „An Hans Fack und Frau“.

Auch die „schönen“ Bezeichnungen Fräulein, Mädchen, Dame sind eine Diskriminierung für Frauen. Mit Mädchen werden Frauen häufig noch bis ins gesetzte Alter angesprochen und „DAS Fräulein“ soll uns u.a. weismachen, daß frau erst mit Ehemann eine „richtige Frau“ ist. Im übrigen ist bezeichnend, daß gerade Berufe mit geringem Status sich der Ausdrücke „Fräulein“ und „Mädchen“ bedienen. z.B. das Zimmermädchen, Dienstmädchen, Frauen vom Amt, Fräulein im Restaurant.

Die „Dame“ charakterisiert eigentlich nur gepflegtes Äußeres und gutes Benehmen, aber keine richtige Arbeit, keinen klugen Kopf, hervorragende Leistung etc. Niemand würde deshalb sagen: „Hanna Schygulla ist eine hochbegabte Dame.“ Im ernsthaften Kontext klingt „Dame“ lächerlich oder herablassend.

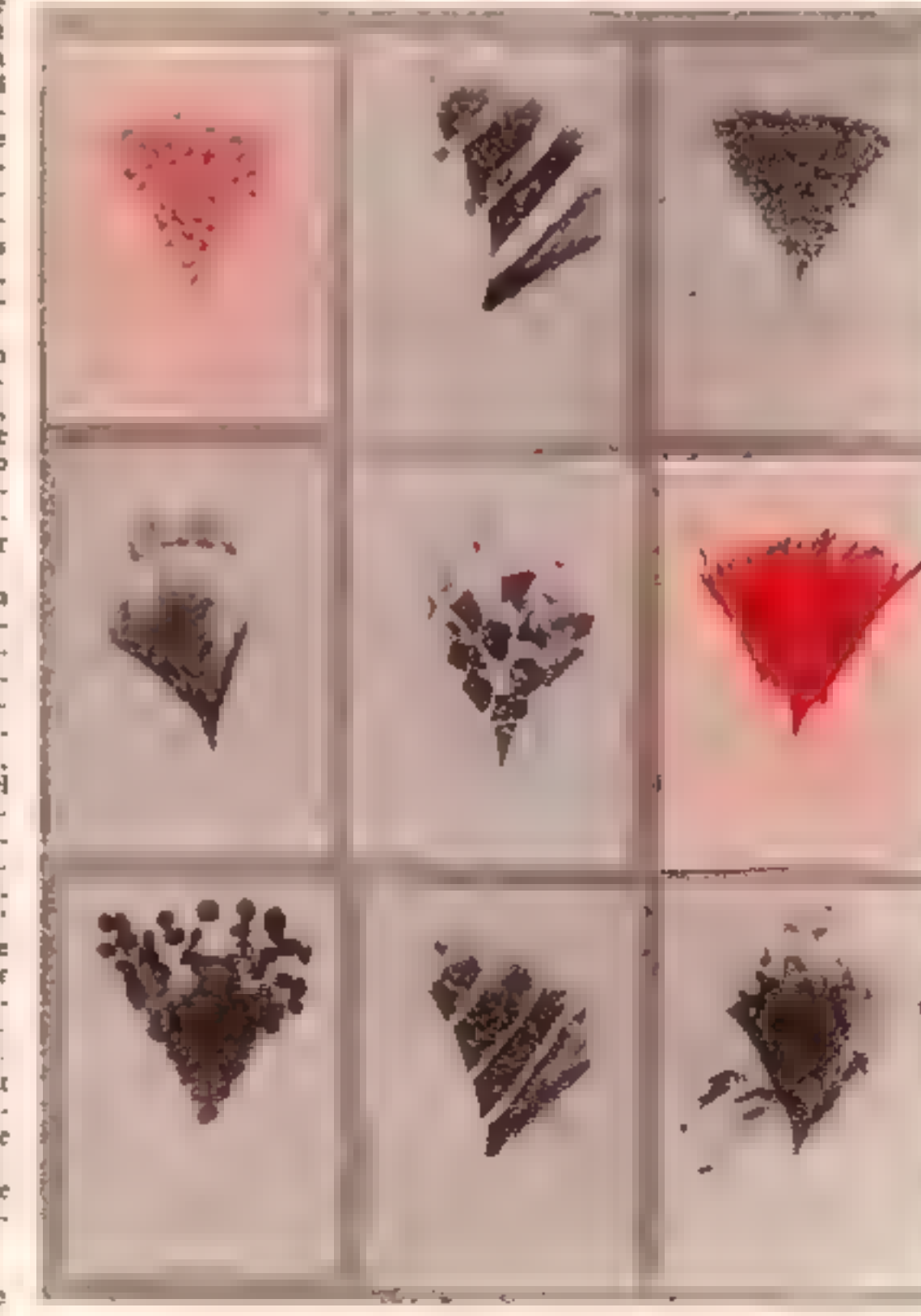
Neben diesen üblichen Anreden gibt es eine ganze Menge Schimpfwörter speziell für Frauen, in denen sich alle schlimmen Frauenklischees widerspiegeln und für die männliche Entsprechungen fehlen. Eine Auswahl: Nervensäge, alte Jungfer, Katschbaxe, dumme Gans etc. Nicht weniger übel sind so manche geäußerten Redewendungen und Sprichwörter wie „Mädchen die pfeifen und Hähnen die krähen, soll man beizen die Hälse umdröhen“, „Wein, Weib und Gesang“ oder „Ein Mann ein Wort, eine Frau ein Wörterbuch“. Letzterer Ausspruch verdeutlicht, wie unterschiedlich es bewertet wird, wenn weibliche und männliche Menschen das gleiche tun, z.B. reden. Bei Frauen nennt man(n) das klarschen, schwätzen, tratschen, keifen, Frauen haben „eine böse Zunge“ oder „ein loses Mundwerk“. Solche Ausdrücke würde man(n) nie bei Männern anwenden denn MAN-

gesehen hat und sie daraus auch übernehmen könnten.

Insgesamt gesehen ist die Zusammenstellung der Artikel auch ein Spiegelbild für das gewachsene Selbstbewusstsein der Frauen: dominiert von „Kleinen Unterschied“ und eher von Klagen über die Unwesenheit vieler Männer und die Verstecktheit von weiblicher Sexualität, so wird an den Artikeln in diesem Heft deutlich, daß Frauen heute in wesentlich größerer Zahl es sich nicht mehr gefallen lassen, ihre Wünsche immer hintenanzustellen. Auch wenn dieser Vergleich sicherlich hinkt — (die Mehrzahl der Beispiele im „Kleinen Unterschied“ war auch ein

ren. Nicht zufällig spielte und spielt dabei die Sexualität eine zentrale Rolle. Was nun hat uns unser Aufstand in diesem Bereich bisher gebracht? Hat er uns verändert? Hat er die Männer verändert? Eine Zwischenbilanz wollen wir ziehen, kritisch und analytisch phantastisch und kritisch zugleich. Das war die Absicht.

Emma-Sonderheft „Sexualität“ — erschienen im September 1982, erhältlich (noch) im Zeitschriftenhandel, in jedem Fall im Buchhandel oder direkt zu bestellen bei: „Emma“, Koepfingplatz 1 a, 5000 Köln 1



Karikatur Hoglu

Die Parteien dieses Wahlkampfes

PMDB

Partido do Movimento Democrático Brasileiro

In der PMDB waren - auch während der härtesten Jahre der Repression - immer Abgeordnete der verbotenen Kommunistischen Partei (PCB) vertreten, auch die meisten PCdoB lief zur Wahl der PMDB auf.

Nach dem 15. November ist ein Auseinanderbrechen der PMDB nicht auszuschließen - sofern von Seiten der Regierung keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Opposition zur (künstlichen) Einheit zwingen.

Nachfolgepartei der von den Militärs 1965 geschaffenen Oppositionspartei MDB. Politisches Sammelbecken, das - an deutschen politischen Positionen gemessen - von der rechten Christdemokratie bis zur KP reicht, nur gehalten durch die Ablehnung der Herrschaft der Militärs, die Forderung nach demokratischen Grundrechten.

1981/82 ging die Partido Popular (PP) in der PMDB auf, wodurch die Partei heute einen starken, dem nationalen Kapital verpflichteten Flügel aufweist, der als potentieller Bündnispartner der PSD gilt.

PT

Partido dos Trabalhadores

Als einzige Partei nicht auf traditionellen Parteistrukturen bzw. Politikern aufgebaut, ist die PT die Partei der organisierten Arbeiter/Gewerkschafter und der Basisbewegungen (Lebenshaltungskostenbewegung, Favela-Selbstorganisationen, christliche Basisgemeinden).

Gegründet von Metallgewerkschaftern im Industriegürtel um São Paulo und dort - nicht zuletzt durch das Image des Gewerkschaftsführers „Lula“ - gut verankert, hatte die PT große Mühe, in anderen Bundesstaaten, insbesondere im Norden, Fuß zu fassen. Sie schaffte den Aufbau von Parteiorganisation und Kandidaten in allen

Bundesstaaten, ist jedoch - wie auch PDT und PTB - Opfer der „vinculacao“, weil sie in sehr vielen Gemeinden und kleinen Städten keine Kandidaten aufstellen konnte.

Für die PT kandidierten neben Gewerkschaftern viele ehemalige politische Gefangene, ehemalige Studentenführer. Außerhalb São Paulos ist die PT stärker die Partei der städtischen Intellektuellen- und der Basisgemeinden.

Politisch ist die PT als basisdemokratisch und sozialistisch (ohne Abhängigkeit von sozialistischen Modellen) einzuordnen. Die offene Sympathie vieler Mitglieder der Kirchenhierarchie für die PT führte während des Wahlkampfes zu starken Angriffen und Verleumdungen gegen die katholische Kirche.



Brasilianischer Gewerkschafter Lula

PDT

Partido Democrático Trabalhista (PD Trabalhador Brasileiro, bis 64 Gouverneur in Rio Grande do Sul für die PTB, mußte diesen Parteinamen annehmen, als das Wahlgerecht Ivete Vargas den Namen PTB zusprach.

Leonel Brizola wurde im Exil und nach seiner Rückkehr stark von der Sozialistischen Internationale und der deutschen Sozialdemokratie gefördert; diese Zusammenarbeit wurde drastisch reduziert, als Brizola in Brasilien stark an Popularität verlor (80-81) und die Verbindung zur Sozialdemokratie seinem Image eher schadete.

Das Programm der PDT kann als linkspopulistisch-wandelndes Mittel zwischen (Verfall) Radikalkommunismus und Reformismus gesehen werden.

Wie alle vorher genannten Parteien verfügt sie zwar über eine theoretische Basis, vertritt jedoch aber eine Mischkultur.

PSD

Partido Democrático Social

Regierungspartei, aus der von den Militärs künstlich geschaffenen ARENA durch eine Namensänderung hervorgegangen. Der Parteiname „sozialdemokratisch“ steht in keiner Beziehung zum Programm und zu den Inhalten der derzeitigen Regierungspolitik, die auf die Interessen des nationalen Kapitals, der Großgrundbesitzer und des Militärs ausgerichtet ist.

Das Ansehen der PSD lag Monate vor den Wahlen sehr niedrig und wurde nur durch starken Einsatz des Präsidenten, verbündeten und unverbündeten Medienverborg verbessert. Dabei wurde João Figueiredo - und entsprechend die PSD - als die Partei der „Abertura“ (politische Öffnung) und nationalen Versöhnung (Rückkehr der Exilierten) „verkauft“.

PTB

Partido Trabalhista Brasileiro

Der Name knüpft an die von Getúlio Vargas 1945 gegründete populistische Partei an, die vor 1964 mit linkspopulistischem Kurs die Regierung führte. Der neuen Partei wurde das Kürzel PTB vom Wahlgerecht zugesprochen, entsprechend dem Plan der Regierung, keine oppositionelle Partei unter diesem traditionellen Namen existieren zu lassen.

Obwohl die PTB von einer Nickelschmiede von Vargas geleitet und von links vertrieben wurde (Petrolium), im Regimepartei wurde und gilt als ein Teil der Koalition von 1964. Die PTB hat nur in São Paulo und Rio de Janeiro Kandidaten (Jairo Quadros (São Paulo) und Sandra Cavalcanti (Rio) eine gewisse Bedeutung).

Novemberwahlen 82: Betrug am Wähler

Seit der „Abertura“ („demokratische Öffnung“) 1979 versuchen die Militärs in Brasilien ihr Image beim Volk und der Weltöffentlichkeit aufzupolieren. Auch wenn diese „Abertura“ den oppositionellen Gruppen und Parteien einen größeren politischen Handlungsspielraum (z.B. Presse- und Versammlungsfreiheit etc.) verschafft hat, zeigen die jetzt stattfindenden Novemberwahlen deutlich auf, wo die Grenzen dieser „Liberalisierung“ für die oppositionellen Gruppen liegen.

Die Wahlen, die erstmals wieder die Gouverneurswahlen mit einschließen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich in die traditionelle Politik der Militärs einreihen. Die Einschränkungen und Manipulationen der Wahlen seit 1964 (s. Schemata) setzen sich auch nach der „Abertura“ fort. Wie das von Figueiredo 1981 durchgesetzte Wahlgesetz zeigt, dieses Paket schenkt den Oppositionsparteien in vier entscheidenden Punkten die Luft ab, und macht ihnen auf Bundesebene einen Sieg unmöglich.

1. Einheitslistenwahl: Jeder Wahlberechtigte (ab 18 Jahre) hat bei den Wahlen nur eine Stimme, die er für die Liste einer Partei abgeben muß. D.h. wer den Bürgermeister einer Partei wählen will, muß für alle anderen auch der selben Partei wählen. Somit kann durch Parteiwahl der Sieg vorbestimmt werden.

2. Parteiwahl: Die Auflagen an die Parteien, die Kandidaten aufzustellen, also Kandidaten für den Gouverneur, Senator Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister und Stadtdarabgeordnete bzw. Gemeinderäte. Allerdings brauchen die Listen nach unten hin nicht vollständig zu sein, d.h. auf Gemeindeebene müssen nicht unbedingt Kandidaten nominiert werden. Dies begünstigt die

PSD Regierungspartei, da sie über die meisten Ortsverbände verfügt und damit in der Regel als einzige Partei in der Lage ist, überall zu kandidieren und aufzutreten. Bei der hohen Analphabetenrate (z.B. im Nordosten bis zu 50 %) und mangelnden Informationsmöglichkeiten der Bevölkerung wählen die Menschen nur die im Ort bekannte Partei.

3. Koalitionsverbot: Jede der bestehenden Oppositionsparteien ist allein kaum in der Lage, die PSD zu schlagen. Von daher wären nur Koalitionen in der Lage, die Regierungspartei zu gefährden. Dem hat Figueiredo einen Riegel vorgeschoben, indem er Koalitionen kurzerhand verbot.

Aus der Koalition der Parteien werden Wahlen in den Bundesstaaten und in den Gemeinden. In den Bundesstaaten sind die Parteien für diese Partei in diesem Bundesstaat verboten, was auf Bundesebene für diese Partei große Nachteile hätte.

4. Sublegenda-Gesetz: Jede Partei hat demnach das Recht, mehrere Kandidaten für den Bürgermeister- und Stadt- bzw. Gemeinderatsposten aufzustellen, wobei in der Regel mindestens zwei der PSD in der Liste. Der Parteikandidat für den Bürgermeister ist der Kandidat für den Gemeinderat. Die Parteien müssen also mindestens zwei Kandidaten aufstellen, die für die PSD in der Liste sind. Vielfach stellen sie einen populären Kandidaten und einen der „harten Linie“ auf.

Außerdem besteht Wahlpflicht, d.h. wer nicht wählt, muß eine empfindliche Geldstrafe bezahlen. Die bisher noch nicht einmal in den Bundesstaaten und in den Gemeinden bisher noch nicht einmal in ihrer Höhe benannt wurde.

Miese Manöver mit Exilchilenen

Die Regierung der USA möchte wieder Waffen an Chile liefern. Wozu sie die Zustimmung des Kongresses ebenso wie für die von Reagan bereits beantragte Waffenhilfe in Höhe von 50 000 Dollar benötigt. (Die geringe Summe deutet auf den „Testcharakter“ hin, den dieser Antrag besitzt.) Weiterhin benötigt die chilenische Regierung die Unterstützung der USA, um dringend benötigte Kredite bei internationalen Privatbanken und beim IWF zu erhalten. Gerade in diesen Tagen wird beim IWF die Entscheidung über einen 860 Millionen-Dollar-Kredit gefällt. Imagepflege war deshalb für die Militärjunta angesagt.

Mit großem publizistischen Aufwand kündigte Pinochet daraufhin die Einrichtung einer „Kommission von hohem Rang“ an, die prüfen soll, welche Exilchilenen die Erlaubnis erhalten, nach Chile zurückzukehren.

Fünf Tage vor dieser Ankündigung, die Pinochet am 25. 10. machte, verläutete aus der US-Botschaft in Santiago die USA wünschten sich einen größeren Respekt vor den Menschenrechten in Chile. Dabei würde man nicht auf sofortige freie Wahlen bestehen, aber Fortschritte bei der Einhaltung der Menschenrechte sowie von Gewerkschaftsrechten seien vonnöten. Ebenfalls wenige Tage vor Bekanntgabe der

Kommissionsgründung teilten die chilenische Kommission für Menschenrechte und eine Delegation internationaler Gewerkschaftsverbände, die Chile bereiste, mit, Menschenrechte seien in diesem Lande faktisch nicht mehr vorhanden.

„Eine Kommission von hohem Rang“

Spätestens als am 8. November die Kommission zusammentrat, war klar, um was für ein Manöver der Diktatur es sich handelte. Mitglieder der Kommission sind:

- Mónica Madariaga, Justizministerin der Junta;
- General Enrique Montero Marx, seit dem Putsch Staatssekretär des Inneren und seit letztem Jahr Innenminister;
- Miguel Schweitzer, langjähriger Präsident des Obersten Gerichts und heute Staatsratspräsident;
- Ricardo Rivadeneira, Professor für Staatsrecht an der Universität Chile, Anwalt und Mitglied des Rates zur Verteidigung des Staates;
- Eugenio Valenzuela, juntscher Berater der Minister des Inneren und der Justiz, Mitglied der Redaktion für die

Ausführungsgesetz zur Verfassung. Fürwahr eine Kommission von hochrangigen Faschisten.

Pannen bei der Manövergestaltung

Während der fast zweimonatigen Arbeit der Kommission ergaben sich für die Diktatur einige Peinlichkeiten, die es der Öffentlichkeit schwer machten, an eine unabhängige Arbeit der Kommission zu glauben.

Die Diktatur sah sich genötigt, die beiden prominenten Gewerkschaftsführer Bustos (CNS) und Hector Cuevas (Bauarbeiter) nach Brasilien ins Exil zu jagen, weil sie an Protesten gegen die Preissteigerungen teilgenommen hatten. Ebenfalls nach Brasilien ins Exil geschickt wurde Carlos Podlech, Präsident der Vereinigung weizenproduzierender Unternehmer und eigentlich der Diktatur sehr feindlich gesonnen. Der feine Herr hatte nur zum falschen Zeitpunkt öffentlich einige kritische Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik Pinochets gemacht. Am Mittwoch, dem 15. 12., hatte die Regierung Pinochet in drei Städten gleichzeitig die Gelegenheit, ihre unveränderte Einstellung zu den Menschenrechten



Protestkundgebung am 28. Dezember vor dem chilenischen Generalkonsulat nach dem 48-stündigen Hungerstreik in Hamburg

unter öffentlichen Beweis zu stellen. In Santiago, Valparaíso und Concepción gingen die Menschen auf die Straßen, um gegen die Preissteigerungen bei Gas und Wasser zu protestieren. „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit“ zu fordern und die „bedingungslose Rückkehr der Exilierten“ zu verlangen. 200 Menschen nahm die Diktatur fest, von denen sie 15 verbannte und weitere 15 bis heute in den Krallen der CNI verschwunden ließ.

Ende Dezember war es dann soweit: Pinochet verkündete feierlich, daß von einer Million Exilchilenen ganze 125 die Genehmigung erhalten, in ihre Heimat zurückzukehren, allerdings nur unter ganz bestimmten Bedingungen wie zum Beispiel der schriftlichen Anerkennung der Legitimität dieses Regimes.

Lateinamerika-Kommission

Fokker, Hapag Lloyd, Weser-Kurier und der Seebach Werft/Bremerhaven kommen. Die politische Zusammensetzung reicht von DKP über Arpa, AL, DS bis hin zu ehemaligen KBWlern und KPD/MLern. Die überwiegende Zahl sind allerdings unorganisierte Betriebslinke, die z.T. in oppositionellen Gewerkschaftsgruppen arbeiten.

Gerade andersherum als die Grünen, die vor allem erst einmal ihre Kandidatur beschlossen und öffentlich bekanntgaben, haben die Betriebsleute sich Wochen und Monate darüber ausgedacht, ob und wie sie ihre betrieblichen Belange in ein linkes kommunalpolitisches Konzept einbringen könnten. Und auch jetzt wird die Diskussion der Betriebslinken in AG's an inhaltlichen Fragen wie Arbeitsplatzsituation — Überwachungssysteme, Arbeitsplatzverteilung, Bildschirmarbeit — neue Medien, Alternativen zur Rüstungsproduktion u.a. geführt. Erst wenn sich abzeichnet, daß Kollegen aus den Betrieben ein kommunalpolitisches Engagement ihrer Betriebsräte unterstützen werden, soll die Diskussion um Wahlbeteiligung und Kandidatur geführt werden.

In der Frage der Bündnisbereitschaft unterscheiden sich die Betriebslinken ebenfalls erheblich von den Grünen. Das BAB hat beschlossen, Bündnisse mit anderen Gruppen und Bewegungen einzugehen; die Unterstützung des kommunalpolitischen Kongresses ist bereits Ausdruck davon und u.a. zur AL funden erste Kontaktaufnahmen statt. Das BAB und die AL orientieren auf eine einheitliche Liste in Bremen. Alles in allem eine erfreuliche Entwicklung und ein interessanter Ansatz, denn gerade Bremens Arbeiterbewegung hat eine traditionell linke Geschichte. Noch heute gibt es relevante linke Betriebsgruppen, die nicht durch die SPD integrierbar sind. Daher eignet sich Bremen wie kaum eine andere Stadt, um den Versuch zu wagen, eine Alternative gerade auch für die Arbeiterschaft auf parlamentarischer Ebene zu schaffen. Zumal Alternative und Grüne Listen bisher wenig vermocht haben, der Arbeiterschaft diese Alternative anzubieten.

beurschalt diese Alternative anzubieten, und weil nichts so gut geht, sich von den Arbeitern zu isolieren wie die Bremer Büroh-Linie der Grünen.

Ein Beweis dafür konnten die Grünen selbst auf einer Veranstaltung am 30.11.82 führen. Unter dem Thema „Bremer Wirtschaftskrise ohne Ende“ hatte das „Bremer Blatt“ zur Podiumsdiskussion eingeladen. Außer Bahro für die Grünen saßen Vertreter der AL, der DS, des BAB, der DKP und der „Alternativen Wirtschaftsgruppe“ auf dem Podium. Auf heftige Empörung stießen die Grünen beim Publikum — darunter viele Betriebsleute —, als Bahro die schon obige Ignoranzfrage stellte, ob nicht angesichts der Energie- und Rohstoffverschwendung die Hälfte der Arbeitsplätze so schnell wie möglich vernichtet werden müßten.

Ralf Fücks brachte den Saal ebenfalls zum Kochen, als er den Arbeitern den „informellen Sektor“ („Eigenarbeit“) als gangbaren Ausweg aus der Arbeitslosigkeit und Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche anpries. „Ich gehe davon aus, daß tatsächlich ein Großteil von Bedürfnissen, die heute Ersatz sind für ein verstümmtes, versenktes und geklautes Leben, wegfallen werden zugunsten eines Mehr an Kommunikation zwischen den Leuten... Da geht es um ganz andere Bedürfnisse als um das größere Auto oder um die fünfte Polstergarnitur, da geht es um eine andere Produktion unseres Lebenszusammenhangs.“



Molator Rudolf

Tja, der Ralf hat seine Lektion bei Meister Bahro schon gut gelernt. Die Bedürfnisse der Arbeiter werden verantwortlich gemacht für die ökologi-

sche Krise, und Michaela von Freyhold (Russell Initiative) ging noch einen Schritt weiter und machte unsere Bedürfnisse verantwortlich für die Ausbeutung der 3. Welt.

Die Rolle der DKP

Das BAB wurde von den Grünen bisher mit der Bemerkung ignoriert: „Das ist alles DKP“. Tatsächlich ist ein Bündnis der Bremer Betriebslinken unter Ausschluß der DKP-Betriebsräte kaum denkbar. Diese haben eine wesentliche Rolle in der Bremer Arbeiterbewegung gespielt, z.B. bei Klöckner. Aber wenn die Mitarbeiter dieser DKP-Betriebsräte und Vertrauensleute von interessierten Kräften hochstapeln wird zu einer DKP-Liste, sollten wir dem nicht unbedingt auf den Lepp gehen. Sicher, aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre mit der DKP und mit DKP'ern ist Wachsamkeit geboten, aber die derzeitige Bremer Entwicklung bietet auch eine Chance. Prozesse im DKP-Umfeld und an der Basis in Gang zu setzen. Immerhin hat die DKP es hier mit Arbeitern zu tun, mit denen sie es sich nicht leichtfertig verschmerzen will.

Die Vorbereitungen für den Kommunalpolitischen Kongreß

Im September hatten AL und DS auf einer Veranstaltung öffentlich die Durchführung eines kommunalpolitischen Kongresses im Frühjahr 83 vorgeschlagen, der die inhaltliche Arbeit aus dem Initiativenspektrum, dem BAB und grünen wie grün-unabhängigen Arbeitsgruppen bündeln sollte (siehe ausführlicher AK 226). Während die Grünen mehrfach deutlich ihre Ablehnung gegenüber dem Projekt äußerten, wurde aus dem Initiativenspektrum und dem BAB wohlwollendes Interesse signalisiert, das seinen Ausdruck auf einem ersten Vorbereitungstreffen Anfang Dezember fand, auf dem Vertreter im engeren Kreis aus verschiedenen Bereichen anwesend waren.

Vertreter um ein oder zwei Mitglieder des Bremer Bereichs anwesend waren. Über die Zielsetzung des Kongresses...

stungen... Die Wahlfrage aus politischen Gründen drängen lassen oder, wie gemeint, der Zug sei abgefahren und die parlamentarische Vertretung, zwar nicht die beste, liegt nun mal bei den Grünen — Die Mehrheit der Ratsmitglieder wollte dagegen in der AG's die Sachfragen erörtern, doch auf dem Abschlußplenum die politische Durchsetzung von Interessen auf dem außerparlamentarischen und dem parlamentarischen Weg diskutierten. Eine Beschlussfassung über das Kongreßziel wurde vertagt, da nach der kurzen Diskussion die jeweiligen Meinungen nicht ausreichend klar waren. Angesichts forciert grüner Abzügen sollten die linken Kräfte um neuen Jahr beschleunigt darangehen, inhaltlich eine klare Gegenposition zum Bahro-Müller-Kurs zu formulieren und alle Interessierten, aber noch abwarten den Kreise in die Kongressvorbereitung einzubeziehen.

Den grünen Durchmarsch stoppen!

Inhaltlich zeichnet sich der grüne LV durch besonders scharfe arbeiterfeindliche und unsoziale Positionen (Bahro-Linie) aus, die aber aus taktischen Erwägungen im Programm verschwunden könnten, wenn die Linken weiterhin am Programm mitbestimmen, weil die Grünen „auf alle Fälle... eine ökologisch alternative sozialistische Kandidatur gegen die Grünen“ verhindern wollen. Die Äußerungen aus der grünen Ecke lassen aber vermuten, daß hier weniger mit dem Gedanken eines wirklich offenen Bündnisses gespielt wird als vielmehr mit taktischen Versuchen, die verschiedenen Kräfte des Initiativenspektrums und des BAB gegeneinander auszuspielen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß wirkliche Kernfragen des Zusammenwirkens mit der außerparlamentarischen Bewegung, der Kontrolle der Parlamentarierarbeit, des imperativen Mandats mit den Bremer Grünen geklärt werden können, ist augenblicklich gering. Allein ein ernstzunehmendes Gegenrecht, momentan in Gestalt des Betrieblich Alternativen Bündnisses, scheint in der Lage, den grünen Machtanspruch Einhalt zu gebieten. Wer heute ein Bündnis zwischen den „neuen sozialen Bewegungen“ und dem linken Teil der Arbeiterklasse will, muß entscheiden, ob sich dies tatsächlich über „Grün 83“ durchsetzen läßt oder sich nicht im Augenblick sinnvollere Arbeitsfelder (z.B. Kommunalpolitischer Kongress) anbieten.

KB/ Gruppe Bremen

Das »Betrieblich-Alternative Bündnis« aus der Sicht eines Grünen

Ralf Fücks (Ex-KBW, Ex-ISP), einer der Chefideologen der Bremer Grünen, hat sich im „Rundbrief“ des grünen Landesverbandes zur Initiative eines „Betrieblich Alternativen Bündnisses“ (BAB — im Text von Fücks noch als „Initiative Bremer Gewerkschaften“ bezeichnet) geäußert. Die Ausführungen von Fücks bekunden zum einen den erheblichen „Respekt“, den einer der klügsten unter den Bremer Grünen der bisher ignorierten „Konkurrenz“ entgegenbringt. Und sie bekunden ferner die Absicht, diese potentielle „Konkurrenz“ im Sinne der Grünen in einen „Dialog“ einzubladen und zu integrieren, vor allem ihre eigenständige Kandidatur zu verhindern. Fücks hat absolut recht, wenn er schreibt, daß mit „dogmatisch anti-gewerkschaftlichen und anti-industriellen Positionen“ nicht viel zu erben sein wird. Gerade solche Positionen vertritt aber der Bremer Landesverband der Grünen krasser als irgendeine andere Gliederung der Grünen Partei — und dabei macht Fücks selbsterweise überhaupt keine positive Ausnahme. Wir dokumentieren den Wortlaut von Fücks' Ausführungen im Grünen-Rundbrief Nr. 3:

Während ein Teil der „Grünen“ immer noch auf die Konkurrenz zur Alternative von Liste 1000 ist, denken wir an sich nicht um ein ganz anderes Ziel.

ernster zu nehmender Gegenpol zu den „Grünen“ links von der SPD die Initiative Bremer Gewerkschaften“ die mit der „Erklärung zur politischen Lage“ an die Öffentlichkeit getreten ist und inzwischen weit über ihre Initiatoren aus DKP, Arbeiterpolitik und DS hinausgegriffen hat. Mitbewerber zählen Vertrauensleute, Jugendvertreter Betriebe- und Personalräte aus zahlreichen Betrieben der Industrie und des öffentlichen Dienstes zu diesem Kreis, der bereits so breit verankert ist, daß er von Seiten der SPD kaum noch frontal und mit repräsentativen Methoden (Gewerkschaftsausschluß, ...) angegriffen werden kann.

Ob uns die politisch-theoretischen Positionen dieser Initiative passen oder nicht — in ihr drückt sich der wachsende Widerspruch von wachsenden Teilen der Gewerkschaftsaktivisten gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wie gegen die Politik der SPD aus: gebündelt in den Themen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Aufrüstung. Diese Liste ist mehr als eine Inszenierung von gewählten Taktiken — sie verkörpert den Umstand, daß sich eine zunehmende Zahl von Lohnabhängigen politisch nicht mehr von der SPD, aber auch (noch) nicht von den „Grünen“ vertreten fühlen.

Die Initiatoren des Kreises haben sich eher wahlpolitische Absichten — sie zielen auf eine Bündnisliste auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner von Aktionsforderungen. Falls die „Grünen“ darauf nicht eingehen, wird erwogen, mit einer Arbeiterliste zur Wahl im Oktober 83 anzutreten. Ob das genügend Unterstützung im gewerkschaftlichen Sektor finden wird, kann jetzt noch nicht eindeutig beantwortet werden. Jedenfalls bereitet sich die Initiative darauf vor (Diskussionen zur Wahl-Einrichtung...

von Arbeitskreisen, die konkrete Forderungen erarbeiten sollten).

Die „Grünen“ können diesen Kreis nicht (länger) ignorieren. Und wir müssen verhindern, daß wir von Anfang an in eine unfruchtbare Frontstellung gegen die Mehrheit von Kollegen geraten, die sich politisch von der SPD zu lösen beginnen, ohne der CDU oder der DKP in die Arme zu laufen.

Die „Grünen“ müssen selbst die Fragen und Probleme besetzen, an denen sich der Widerspruch zur SPD (+ CDU) in den Gewerkschaften konzentriert; d.h. wir müssen uns damit verstärkt inhaltlich auseinandersetzen und politische Initiativen ergreifen, die uns in einen Dialog mit diesen Kollegen bringen.

Denkbar wären z.B. öffentliche Hearings zur Situation der Bremer Krisenbranchen und zur Arbeitsmarktsituation; verstärkte publizistische Aktivitäten zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen; vielleicht eine Veranstaltungsreihe der Grünen zum Themenkreis „alternativ-ökologische Wirtschaftspolitik mit Betriebsräten und Wissenschaftlern der ins Auge gefaßte Kongress. Zu künftiger Arbeit auf Bremer Ebene.

Im Zuge dieser Zusammenarbeit + Auseinandersetzung wäre öffentlich nachvollziehbar zu klären, ob und welche Grundlagen es für ein wie immer gestaltetes Zusammengehen zur Bundesschaltwahl gibt. Voraussetzung für einen einwilligen Dialog ist freilich von unserer Seite, daß die Bremer „Grünen“ in Wirtschaftspolitik nicht dogmatisch angewerkenschaftliche und anti-industrielle Positionen beziehen, die ein Anknüpfen an die reale Arbeiterbewegung von vornherein ausschließen.

Grüne Realpolitik muß auch gegenüber diesem, noch stark in traditionellen sozialistischen Denkweisen verhafteten linken Flügel der Gewerkschaften einen Weg zwischen Anpassung und grundsätzlicher...

Bundestagswahlen:

Rund ums »linke Wahlbündnis«

Gespräche über ein „linkes Wahlbündnis“ zu den Bundestagswahlen fanden Ende November Anfang Dezember statt. Beteiligt waren die ML-Gruppen KPD/ML, BWK (Abspaltung vom KBW) und MLPD (früher KABD) sowie die rechtsrotzirkuläre GIM. Herausgekommen ist bei den Gesprächen nicht mehr als ein Wahlpakt zwischen KPD/ML und BWK.

GIM: Ganz radikal für die SPD

Zu welchem Zweck man die GIM überhaupt zu den „Verhandlungen“ eingeladen hatte, wird wohl ein Rätsel der für die Initiative verantwortlichen KPD/ML bleiben. Jedenfalls handelte es sich um die Absicht der GIM von vornherein fest: Einerseits den Grünen soviel Stimmen wegzunehmen wie nur möglich, andererseits direkte Wahlunterstützung für die SPD zu leisten. Diese Absicht war mit den Zielen der anderen Gesprächsteilnehmer nicht in Einklang zu bringen.

Die GIM ruft traditionell zur Wahl der SPD auf, weil sie in dieser „die Arbeiterpartei“ sieht. Das Geschäft war relativ unkompliziert, solange man sich darauf berufen konnte, daß keine parlamentsfähige Alternative vorhanden sei. Mit dem Einzug von grünen und alternativen Listen in viele Parlamente hat dieses traditionelle Argument zugunsten des „kleineren Übels“ sehr viel an Zugkraft verloren. Schon ihre Unterstützung für die SPD im Bundestagswahlkampf 1980 mußte die GIM-Legung mit einem halben Putsch gegen anderslautende Organisationsbeschlüsse durchsetzen. Allerdings ist die Meinung, daß die Grünen keinesfalls wählbar seien. Also muß die GIM vor jeder Wahl für die Bildung einer „sozialistischen Alternative“ plädieren, an der sich außer der GIM selbst jedoch noch niemand interessiert gezeigt hat. Anschließend kann die GIM dann mit bedauerndem Hinweis auf das Fehlen einer „sozialistischen Alternative“ wieder zur Wahl der SPD mobilisieren.

An die KPD/ML, BWK und MLPD hat die GIM bei den Gesprächen Ende November/Anfang Dezember die Forderung gerichtet, ein „linkes Wahlbündnis“ dürfe nur Direktkandidaten aufstellen (das ist praktisch bedeutungslos) und müsse zur Abgabe der (entscheidenden!) Zweitstimme für die SPD aufrufen. Das wollte außer der

GIM selbst niemand einsehen. Jetzt will sie ganz allein „weiter am Zustandekommen sozialistischer Direktkandidaturen arbeiten“ (sic) und damit die SPD mobilisieren. Warum die SPD wahllos ist, die u.a. für Nachrüstung und Atomprogramm eintritt, nicht aber die Grünen, die immerhin in diesem Punkt eine radikale Oppositionsrolle einnehmen, ist von der GIM bisher nicht eindeutig erklärt worden.

MLPD: Ganz breites Bündnis mit sich selbst

Mit Bündnispolitik, d.h. mit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, hatte die MLPD nie viel im Sinn, als sie noch KABD hieß. Vor Wahlen wurde regelmäßig verkündet, daß im Grunde alle Parteien gleich schlecht seien und daß „Wahlboykott“ die einzige angemessene Reaktion sei.

Zu den Neuwahlen im März hat die MLPD erstmals den Versuch gemacht, sich am Zustandekommen eines „Wahlbündnis gegen Rechts“ zu beteiligen. Dabei argumentierte sie nicht einmal unvernünftig, daß ein solches Bündnis so breit wie möglich sein sollte — dem Anspruch der MLPD nach sollte es alle Kräfte links von der SPD, von den Grünen bis zur DKP, einschließen. Um der Breite willen sollte das Wahlbündnis keine dezidiert linke, antikapitalistische, womöglich sozialistische Stoßrichtung haben dürfen. Dieser Vorschlag fand freilich sehr wenig Sympathie, und selbst die KPD/ML und der BWK als letzte verbliebene Kandidaten für das superbreite Bündnis mochten der Konzeption nicht zustimmen: Wenn man schon allein unter den MLern bleibt, so meinen sie, dann soll man es wenigstens konsequent tun und sich auf ein „revolutionär-sozialistisches“ Programm einigen, um die „Einheit der Marxisten-Leninisten“ mal wieder ein kleines Stück voranzubringen.

Die MLPD zog daraus die einsichtige Schlussfolgerung, die Gespräche mit der KPD/ML und dem BWK abzubrechen. Eigentlich hätte die MLPD spätestens an diesem Punkt zur Schlussfolgerung kommen müssen, daß das Projekt „breites Wahlbündnis“ gescheitert ist, da absolut keiner der möglichen Partner interessiert ist. Stattdessen kam die MLPD, ganz im Sinne ihrer alten Sekten-Tradition, zu einem völlig

anderen Schluß: Das Zustandekommen eines Wahlbündnis sei an Unmöglichkeit und Verrat der verschiedenen Organisationen für tot. Im ersten Anlauf gescheitert. Nun müsse im zweiten Anlauf das breite Bündnis der gutwilligen Basis hergeschmiedet werden. Zu diesem Zweck ruft die MLPD jetzt überall, wo sie personell vertreten ist, örtliche „Arbeiterinitiativen“ ins Leben, aus deren Jernbüchse eine „Vereinigte Arbeiterliste gegen den Bonner Rechtsblock“ gebastet werden soll. Wie es das Alphabet zeigt, wird die Liste der Unterzeichner stützrecht von einem ZK Mitglied der MLPD angeführt. Allerdings scheint noch nicht endgültig festzustellen, ob die MLPD sich mit dieser Aktion wirklich zu den Bundestagswahlen auf den Laufsteg trauen wird, oder ob man sich damit begnügen will, im Vorfeld der Wahlen ein bißchen Bündnispolitik zu entfalten.

Enges Bündnis zwischen KPD/ML und BWK

Zwischen KPD/ML und BWK gibt es seit längerem einen ziemlich kontinuierlichen Prozeß der Annäherung und Zusammenarbeit. Beide Gruppen tendieren zur Eigenkandidatur auf jeden Preis, was bei der KPD/ML immerhin der rationalen Hintergrund hat, daß sie gelegentlich zu Wahlen antreten muß, um ihren Partei-Sitz als nicht zu verlieren. Für den BWK hingegen sind keinerlei rationale Motive erkennbar, seine paar Hundert Anhänger immer wieder als Wahlvolk auszufragen zu lassen.

Jedenfalls, KPD/ML und BWK haben sich — als bei den „Verhandlungen über ein linkes Wahlbündnis“ außer ihnen niemand mehr übrig geblieben war — auf ein Abkommen geeinigt: Man teilt die Bundesländer unter sich auf, und jeweils eine der beiden Gruppen kandidiert in einem Bundesland mit einer von der anderen Gruppe unterstützten „offenen“ Liste. Der KPD/ML sind Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, NRW und möglicherweise Hessen zugeteilt worden. Der BWK soll in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern kandidieren. Jeders Ergebnis oberhalb von 5.000 Stimmen (Bundesweit für beiden Gruppen zusammen) darf wohl als beachtlicher Erfolg verbucht werden.

Auf der Seite des Arbeiters stehen...

Interview mit Ursula Schwarzenberger vom Bundesvorstand der Grünen

Ursula Schwarzenberger zählt innerhalb der Grünen zu den Geistesführern auf der Trennung von Ökologie und Ökonomie beruhenden Vorstellungen von grüner Wirtschaftspolitik, wie sie am zugespitztesten kürzlich von Bahro vertreten wurden. Seit gut einem Jahr im grünen Bundesvorstand hat sie sich immer engagiert gegen die Entwicklung parteiborierter Scheuklappen und für eine weitestgehende Öffnung und Zusammenarbeit der Grünen mit allen Strömungen der Basisbewegung eingesetzt. Das Interview mit Ursulas Positionen zur aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion zeigt anschaulich einen Ausschnitt aus dem vielfältigen politischen Strömungen auf dem linken Flügel der Grünen.

AK: Du bist bei den Grünen schon immer für eine stärkere Beachtung der sozialen Frage eingetreten, da Ökologie und soziale Gerechtigkeit für Dich immer zusammengehört haben. Inzwischen hat die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD dafür gesorgt, daß die Grünen genauer ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen diskutieren.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Stuttgart soll unter dem Motto „Sinnvoll arbeiten — Solidarisch leben“ ein Maßnahmenkatalog gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verabschiedet werden. Welches und für dich wesentliche Gesichtspunkte innerhalb dieser Diskussion?

U. Schw.: Zunächst einmal meine ich, daß die eskalierende wirtschaftliche Krise uns Grüne leider ziemlich unvorbereitet getroffen hat. Mit den seit den Zeiten des Sparbündnisses Programmen bestehenden innerparteilichen Flügelkämpfen, mit der Diffamierung der Linken — „Ihr seid...“ — wurde viel we-

nig es kann einfach keine gemeinsame Perspektive zustande kommen, was immer ganz verständlich, denn eigentlich gibt es von den Ursachen und den „Verursachern“ her nie ein echtes Gegenüber von ökologischen und sozialen Zielen. Folgende Fragen müssen wir problematisieren und den vielen Menschen, die durch die Arbeitslosigkeit und die sozialen Streichungen noch verunsichert und damit aus einer Lähmung heraus oft noch unpolitisch sind, lebenserhaltende Lösungsansätze vermitteln.

1. Wem nützt heute die ökonomische Krise? Wem nutzen die verschiede-

nensten Lösungsversuche der Altparteien? Sind wir fähig, das Kapitalismusystem als Ursache und eigentlichen Gewinner klar und verständlich darzustellen und vor allem auch in unseren eigenen Köpfen diese Fakten abzuklären? Oder haben wir da immer wieder Angst vor unserem eigenen Mut und denken, die Menschen verstehen uns falsch — in Richtung „real existierender Sozialismus“ — und erkennen unsere vor allem ökologischen Absichten nicht?

2. Auf welche Seite stellen wir Grünen uns wirklich auf der Seite des Arbeiters, des wirklich wie die Natur ausgebeuteten „Objekts“, oder reagieren wir mit Schlagwörtern wie „Die Arbeiterbewegung ist tot“? Viele wollen sich auch lieber, wie es H. Lippelt im April 80 schrieb, auf den „mundig gewordenen Bürger“ den „toten beziehen, die Grünen sollten eine „progressive“ „bürgerliche Partei“ sein, — vielleicht, damit wir uns so lieber die Hände nicht mit allzuviel Nähe zum Arbeiter schmutzen machen, die uns und der „Linken“ allemal ja noch nie richtig gelungen zu sein scheint.

3. Können von uns Grünen konkrete Sofortmaßnahmen ins Auge gefaßt werden, die geeignet sind, die schlimmsten Auswirkungen der Krise und ihr Fortschreiten zu verhindern, ohne gleichzeitig unsere langfristigen utopischen Ziele zu behindern?

Zu diesen Fragen folgende Überlegungen: Der Zusammenhang von ökologischer und ökonomischer Krise mit dem Kapitalismusystem ist in der Erklärung des Hagerer Bundeskongresses zur Wirtschaftspolitik bereits aufgezeigt worden. Besonders erfreulich aber ist die neue Vorlage der Wirtschafts-AG zur kommenden Bundesdelegiertenversammlung. Darin heißt es: „Wir sind nicht bereit, die soziale Frage gegen die Ökologie ausspielen zu lassen oder umgekehrt. Für uns ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit zugleich ein Kampf für sinnvolle Arbeitsplätze, für ökologisch und sozial sinnvolle Investitionen. Hier genau müssen sich Ökologie- und Arbeiterbewegung treffen. Aus diesem Grund treten wir ein für eine Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen der Lohnabhängigen.“

Auf der Seite des Arbeiters stehen — das heißt für mich, die allgemeine Lage von der realen Lebenssituation der Arbeiter her zu betrachten, statt idealistische Forderungen an die Arbeiterschaft zu stellen. Es heißt auch, den Zusammenhang zwischen der Misere der Wirtschaft und der Ausbeutung der Arbeiter hier mit der kapitalistischen und imperialistischen Weltwirtschaftspolitik herzustellen; aufzuzeigen, wie völlig andere Modelle in diesem Bereich begonnen werden müssen. Solidarität der Arbeiter auf der ganzen Welt durch Einhaltung der Menschenrechte überall muß auch den Lohnabhängigen in unserer Gesellschaft durch unsere Politik vermittelbar sein. Ähnliches und auch genauso Wichtiges gilt vor allem auch für unsere Stellung zur Abhängigkeit und Unterdrückung der Frauen in der derzeitigen Wirtschaftsweise. Aber ähnlich wie mit dem Thema 3. Welt, so ist es leider auch mit der Frauenfrage nicht nur die anderen Parteien und Institutionen wie Gewerkschaften, Kirche, teilweise bis hin zur Friedensbewegung haben in beiden Bereichen Dilemme auch in der Arbeit der Grünen sind die Gewerkschaften noch nicht nach der eigentlichen Bedeutung der Probleme gewetzt. Um so erfreulicher finde ich es, daß in der Diskussionsvorlage für die kommende Bundesdelegiertenversammlung gerade in diesen Punkten Fortschritte gemacht wurden. Zur Frauenfrage wird z.B. gleich am Anfang der Präambel Stellung genommen. Das ist eine so wichtige Tatsache, an der eventuelle Änderungen der Präambel keinesfalls rütteln dürfen. Übrigens haben sich dafür auch bereits die Frauen auf der BHA-Sitzung in Münster eingesetzt.

Wir Grünen müssen die konkrete Situation des arbeitenden Menschen ernst nehmen und von da aus jetzt schon Möglichkeiten der Veränderung aufzeigen. Wir dürfen es auf gar keinen Fall dulden, daß in der jetzigen Krise wieder die Schwächsten der Kette die Suppe auslöffeln sollen. Deswegen ist es für mich besonders erfreulich, daß der ewige Sirenpunkt bei den Grünen — Utopie oder Realität — in der neuen Vorlage der Bundes-Wirtschafts-AG

klar thematisiert und im Sinne einer echten Realutopie — die meines Erachtens die einzige Lösung und deutliche Unterscheidung zu falschen idealistischen Perspektiven bietet — ausgearbeitet wurde. Der Abschnitt 1.4 der Vorlage „Kurzfristige Forderungen und langfristige Perspektiven“ ist deshalb so wichtig und darf auf keinen Fall verwässert werden. Manchmal dachte ich schon, die Grünen wären nicht fähig, eine Sache dialektisch anzugehen, aber gerade diese Ausführungen ermutigen mich, mich mit einzusetzen für eine Politik, die eine wirkliche Utopie als Ziel hat, aber die Spannung immer wieder auf sich nimmt, reale Schritte, immer wieder neu in der Reflektion des schon gegangenen Weges anzugehen. Und — das betone ich besonders — solche realen Schritte, die heute schon zu Veränderungen führen, sind möglich! Abbau der Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Verringerung der Einkommensunterschiede, sinnvolle Investitionen usw. Zu allen diesen Fragen finden sich ausführliche Darstellungen in der Diskussionsvorlage.

Daß durchgreifende Veränderungen ohne ein Mehr an Demokratie nicht möglich sind, wird im Kapitel „Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik“ ohne wenn und aber genannt: „Eine weitere Entwicklung in ein uneingeschränktes industrielles Wachstum ist für uns unannehmbar. Deshalb vertreten wir eine Zielrichtung und Maßnahmen, welche die grundlegenden Bedingungen kapitalistischen Produzierens, Lohnarbeit, Herrschaft von Menschen über Menschen und sozial unkontrollierte Produktion überwinden.“ Ausgangspunkt unserer Grünen Wirtschaftspolitik ist die gemeinsame Gestaltung und Abstimmung der gesellschaftlichen Produktion, Konsumtion und Verteilung. Diese demokratische Selbstbestimmung des Wirtschaftens ist Bedingung und Voraussetzung eines Anders Arbeitens — Anders Leben nach sozialen und ökologischen Grundwerten. Bei einer Verwirklichung dieser demokratischen Wirtschaftsweise würde die gegenwärtige lebensnotwendige Strukturpolitik außer Kraft gesetzt.“

AK: Rudolf Bahro, jetzt auch im Bundesvorstand der Grünen, hat sich zu diesem Thema mit einer sehr radikalen Position zu Wort gemeldet. In seinen Anmerkungen zur Vorlage der Bundes-Wirtschafts-AG, wendet er sich gegen Reformen und Verbesserungen am Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems als „ökonomisch-demokratische Dienste am Krankenbett des Kapitalismus“. Er fordert die Abschaffung des Kapitalismus durch „Produkt aus der Industriegesellschaft“.

Ich habe mich im „ökonomisch-demokratischen Dienste am Krankenbett des Kapitalismus“ für die Abschaffung des Kapitalismus durch „Produkt aus der Industriegesellschaft“ ausgesprochen.

U. Schw.: Ja, der Aufstand Bahros anhand seines Papiers gegen den 1. Entwurf der Bundes-Wirtschafts-AG in Hagen war ziemlich schlimm. Dieser Leitgedanke — Abschaffung des Kapitalismus durch sozialen Anstieg der „Exodus“ soll die Lösung der Krise bringen — wurde mit dogmatischem Anspruch als einzige grüne Ansicht verkauft; allen anderen wurde Kooperationswilligkeit mit der SPD unterstellt, 5 Millionen Arbeitslose als Chance, das hat wohl den meisten Staub aufgewirbelt. Meines Erachtens zeigt aber der Verlauf der Versammlung in Hagen, daß die Mehrheit der Basis diese Position so nicht teilen kann.

Natürlich ist das verabschiedete Thesenpapier zur Wirtschaftspolitik ein Kompromiß, in dem auch Bahros Positionen sich wiederfinden lassen. Seine Wahl in den Bundesvorstand zeigt den Vertrauensvorschuß, den er bei vielen grünen Mandatärern geniesst. Ich fand diesen Kompromiß aber notwendig, um auf dieser Basis die Diskussion weiterentwickeln, präziser ausarbeiten zu können. Das neue Papier der Bundes-Wirtschafts-AG ist in meinen Augen ein erheblicher Fortschritt und beschreitet deutlich eine andere Richtung als die von Bahro angegebene. Schon durch die Aussagen der Hagerer Erklärung, aber erst recht in der neuen Vorlage wird klar dargestellt, daß trotz der drohenden ökologischen Krise sich die Überlegungen, und zwar die realen Schritte heute schon, zur selbstbestimmten sozialen Gestaltung des menschlichen Lebens nicht erübrigen und heute auch schon etwas nutzen müssen. Dabei darf dann auch der informelle Sektor nicht gegen den for-

mellen ausgespielt werden, weil Veränderungen in beiden Bereichen Voraussetzungen unserer Politik und besonders der Durchsetzung unserer Politik sind. Nicht die Arbeitslosigkeit ist die Chance, sondern das wachsende politische Bewußtsein der Beschäftigten und der unbedingte Wille zur selbstbestimmten und selbst-verwalteten Arbeit. Auf diese Erkenntnisprozesse müssen wir vertrauen und sie auch offensiv durch unsere Arbeit und unsere politischen Forderungen vorantreiben. Sonst bleibt nur die Öko-Diktatur — die allerdings wollen wir Grünen nicht.

Es darf nie der Eindruck entstehen — gerade weil wir noch immer mehr eine Partei der Intellektuellen sind — als wäre das Leben der einzelnen Arbeiter nicht genauso wichtig wie die ökologische Veränderung. Wieder geht es natürlich um die Darstellung des Zusammenhangs von beiden. Aber wer einfach so tut, als wäre die Industrieproduktion als solche schlecht, kommt nah an einen Zynismus gegenüber den Arbeitern heran. Ich erkläre das immer gerne an einem Beispiel: Ich backe z.B. leidenschaftlich gern mein Brot selbst, weiß aber auch, daß man das jemandem, der 8 und mehr Stunden am Tag arbeitet, nicht zumuten kann. Politisch heißt „mein-Brot-selbst-backen“ für mich, es kann ein Zeichen für andere sein wie auch unser Brot ist — aber nicht die Aufforderung, alle Brotfabriken abzuschaffen. Denn man kann auch mit den fliegenden Maschinen, die für ein gesundes wohlgeschmeckendes Brot konzipiert werden und nicht für die Gewinnmaximierung, das verwirklichen, was wir notwendig anstreben.

In dem Zusammenhang sehe ich es auch, wenn R. Bahro sich gegen die Teile der Grünen wendet, die eine stärkere Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich orientierten Kräften wünschen. Natürlich heißt diese Zusammenarbeit zugleich und vor allem, den Gewerkschaften in vielen Punkten zu widerstehen, und zwar „ins Angesicht“ und viel offensiver uns einbringend als das bis jetzt geschah. Wir müssen den Leuten, den immer mehr Beschäftigten teilweise unartikuliert nur im Magen spüren, wenn sie an „die da oben“ in der Gewerkschaft denken, deren Vertriebenheit mit denen da unten im Betrieb und im Staat immer deutlicher wird, diesen Ärger müssen wir Grüne artikulieren, neue Forderungen stellen. Alles aber, indem wir mit arbeiten und immer mehr Menschen ein in der Betriebsbasis aller Frustrationen zum Trotz zur aktiven Mitarbeit bringen. Dies ist vor allem im Jugendbereich wichtig.

AK: In eine ähnliche Richtung wie Bahro äußerte sich Ernst Hopfbeck zum Trotz zur aktiven Mitarbeit bringen. Dies ist vor allem im Jugendbereich wichtig.

AK: In eine ähnliche Richtung wie Bahro äußerte sich Ernst Hopfbeck in der FAZ, der den Sozialstaat als „obole“ abzuschaffen möchte und statt dessen auf Selbsthilfe-Kollektive setzt. Diese Position bringt die Grünen in die Lage der sozialpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU, die auch die Eigenverantwortung des Bürgers stärken möchten, um den Staat von sozialen Verpflichtungen zu entlasten.

U. Schw.: Das ist allerdings ein besonderer heikler Punkt. Natürlich bin ich auch für Selbsthilfefunktionen und habe mich immer dafür eingesetzt und selbst aktiv mitgearbeitet. Aber gerade in dem FAZ-Artikel von Hopfbeck mit „Sozialstaat als obole“ klingen sehr gefährliche Tendenzen an. In einem Artikel in „Publik Forum“ (Nr. 21 Okt. 82) fand ich unter der Überschrift „wenn zwei daube sagen“ einen Bericht von Wolfgang Kessler über ein Treffen, das unmittelbar nach dem Regierungswechsel zwischen CDU/CSU und SPD zwischen Vertretern der grün-alternativen Bewegung (z.B. Josef Huber, Berlin) zum Thema „Subsidiarität — Alternative zur staatlichen Annäherung“ stattfand.

Kessler schreibt dazu treffend: „Der Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip als Alternative zur staatlichen Annäherung“ ist dann auch nur dann eine menschlichere Alternative zu dieser, wenn es nicht als ideologische Rechtfertigung für drastische Einschnitte ins soziale Netz mißbraucht wird... wozu die CDU/Politik jedoch genau mißbrauchen will.“

Man fascht von Wir-Gemeinschaft. Übrigens waren das allemal die Töne zu Weihnachten von Bonn bis Washington. Meine Meinung ist: alternati-

ve Selbsthilfegruppen ja — und damit die Chance, staatliche Altmachtmöglichkeiten auf lange Sicht immer mehr zu ersetzen. Aber diese Gruppen müssen auch vermehrt vom Staat — subsidiär — gefördert werden, d.h. ihnen trotz geldlicher Unterstützung volle Freiheit gewährend. Bleiben diese staatlichen Leistungen aus und stellen die Grünen dies womöglich noch als politische Alternative dar, so ist die Arbeit der Selbsthilfegruppen insgesamt gefährdet, bzw. nur noch den Besser-Verdienenden möglich.

AK: Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Diskussion findet man bei den Grünen häufig die Vorstellung, daß jetzt alle Opfer bringen müßten, da es mit dem verschwenderischen Leben auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt so nicht weitergehen könne.

U. Schw.: Ja, ich war ziemlich erschrocken als ich so etwas auch von Willy Hoß auf dem Kongreß Zukunft der Arbeit hörte. Nichts ist für mich wichtiger als die Lebensverbesserung für die Menschen in der Dritten Welt. Aber wenn wir werden hier Opfer gebracht? Wir müssen anfrühen mit der idealistischen Vorstellung, daß unter heutigen Verhältnissen Opfer, die wir bringen, der Dritten Welt zugute kommen. Im Gegenteil, sie kommen dem Moloch Kapital zugute, der auch die Dritte Welt immer stärker in den Griff kriegt. Und von wem werden Opfer gefordert? Welche Folgen hat es, wenn immer zuerst die kleinen Leute zur Kasse gebeten werden?

Meiner Meinung nach hat alternativ, „einfaches“ Leben nichts mit Opfermentalität zu tun; es soll Freude, nicht Opfer sein. Verzicht auf Konsum kann weder „verordnet“ noch idealistisch verbrämt ethisch gefordert werden. Haben-Mentalität ist nicht die Schuld des Individuums sondern ein Konstrukt der kapitalistischen und imperialistischen Zwangslage in einer unterdrückten Arbeitswelt in Zusammenhang mit einer raffinierten Suggestivwerbung. Darum sollten wir Grünen auch mit Nachdruck harte Abstriche bei der kapitalistischen Werbung fordern.

AK: Peter Kelly schrieb in ihrem Offenen Brief an Willy Brandt: „Wir, die Grünen, und ein historischer Versuch, zugleich Bewegung“ zu bleiben aber auch Partei zu sein, die Partei für die Jugend ergreift, die im herrschenden System vergessen oder unterdrückt werden.“ An anderer Stelle nannte sie die Grünen auch eine „Anti-Parteien-Partei“. Im Gegensatz dazu ist die Bereitschaft der Grünen sich bei den Bundestagswahlen auf ein breiteres Spektrum der „Bewegung“ zu stützen, äußerst gering, was sich besonders in einem recht arroganten Verhalten gegenüber den demokratischen Sozialisten niederschlägt. Wie stellt sich für dich das Verhältnis zwischen der Hausbewegung außerhalb der Grünen und der Grünen Partei dar?

U. Schw.: Ich ging davon aus — und das schon lange vor dem „schwarzen Freitag“ —, daß wir zur Überwindung des „Klassenkampfes von oben“ (Gollwitzer), der als Kampf der Privilegierten die eigentlich Ursache der genannten Krisen ausmacht, einen breiten Zusammenschluß aller Gruppen der verschiedensten „Gegenbewegungen“ brauchen.

Es zeigt sich nun, daß die Zeit immer schwieriger wird, der Abbau der demokratischen Rechte, die Verletzung der 3 Welt springen mir jedenfalls neben der ständig drohender werdenden Kriegsgefahr immer klarer ins Bewußtsein, wir können in unserem politischen Kampf auf keinen verzichten, der mindestens unsere Stoßrichtung teilt.

Den bürgerlichen Apparat, in dem einschließend der Institution Kirchen Millionen von Menschen arbeiten — haben wir nicht.

Die öffentlichen Medien — und das zeigt der beginnende Wahlkampf wiederum erschreckend — können wir auch bei großer Anstrengung nur im geringen Maße für die Bewußtseinsbildung nutzen.

Das Geld der herrschenden Parteien haben wir nicht und wollen es auch nicht, um damit dann „Flickschusterei“ zu betreiben.

In der Eskalation der verschiedensten Krisen gibt es immer mehr offene Fra-

Fortsetzung nächste Seite

Ursula Schwarzenberger ist 57 Jahre, hat 5 Kinder. Nach dem Studium von Deutsch, Geschichte und katholischer Theologie wurde sie

Ursula Schwarzenberger ist 57 Jahre, hat 5 Kinder. Nach dem Studium von Deutsch, Geschichte und katholischer Theologie wurde sie Gymnasiallehrerin. Über die Arbeit in 3. Weltgruppen ist sie in den 1970er Jahren zu den Grünen gestoßen. 1980 war sie grüne Direktkandidatin bei den Bundestagswahlen und hatte Platz 3 auf der Landesliste eingenommen. Inzwischen ist sie Mitglied des grünen Bundesvorstandes. Sie tritt für Wahlbündnisse mit anderen Kräften ein, so war sie in Oettingen Mitinitiatorin der AGIL, eines kommunalen Wahlbündnisses, das erfolgreich bei der letzten Stadtratswahl kandidierte. Sie versteht sich ausdrücklich aus ihrem christlichen Verständnis heraus als eine Verteidigerin sozialistischer Ideen.



Keine »Hamburger Verhältnisse« mehr

Fortsetzung von S. 1

Volum gegen den Bonner Rechtskurs

Befriedigen am Hamburger Wahlergebnis muß das Abschneiden von CDU und FDP. Die Bonner Regierungsparteien haben nach der Hessenwahl eine weitere deutliche Niederlage einstecken müssen, was neben den Hamburger Besonderheiten als Warnung für den Bonner Rechtskurs gewertet werden muß. Außer den Nachwirkungen der auf Ablehnung gestöbten Art und Weise des Regierungswechsels haben dabei auch erstmals spürbar verschärfte Sozialabgaben und Mieterhöhungen eine Rolle gespielt. CDU und FDP in Hamburg verloren 35 000 Stimmen. Die SPD gewann 122.000 Stimmen dazu. Der Löwenanteil der SPD-Gewinne kommt aus er gestiegenen Wahlbeteiligung, die mit dem Regierungswechsel haben dabei auch erstmals spürbar verschärfte Sozialabgaben und Mieterhöhungen eine Rolle gespielt. CDU und FDP in Hamburg verloren 35 000 Stimmen. Die SPD gewann 122.000 Stimmen dazu. Der Löwenanteil der SPD-Gewinne kommt aus er gestiegenen Wahlbeteiligung, die mit dem Regierungswechsel haben dabei auch erstmals spürbar verschärfte Sozialabgaben und Mieterhöhungen eine Rolle gespielt.

Hafen-Unternehmer Eckelmann mit beträchtlichen Summen finanziert wurden.

Die SPD in der Opposition wieder auf dem Vormarsch?

In geradezu klassischer Weise praktizierte Hamburgs SPD, was diese Partei seit Jahrzehnten charakterisiert. Sie als fortschrittliche Kraft darzustellen vor dem Hintergrund, daß noch mehr Rückschritt droht. Die SPD nutzte die Stimmung gegen den Bonner Regierungswechsel durch intensiven Wahlkampfinsatz des Hamburger Ex-Kanzlers Schmidt, der gehörig auf die Tränendüse drückte. Die Fähigkeit der SPD, von einem Tag auf den anderen so zu tun, als habe sie schon immer eine ganz andere Politik gewollt, bewies sie an Themen wie BafoG, Kürzungen und Mieterhöhungen. Obwohl die SPD Einschränkungen beim BafoG noch selbst in ihrer Regierungszeit einleitete, tritt sie jetzt an die Spitze der Proteste gegen die CDU/CSU/FDP-Regierung. Dohnanyi trat als einer der Hauptredner bei der Bonner Protestkundgebung gegen die BafoG-Streichungen auf. Dafür kann er sich insbesondere bei den von Jusos und DKP Studenten beherrschten Vereinigten Deutschen Studentenschaften bedanken, die ihm im Wahlkampf diese Profilierung ermöglichten. Eine Meisterleistung gelang der SPD bei den Mieterhöhungen: Im August 1982 beschloß der Hamburger Senat die Erhöhung der Sozialmieten von DM 6,80/qm auf DM 7,30. Im November beschloß die Bürgerschaft mit den Stimmen von CDU und SPD diese Erhöhung ab 1.1.83, die den Mietern bis zum 1.12.82 mitgeteilt werden mußte. So geschah es denn auch kurz vor der Wahl, und es gelang der SPD, diese Erhöhung als Folge der Bonner Mieterrechtsänderungen vom Anfang Dezember darzustellen. Im besonders betroffenen Stadtteil Steilshoop sprechen 13,2 % SPD-Zugewinne dafür, daß die Rechnung aufging. Schließlich wurde die SPD-Parole „Klarheit für Hamburg“ von vielen Wählern positiv beantwortet. Der Schrecken der „Unregierbarkeit“, der in Hamburg auch nicht im infernesten etwas mit „Chaos“ zu tun hatte (trotzdem gab es Barrikaden, keine toten

Fahnen und Betriebsbesetzungen, außerparlamentarisch lief auch nicht viel seit dem Juni), war der gelungene Appell an eine Mehrheit der Wähler, sich für die bestehenden Verhältnisse einzusetzen. Die vorhandene Krisenangst konnte die SPD mit ihrem „besonnenen Reformprogramm“ auffangen. Für die Hamburger SPD ist aus dem Wahlergebnis die Schlußfolgerung zu erwarten, daß jetzt alle die Sirenpunkte durchgezogen werden, die während der SPD-Verhandlungen mit der GAL Dohnanyi noch zu so großer Nachdenklichkeit veranlaßt hatten. Andererseits muß vor dem Hintergrund der Rechtsverschiebung im Parteienspektrum gesehen werden, daß diese Maßnahmen bei vielen Wählern nicht ohne weiteres als volle Durchsetzung einer rechten Politik in der Hamburger SPD empfunden werden. Was noch vor 2-3 Jahren heftige SPD-interne Auseinandersetzungen unter dem alten Bürgermeister Klose brachte, ist heute a) durchgesetzt und gilt b) als „Reformpolitik für die 80er Jahre“. So schnell kann sich das politische Koordinatensystem verschieben.

Die GAL stabil

Es war zu erwarten. Gerade das Abschneiden der linken Hamburger GAL wird bei den Grünen besonders kritisch beobachtet, ist doch der hiesige Standort der Wahlbewegung nicht überall in der grünen Bundespartei beliebt. Optisch bleibt stehen 0,9% der Stimmen und 1 Sitz wurden verloren. Sieht das wohl, wir haben es ja immer gesagt, klingt es hier und da zaghaft an — das kommt heraus bei einer linken Politik, und zudem noch bei einer, die sich „hundisch“ auf die SPD bezieht, wie Rudolf Bahro den Versuch des Einbruchs ins traditionelle sozialdemokratische Spektrum nennt. Offen haben sich diese Stimmen bislang wenig zu erkennen gegeben. Harschere aus Stuttgart bedauerte nur, daß es nicht gelungen sei, mehr CDU-Wähler zu gewinnen. Aus einer anderen Ecke gibt es Kritik von rechts. Klaus Hartung von der taz versteckte seine indirekte Erklärung des Wahlausgangs hinter seiner Kritik an der GAL: „Nichts war verrückter, als mit der SPD in Grundsatzverhandlungen über politische Prinzipien einzutreten“, schrieb er am 21.12. seine

Unkenntnis über die GAL-Verhandlungsführung nieder. Hartung, Experte einer neuen Machterschleichungsstrategie, weiß hingegen was richtig gewesen wäre: Die GAL hatte der SPD in ihrer kritischen Phase „soviel Macht und also auch Posten entreißen“ müssen, „so daß später der Kampf um den Minimalkonsens hätte wirksam geführt werden können“. — Donnerweiter, das hatte wirklich keiner in der GAL geblickt. Am besten gleich den Bürgermeister-Posten, vielleicht noch den Innenminister, um ersten notfalls militant gegen SPD-Übergriffe verteidigen zu können? Zurück zur Realpolitik: Das GAL-Ergebnis lohnt in Zahlen dargestellt zu werden. Die 70.549 Stimmen (6,8 %) der GAL entsprechen einem Verlust gegenüber dem Juni von 2855 Stimmen, d.h. weniger als 0,3% der damaligen Stimmenzahl. In den Bezirken, die mit der Zweitsstimme gewählt werden, sieht es sogar noch etwas positiver aus: Hier erhielt die GAL 86.129 Stimmen (8,4%), das sind 418 mehr als im Juni. Trotzdem verlor die GAL vier ihrer 25 Bezirksabgeordneten-Sitze. Unabhängig von Wahlerwanderungen zeigt dies, daß die Verluste in erster Linie aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung zu erklären sind. Für die starke Stabilität des GAL-Ergebnisses spricht, daß sie in ihren Hochburgen z.T. sogar prozentual noch etwas zulegte (z.B. in den Stadtteilen St. Pauli, St. Georg und Neustadt), entsprechend auch in den Bezirken mit den Hochburgen etwa in Eimsbüttel, Hamburg Nord, Altona und Mitte gut abschnitt, während in den Außenbezirken Harburg und Bergedorf das Abschneiden schlechter war (Der Bezirk Wandsbek vermittelte in der Tabelle ein schlechtes Bild: Das Plus von 1200 Stimmen erklärt sich aus der Nicht-Kandidatur der rechten Grünen, die im Juni noch über 3000 Stimmen bekamen. Realistischer sind die Stimmenanteile Wandsbeks bei den Bürgerschaftswahlen, wo die GAL 1200 Stimmen verlor. Hier hatten die rechten Grünen im Juni die GAL unterstützt. Die Wandsbek keine linken Hochburgen kennt, liegen hier die Verluste im beschriebenen Trend). Bleibt also die Frage, wie das Ergebnis insgesamt zu bewerten ist und welche Schlußfolgerungen sich ergeben.

Negative Folgen der Tolerierungspolitik gegenüber der SPD?

Unmittelbar nach der Wahl gab es Stimmen in der GAL, die den Versuch der Tolerierungspolitik gegenüber der SPD für das optisch schlechtere Wahlergebnis verantwortlich machen wollten. Grund: INFAS hatte errechnet, daß angeblich 14 000 GAL-Wähler wieder SPD gewählt haben. Ergo: Für diese Wähler war die GAL die schlechtere SPD. Die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“, die eine äußerst interessante Auswertung der Hamburg Wahl vorgenommen hat (siehe nebenstehende Bewertung des GAL-Ergebnisses) greift die Wählerwande-

lungsberechnungen als unwissenschaftlich an. Sie kommt vielmehr zu der Rechnung, daß nur jeder zwölfte GAL-Wähler wieder SPD gewählt hat (das wären gut 6000). Dabei kommen die Mannheimer zu Untersuchungsergebnissen, die das GAL-Ergebnis in erheblich positiverem Lichte dastehen lassen, als dies auf den ersten Blick der Fall ist. Neben der Betonung der Stabilität des Ergebnisses werden Veränderungen der GAL in der Wertung der Wähler der etablierten Parteien und vor allem Veränderungen bei den Wählern der SPD festgestellt, die die Mannheimer auf die SPD/GAL-Auseinandersetzungen seit dem Juni zurückführen. Zum einen wird die GAL heute deutlicher als im Juni von der Gesamtheit der Wähler links eingestuft (90% gegenüber 67% im Juni. 20% stufen im Juni die GAL als Mitte ein, nur noch 8% waren das im Dezember). Während im Juni 43% aller Hamburger eine Präsenz der GAL in der Bürgerschaft gut fanden, waren es im Dezember nur noch 36%. Dabei ist allerdings die Verschiebung interessant: bei CDU (von 28 auf 11%) und FDP nahm dieser Wunsch ab, bei SPD-Wählern stieg er von 42% auf 46%. Eher als Bestätigung für die GAL-Politik muß man die Mannheimer Erkenntnisse über inhaltliche Veränderungen bei SPD-Wählern werten. 60% der SPD-Wähler waren im Juni für das AKW Brokdorf, im Dezember waren 53% dagegen. Ähnlich haben sich bei den SPD-Wählern mittlerweile Mehrheiten gegen die Hafenerweiterung und die Räumung besetzter Häuser ergeben. Alles Themen, die in den Verhandlungen GAL/SPD eine große Rolle in der Öffentlichkeit spielten. Interessant das Mannheimer Fazit: „Die Grün-Alternativen haben bei bundesweit abnehmender Zustimmung für die Grünen ein äußerst gutes Ergebnis erreicht und zeigen Anzeichen von großer Stabilität.“

Wellermachen oder Kursänderung Richtung „originär ökologischer Politik“?

Zieht man ein Fazit der Hamburger Entwicklung, dann bleibt festzuhalten: Krisenhafte Entwicklung und zunehmender Rechtsstreich in der Politik führen mehr als in den Jahren der Entstehung grüner und alternativer Listen als Sammelbecken für Protestwähler zu einer immer stärkeren gesellschaftspolitischen Polarisierung. Die SPD beweist in diesem Prozeß, daß sie trotz eigener Krisen-Entwicklung nach wie vor starke Fähigkeit besitzt, diese Polarisierung für sich auszuschöpfen. Grüne und Alternative drohen in diesem Prozeß aufgegeben zu werden, wenn sie sich nicht deutlicher als bisher gegenüber der Rechtsentwicklung, also auch der drohenden Stabilisierung konservativer Herrschaft verhalten. Verwaschene Fronten, wie sind mehr rechts und links so zu finden“ nur ähnliches und kein Standort in dieser

Fortsetz. auf nächste Seite

Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 19.12.82 (in Klammern die Veränderung gegenüber der Wahl am 6.6.82)

	In %	In Stimmen	In Sitzen
SPD	51,3 (+ 8,6)	530.016 (+ 122.000)	64 (+ 9)
CDU	38,6 (- 4,6)	398.470 (- 15.000)	48 (- 8)
GAL	6,8 (- 0,9)	70.549 (- 2.855)	8 (- 1)
FDP	2,6 (- 2,3)	26.505 (- 19.860)	(-)
DKP	0,4 (- 0,2)	3.888 (- 1.700)	(-)
HLA	0,3 (- 0,4)	2.815 (- 3.400)	(-)

Wahlen zu den 7 Hamburger Bezirksversammlungen am 19.12.82 — Zweitstimme (in Klammern die Veränderung gegenüber der Wahl am 6.6.82)

	In %	In Sitzen
SPD	49,8 (+ 9,0)	149 (+ 27)
CDU	38,3 (- 4,1)	110 (- 13)
GAL	8,4 (- 0,6)	21 (- 4)
FDP	2,7 (- 2,9)	(-)
DKP	0,4 (- 0,3)	(-)
HLA	0,4 (- 0,5)	(-)

Abschneiden der GAL bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 19.12.82 (in Klammern: 6.6.82)

Bezirk	In Stimmen	In Sitzen	In %
Hamburg insgesamt	86.129 (+ 418)	21 (- 4)	8,4 (- 0,6)
Altona	13.037 (+ 50)	3 (- 1)	9,1 (- 0,7)
Bergedorf	3.843 (- 336)	2 (- 1)	6,4 (- 1,1)
Eimsbüttel	16.834 (+ 245)	4 (- 1)	11,5 (- 0,7)
Harburg	6.497 (- 706)	2 (- 1)	5,8 (- 1,1)
Mitte	9.589 (- 299)	3 (-)	7,7 (- 1,1)
Nord	18.554 (+ 220)	4 (-)	9,7 (- 0,7)
Wandsbek	17.775 (+ 1244)	3 (-)	7,1 (-)

Stadtteile mit den höchsten Stimmenanteilen der GAL in % (in Klammern Veränderungen gegenüber 6.6.82)

Altenwerder	31,0 (- 7,1)
Klostersee	21,5 (+ 0,9)
Rotherbaum	17,1 (- 1,5)
St. Georg	15,8 (+ 0,9)
St. Pauli	15,7 (+ 0,8)
Eimsbüttel	14,2 (- 0,3)
Hoheluft-Ost	13,5 (- 0,7)
Hoheluft-West	13,4 (- 1,0)
Moorburg	13,4 (- 3,4)
Ottensen	12,5 (- 0,3)
Eppendorf	12,2 (- 1,7)
Altona-Nord	11,2 (- 0,4)
Harvestehude	11,2 (- 1,0)
Neustadt	10,6 (+ 0,1)
Altstadt	10,1 (- 1,4)

(Anmerkung: Hamburg hat 100 Stadtteile. In 71 kam die GAL über 5%, in 15 sogar über 10%. Nur in 5 Stadtteilen konnte sie ihr Ergebnis prozentual verbessern, in 4 Stadtteilen verlor die GAL mehr als 2%.

Stimmensplattung (Differenz der Stimmenabgabe zwischen der Wahl zur Bezirksversammlung und der Bürgerschaftswahl)

	SPD	CDU	GAL
SPD	—	18.000	—
CDU	—	5.000	—
GAL	—	15.580	—
FDP	—	1.200	—
DKP	—	709	—
HLA	—	1.490	—

Stimmenanteile der Bürgerschaftsparteien nach Altersgruppen (in %)

	SPD	CDU	GAL
18 - 25 Jahre	53,6 (+ 14,9)	24,4 (- 5,5)	20,2 (- 5,8)
25 - 35 Jahre	50,6 (+ 10,7)	26,4 (- 3,2)	21,1 (- 4,0)
35 - 45 Jahre	51,2 (+ 11,6)	39,9 (- 7,4)	6,2 (+ 0,5)
45 - 60 Jahre	53,8 (+ 9,7)	40,6 (- 5,2)	2,2 (- 0,9)
über 60 Jahre	53,8 (+ 4,9)	41,8 (- 3,5)	1,0 (- 0,1)

Verteilung der Wähler der Bürgerschaftsparteien nach Altersgruppen (in %)

	SPD	CDU	GAL
18 - 25 Jahre	11,4	7,4	32,2
25 - 35 Jahre	12,6	9,4	39,3
35 - 45 Jahre	17,7	19,6	16,0
45 - 60 Jahre	26,3	28,3	8,2
über 60 Jahre	31,9	35,3	4,3

FDP Hamburg: Posten von der CDU angeboten

Zum drittenmal verfehlte die FDP das Klassenziel und scheiterte an der undemokratischen 5%-Hürde. Diesmal mit 2,6% beträchtlich. Auch in den Bezirksversammlungen gibt es keinen FDP-Abgeordneten mehr. Ca. 50 Posten hat nach einer Vereinbarung mit der FDP-Spitze der CDU-Landesvorstand dem umworbenen, aber leider verhinderten Koalitionspartner angeboten. In den bezirklichen Orts- und Fachausschüssen sowie in den 11 Deputationen der Fachbehörden der Hansestadt sollen nun rechte Freidemokraten Posten besetzen, damit sie bürgerliches Politikmachen nicht verlieren.

Gegen ein solches Verfahren ist nichts einzuwenden. Es ist das Recht jeder Parlamentspartei, auch Nicht-Partei-Angehörige in die Deputationen und bezirklichen Ausschüsse zu senden. Nur: Wird das wahrgemacht, kommt es zu der Situation, daß die FDP — vom Wähler verschmäht — in allen Bezirken in den Ausschüssen sitzt, obwohl sie nicht einen einzigen gewählten Bezirksabgeordneten mehr hat, während der GAL, die in allen Bezirksparlamenten mit 2 bis 4 Abgeordneten vertreten ist, zumindest im Bezirk Mitte (3 Abgeordnete) und mit

ziemlicher Sicherheit auch in den Bezirken Harburg und Bergedorf (je 2 Abgeordnete) nicht in den Ausschüssen vertreten ist, weil CDU und SPD sich weigern, die geltenden Geschäftsordnungen zu ändern. Danach fällt die GAL

nach dem d'Hondtschen Zahlverfahren bei der Ausschlußbesetzung raus.

Damit kein Mißverständnis entsteht. Wir sind selbstverständlich nach wie vor für die Abschaffung der 5%-Klausel.

Die Handelskammer und die Angst vor Robin Hood

Mehrfach drückte die Hamburger Handelskammer ihre Besorgnis über die GAL aus. Am 4.12. im „Hamburger Abendblatt“ auf Seite 1: „Warnung vor der GAL“. Die wolle nämlich „mit der herrschenden Wirtschaftsverfassung aufräumen ... Dies müssen nicht nur Banken und Konzerne wissen, sondern alle Bürger“ — schade, alle wußten es nicht. Eher schon kam in bestimmten Kreisen rüber, daß die GAL „Verhältnisse wie in den kommunistischen Staaten des Ostblocks“ wolle (Kammerpräsident lines).

Am 11.12. wurde der dramatische Appell wiederholt. Die GAL wolle mit

ihren „Grundforderungen aus dem marxistischen Instrumentenkasten ... Hand an die wirtschaftlichen Grundfesten unseres Gesellschaftssystems legen“. Es kommt noch schlimmer. Denn Arbeitsmarktprogramme wolle sie „nach dem Robin-Hood-Prinzip“ finanzieren, wonach „den Reichen genommen und den Armen gegeben wird“ („Welt“, 11.12.82). „Die Unkenntnis über die wirtschaftspolitischen Ziele der GAL sei immer noch ‚bemerkenswert weit verbreitet‘“, stellt die Kammer fest. Vielleicht hat deshalb die GAL nicht mehr Stimmen bekommen, denn Robin Hood war seinerzeit im Volke sehr beliebt.

Dokumentation: Analyse der Hamburger Wahl

Auszüge aus:

Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim Nr. 31 — 22. Dezember 1982

Bei der Juni-Wahl in Hamburg erwartete eine knappe Mehrheit der Hamburger Wähler, daß die GAL in die Bürgerschaft einziehen würde. Bei der jetzigen Wahl waren es bereits drei Viertel aller Wähler, die annehmen, daß die GAL erfolgreich sein würde. Mehr als zwei Drittel der CDU-Wähler, mehr als drei Viertel der SPD-Wähler und fast alle Wähler der GAL erwarteten, daß die Grün-Alternativen ein zweites Mal in der Hamburger Bürgerschaft vertreten sein würden. Lediglich unter den wenigen FDP-Wählern gab es eine Mehrheit, die annahm, daß die GAL es nicht schaffen würde. Hier war wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens.

Trotz dieses relativ klaren Meinungsbildes über den wahrscheinlichen Erfolg der GAL ist die Beurteilung der Grün-Alternativen schlechter geworden. Vor der Juni-Wahl sagten noch 43 % aller Hamburger Wähler, daß sie es gut fanden, wenn die GAL in die Bürgerschaft gewählt würde. Unmittelbar vor der jetzigen Wahl sagten 36 % aller Wähler, daß sie es gut fanden, wenn die Grün-Alternativen wieder in die Bürgerschaft gewählt würden. In der Beantwortung dieser Frage muß man ja auch eine Bewertung der Arbeit der GAL durch die Bürger sehen. Diese Bewertung fällt in den einzelnen Parteigruppen sehr unterschiedlich aus. Die Veränderung wird nämlich hauptsächlich dadurch verursacht, daß jetzt im Dezember nur noch 11 % der CDU-Wähler es gut fanden, wenn die GAL wieder in die Bürgerschaft käme, im Juni waren es 27 % der CDU-Wähler. Die Bewertung bei den SPD-Wählern ist eher besser geworden. Im Juni fanden es 42 % gut, wenn die GAL in die Bürgerschaft gewählt würde, jetzt heißen es 46 % gut. Ein totaler Umschwung hat sich in der kleinen FDP-Wählerschaft ergeben. Fast zwei Drittel der FDP-Wähler vom Juni waren für eine GAL in der Bürgerschaft, jetzt in der neuen FDP-Wählerschaft sind es nur noch 18 %.

Die GAL hat also einseitig an Kredit verloren. Diese Feststellung gilt übrigens auch für andere als die Parteigruppen. So hat die GAL ein gleich hohes Ansehen, eher sogar noch etwas höher, unter den ganz jungen Wählern und den Wählern bis etwa 40 Jahren. Wähler, die älter sind als 40 Jahre, lehnen die Präsenz der GAL in der Bürgerschaft stärker ab als im Juni. Auch bei den einfachen Leuten, bei den Volksschülern ohne Lehre oder den un- und angelernten Arbeitern, hat die GAL überdurchschnittlich an Kredit verloren, allerdings auch bei den leiten-

den Angestellten und Beamten sowie bei den Angehörigen der freien Berufe. Eine deutliche Veränderung gab es im Vergleich zum Juni dieses Jahres bei der Beurteilung des politischen Standorts der Grün-Alternativen. Während im Juni etwa zwei Drittel aller Wähler die GAL politisch eher links einordneten, knapp 20 % eher in der Mitte, empfanden jetzt 90 % aller Hamburger Bürger die Grün-Alternativen als eine linke Partei und nur noch 8 % als eine Partei der Mitte. Diese unterschiedliche Einschätzung vollzieht sich in allen Parteienanhangsgruppen, einschließlich der Wähler der GAL selbst. Die Arbeit der GAL in der Bürgerschaft, vor allem aber wohl die Verhandlungen der GAL mit der SPD, haben diese Änderung in der Einschätzung der Bevölkerung bewirkt.

Die Umfrage vor der Wahl gibt zahlreiche Hinweise dafür, daß die GAL eine relativ stabile Anhängerschaft und auch Wählerschaft hat. So ist die Übereinstimmung von Parteipräferenz und Wahlabsicht ähnlich hoch wie bei den etablierten Parteien CDU und SPD und deutlich höher bereits als bei der FDP. Auch sind die Wähler der GAL genauso häufig bereit wie die der beiden großen Parteien, sich mit ihrer Partei zu identifizieren. Wenn sie sich jedoch mit der GAL identifizieren, so geschieht dies stärker als bei den Anhängern der etablierten Parteien. Auch in der Beurteilung ihrer Partei und ihrer Parteiführer verhalten sich die Wähler der GAL ganz ähnlich wie die Wähler der anderen Parteien.

Was die Wähler der Grünen aber möglicherweise noch stärker an die Partei bindet, ist die starke Übereinstimmung der Haltungen der Wähler zu den kontroversen Problemen im Lande und den Zielen der Grün-Alternativen als Partei. Wie schon bei der letzten Wahl deutlich wurde, besteht ja die Attraktivität der Grün-Alternativen Liste vor allem darin, daß die GAL zu wichtigen Fragen der gegenwärtigen politischen Situation klare Haltungen einnimmt. Diese Haltungen werden vom überwiegenden Teil ihrer Anhängerschaft eindeutig geteilt. Gerade diese Situation aber macht die Grün-Alternativen besonders für junge Wähler so attraktiv. Diese Themen spielten bei den Verhandlungen zwischen GAL und SPD um die Tolerierung eines Minderheitsrats eine große Rolle. Interessant ist dabei, daß beim Thema Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf die Meinungen sich, zumindest bei einigen Gruppen, doch verändert haben. So ist aus einer Mehrheit unter den SPD-Wählern für eine Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf im Juni dieses Jahres (60 %) im Dezember eine knappe Mehrheit (53 %) gegen Brokdorf geworden. Bei Wählern der CDU gibt es kaum eine Veränderung,

hier sind 85 % für die Beteiligung Hamburgs am Kernkraftwerk Brokdorf. Die Wähler der GAL lehnen eine solche Beteiligung noch unerbitlicher als im Juni ab. Die neue FDP-Wählerschaft hat eine ähnliche Haltung wie die Wähler der CDU.

Offensichtlich ist es der GAL gelungen, bei ihren Verhandlungen und den in der Öffentlichkeit darüber geführten Diskussionen zumindest teilweise bei SPD-Wählern Verständnis für ihre Haltung zu gewinnen. Es hat dazu geführt, daß zumindest aus einer relativ Nähe der SPD-Wähler zu der Haltung der CDU-Wähler ein gleicher Abstand geworden ist zwischen der Haltung der GAL, die eine Beteiligung radikal ablehnt, und der CDU, die eine Beteiligung weitgehend akzeptiert.

Eine ähnliche Situation ergibt sich auch bei den umstrittenen Themen der Räumung von besetzten Häusern oder der Erweiterung des Hamburger Hafens. Auch hier stehen sich die extremen Haltungen der CDU-Wähler und der Wähler der GAL gegenüber, während sich in der SPD-Wählerschaft leichte Mehrheiten gegen die Erweiterung des Hamburger Hafens und gegen die Räumung besetzter Häuser herausstellen.

Eine Nähe der Wähler der GAL zur

SPD wird auch deutlich, wenn man die GAL-Wähler danach fragt, welche Koalitionsvorstellungen sie haben. Unter der Bedingung, daß die drei Parteien SPD, CDU und GAL in die Hamburger Bürgerschaft einziehen, und keine der Parteien die Möglichkeit hat, allein eine Regierung zu bilden, gaben 90 % der Wähler der Grün-Alternativen Liste an, daß ihre präferierte Regierung eine Koalition zwischen SPD und GAL wäre. Ohne diese hypothetische Frage geben 84 % der Wähler der GAL als zweite Präferenz die SPD an, und weitere 5 % die SPD als erste Präferenz. Dies sind ganz ähnliche Zahlen, wie wir sie auch im Juni erhoben haben.

Die Grün-Alternativen haben sicherlich eine relativ stabile Wählerschaft. Wie auch andere Wahlen in der Bundesrepublik gezeigt haben, ist dies in gewissem Umfang auch eine sehr treue Wählerschaft. Bei Wahlbeteiligungssteigerungen wie in Hamburg haben allerdings die Grün-Alternativen nur noch wenig Möglichkeiten, zusätzlich zu mobilisieren. Ihr Verlust in Hamburg von knapp 1 % ist deshalb zu großen Teilen kein tatsächlicher Verlust, sondern ein relativer Verlust wegen der Unmöglichkeit, im gleichen Umfang zu mobilisieren, wie dies zum Beispiel die SPD in Hamburg getan hat. Die GAL hat unter der hohen Wahlbeteiligung eher gelitten.

Die Grün-Alternativen in Hamburg haben bei bundesweit abnehmender Zustimmung für die Grünen ein äußerst gutes Ergebnis erreicht und zeigen Anzeichen von großer Stabilität.

Westberlin: Vertragslösung zwischen der Alternativen Liste und den Grünen

Darüber wird in der Westberliner Alternativen Liste ein „heißes Eisen“ angepackt: Die Klärung des Verhältnisses zur grünen Bundespartei und damit zwangsläufig auch zum Westberliner grünen Schrägpf-Landesverband. Inzwischen liegt ein Vertragsentwurf zwischen der AL vor, der zwar mit 65 %iger Mehrheit auf einer Mitgliederversammlung am 4.12.82 verabschiedet worden ist, aber wegen des Konsensprinzips und starker Bedenken einer relevanten Minderheit bis zur nächsten MV am 13.1. auf Eis gelegt wurde. Die zur Diskussion stehende Vertragslösung sieht

§ 1 Die AL vertritt als selbständige politische Organisation auch die Interessen der Partei Die Grünen in Berlin. Bei Wahlen kandidiert allein die AL. Ein Landesverband der Grünen wird als überflüssig angesehen.

§ 2 Die AL ist auf Bundesversammlungen und im Bundesausschuss mit stimmungsberechtigten Delegierten nach dem in der Satzung der Grünen festgelegten Schlüssel vertreten.

§ 3 Im Bundestag bilden AL und Grüne eine einheitliche Fraktion.

§ 4 Die AL zahlt an die Grüne Bundesorganisation unter Berücksichtigung der besonderen Situation Berlins (keine Beteiligung an Bundes- und Europawahlen) eine feste Summe pro Mitglied.

§ 5 Die Eigenständigkeit der AL kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, daß sie ihre Außenbeziehungen eigenständig regelt.

§ 6 Die Kündigung dieses Vertrages erfolgt, wenn eine der beiden Organisationen dieses wünscht.

§ 7 Dieser Vertrag tritt nach Genehmigung durch die Bundesversammlung der Grünen und die MV der AL am 1.1.83 in Kraft. (1)

Dieser Vertragsentwurf, der — wenn von der AL verabschiedet — als Verhandlungsgrundlage mit der grünen Bundespartei dient, möchte faktisch den Sonderstatus der AL gegenüber den Grünen festschreiben und auch dem Konsens innerhalb der AL Rechnung tragen. In der vorgeschobenen Präambel dieses Vertrages werden

dennoch auch zum einen viele „Berührungspunkte“ mit den Grünen herausgestellt und anerkannt, daß die Grünen „der parteipolitische Bezugspunkt im Bundesgebiet“ für die AL geworden seien. Auf der anderen Seite wird ebenso betont, daß sich Grüne und AL „gemeinsam mit anderen Bewegungen“ in einem „Parteilösungsprozeß“ befinden, der noch nicht abgeschlossen sei. Ausdrücklich betont die AL ihre besondere Existenzberechtigung als „alternative Liste“ und hält an ihrer politischen Autonomie fest, auch, um sich „gegenüber neuen Prozessen offenzuhalten“. Die autonome politische Existenzberechtigung begründet die AL u. a. mit ihrer „politischen Kultur und des Selbstverständnisses“, wie es sich historisch bereits vor Gründung der grünen Bundespartei herausgebildet habe (1).

Sollten AL-Mitgliederversammlung und Grüne den Vertragsentwurf in dieser Form akzeptieren, so bedeutete dies faktisch eine Bundeskonstellation zwischen AL und Grünen und damit die Aufgabe eines grünen Alleinvertretungsanspruches gegenüber der Wahlbewegung; dies wäre denn auch das Ende eines politisch völlig bedeutungslosen grünen Landesverbandes in Westberlin mit rund 160 Mitgliedern, der von manchen Kräften innerhalb und außerhalb der AL nur als politisches Druckmittel gegen die AL benutzt wird.

Die Vertragslösung ist jedoch umstritten und stellt selbst nur einen Kom-

promiß zwischen den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der AL dar.

Unter den Befürwortern der Vertragslösung mit den Grünen befinden sich hauptsächlich die Kräfte in der AL, die sich auch schon in der Vergangenheit bundespolitisch in den Grünen engagiert haben und nunmehr vertraglich fixiert und anerkanntenmaßen Einfluß auf die grüne Politik nehmen wollen. In der Konsequenz heißt dies auch, daß sich künftig die gesamte AL stärker mit grüner Politik beschäftigen müssen und nicht nur — wie bisher — ein relativ kleiner Kreis von AL-Mitgliedern, die von der „Bundes-AG“ aus operierten. — Unter den Gegnern selbst gibt es zwei verschiedene Kräfte. Eine starke Minderheitsströmung möchte nämlich den Zustand zwischen AL und grüner Bundespartei so belassen, wie er derzeit ist, und orientiert auf einen „Vernehmlichungsprozeß“ (2) mit den Grünen, der über einen aktiven Diskussionsprozeß der Bezirke und Bereiche der AL mit den Grünen in Form von Seminaren etc. ablaufen soll. Letztendlich streben diese Kräfte kein Bandnis, sondern eine — nach erfolgtem Diskussionsprozeß mit den Grünen — Versöhnung an. Entweder liegt bei ihnen einfach eine Verwechslung vor zwischen Bündnis und „Vernehmlichung“ — oder aber die Verschmelzung mit den Grünen ist langfristig beabsichtigt. Ob beabsichtigt oder nicht, jedenfalls trifft sich diese Position letztendlich durchaus mit denen eines Ernst Hopfischek, der in einem Antrag an die am 13.1. stattfindende MVV ausdrücklich diese Verschmelzung fordert, wenngleich letzterer als ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Grünen darunter eine inhaltliche Überführung der AL in die Grünen befürwortet, also politisch das genaue Gegenteil dessen will, was die oben genannte Minderheitsströmung anstreben dürfte (3).

Inzwischen hat ein Teil der Minderheitsströmung erklärt, die Vertragslösung sei auf die §§ 2 und 4 als Grundlage weiterer Diskussionen zu betrachten. Nur die §§ 2 und 4 als Grundlage weiterer Diskussionen zu betrachten, das diese beiden Paragraphen (Stimmrecht und Finanzregelung) in der Tat beinhalten, daß die AL grüne Satzungsbedingungen akzeptiert und damit ein quasi-Landesverband der Grünen wäre. Dieser Streit scheint jedoch einigermaßen kleinräumig, denn Fakt ist, daß die volle Autonomie der AL ausdrücklich gewahrt bleibt und der Bezug auf die grüne Bundespartei offengehalten wird und auf der anderen Seite diejenigen Kräfte in der AL, die auch Einfluß auf die grüne Bundespolitik nehmen wollen, dies mit dem Gewicht der AL auch tun können.

D./Westberlin

Anmerkungen:

- (1) Beschluß der AL auf ihrer MVV vom 4.12.82 mit 65%iger Mehrheit, vom Delegierten bis zur Konsensfindung „auf Eis gelegt“. Anzumerken ist, daß die Aussagen über die Existenzberechtigung der AL, über Differenzen mit den Grünen usw. erst durch einen Ergänzungsantrag hineingeschoben worden sind; in der ursprünglichen Fassung war der Vertragsentwurf einseitig auf die Grünen fixiert und man konnte vergeblich nach Gründen einer politischen Eigenständigkeit der AL neben den Grünen suchen.
- (2) Antrag „A11A2“ zur MVV am 4.12.82. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Geschäftsführenden Ausschusses der AL unterstützt — der GA trat im Verlaufe der MVV geschlossen zurück, da er u. a. nicht mehr die Mehrheit der AL repräsentierte.
- (3) Ernst Hopfischek pokert mit dem grünen Pseudo-Landesverband gegenüber der AL und lehnt in seinem Antrag an die MVV den Vertragsentwurf u. a. wegen dessen „Macht-politik“ mit den Wassern“ gegenüber den Grünen ab.

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Wechsel in Bonn und »neue Mehrheiten«

(Teil 2)

Die sozialen Umschichtungen im Parteiengefüge, der Aufstieg der Grünen und die Schwierigkeiten der Kommunisten

Den ersten Teil dieses Artikels, der sich mit den sozialen Umschichtungen in der BRD und den damit verbundenen Änderungen im Parteiengefüge beschäftigt, wurde im AK 228 veröffentlicht.

Der Aufstieg der Grünen

Die Entwicklung der Grünen Partei zur politischen Kraft hat in der Anti-AKW-Bewegung der späten 70er Jahre ihre ersten Wurzeln. Diese von Teilen der Jugend und der neuen Mittelschichten getragene Bewegung im Reproduktionsbereich führte in den Jahren nach 1977 zur Bildung von Bürgerinitiativen und ökologischen Wählergemeinschaften, die auf kommunaler und später auf Landesebene für die parlamentarischen Vertretungsorgane kandidierten. Die mit dem NATO-Doppelbeschluss aufbrechende Friedensbewegung, in für viele überraschender Breite und Stärke, wurde anschließend ein wesentlicher Bestandteil

schließlich ein wesentlicher Bestandteil der Wahlerfolge der grünen und grün-alternativen Listen in den letzten Jahren. Die Grüne Partei sowie die grün-alternativen Listen sind heute die einzigen parlamentarischen Vertretungen der genannten Bewegungen in verschiedenen Länderparlamenten der BRD. Diese Vorgänge haben in den vergangenen Jahren große Teile der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in ihren Bann gezogen. Sie hat tausende ihrer Genossen an die Grüne Partei verloren und muß sich heute in Abgrenzung zu ihr definieren. Umstritten sind dabei sowohl die politischen Grundlagen der Grünen Partei und ihrer Wählererschaft als auch die Frage, inwieweit die Sozialistischen Studentengruppen, daß die Grüne Partei weder von der politischen Programmatik noch von der sozialstrukturellen Zusammensetzung als Mittelschichtenbewegung einzuordnen wäre (20). Für sie ist das Wahlerpotential der Grünen und Grün-Alternativen durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: Ihre Wähler sind sehr viel jünger und überdurchschnittlich ausgebildet (21). Daß allein das Prädikat »überdurchschnittlich ausgebildet« eine bestimmte klassenmäßige Zuordnung bedingt, wird von den SOST nicht gesehen.

Ein Blick sowohl auf den Funktionskörper der Partei, die Ergebnisse der letzten Wahlen, wie auch die Aussagen grüner Politiker zeichnet hier aber ein ganz anderes Bild. Nehmen wir die jüngsten Wahlen in Hessen und Bayern. Die schichtenspezifische Analyse der Stimmverteilung auf die verschiedenen Parteien -- hier Grüne und FDP -- kommt bei den Hessenwahlen zu eindeutigen Ergebnissen:

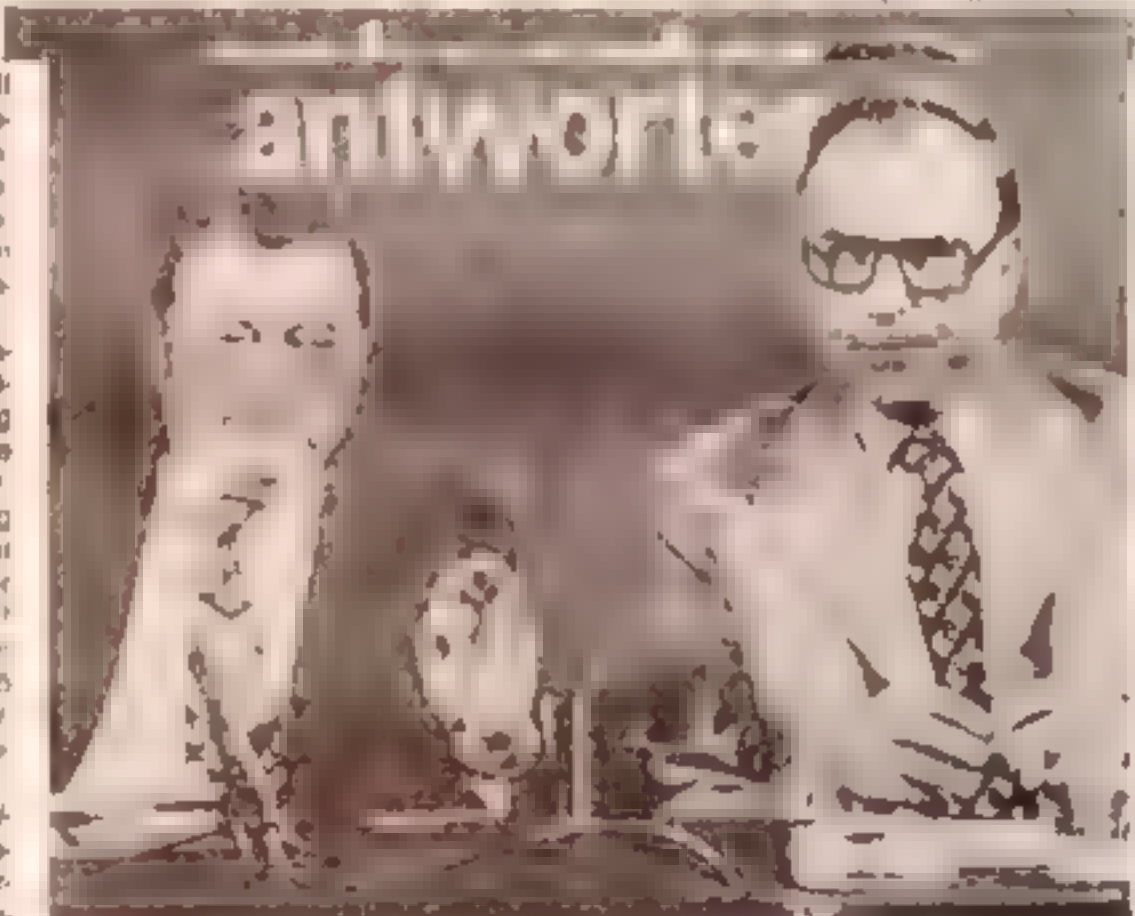
Bei den Gewinnen der Grünen zeigen sich dagegen zwei Schwerpunkte: neben den Gewinnen in den großstädtischen Wahlkreisen im Süden, aber auch im Norden Hessens stehen überdurchschnittliche Gewinne im »Starbahn-Protestgebiet Groß-Gerau... Auf Grund der sozialstrukturellen Analyse können zwei Haupttrends ausgemacht werden. Einmal gewinnen die Grünen überdurchschnittlich viele Stimmen in den Wohngebieten des neuen Mittelstands, in den Städten mittlerer Größe fallen die Gewinne noch etwas größer aus als in den großstädtischen Wohnbezirken gleicher Prägung. In diesen Bezirken liegen aus auch die höchsten Verluste der FDP, bei durchschnittlichem Rückgang der SPD." (22)

Während die Stimmanteile der FDP bei den neuen Mittelschichten zurückgehen, gewinnen die Grünen dort im gleichen Maße Dasselbe. In Bayern zu...

„Am bedeutsamsten für Veränderung von Parteistimmanteilen sind jedoch

die Wohngebiete der Angestellten und Beamten... Die Voraussetzungen, daß sich politisches Geschehen in Wahlstimmen umsetzt, sind hier besonders gut; dies gilt vor allem für die Wohngebiete des neuen Mittelstands in den Städten mittlerer Größe sowie in den Großstädten... Am auffälligsten waren hier die Verluste der FDP (4,4 %) sowie die Gewinne der Grünen (3,9 %), die hier auf einen Stimmenanteil von gut 6 Prozent kamen. Das Ergebnis von München, wo die FDP (5,3 %) halbiert wurde, die Grünen auf 6,8 Prozent kamen, CSU (minus 3,0 Prozent) sowie SPD (plus 2,7 %) überdurchschnittlichen Veränderungen hatten, steht beispielhaft für die Verschiebungen in den großstädtischen Wohngebieten mit hohen Anteilen des neuen Mittelstands." (23)

Die angeführten Wahlinterpretationen weisen alle in eine Richtung. Das Hauptpotential der grünen Wählerschaft rekrutiert sich aus den neuen Mittelschichten. Daran ändert sich nichts,



auch wenn die Grünen Proteststimmen aus der Arbeiterklasse an sich ziehen. Ebensoviele 1981 der besonders hohe Anteil junger Wähler andere Schlüsse zu. Diese Tatsache widerspricht nicht der vorgenommenen sozialen Zuordnung, sondern verweist vielmehr auf jene erhöhte politische Sensibilität, welche der Jugend schon immer die Rolle der Avantgarde in den politischen Kämpfen zugewiesen hat. Die soziale Grundlage der Grünen Partei wird auch von einzelnen ihrer Repräsentanten, die sich mit dieser Frage näher befassen haben,

nicht gewarnt. So führt der hessische Landtagsabgeordnete Frank Schwalbe-Hoth in einem KVV-Interview aus, daß „die Mittelschichten der Hauptträger der Grünen sind. Wir wollen auch keine proletarische Partei sein, sondern wir sind eine ökologische Partei.“ (24) Geht es um den Begriff der Mittelschichten auch recht unspezifisch, so wird aus dem Zusammenhang des Interviews klar, daß die neuen Mittelschichten gemeint sind, die er sehr wohl von der Arbeiterklasse zu differenzieren weiß. Ähnliches wie für die Grünen gilt übrigens für die alternativen und grün-alternativen Wahlbündnisse wie die AL Westberlin oder die GÄL Hamburg, auch wenn die Linken dort ein größeres politisches Gewicht haben. Ernst Hopfischek zum Beispiel weiß über die Wahlen 1979 in Berlin zu berichten:

„In vier der zwölf West-Berliner Bezirksverordnetenversammlungen konnte die AL mit insgesamt zehn Vertretern Platz nehmen. Die Wähler in Kreuzberg, Schöneberg, Wilmersdorf und Tiergarten signalisierten deutlich die Art der AL-Klientel: Studenten und Beschäftigte im öffentlichen Dienst darunter wiederum dominierten die Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs-

und Ausbildungsbereich. Die AL hatte sich bereits 1979 als Nicht-Arbeiter-Partei herausgestellt (25)

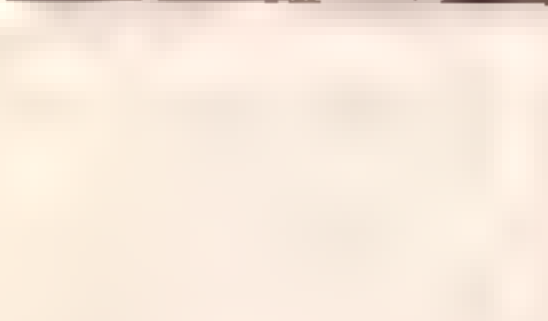
Die Landtagswahlen 1982 in Bayern als die jüngsten Wahlen hatten neben der Bestätigung, daß die Grünen innerhalb der neuen Mittelschichten auf Kosten der FDP vordringen, noch ein bemerkenswertes Ergebnis, die Tatsache nämlich, daß die Grünen früher in Bayern ihre Stärke auf dem Land hatten, während sie heute eindeutig eine Partei der Städte geworden sind. „Das Abschneiden der Grünen in München verweist auf eine weitere interessante Entwicklung: Sie sind in die Städte eingezogen; 1978 hatten sie ihre besten Resultate noch in den ländlichen Regionen.“ (26) Hinter dieser Verschiebung der Wählerstruktur steckt eine Verschiebung des politischen Gesichts der grünen Bewegung. Was 1978 kandidierte, war wesentlich von jenen „Wertkonservativen“ um Gruhl und Springmann geprägt, deren soziale Basis in erheblich größerem Maße die Kräfte des alten Mittelstandes die Selbständigen, insbesondere die Landwirte waren. Das Ausscheiden dieser Kräfte wurde vielfach als eine Schwächung der Grünen Partei interpretiert. Dies erwies sich in der Praxis als unzutreffend. Das genaue Gegenteil ist richtig, insofern gerade ihr Ausscheiden es der Grünen Partei ermöglichte sich den vielfältigen Bewegungen der Mittelschichten im Reproduktionsbereich zu öffnen. Das Aufgreifen der Forderungen insbesondere der Friedensbewegung sowie die Abkehr von den sozial- und steuerpolitischen Vorstellungen der „Wertkonservativen“ sind hier die Marksteine. Die Trennung von Gruhl/Springmann bewahrte die Grünen vor einer fehlerhaften Orientierung auf die alten Mittelschichten und öffnete ihnen den Weg zu den Wahlerfolgen der letzten Jahre. Diese Orientierung hatte auch ideologische Auswirkungen. Waren in der Anfangszeit der Grünen Elemente von Blut- und Bodenideologie, ja von ideologischer faschistischer Zuspinnung unübersehbar, so ist diese Seite mittlerweile in den Hintergrund getreten.



Daß weder die Mitgliedschaft noch die politische Repräsentanz der Grünen Partei insgesamt sich der klassenspezifischen Forderungen ihrer politischen Ausrichtung bewußt sind, verdeutlichen Parteitage und Programmatik. Die neuen Mittelschichten sind Lohnabhängige, sie sind Ausdruck der Verlagerung der Lohnarbeit unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus. In ihren Köpfen vermischt sich die Hoffnung auf selbstbestimmte Arbeit mit der Kritik ihres fremdbestimmten Lohnabhängigendaseins. Als Lohnabhängige, unterschieden sich ihre ökonomischen wie politischen Interessen fun-

damental von denen des selbständigen Mittelstandes, der im Besitz von Produktionsmitteln ist und zum Teil Lohnarbeit ausbeutet. Die Vertretung der Sonderinteressen des alten Mittelstandes konnte somit keine Grundlage für die Programmatik der Grünen Partei werden. Das illusionäre Hoffen auf selbstbestimmte Arbeit im Kapitalismus aber spiegelt die Sehnsucht des Kleinbürgers wider, dem Lohnarbeitsverhältnis zu entkommen, ohne das System der Ökonomie, auf dem es beruht, zu beseitigen.

Die Programmatik der Grünen Partei -- soweit sie bisher entwickelt -- spiegelt diese Interessen und Wünsche wider. Zum einen knüpft sie in ihren politischen Vorstellungen an die Forderungen der demokratischen und Arbeiterbewegung an und hat hier einen eindeutig progressiven Charakter. Dies kann für die bisher entwickelten sozialpolitischen Vorstellungen dieser Partei nicht in der Eindeutigkeit gesagt werden. Die hier verteilten Auf-



fassungen knüpfen an ökonomische und zum Teil sozialistische Gedanken zur Überwindung des Kapitalismus, weisen aber in fast allen Wahlprogrammen der Grünen Partei finden an Forderungen nach Staatsfinanzierung von Kleinbauernwirtschaft, ökologischen Alternativprojekten etc. (27) Die noch ausstehende Debatte über ein Wirtschafts- und Sozialprogramm der Grünen Partei wird die Diskrepanz zwischen den zwei Seiten, die in der Brust der neuen Mittelschichten wohnen, noch einmal deutlich machen. Zum einen die berechtigte Kritik am System der Lohnarbeit, der sie selbst immer mehr unterworfen werden, zum anderen die Illusionen und zum Teil reaktionären Forderungen zu seiner Überwindung, die in ihrer Bewegung eine Rückkehr zum Individualbesitz an Produktionsmitteln und dadurch gesicherter Existenz als „Selbständiger“ beinhalten. Die Formierung der Grünen ist von der Ein-Punkt-Bewegung hin zu einer Partei mit einem breiten Programm gegangen bzw. sie ist noch dabei, es zu tun. Dieser Weg ist nicht verwunderlich. Noch immer stellt zunächst eine gesellschaftliche Frage von zentraler Bedeutung den Kristallisationspunkt dar, um den herum sich eine gesellschaftliche Bewegung sammelt, bevor sie weitergeht. In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts bildete die nach dem Versailler Vertrag akute nationale Frage den Ausgangspunkt für eine faschistische Massenbewegung, von wo aus die NSDAP dann ihr allgemeines Programm entwickelte. Interessanterweise haben die Nazis sich seinerzeit ebenfalls als Bewegung im Gegensatz zu den „etablierten Parteien“ begriffen, nicht anders, als große Teile der Grünen das heute tun -- worauf manch bürgerlicher Publizist hässisch hinweist. Aber der Vergleich zeigt sofort seine eigenen Grenzen. Bestimmte damals unter anderem das Bleigewicht des überkommenen Kleinbürgertums den reaktionären Charakter der nicht-proletarischen Massenbewegung, so kann

der überwiegend fortschrittliche Charakter der heutigen Grünen Partei offenkundig nicht unabhängig von dem Lohnabhängigkeitsverhältnis der neuen Mittelschichten gesehen werden.

Dabei ist daran zu erinnern, daß die Formierung dieser Partei noch nicht abgeschlossen ist. Wenn auch letztlich die gegebene soziale Basis ausschlaggebend für das politische Gesicht sein wird, so gibt der gegenwärtige Prozeß der Herausbildung dieses Gesichtes noch viel Spielraum für weitergehende Vorstellungen, zufällige Entscheidungen und politische Kraftakte einzelner Fraktionen innerhalb der Grünen. Das stellt auch die Basis für die harten weisen Illusionen so vieler Linker dar, die sich lieber in Spekulationen über die „Bewegungen“ und die Grünen ergoßen, anstatt eine nüchterne Analyse der

Klassenverhältnisse und ihrer Entwicklung vorzunehmen. Die sozialen Grundlagen der Grünen Partei ermöglichen ihr sowohl eine Kritik am parlamentarischen System der BRD und offenbaren gleichzeitig die Schranken ihres Widerstands gegen dieses System. Als, insbesondere die ökonomischen Forderungen der Grünen sind Forderungen an diesen Staat (was deutlich macht, daß die These von der Außerstaatlichkeit der grünen Bewegung eine Phrase ist) und Forderungen im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung. Das verweist die grüne Bewegung auf die vorhandenen parlamentarischen Vertretungsorgane und den Kampf für ihre Veränderungen in eben diesen Organen. Eine andere Richtung der politischen Arbeit ist dauerhaft weder von der beschriebenen klassenmäßigen Grundlage noch von der Programmatik her möglich. Darum ist auch die „Fundamentalloposition einiger Grüner zwar sympathisch, aber auf Dauer nicht durchzuführen. Die Schichten, die sich hier ihren parlamentarischen Vertretungen widmen, sind nicht funda-

mentell mit der Aufgabe beauftragt, die parlamentarischen Vertretungsorgane zu verändern, sondern sie sind dazu verpflichtet, die parlamentarischen Vertretungsorgane zu verändern, um die parlamentarischen Vertretungsorgane zu verändern.“ (28)

Die Zerschlagung der parlamentarischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie und ihre Ersetzung durch arbeitende Körperschaften nach dem Muster der Kommune ist nicht von der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung zu trennen. Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß Schichten, die zu den Bundesparlamenten des Protektorats gemacht worden müssen, sich ihre eigene Partei nicht bilden lassen. Die Arbeiterbewegung, die in den letzten Jahren als Führung vertrat, aber zu glauben, daß ihre Aufgaben von der grünen Partei angenommen oder gar gelöst werden könnten, zeigt von Unkenntnis über deren soziale Basis und die dadurch bestimmte Programmatik.

Nach der Landtagswahl in Hessen wurde der Begriff der „Hamburger Zustände“ geprägt. Die Hessenwahl verlagerte diese norddeutschen Zustände ein gutes Stück nach Süden und das Ergebnis der Bayern-Wahl machten deutlich, daß -- wäre in diesem Herbst der Bundestag neu gewählt worden -- Hamburger Zustände wahrscheinlich auch dort einzugehalten hätten. Hamburger Verhältnisse, das bedeutet ein Herausfallen der FDP aus den parlamentarischen Vertretungsorganen und den Einzug der Grünen. Diese Entwicklung bedeutete für Hamburg und Hessen bisher die Unmöglichkeit, eine Regierungsmehrheit für die SPD oder die CDU zu bilden. Zugleich stellen sie eine Verschiebung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses dar. Willi Brandt analysierte nach der Hessenwahl: Es gibt keine Mehrheit rechts von der SPD, aber es gibt eine Mehrheit links von der CDU. Die beiden letzten Landtagswahlen deuten somit auf eine tiefgreifende Wende im Parteienspektrum hin, als sie auf den ersten Blick vermuten lassen. Die FDP ehemals Partei des traditionellen Mittelstandes und der Selbständigen, hat keine stabile neue Wählerschaft aus den lohnabhängigen Mittelschichten gewinnen können. Sie war bei allen Wahlen der letzten 15 Jahre auf die Wechselwähler der beiden großen Parteien gerade aus diesen Schichten angewiesen. Daher ihre Strategie seit Beginn der 60er Jahre, sich als liberales Korrektiv sowohl gegenüber den Unionsparteien wie gegenüber der SPD zu profilieren. Diese Strategie bedarf eines inhaltlichen Ausweises, den die FDP gegenüber der Union in den 60er Jahren auf dem Gebiet der Außenpolitik und Bildungs- und Rechtspolitik besaß. In den 70er Jahren



Die letzten Landtagswahlen

Nach der Landtagswahl in Hessen wurde der Begriff der „Hamburger Zustände“ geprägt. Die Hessenwahl verlagerte diese norddeutschen Zustände ein gutes Stück nach Süden und das Ergebnis der Bayern-Wahl machten deutlich, daß -- wäre in diesem Herbst der Bundestag neu gewählt worden -- Hamburger Zustände wahrscheinlich auch dort einzugehalten hätten. Hamburger Verhältnisse, das bedeutet ein Herausfallen der FDP aus den parlamentarischen Vertretungsorganen und den Einzug der Grünen. Diese Entwicklung bedeutete für Hamburg und Hessen bisher die Unmöglichkeit, eine Regierungsmehrheit für die SPD oder die CDU zu bilden. Zugleich stellen sie eine Verschiebung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses dar. Willi Brandt analysierte nach der Hessenwahl: Es gibt keine Mehrheit rechts von der SPD, aber es gibt eine Mehrheit links von der CDU. Die beiden letzten Landtagswahlen deuten somit auf eine tiefgreifende Wende im Parteienspektrum hin, als sie auf den ersten Blick vermuten lassen. Die FDP ehemals Partei des traditionellen Mittelstandes und der Selbständigen, hat keine stabile neue Wählerschaft aus den lohnabhängigen Mittelschichten gewinnen können. Sie war bei allen Wahlen der letzten 15 Jahre auf die Wechselwähler der beiden großen Parteien gerade aus diesen Schichten angewiesen. Daher ihre Strategie seit Beginn der 60er Jahre, sich als liberales Korrektiv sowohl gegenüber den Unionsparteien wie gegenüber der SPD zu profilieren. Diese Strategie bedarf eines inhaltlichen Ausweises, den die FDP gegenüber der Union in den 60er Jahren auf dem Gebiet der Außenpolitik und Bildungs- und Rechtspolitik besaß. In den 70er Jahren

Die letzten Landtagswahlen

Nach der Landtagswahl in Hessen wurde der Begriff der „Hamburger Zustände“ geprägt. Die Hessenwahl verlagerte diese norddeutschen Zustände ein gutes Stück nach Süden und das Ergebnis der Bayern-Wahl machten deutlich, daß -- wäre in diesem Herbst der Bundestag neu gewählt worden -- Hamburger Zustände wahrscheinlich auch dort einzugehalten hätten. Hamburger Verhältnisse, das bedeutet ein Herausfallen der FDP aus den parlamentarischen Vertretungsorganen und den Einzug der Grünen. Diese Entwicklung bedeutete für Hamburg und Hessen bisher die Unmöglichkeit, eine Regierungsmehrheit für die SPD oder die CDU zu bilden. Zugleich stellen sie eine Verschiebung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses dar. Willi Brandt analysierte nach der Hessenwahl: Es gibt keine Mehrheit rechts von der SPD, aber es gibt eine Mehrheit links von der CDU. Die beiden letzten Landtagswahlen deuten somit auf eine tiefgreifende Wende im Parteienspektrum hin, als sie auf den ersten Blick vermuten lassen. Die FDP ehemals Partei des traditionellen Mittelstandes und der Selbständigen, hat keine stabile neue Wählerschaft aus den lohnabhängigen Mittelschichten gewinnen können. Sie war bei allen Wahlen der letzten 15 Jahre auf die Wechselwähler der beiden großen Parteien gerade aus diesen Schichten angewiesen. Daher ihre Strategie seit Beginn der 60er Jahre, sich als liberales Korrektiv sowohl gegenüber den Unionsparteien wie gegenüber der SPD zu profilieren. Diese Strategie bedarf eines inhaltlichen Ausweises, den die FDP gegenüber der Union in den 60er Jahren auf dem Gebiet der Außenpolitik und Bildungs- und Rechtspolitik besaß. In den 70er Jahren

Zu bestellen über:
Hamburger Satz- und
Verlagskooperative,
Postfach 7685, 2000 Hamburg 19
gegen Vorauszahlung auf das
Postcheckkonto Hamburg
271 75 - 203

Das grüne Gebot

„Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort“ (Joh. 1, Vers 1)

„Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit, eine Herrlichkeit als des eingeborenen Sohnes vom Vater, voller Gnade und Wahrheit“ (Joh. 1, Vers 14)

Es gibt Worte, und es gibt Wörter. Worte sind manchmal ganz schön komisch, jedenfalls wenn man vertut, die Wörter, aus denen solche Worte gemacht sind, für bare Münze zu nehmen. Das gilt z.B. für das Wort des Apostel Johannes, das wiederum das Wort Gottes zum Inhalt hat. Man kommt sich klein und schäbig vor, wenn man den Sinn der aneinandergereihten Wörter mit menschlicher Logik zu Leibe rückt. Man läßt es lieber bleiben, traut sich da nicht ran. Wie muß ein Wort beschaffen sein, damit es eine solche Wirkung erzielt? Es muß offenbar notwendigerweise unverständlich sein, zugleich aber den Eindruck erwecken, daß es eine höchst allgemeingültige, tiefgründige Wahrheit enthält. Es muß eine Verheißung drinstecken, aber auch ein gewisser Realitätsgehalt, d.h. man muß sich zumindest teilweise auch etwas Vernünftiges darunter vorstellen können. Sogar wirkt immer die Frage, ob es sich nicht doch nur um bloßen Schein handeln könnte, bleibt im Hinterkopf stecken. So kleinmütig wollen wir ja nicht sein. Der kritisch zweifelnde Geist gibt auf und die Gefühle treten auf den Plan.

Auch die Grünen haben ein solches Wort, das sie vorbringen, wenn es umfingernacht geht, und das sich meist erfolgreich einer rationalen Erörterung entzieht.

„Der Mensch ist Teil und Partner der Natur, nicht ihr Beherrscher.“

Wollte es kein anderer Kernsatz benutzt wird, um grüne Prinzipien aufzuheben, um grüne Forderungen zum Punkt zu bringen, soll es an folgenden unter der Überschrift „Grünes Gebot“ heißen. Denn natürlich handelt es sich um ein Postulat, eine Verhaltensregel für den Menschen, die nur sprachlich formal als Aussage-Satz ausgedrückt ist. Diese (gewollte?) eigenfiktive Satzkonstruktion macht es etwas verwickelt, den Inhalt zu kristallisieren.

„Der Mensch ist Teil der Natur“ — das kann eigentlich nur als Aussage zur Feststellung eines als objektiv angenommenen Tatbestands gemeint sein, da es andernfalls keinen Sinn ergibt. Aber beinhaltet diese Feststellung wirklich das, was die Grünen damit aussagen wollen?

„Der Mensch ist Partner der Natur“ — eine sicher nicht zutreffende Aussage. So ist es jedoch keineswegs gemeint, sondern: „Der Mensch sei Partner der Natur“. Aber ist diese Forderung sinnvoll? „Der Mensch ist nicht Beherrscher der Natur“ — dem wäre als Aussage zuzustimmen, aber von den Grünen ist dies eben nicht als Aussage-Satz gemeint, sondern wiederum als Postulat. „Der Mensch soll nicht Beherrscher der Natur sein“. Ein solches Postulat ist aber nur dann logisch, wenn man jemanden von etwas abhalten will, wozu dieser grundsätzlich in der Lage ist. „Du sollst nicht töten“ hat seinen Sinn, weil die Menschen zum Töten fähig sind. So entsteht die verwirrende Situation, einen von den Grünen formulierten (Teil-)Satz dem Wortlaut nach richtig zu finden, ihn aber gegen den von den Grünen beabsichtigten Sinn, welcher letztlich das Gegenteil des Wortlauts ist, verteidigen zu müssen.

Worte, zumal geflügelte, sind eben manchmal etwas komisch.

Was kann Supermann?

Ausgangspunkt der grünen Ideologie ist selbstverständlich nicht die Unfähigkeit, sondern die Fähigkeit der menschlichen Gattung, Natur zu beherrschen und vor allem zu zerstören. Diesem Treiben der Menschen muß nach Ansicht der Grünen radikal Einhalt geboten werden, da es sonst zum Untergang führt. Für einen Teil der Grünen steht dabei durchaus nicht oder nicht nur die Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung der Menschen im Mittelpunkt, sondern die Vernichtung der Natur. Der Untergang des Menschen wird in diesem Bild als Folge der Naturzerstörung angenommen, die ihn seiner Lebensbedingungen beraubt. Bahro sagt: „Wir schaffen die Apokalypse auch ohne Atomkrieg“. Für ihn rangiert der Ausstieg aus dem Industriesystem noch vor der Verhinderung eines Atomkriegs, da er die atomare

Bewaffnung nur für eine zwangsläufige Folge der industriellen Entwicklung hält. Die industrielle Entwicklung aber ist, so hören wir es immer und immer wieder aus grünem Munde, Ergebnis einer falschen, weil zerstörerischen Einstellung des Menschen zur Natur. Also gelte es, hier den Hebel zur Veränderung anzusetzen.

Im Folgenden sollen nicht die von den Grünen beschriebenen Gefahren angezweifelt oder verharmlost werden. Etwas genauer aber wollen wir es bei der Frage nehmen, woraus diese Gefahren entstanden sind und wie ihnen möglicherweise zu begegnen wäre.

Die Frankfurter Grünen haben einmal in einem Wahlkampf Plakat (Frei nach Rodin) die These „Apokalypse ohne Atomkrieg“ verbündelt. Supermann, dargestellt als der vollendete, kraftvolle Athlet, hat sich die Erde unterworfen und dabei übersehen, daß er an sie gekettet ist. Sein hemmungsloses Wachsen ging auf Kosten des endlichen Planeten. Nun ist er zu groß, zu stark, zu kräftig geraten für die Erde, die unter ihm auseinanderbricht und zerfällt. Mit dem Wachstum hat es spätestens jetzt ein Ende, denn alles ist kahlgefressen. Auf diesem Ödland wird nichts mehr gedeihen, und weg kann er auch nicht. Was geschehen ist, läßt sich also nicht mehr rückgängig machen. Supermann — seine Risse auf seinem Körper deuten es bereits an — wird nun der Erde zu Staub zerbrochen, wenn auch vielleicht etwas langsamer als sie (also: Natur — schwach, Mensch — stark).

Die Moral der Geschichte ist einfach: Friß nicht so viel (wie du kannst!), konsumiere nicht so viel (wie du möchtest), sei nicht so gierig (wie du eigentlich bist!). Denn du bist an die Erde gekettet, also halte Maß, damit sie dir erkalten bleibt!

Dem Menschen werden also sch

weigehende Herrscher-Fähigkeiten zugetraut. Dadurch, daß ihm die Grünen die negativen Folgen der Naturbeherrschung vor Augen führen, soll er dazu gebracht werden, freiwillig darauf zu verzichten, um stattdessen ein partnerschaftliches Verhältnis zur Natur einzugehen. Trotzdem liegt es letztlich bei ihm, in seiner scheinbar freien Entscheidung, ob Vernichtung stattfindet oder nicht. Die Möglichkeit, daß umgekehrt die Natur den Menschen vernichtet, taucht nicht auf. Der Mensch ist also der Stärkere, auch wenn das Schicksal (die Kette!) dafür sorgt, daß er seine Überlegenheit nur zum eigenen Schaden ausleben kann.

Wenn der Mensch klug ist, wird er nicht zu „herrschen“ versuchen, müßigt und bescheidet er sich, erkennt die Endlichkeit der Erde wie auch seines eigenen Seins und richtet sich damit ein. Dies ist ein altes religiöses Motiv, vielleicht ein Grundpfeiler religiösen Denkens. Der „Griff nach den Sternen“ ist eine Sünde und wird unnachschuldig bestraft. (Prometheus). Gott läßt es nicht zu, wenn mensch sich anmaßt, in sein Revier einzudringen. Das bedeutet: Prinzipiell wird dem Menschen schon zugetraut, Gewaltiges, „Gott-gleiches“ zu vollbringen. Nur folgt die Strafe dann eben auf dem Fuß. Deshalb ist mensch gut beraten, die Finger davon zu lassen.

Ein letztes Mal noch soll das Plakat der Frankfurter Grünen strapaziert werden, weil es selber die Ungereimtheiten dieser Sichtweise so schön enthält. Supermanns Strafe, sein Schicksal, die Rache der Natur oder wie auch immer ist durch die Kette symbolisiert. Doch wozu eigentlich die Kette? Sie ist in Wirklichkeit völlig überflüssig. Supermann wäre ebenso bestraft, wenn er nicht an die Erde gekettet wäre. Dann hätte er grundsätzlich zwar die

Möglichkeit, sich zu entfernen — also ein bißchen mehr „Freiheit“ —, doch wohin sollte er gehen? Supermann könnte genauso gut auf den Mond, Mars oder Venus oder sonstwohin auswandern — seine Situation würde sich dadurch um nichts verbessern, weil Mond, Mars oder Venus, wie wir wissen, ohnehin das gleiche Bild bieten, wie die arg zugemietete Erde.

Supermanns Strafe stellt sich auf überaus „naturnähe“ Weise ein, ohne jede „Kette“, ohne jedes fremde Zutun, d.h. ohne jeden Umstand oder Faktor außerhalb des Verhältnisses Mensch Natur. Wenn dem so ist, muß aber auch gefragt werden, ob es mit der angenommenen Überlegenheit des Menschen über die Natur seine Richtigkeit hat. Was kann er wirklich, dieser ansehnliche Kraftprote?

Gewiß: Er kann Flüsse vergiften, Wälder vernichten, den Regen sauer machen, die Luft verpesten, Länder austrocknen, Berge explodieren lassen und nicht zuletzt andere Menschen töten. Aus seiner Sicht, innerhalb seines eigenen Horizonts ist das eine relativ große Macht. Doch was ist er der Natur gegenüber an, als sie — falls er das Zerstörungswerk wirklich vollbringt — in einen Zustand zu überführen, in dem sie sich überwiegend sowieso befindet? Supermann ist groß auf unserem Bild im Vergleich zu der Erde, auf der er „thront“. Er ist recht klein mit Blick auf den Raum hinter ihm. Dieser Raum ist jedoch ebenfalls „Natur“. So gesehen ist es ein vergleichsweise winziger Vorgang, wenn ein Stern zu dem wird oder sich zu dem zurückentwickelt, was Millionen, neun Milliarden, neun Billionen und noch mehr Sterne auch sind. Bei dieser auf den ersten Blick vielleicht zynisch anmutenden Feststellung geht es nicht darum, Supermanns Zerstörungswerk zu ver

niedlichen. Doch die Frage muß gestellt werden: Was wird hier zerstört, und was ist von dem angerichteten Schaden betroffen? Dabei wird sich herausstellen, daß der Mensch selbst vernichtet wird, nicht aber die Natur. Letztere ist nur betroffen, insofern es um den relativ kleinen Garten geht, in dem Supermann haust.

Nun wird eingewandt werden, Sonne, Planeten und Weltall seien durch aus keine „Natur“, Natur sei vielmehr nur derjenige Teil der Welt, in dem Leben existiert. Dies sei ja gerade das Besondere und Einmalige, darum so kostbare und Schutzenswerte an der Erde, daß dort — und nach bisheriger Erkenntnis nur dort — Leben existiert. Dieser Einwand führt zu einem Naturbegriff, der widersprüchlich ist, daher notwendigerweise vage bleiben muß, somit vielseitig ausgelegt werden kann und folglich für wissenschaftliche Zwecke nicht zu gebrauchen ist. Wie soll man sich Natur ohne die „Quellen des Lebens“, nämlich die Sonne, vorstellen? Hätte jemals ein Meeresriesen ohne die Gezeiten — also ohne den Mond, der die Gezeiten verursacht — Überlebensfähigkeiten außerhalb des Wassers entwickelt? (Man nimmt an, daß die ersten Lebewesen im Meer entstanden sind). „Natur“ kann sinnvollerweise nur die Welt als Ganzes meinen. Denn das Leben in all seinen Formen ist vollständig das Ergebnis der Entwicklung eines Planeten, der unspränglich leblos und unwirtlich war wie alle anderen (bekannten) Sterne auch. An dieser Tatsache müssen alle Versuche scheitern, grundsätzlich eine begriffliche Trennung zwischen „lebensfeindlich“ und „lebensfördernd“ Welt vorzunehmen (wenn es auch für esoterische Zwecke hilfreich sein mag, diese Art Einstufung zu wahren). Eine solche, nicht gerade eingängige Vorstellung aber eigentlich nicht schwerer nachvollziehbar.

Die Frage ist, ob die Natur, die wir zu sehen bekommen, das ist, was sie ist, oder ob sie nur das ist, was wir sie zu sehen bekommen. Die Natur ist das, was sie ist, und das, was wir sie zu sehen bekommen, ist das, was wir sie zu sehen bekommen. Die Natur ist das, was sie ist, und das, was wir sie zu sehen bekommen, ist das, was wir sie zu sehen bekommen.

Das Leben der „Natur“ im Sinne des gedanklichen alltäglichen Sprachgebrauchs hat sich aus lebloser Materie entwickelt, derselben Materie aus der alle Himmelskörper gebaut sind. Die Materie besitzt also die Fähigkeit, Leben zu produzieren. Diese Fähigkeit ist auf der Erde (und nicht auf Jupiter, Mars, Venus usw.) zur Geltung gekommen, weil hier einige besondere Bedingungen vorhanden sind, um es einfach auszudrücken: Luft, Wasser und Wärme.

Manches deutet heute darauf hin, daß es der Mensch schaffen könnte, diese besonderen Bedingungen so nachhaltig zu verändern, daß auf der Erde eventuell kein Leben mehr möglich ist. Sich selbst hätte er damit unermesslichen und unwiederbringlichen Schaden zugefügt: die Ermordung der eigenen Gattung (= wenn schon in diesem Zusammenhang der Kürze halber von „dem Menschen“ bzw. „der Gattung“ gesprochen wird, so soll wenigstens nicht das reflexhafte Wort vom „Selbstmord der Gattung“ benutzt werden, da es sich, wenn dieser Fall eintreife, um den Mord einer herrschenden Minderheit an der Mehrheit der Menschen handeln würde, auch wenn diese Minderheit selbst nicht überleben würde). Die Natur aber wäre, so eigenartig das klingt, in ihrer Substanz unbeschädigt. Denn die Materie bliebe in ihrer Struktur und mit all ihren Eigenschaften und Fähigkeiten — einschließlich derjenigen, Leben zu produzieren — erhalten.

Denken wir uns ein paar Menschen, die es geschafft haben, inmitten einer unfruchtbaren Wüstenlandschaft an einer Quelle einen Garten anzulegen, durch den sie sich ernähren. Zerstören sie diesen Garten, etwa durch Vergiften der Quelle, so bedeutet das ihren eigenen Untergang. Der Natur allerdings hätten sie nicht viel angetan. Irgendwo anders könnte an einer anderen Quelle durchaus wieder etwas „wachsen“, könnten wieder Pflanzen, Tiere und schließlich auch Menschen entstehen. Freiheit: Menschen, die unter so Umständen gelebt haben oder heute noch leben, bilden sich nicht zu Natur beherrschend oder zu können — trotz des Giftes, oben in unserem Beispiel verfügt. Kehrt Leben sie in ständiger Abhängigkeit von der Natur (und sei es unter der Bezeichnung „Gott“), vor Kälte, Hitze, Flut,



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

konzentriert diese Minderheit auch die Macht in ihren Händen. Nicht umsonst wurde Galilei gefoltert, wie wir heute besser als Brecht wissen, so eifrig der Vatikan noch immer um die Vertuschung dieser Tatsache bemüht ist (siehe das ebenso unwürdige wie entlarvende Hin und Her um eine Wiedereröffnung des Inquisitionsverfahrens: Woytyla will Galilei rehabilitieren, ohne die Prozeßakten preiszugeben, weil aus ihnen hervorgeht, daß man G. eben nicht nur „die Werkzeuge zeigte“). Heute drohen den Mächtigen weit größere Gefahren — nicht nur, weil es zwingendere Argumente gegen den Aberglauben gibt als den Nachweis, daß sich die Erde dreht. Denn heute entdeckt nicht nur ein vorsponnener Gelehrter, die Nächte hinter dem Fernrohr verbirgt, Ungenauigkeiten und Widersprüche im herrschenden Weltbild. Heute stoßt mindestens der in einem Industrieland lebende Mensch tagtäglich und unvermeidlich auf Maschinen und Apparate, in denen die neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse praktisch umgesetzt worden sind.

Die Technik des Industriezeitalters provoziert in einem ungeheuren Ausmaß die Frage „wie funktioniert das“ und „warum funktioniert das“. Diese Feststellung zu treffen, bedeutet keineswegs, den sog. technischen Fortschritt pauschal und uneingeschränkt zu bejahen. Es gibt aber so oder so für jedermann und jede/r permanent die vielfältigsten Anreize, zu lernen und Wissen über die Natur wie auch über das Verhältnis Mensch-Natur zu sammeln. Man muß kein Faust sein, um sich dafür zu interessieren, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält. Wer eine Mondlandung im Fernsehen verfolgt hat, macht sich so seine Gedanken, auch ohne ein „Studierter“ zu sein.

Je nach Standort und vor allem Interessenlage werden die einen darin eine riesige Chance sehen, die anderen eine abgrundtiefe Gefahr. Diejenigen, die in einer massenhaften Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse Gefahren für sich sehen, sind belächelt nicht nur die Religiösen, denn hier geht es um mehr. Hier geht es auch um die historische Schlacht zwischen Materialismus und Idealismus, wobei an der Seite des Letzteren alle Minderheiten stehen, die auf den Aberglauben nicht verzichten können, um ihre Macht, ihren Reichtum und ihre Privilegien vor einer Mehrheit zu schützen.

Sie wissen sehr gut, daß bei dieser einer Mehrheit zu schützen.

Sie wissen sehr gut, daß bei dieser Schlacht die Naturwissenschaften eine entscheidende Bresche für den Materialismus geschlagen haben — wenn es sich auch noch nicht herumgesprochen hat (aber es dauerte ja auch Jahrhunderte, bis die Erkenntnis, daß die Erde rund ist und sich um die Sonne dreht, wirklich Verbreitung fand).

Auch deshalb sollen die Ergebnisse und Methoden der Naturwissenschaften weiterhin exklusiv behandelt werden. Den Massen aber wird, wie immer schon, erzählt, Naturwissenschaft sei erstens furchtbar mühselig, zweitens total unverständlich und drittens verderblich für das leibliche und seelische Befinden von Mann und Frau (vor allem natürlich für Frau, was typisch und entlarvend zugleich ist, weil sich daraus klar entnehmen läßt, daß Herrschaftsinteressen im Spiel sind).

In diesem Zusammenhang — „verderblich“! — spielt die grüne Moral eine höchst negative Rolle, obwohl beim Entstehen der grünen Bewegung eine ursprünglich rein naturwissenschaftliche Disziplin, die Ökologie, Geburtsheiferin gespielt hat. Teile der Grünen mit dem messianischen Bahro vorneweg sind längst von der Ablehnung der Atomtechnik über die Ablehnung der Großtechnik zur Ablehnung der „modernen Technik“ schlechthin fort(?)geschritten. Konsequenterweise sind sie dabei nicht stehengeblieben, sondern sie haben ebenso zunächst das „naturwissenschaftlich bestimmte Denken“, dann die Naturwissenschaften selbst, den Materialismus sowieso und schließlich auch den Rationalismus als Feind erkannt. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen das grüne Gebot als Argument und Waffe eingesetzt wird und einsetzbar ist. Die Wertvorstellung, die es definiert, „Partnerschaft — nicht Naturbeherrschung“, strebt nicht Erkenntnis an, sondern Wohlbefinden. Verkündet wird nicht bloß die „Wahrheit“, sondern das „Heil“. Die heile Welt, die es wünscht, entsteht nicht durch das Erforschen der Wirklichkeit, sondern durch das Respektieren von Verhaltensregeln. Die von den Grünen häufig benutzte Formel „naturbewußt leben“ ist keineswegs als Anspruch gedacht, die Naturgesetze wissenschaftlich zu ergründen, bekannt zu machen und auf dieser Basis den menschlichen Umgang mit der Natur kritisch zu hinterfragen. Sondern sie meint schlicht und einfach eine Faustregel, die keiner umfassenden Begründung bedarf, und zu deren Erfüllung der subjektive Wunsch nach „schonendem Umgang mit der Natur“, „Naturverbundenheit“ etc. die allerwesentlichste Voraussetzung ist.

Erkenntnis der Natur mit wissenschaftlichen Methoden ist für die Grünen deshalb zu einer suspekten Angelegenheit geworden, weil der Mensch (genauer eine Minderheit von Menschen) die so gewonnenen Einsichten stets und bedenkenlos, ohne jede Umsicht oder Vorzicht in Techniken der Naturbeherrschung umgewandelt hat („Naturbeherrschung“ in dem diskutierten, eingeschränkten Sinn, d.h. als Versuch, natürliche Vorgänge unter menschlicher Kontrolle zum eigenen Nutzen ablaufen zu lassen). Der scheinbar nicht zu zählende Drang von Menschen, aus jeder neuen Erkenntnis sogleich eine neue Maschine (oder ein neues Kriegsgesetz!) zu konstruieren, läßt sich aber kaum aus der Schwächheit des Menschen an sich herleiten, sondern nur so erklären, daß es zwingende Notwendigkeiten für dieses Tun geben muß — jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt. Diese Notwendigkeiten bestünden nicht, wäre die Natur ausschließlich der menschlichen Gesellschaften) durch so etwas wie „Partnerschaft“ und nicht durch Kampf geprägt. Nicht harmonisches Miteinander oder auch nur das Streben nach einem harmonischen Ganzen kennzeichnen die Natur, sondern der Kampf von Widersprüchen — Kämpfe einzelner Gattungen mit ihrer Umwelt, Kämpfe zwischen verschiedenen Gattungen und Kämpfe innerhalb derselben Gattung. Dabei ist die spezifische Waffe, die der Mensch als besonderer Teil der Natur in diesen Kämpfen einsetzt, bekanntlich weder Stärke noch Schnelligkeit, weder Tarnung noch Sinnesschärfe usw., sondern seine Denkfähigkeit als die Kunst, sich Vorgänge in der Natur, existierende Widersprüche und die Gesetzmäßigkeiten der Kämpfe, mit denen sie angingen werden bewußt zu machen. Der entscheidende, überhaupt vom Menschen beeinflussbare Faktor im Verhältnis Mensch-Natur ist nicht Beherrschung oder Unterwerfung, Partnerschaft oder Demut, Ehrfurcht usw., sondern der Grad des menschlichen Bewußtseins. Je unbewußter der Mensch der Natur gegenübertritt, desto schlechter schneidet er in den Kämpfen ab, denen er ausgesetzt ist, desto schwerer sind die Niederlagen, die er einstecken muß bis hin zum drohenden Untergang der Gattung.

Untergang der Gattung

Die schweren Umweltchancen, die der Mensch heute zum eigenen Schaden anrichtet, zeugen daher mitnichten von einem zu hoch entwickelten Stand von Naturerkenntnis und Natur-„Beherrschung“. Sie beweisen vielmehr das genaue Gegenteil. Sie beweisen, daß die Fähigkeit, eine bestimmte Technik zur Anwendung zu bringen, noch lange nicht bedeutet, die Folgen zu kennen, die diese Technik irgendwann und irgendwo in der Natur als unerwünschte Nebenwirkung hervorruft. Kennt man diese Folgen aber nicht oder nicht in ihrer Gesamtheit, so ist es ein reines Glücksspiel, ob die unerwünschte „Nebenwirkung“ nicht langfristig zum Hauptaspekt des Unternehmens wird, hinter dem der ursprüngliche Zweck dieser speziellen Technik völlig verblaßt. Technische Erfindungen sind immer noch Experimente mit offenem Ausgang. Für sie gilt das riskante Motto, daß man sich um schädliche Folgen nicht zu kümmern braucht, solange sie nicht eingetreten sind. Dies ist keine agitatorische Unterstellung: Von den Atom-Managern selbst stammt der Spruch, der Schnelle Brüter müsse gebaut werden, da man anders keine Erfahrung mit der Brütertechnik sammeln könne. Trotz und wegen mangelnder Kenntnisse wird empfohlen, die Sache aufs Geratewohl hin auszuprobieren. Das eine bedingt das andere. Je mehr man sich über die Atomtechnologie einschleift, desto bewußter wird, desto fragwürdiger wird es nämlich, diesen Weg der Energiegewinnung überhaupt beschreiben zu wollen. Deshalb ist die Atomtechnik vom Standpunkt des „Besserwissens“ aus abzulehnen, nicht vom Standpunkt des „Nichts-davon-wissen-wollens“. Der Praxis des Ausprobierens neuer Techniken aufs Geratewohl — also ohne sie wirklich zu „beherrschen“ — muß angesichts des erreichten Stands und der damit verbundenen Risiken Einhalt geboten werden. Hier gilt es zu sagen: Nein. Entweder weiter üben — oder aber verzichten.

Zweitens werden selbstverständlich eine Menge, wenn nicht die meisten Umweltzerstörungen keineswegs aus purer Unwissenheit ins Werk gesetzt.

Ihre Verursacher nehmen den Schaden, der an der Umwelt angerichtet wird, in Kauf, weil für sie der Nutzen, den sie für die Ausbeutung und Beherrschung anderer Menschen erzielen, überwiegt. Sollte ein Atomkrieg als die größte heute vorstellbare Katastrophe für die Menschheit wie auch für ihre Umwelt ausbrechen, dann würde das aufgrund der Widersprüche zwischen den Menschen selbst geschehen. Also sind die Klassenwidersprüche schärfer als diejenigen, die in die Kategorie Mensch-Natur fallen. Die Lösung der Klassenwidersprüche ist Voraussetzung dafür, das Verhältnis Mensch-Natur nicht nur vernünftig zu diskutieren, sondern auch vernünftig, und das heißt nach dem erreichten Wissensstand, zu gestalten. Wäre es möglich, die Widersprüche zwischen den Menschen so zu lösen, daß man diejenigen Umweltzerstörungen, die man bereits umfassend kennt, auch wirklich vermeidet, so wären die dringendsten und gefährlichsten Probleme gelöst.

Das grüne Gebot unterschlägt dabei: Daß eine Verbesserung der Beziehungen Mensch-Natur die Lösung der Klassenwidersprüche unter

den Menschen voraussetzt, und daß sie vom Stand der naturwissenschaftlichen Kenntnisse abhängt. Anstatt die in der grünen Problematik liegende Chance zu nutzen und das Bedürfnis nach Wissen um die Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft zu stimulieren, werden die von der grünen Bewegung angesprochenen und an ihr Interessierten Menschen mit einer Moral abgespielt, die Fragen nicht beantwortet, sondern verstummen läßt und an dumpe Gefühle von Partnerschaft und Naturverbundenheit appelliert. Wenn es so ist, ist es aber auch eine verblödete Moral. Und wenn das wiederum stimmt, dann lassen sich die klugen Grünen mindestens ebenso leicht Bären aufbinden wie die vielgeschmähte „unseeliche“ Arbeiterbewegung.

Gänzlich falsch war es jedoch, in das Horn der etablierten Parteien zu stoßen und die Grünen als Maschinenstürmer, Technik- und Fortschrittsfeinde abzustempeln, wie das z.B. unter linken Sozialdemokraten und in der DKP verbreitet ist. Sie haben nicht nur allgemein den Umweltschutz in die Politik eingeführt, sondern sehr konkret über die Gefahren der Atomtechnolo-

gie, das Umkippen der Gewässer, die Schädigung des Trinkwassers, die Folgen des Waldsterbens, über die Existenz ökologischer Kreisläufe und die Notwendigkeit ihres Schutzes, über eine falsche Ernährung oder die Auswirkungen der Beton-Architektur auf ihre Bewohner informiert. Sie haben aus eigener Kraft eine Unmenge von Untersuchungen durchgeführt, die ohne sie nicht gemacht worden wären, Zahlen und Fakten zusammengetragen, Erfahrungen ausgewertet. In all diesen Fällen haben sie wissenschaftlich begründete Argumente vorgetragen und damit Erfolge erzielt. Diese Arbeit ist nicht kritikwürdig, sondern im Gegenteil unterstützenswert. Ob man dafür aber eine wie immer geartete eigene grüne Weltanschauung oder Naturphilosophie braucht, sei dahingestellt. Immerhin ist nicht von vornherein auszuschließen, daß man grüne Postulate oder Verhaltensregeln auch sinnvoll formulieren kann. Auf das „grüne Gebot“ mit seiner gefährlichen zugehenden Tendenz kann aber gut und gern verzichtet werden.

de./Frankfurt

Bahro zur Friedensbewegung

»Dem Ungeheuer den Bauch aufschlitzen«

Die Vorbereitungen für die Stationierung der neuen Raketen haben begonnen. Kriege und Kriege an allen Ecken der Welt sind — wie üblich — Vorgeplakate für das ganz große Schlachten. Kann die Friedensbewegung sich noch dazuhalten? Was tun, nachdem großangelegte Unterschriftenaktionen und Demonstrationen die Zentralen der Mächtigen nicht erschüttert haben? Wie erreichen wir in den verschärfen Anstrengungen des Widerstand ein Bewußtsein über den gemeinsamen Feind, die Unvernünftigkeit eines Weltens und die verwundbaren Stellen in seinem Panzer?

Rudolf Bahro versucht, auf diese brennenden Fragen Antworten zu geben. (In seinem Buch „Wahnwitz mit Methode“, neu erschienen bei „Öke & Wolke“ (die folgenden Seitenzahlen beziehen sich darauf))

Das Elend des Minimalkonsens

Ruhigerweise stellt Bahro fest, daß die Friedensbewegung über den Minimalkonsens der Gegenseite zum Doppelbeschluß hinausgehen will. Wenn sie das will, muß sie...

Es ist die Geschichte des Scheiterns der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit, der russischen Revolution, die in der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ihren Ausdruck findet. Sie ist das kümmerliche Endprodukt jeglicher Volksfrontstrategie. Nach aller historischen Erfahrung bewegen wir uns damit von vornherein auf der Verliererstraße. Stalins „Sozialismus in einem Land“ und die Niederlage unserer Novemberrevolution ha-

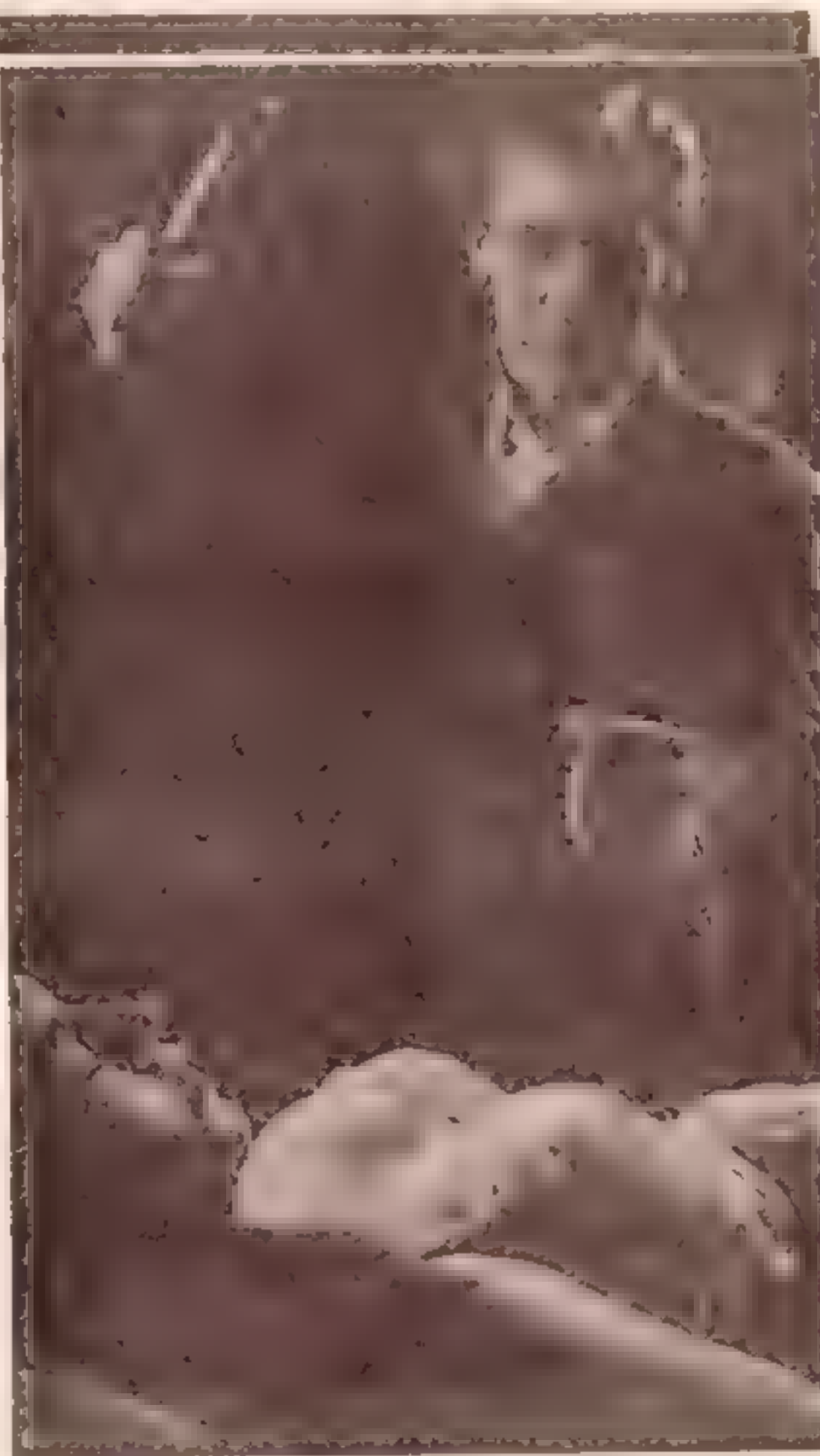
ben in der Folgezeit zum Verlust der eigentlichen Perspektive geführt, den Kapitalismus besiegen, die arbeitenden Massen mit offenem Visier in den Sturmangriff auf die Metropolen und Zentren des Systems führen zu können.“ (S. 127)

Als Beispiele, wie durch Verzicht auf den „Sturmangriff“ und seine Ersetzung durch den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ revolutionäre Bewegungen abgewürgt worden seien, nennt Bahro den spanischen Bürgerkrieg und die Unterstützung von Khomeini durch die moskauorientierte Tudeh Partei. Auch die Fesselung der chilenischen Arbeiterbewegung in das Korsett des „friedlichen Übergangs“ — die 1973 den Militärputsch erleichterte — gehört in diesen Zusammenhang.

Für heute zieht Bahro folgende Parallelen: „Die Friedensbewegung darf sich allerdings nicht darauf beschränken, daß man um keinen Preis diese sich allerdings nicht beschränken, daß man um keinen Preis diese neuen Raketen aufstellen soll. Soweit ist das genau derjenige kleinste Nenner, über dem die Interessen der westdeutschen Friedensbewegung und die Interessen der Sowjetunion übereinstimmen. Dies ist für sich kein Fehler. Aber in der Tendenz zur Beschränkung auf diese Forderung und die dahinterstehenden Interessen besteht das innere politische Hauptproblem der Friedensbewegung.“ (S. 77). Wen ba dahin der „Antirevisionismus“ von Bahro noch freut, wird bald eines besseren belehrt. Während wir den Zusammenhang zwischen „Nachrüstung“ und Imperialismus herstellen und die Notwendigkeit herleiten wollen, den Kampf um den Frieden zu einem Kampf gegen das System zu machen, geht es Bahro um etwas gänzlich Anderes. Ihn freut an der Friedensbewegung, daß sie sich „nicht mehr gegen 'den Imperialismus' allein wendet“, sondern „die beiden Supermächte gleichzeitig“ (S. 124). In den apokalyptischen Gefahren für die Menschheit sieht er nicht die Folgen des Kapitalismus, sondern „nur in exzessivem Ausmaß etwas von vornherein im Gattungscharakter Angelegtes“, das „nicht historisch, sondern naturhistorisch ist“ (S. 29/30). Der Gegner der Friedensbewegung ist nicht der eigene Militärblock, der eigene Staat, sondern sitzt überall, letzten Endes im Inneren jedes Menschen selbst (3).

Damit ist Bahro bei einer Art Minimalkonsens angelangt, der optimal durch das Grand-Prix-Liedchen von Nicole symbolisiert wird und der sich in der praktischen Politik wiederfindet in Parolen wie: „Gegen Atomwaffen in Ost und West“, „Für allgemeine Abrüstung in Ost und West“ usw. Also alles Parolen, die „mehrheitsfähig“ sind, weil sogar die CDU/CSU sie noch unterschreiben könnte, aber die gerade darum in der wirklichen Politik genauso wenig bewirken wie das biblische „Friede auf Erden“. Entsprechend hilflos nehmen sich denn auch Bahros Vorschläge zum praktischen Vorgehen der Friedensbewegung aus.

Fortsetzung nächste Seite



»Dem Ungeheuer den Bauch aufschlitzen« — transsyranische Methode

Umkehr des Herzens

Fortsetzung nächste Seite



Die Ursache der Vorbebe des Herrn H. Broder für etwas „voluminöse weibliche Körperteile“ wußte Hermann Piwitt zu orten („Konkret Sexualität“, 1981): Broder interessiere sich „nur an das Fleisch“, und dies, so Rassenkennner Piwitt, sei nicht weiter verwunderlich. Denn Broder sei eben von einer „sprachwörtlich patriarchalisch, nämlich jüdischen Erziehung verhunzt“ worden (siehe auch AK 228, S. 30).

Es ist anzunehmen, daß H.-P. Piwitt, ansonsten Literaturkritiker bei „Konkret“, über so etwas wie Allgemeinbildung verfügt. Trifft diese erste Vermutung zu, darf mensch ihm wohl auch unterstellen, er wisse, welche Weltanschauung ihn selber verhunzt hat!

Die sogenannte „ungezügelter jüdischer Geschlechtlichkeit“, die „völlige Schamlosigkeit“ der Juden, die „die arische Rasse verderbende Geilheit“ der Juden etc. pp. — das, nebst anderen bekannten Bildern, gehört zum Antisemit-Repertoire der deutschen Geschichte. „Ein Volk, das keine Ehrfurcht mehr hat, ist wie ein gefallenes Weib: Es hat alles verloren. Die Entseelung führt auch zur körperlichen Auflösung ... Den geschädigten Weg hat Juda beim deutschen Volk mit Erfolg eingeschlagen. Es hat ihm seine eigene historische Sünde eingeimpft, indem es ihm das Schamgeheimnis entzogen hat“ (aus „Judas Schuld“, Wilhelm Meister, Hrg.: Deutscher Schulz- und Trutzbund, München 1919).

„Einer der wesentlichsten Züge der jüdischen Geschlechtslosigkeit besteht darin, daß der Jude im Weib zuerst das Geschlecht sieht“ (Hartwig Hartner, „Eros und Rasse“, 1923).

Eine weitere „Tatsache“, die gewiß mit der „jüdischen Natur“ zusammenhängt, fällt einem weiteren illustren Schreiber auf: Und zwar, daß jüdische Mediziner „diejenigen Gebiete der Heilkunde besonders bevorzugen, die irgendwie mit geschlechtlichen Dingen zusammenhängen ... — Das unkeusche Anpacken jener Dinge, die der Arter im Grunde seiner Seele immer als Schickung empfindet, ist erst durch den Juden in die Naturwissenschaft gekommen“ (Otto Kernholz, „Vom Gelbes Meer 1913“ und Hitler als „schwarze Hand“, in: „Die jüdische Welt“, 1934, S. 143 bis 148).

Nun scheint Hermann Peter Piwitt sowas wie ein „Wiederholungstäter“ zu sein. Um das Kapital zu beschreiben, fällt ihm schon wieder so'n Bild von dieser sprachwörtlich antisemitischen Weltanschauung ein: „Es gibt nichts Heimatloseres, also Entwurzelteres, Ahasverhafteres als das Kapital. Es heizt um den Globus auf der Suche nach Steuerroasen, Niedriglohnländern und Friedhofsklima für Investitionen, wo es sich an fremder Arbeit mästen kann“ („Deutschland, Versuch einer Heimkehr“, zitiert nach „Konkret“ 11/1981, S. 59).

Ahasver „jüdische Legende, zu ewigem Umherirren verurteilte Gestalt des ewigen Juden“ (Duden).
Bravo, Piwitt, weiter so!

E., KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von voriger Seite

Zeiten“, Aber es fehlen Bündnispartner, die über Teilspekte hinausgehen insgesamt die „Richtung“ des KBW mittragen könnten. Von den „Undogmatischen Sozialisten“ bei den Grünen beispielsweise (Wolschner, Hopflitschek, Beckmann, Zierahn, u.a.), denen der KBW momentan sehr nahe steht, trennt ihn sein immer noch „kommunistisches“ Selbstverständnis. Am weitesten geht die Übereinstimmung des KBW mit den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Mauer, Ficks), die ja auch aus dem KBW hervorgegangen sind und z.T. zu dessen Gründern gehören. Aber das ist ein extrem schwächlicher Partner, der es bundesweit kaum auf mehr als 30 Anhänger bringen wird. Eine relevante Bereicherung für die neue Zeitschrift KOMMUNE, gemessen an der bisherigen KVZ, wird das nicht bringen. Das Problem wird also bleiben.

Ein Genosse aus Frankfurt und AK-Redaktion

Abschied vom mechanistischen Materialismus

Thesen aus Anlaß eines gotteslästerlichen Artikels in AK 228

These 1:

„Am Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott. Dies war im Anfang bei Gott. Alle Dinge sind durch das Wort gemacht, und ohne das Wort ist nichts gemacht.“ (Johannes, 1, 1-4).

These 2:

Noch heute, 2000 Jahre nach den griechischen Materialisten und über 300 Jahre nach Beginn der materialistischen Philosophie des aufstrebenden Bürgertums, ist Gott dem Materialisten, was dem Vampir der Knoblauch „Abschied vom lieben Gott“ lautet auch heute noch die materialistische These.

These 3:

Kann der Materialismus die Existenz von Geist, Ideen leugnen? Keineswegs. Aber er betrachtet die Ideen als die ideale Abbildung der materiellen Grundlage.

These 4:

Nun mußte jenseitig der Materialismus einen „Schöpfungsakt“ suchen, wo der Materie Geist eingehaucht wird, oder aber Zuflucht nehmen zu einer historischen Dialektik von Geist und Materie: Materie ist von Anfang an ideeller Abbildungsfähigkeit behaftet. Geist und Materie sind zwei widersprüchliche Erscheinungsformen des einen historischen Prozesses.

These 5:

Die Besonderheit des historischen Auftretens des Menschen aber ist dann, daß in ihm der Geist zur primären Seite des Widerspruchs wird. In der christlichen Mythologie heißt dies: „Und das Wort wurde Mensch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit (...)“ (Johannes, 1, 14).

These 6:

Das vom Himmel herabgestiegene, in der Person Jesu vergegenständlichte Wort (bei, statt auf Irdischen Boden) in die Hände des jüdischen Klassenknechts, es ist die Wende der Weltgeschichte. (Johannes, 1, 14).

These 7:

Im Bedachte 11.2. Jahrhunderts bis die aufstrebende Bourgeoisie sowohl in ihrer Latein wie in ihrer materialistischen Philosophie den himmlischen Thron Gottes ins Wanken brachte.

Gottes ins Wanken brachte.

These 8:

Was bleibt übrig in einer von Gott befreiten Welt? „Erwas vereinfacht kann man Gott in der Definition Spinozas gleichsetzen mit Natur und Weltall. Alles, was geschieht, wird durch die ewigen und unveränderlichen Naturgesetze bewirkt.“ (Der einzige Zugang zur Gotteskenntnis führt für Spinoza also über die Naturwissenschaften — eine Kampfansage an alle Religionen und Sekten, die ihre Gottesbegriffe gerade in den unerforschten Nischen und toten Winkeln der Wissenschaft unterzubringen versuchen) (Ak in AK 228).

These 9:

Dieses Zeitalter zeigt zugleich, worum es der aufstrebenden Bourgeoisie ging: eine Kampfansage gegen die religiös legitimierte Herrschaft der feudalen Klassen.

Die wissenschaftliche Erforschbarkeit des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens war der Schlachtruf der Bourgeoisie zu Beginn ihres Aufstiegs. Die Resultate der historischen erst kurzen Herrschaft der Bourgeoisie jedoch stimmen nachdenklich, was es denn nun mit der wissenschaftlichen Erforschbarkeit des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens auf sich hat.

These 10:

Wissenschaft heißt, fragen nach dem Warum eines Vorgangs. Warum ist die Banane krumm? Warum hat Helmut Schmidt die Nachrüstung initiiert? Warum plant die NATO den Krieg? Warum entsteht eine Ökologiebewegung? Warum droht das Schnarchen des Proletariats die Welt zu erschüttern?

These 11:

„Warum verändere Wärme ein Ei in ein Kucken“, fragt Mao Tse-tung in „Über den Widerspruch“. Die Ursa-

che, so folgert er, kann nur in der inneren Struktur des Eis gesucht werden, nicht aber in der äußeren Wärme, denn keine Wärme kann einen Stein in ein Kucken verwandeln.

These 12:

Die Erforschung der inneren Widerspruchsstruktur eines Gegenstandes erfordert die Veränderung und Zerstörung des zu untersuchenden Gegenstandes. Das Ei muß aufgeschlagen werden, das Proletariat wachgerüttelt werden. Die Strategie Helmut Schmidts will studiert, die Ökologiebewegung begriffen werden. Dem Krieg der NATO will der Friede erklärt sein.

Forschen heißt, verändernd tätig werden.

These 13:

Mao Tse-tung hat dies prägnant formuliert: „Willst du den Geschmack einer Birne kennenlernen, so mußt du sie zerkauen. Habe ich die Birne zerkaut, so kenne ich den Geschmack genau der Birne, die ich zerkaut habe.“ Wissenschaft ist die „Hochrechnung“ bestimmter Stichproben zu einer allgemeinen Aussage. Jeder konkrete Sachverhalt, in diesem Fall jede Birne, hat einen ihr eigentümlichen, besonderen Charakter (Geschmack).

These 14:

Wissenschaft ist die Teilung der Welt in ein Objekt, den Gegenstand der Forschung, und ein in das Objekt eindringende, forschend tätige Subjekt. Beides ist eine Veränderung konkreter Realität. In der Realität existieren die Dinge nur als Vorgänge, als sich bewegende, in Veränderung begriffene und in andauernde Wechselwirkung getatene Prozesse.

These 15:

Die wissenschaftliche Analyse der inneren Widerspruchsstruktur eines Sachverhalts erfordert die Verwandlung eines Vorganges in einen objektiven Gegenstand der Forschung, denn nur in der Ruhe ist ein Gegenstand analysierbar. In der Realität aber existiert nichts außer sich bewegender Materie (Mao Tse-tung, „Über den Widerspruch“).

These 16:

Der Widerspruch offenbart sich dem handelnden Menschen. In sich ist die zentrale Frage gestellt: Wohin der sichtbar werdenden Wege wird richtig sein. Die Antwort der Wissenschaft aber heißt immer: der oder der Weg war richtig. Und er war richtig, weil er zum Ziel führte.

These 17:

Der Marxismus steht, sofern er ein naturwissenschaftlich-mechanistisches Weltbild hat, in der Tradition des bürgerlichen Materialismus.

Der Marxismus aber steht zugleich in einer anderen, historisch älteren Tradition. Zu nennen sind hier Thomas Münzer, die Ketzer des Mittelalters und die Reihe der jüdisch-christlichen Propheten. In dieser Tradition der Propheten einer Emanzipation aller Menschen ist Marx einer unter mehreren. Seine Besonderheit, also seine Differenz zu anderen Propheten ist die These: daß Lötspinn nur insoweit verwirklicht sind, als der reale historische Prozeß bereits auf deren Verwirklichung drängt. Marx: „Wir freien dann nicht der Welt doktrinar mit einem neuen Prinzip entgegen. Hier ist die Wahrheit, hier kniet nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“

Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen. „Die so formulierte Idee wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“ Und sie kann die Massen ergreifen, weil sie „radikal“ ist, d.h. die Sache an der Wurzel fassen. „Die Wurzel für den Menschen ist“ für Karl Marx, „aber der Mensch selbst“ (1).

These 18:

Marx hat die bürgerliche Gesellschaft nicht aus naturwissenschaftlichem Interesse analysiert, sondern als radikaler Prophet und Revolutionär. Gerade in Widerspruch zu allen naturgesetzlichen Denkmodellen hat sich der revolutionäre Marxismus das theoretische Instrumentarium der historischen Dialektik erarbeitet.

These 19:

Marx Gegenstand der Untersuchung ist die bürgerliche Gesellschaft. Seine Entdeckung die innere Widerspruchsstruktur dieser Gesellschaftsformation. Marx These lautet, daß „Die Epoche der Bourgeoisie ... sich jedoch dadurch auszeichnet, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

These 20:

Im historischen Prozeß aber existieren Bourgeoisie und Proletariat nicht als getrennte Elemente, sondern nur im Widerspruch zueinander, d.h. als Einheit des Widerspruchs. Die Kernfrage der Lehre der Dialektik ist darum, „wie die Gegensätze identisch sein können — und es sind (wie sie es werden) — unter welchen Bedingungen sie identisch sind, indem sie sich ineinander verwandeln — warum der menschliche Verstand diese Gegensätze nicht als tote, erstarrte, sondern als lebendige, bedingte, bewegliche, sich ineinander verwandelnde auffassen soll.“ (Lenin) (2).

These 21:

Was läßt Bourgeoisie und Proletariat zu einer so vielfältig zähebigen Einheit werden?

Zum einen: Das sich gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierende Proletariat verschärft den inneren Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft, erhöht den Druck auf die herrschenden Fraktionen, eine Politik zu treiben, die die Einheit des inneren Klassenwiderspruchs ermöglicht.

Historisch schlägt mit der Wende zum 20. Jahrhundert die innere Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft um in den Prozeß der imperialistischen Expansion nach außen. Die Bedingung dieses Prozesses aber ist die Möglichkeit zur Expansion. Niemand aber, der sich schäufert an der Besetzung der Welt, der die NATO

„... und die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wiederzuerrungen.“ (Marx) Die Bedingung der Einheit eines Proletariats und einer Bourgeoisie, die nur existieren kann in der fortwährenden Erneuerung und Ausweitung der Maschinerie, ist die Möglichkeit expansiver Entfaltung der Maschinerie, nur dann entstehen in der Produktion von Maschinen ausreichend Arbeitsplätze.

These 22:

Die ökologische Bewegung ist Ausdruck dessen, daß obige Bedingung bereits nicht mehr existiert, daß die quantitative Expansion der Maschinerie nicht mehr bedingungslos rational ist. Die noch mögliche (und notwendige) qualitative Verbesserung der Maschinerie katastrophiert die lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozeß hinaus.

These 23:

Bas durch die qualitative Verbesserung des Produktionsapparates freigesetzte Potential „struktureller“ Arbeitslosigkeit ist nicht mehr als Proletariat definierbar. Arbeiter ist, wer auf dem freien Markt der bürgerlichen Gesellschaft etwas zu verkaufen hat, eine Ware — seine Arbeitskraft. Der Wert der Ware Arbeitskraft der nunmehr freigesetzten und als „Nicht-Arbeiter“ charakterisierbaren Gesellschaftsgruppe ist vom Standpunkt bürgerlicher Ökonomie gleich Null.

Was hat das Erscheinen einer Gesellschaftsgruppe zu bedeuten, die in die bürgerliche Gesellschaftsstruktur nur schwer einordnenbar ist?

These 24:

Der naturgesetzlich-mechanistische Materialismus behauptet den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie — ein vom Standpunkt dialektischer Philosophie gänzlich paradoxes Geschehen: wie kann eine Seite eines Widerspruchs

ihre Keirseite besiegen, ohne sich selbst zu besiegen?

These 25:

Historisch besiegt weder der Sklave den Freien noch der Leibeigene den Lehnherren, sondern die im Kampf miteinander liegenden Klassen unterliegen gemeinsam einem aufsteigenden 3. Element: Baron und Leibeigener unterliegen der aufsteigenden bürgerlichen Epoche. Dies nennt Marx den „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“ und dies meint der Volksmund, daß, wo Zwei sich streiten, es einen lachenden Dritten gibt.

These 26:

Niemand drängt ungeduldiger auf die Vermehrung der gesellschaftlichen Klasse der „Nicht-Arbeiter“ als die Bourgeoisie.

These 27:

Wenn moderne Philosophen den Aufstieg aus dem Industriesystem und das allgemeine Maßhalten fordern, so proklamieren sie nichts anderes als die in stummen Plänen der Bourgeoisie.

These 28:

Die ökologische Strukturierung des industriellen Apparates und die Unterordnung ökonomischer Prozesse unter das Gesamtinteresse der Gesellschaft ist ein historisch notwendig sich vollziehender Prozeß. Ob sich dieser Prozeß vollzieht, ist keine Frage; wohl aber fraglich ist, vollzieht sich der Prozeß der ökologischen Strukturierung des industriellen Apparates unter Hegemonie von Strauß / Landsdorff und ideologischer Verharmung a la Bahro, und d.h. eben auf den Knochen des Volkes, oder aber unter weitestgehender Berücksichtigung der Interessen des Volkes?

Der Schritt mag auf dem Weg der Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaft gering erscheinen. Er ist der historisch nächst mögliche.

These 29:

Laßt Dem mechanistischen Materialismus der Abschied von Gott kein Problem. Die historische Dialektik muß dies problematisieren.

Jeder Unterschied in den menschlichen Begriffen ist als die Widerspiegelung eines objektiven Widerspruchs zu betrachten (Marx). Gott ist ein solcher, von allen Menschen gebrauchter Begriff. Er stellt eine besondere, dem Menschen fundamentale Widerspruchsbeziehung dar.

1. der Widerspruch zwischen dem Gaitungsvermögen der Menschheit und dem begrenzten Vermögen eines jeden einzelnen Menschen. Der einzelne Mensch aber hat Anteil an dem Gaitungsvermögen nur über die Ideen der Menschheit.

2. die wissenschaftliche Erforschung des naturgesetzlichen Gesamtgeschehens der Welt bedarf des außerhalb der Welt befindlichen, objektiven Betrachtungsstandpunktes. Der Mensch ist immer Teil des Geschehens. Von einem solchen subjektiven Betrachtungsstandpunkt aber ist die Logik des Gesamtgeschehens nur nach Wahrscheinlichkeit zu erschließen.

3. ohne religiöse Mystik aber bleibt die Erklärung des Johannes. Die Erkenntnis der Logik des historischen Gesamtgeschehens, des Logos (griech. „Wort“), ist das vom menschlichen Denken angestrebte, aber nur in Annäherung erreichbare. Die Erkenntnis des Logos ist das dem Menschen nicht mögliche.

4. „Begreifen, was geht und was im Kommen ist“ (Nazim Hikmet) ... Der mechanische Materialist weiß etwas, wo der konkrete Dialektiker staunend schreibt: „Betroffen von dieser Unendlichkeit, frag ich: Wer auf der weiten Erde, herrscht über das Auf und Ab!“ (Mao).

5. Die materialistische Philosophie der Epoche der Bourgeoisie hat Gott vom Himmel gestoßen. Wo aber hat sie ihn gelassen?

L., Oldenburg

Literatur
Mao Tse-tung — „Über den Widerspruch“, Bd. 1, ausgewählte Werke
Marx — Briefe an Ruß 1843 (1); Kritik der hegelischen Rechtsphilosophie (1); Manifest der kommunistischen Partei; Lenin — Philosophische Heft, Werke Bd. 38 (2)

ach aus Dresden, meines Freundes
irre Krakelzeichnung. Soll ich nun
Rätsel lösen? Sch den Bösen! sch den Guten: ja, er
nennt den Bösen böse
sch, der Gute ist im Grunde
böse, denn er macht den Bösen böse
sind die Mörder nun die Opfer?
gibt es nicht mehr falsch und richtig?
Wahrheit — Lüge? oben — unten?
sollen wir die Feigheit wagen?
soll ich Nein und Amen sagen?
ist vor lauter Komplizenschaft
jedes klare Wort geweiht?
sind noch Mörder Mörder?
sind die Steine Steine?
Ratten Ratten? Deutsche Deutsche?
Wein! ich, wenn ich weine?

Wider Wien 1976 aus der DDR ge-
worfen war Biermann in der BRD ein
Fremder, der unter dem Druck stand,
zu beweisen, daß er in Westen poli-
tisch, moralisch und künstlerisch auf
vor die Hänge geh. Um nicht den Weg
eines Berufsverbot zu gehen,
schrieb er über Themen, die er für „po-
litisch wichtig“ erachtete: Terroristen-
hetze, Gorbien, Havararbeitsstreik,
Berufsverbote. Er sang nicht nur dar-

Wir sind vielleicht alle noch nicht radikal genug verzweifelt

Wolf Biermann legte nach einer fast zweijährigen Pause und einem längeren Frankreich-Aufenthalt in diesem Herbst eine neue LP „Wir müssen vor Hoffnung verrückt sein“ und ein neues Buch „Verdrehte Welt, das ich gerne“ vor. Eine weitere LP ausschließlich zu Polen ist in Vorbereitung. Auf einer BRD-Tournee hat er seine neuen Lieder zur Friedensbewegung, zu Polen und zu seinem Alltag vorgestellt. Und während das Publikum und die Öffentlichkeit ihm seine alltäglichen Balladen, nicht so genau hinschend, abnimmt, gerät Biermann in Sachen Frieden und Polen in einen Strudel von Ablehnung und Begeisterung. Sicherlich, die UZ hat es immer schon gewußt, und verkündet, „daß Biermann inzwischen Vater ist, bleibt wohl das einzige, was er im Westen gelernt hat“ (LZ, 21.10.82). Und erhält er auch Lob von „Welt“ und „FAZ“ — „all den vielen Friedliebenden im Publikum, die so gemütlich antwortend gestimmt sind, daß er bildlich gesprochen kaltes Wasser aufs Haupt“ („Welt“, 26.10.82) — so hat er sich's mit dem „Spiegel“ wohl verdorben. Dem ist er zum „sprachmächtigen Bußprediger in „Endzeitstimmung“ avanciert, der, und hier ist sich der „Spiegel“ wieder mit der UZ einig, „Lichtjahre entfernt ist von dem täglichen Kleinkrieg“ („Spiegel“, 22.11.82) bzw. „dem, was auf der Tagesordnung steht“ (LZ, 21.10.82). Wir möchten in diesem Artikel die Ansichten von Biermann zur Diskussion stellen und erklären, warum wir sie für Anstoße halten, die für die bundesdeutsche Linke fruchtbar sein könnten.

„Und dann stammel ich was von Berufsverbot
Von der seelischen Not der Arbeitslosen
von Ausbeutung, Gastarbeiterleid, von
biodynamischem Fraß in Dosen, Verschwendung
der Reichen, von Dritter Welt, von den
lebenden Leichen aus brauner Zeit, von
Filbinger, Carstens, Schleyer und Strauß
Gorbien! Brokdorf! Wyhl! und dabei
die Brutalität der Polizei, Atomkraftwerke
überhaupt! und ganz besonders die Ignoranz
von Atomkanzler Schmidt und dazu noch ein
treffender Satz gegen die Sympathisantenhaiz
und ein deutliches Wort über den Mord an
Rudi, und dann laude ich noch einen Hieb
gegen die Springerbande, und wenn man
diese rosige Schraube bis zum Ende schraubt
ist das Übel der Kapitalismus überhaupt

Und dann lächelt der Andre und sagt Gut,
so vieles ist schlecht hier, recht haben
die Linken, mich stinken die Zustände an
wie Fisch, aber nennt mit nun ein einziges
Land, wo alles das grundsätzlich besser ist
— besser ist, oder wird, oder werden wird
— ein Land, bitte, nur eins!

Genossen, zerhackt mich, dann krieche ich
hinter den Rand des linken Fußpotts, dann
weiß ich kein Land, keins?

(Gespräch über den Rand des Fußpotts)

Biermann
im Hamburger Konzert

Durch solche Worte fließt dem früher
Geächterten die volle Unterstützung der
BRD-Rechtspresse von „Welt“ bis
FAZ zu. Biermann ist sich dieses zwei-
teiligen unausweichlichen Lobes be-
wußt: „Bei uns gibt es offenbar nur
zwei Arten von Leuten, die die Wahr-
heit sagen, und zwei Arten von Leuten, die die Wahr-
heit nicht sagen.“ („Welt“, 26.10.82).

In seinen Äußerungen zu Polen wird
die Rolle des Westens und speziell der
BRD kaum erwähnt und geht deshalb
in der massiven Kritik am Militärre-
gime oft unter. Biermann benennt zwar
die ökonomischen Interessen der BRD-
Regierung, der „es hier nicht um Mo-
ral, sondern um sechs Milliarden Kre-
dite“ geht, als auch das Anliegen der
germanischen West-Ideologen, denen die-
ses Polen als Schreckens-Sozialismus
die rechte Munition für ihre Ost-Hetze
liefert. Er übersieht jedoch, daß es dem
Westen darüber hinaus um die Destabi-
lisierung des gesamten Warschauer
Pakt-Systems geht.

Und trotz seiner überaus heftigen
Kritik am Osten formuliert Biermann
als Forderung für die westdeutsche
Friedensbewegung auf die Völker im
Ostblock: die Freiwerdenden
„materiellen und moralischen Kräfte“
des Westens wurden eine „enorme
Sogwirkung“ im Osten hervorrufen,
unter der die herrschenden Bürokratien
zusammenbrechen durften.

Gezotelt zwischen Gejammer und Spott
Wir schwanken beim Tun wie beim Lassen
Und wissen nicht. Bin ich Tier oder Gott
— Gott oder Tier —
Ein Raubtier, das betet, ein Gott, der beißt
Was ist denn im Menschen der Mensch?
Was man wohl menschlich heißt
Das faule Fleisch, der laue Geist
Das ist im Menschen der Mensch.

(Von den Menschen)

Umgekehrt sieht er in einer erfolg-
reichen Arbeiterrevolution in einem
Ostblockstaat eine große Chance für
ein Erwachen des Bewußtseins der
westlichen Arbeiterklasse. „Und wenn
diese sozialistischen Kräfte im Osten
niedergeschlagen werden, wirkt sich
das auch schlimm aus auf den Westen“
(taz, 12.2.82).

Hinter seinen Positionen steht die
Auffassung, die so verbreitet in der
Friedensbewegung auch nicht ist, daß
Frieden letztlich nicht möglich ist und
wird, solange in irgendeinem Land Un-
terdrückung herrscht, Frieden nur
durch eine sozialistische Revolution er-
kämpft werden kann.

Dieser wesentliche Unterschied zu
anderen Supermachtstheoretikern
wird, scheint's, übersehen, aus welchen
Gründen auch immer. Der Vorwurf
aus der linken Ecke an Biermann, „An-
tikommunist“ geworden zu sein, „sein
Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu
leiten“, ist so gesehen leichtfertig und
oberflächlich.

Nicht nur Biermanns Gleichsetzung
von Reagan und Breschnev wie er sie
in seinen Konzerten entwickelte, gab
Anlaß zu Kritik, auch seine Einschät-
zung des blutigen Putsches der Militärs
in Chile mit der Machtübernahme der
Militärs in Polen wurde und wird zum
Stein des Anstoßes. Biermann empört
sich, daß „der Linken Chile und Vier-
nam nah (sind)“, aber sie wissen nicht,
wo Polen liegt; auf spanisch hätte ih-
nen (uns) der Faschismus noch etwas
gegeben. Mitten zwischen seine Lieder
und Texte zu Polen setzt er das Lied
vom Kameramann, das er nach dem
Putsch in Chile geschrieben hat, an an-
derer Stelle spricht er von Folterungen
in Polen, von einem KZ-Sozialismus.

Dennoch irrt die Rechtspresse, wenn
sie von einem bekümmerten Biermann
schreibt: Biermann hat sich nicht ver-
ändert, wenn es um die Schärfe seiner
linken Polemik gegen den RGW geht,
noch ist er plötzlich moralisch gewor-
den. Neu ist, daß er ein Land des realen
Sozialismus faschistisch nennt. Diese
neue Qualität in Biermanns Kritik ist
die Entsprechung zu der tatsächlichen
Verschärfung der gesellschaftlichen
Entwicklung in Polen. Dort wurde der
Versuch organisierter Arbeiter,
ihren Sozialismus von unten zu ver-
ändern, mit militärischen Mitteln
brutal abgewürgt. Der Putsch in Polen hat
der Erfahrung des praktischen Scheiterns
des Sozialismus eine weitere Ent-
tuschung hinzugefügt. Biermann ist
diese Erfahrung sehr viel näher als der
westdeutschen Linken. Er hat das
Scheitern seiner Utopie an Realitäten
bisher nicht so sehr als ein Versagen
neuen Land erleben müssen. Von seinem
„Wir machen hier Sozialismus / trotz
Roz und Siniawski“ ist nichts mehr
abrig, ausgeborgt will er heute nicht
mehr zurück.

„Ich weiß wirklich nicht, ob das
Wort Kommunismus für Leute, die
Kommunisten sind, noch brauchbar
ist. Für die meisten Menschen jeden-
falls.“

„Kommunisten sind, noch brauchbar
ist. Für die meisten Menschen jeden-
falls bedeutet das Wort weder Volks-
herrschaft noch herrschaftsfreies Le-
ben, noch auch Diktatur des Proletariats.
Sondern es bedeutet historisch
konkrete Diktatur einer Minderheit über
das Proletariat. Es bedeutet den brutalen
Mangel an Gedankenfreiheit, es be-
deutet Heuchelei, es bedeutet Blut und
Tränen, Konzentrationslager und
abenteuerrische, menschenverachtende
Politik nach innen und außen (...).
Gleichzeitig nennen Menschen auf der
ganzen Welt, die im Freiheitskrieg der
Menschheit auf Seiten der Freiheit ste-
hen, (...), sich auch trotz alledem noch
Sozialisten und Kommunisten.“ (taz,
19.10.82).

Die Zweifel und die Resignation, die
Biermann hier anspricht, sind nicht
bloß seine eigenen; er formuliert sie nur
schärfer als die wesentliche Frage der
Kommunisten heute, schärfer, weil die-
se Problematik sein ganzes Leben be-
stimmt hat.

Demgegenüber steht eine Linke in
der BRD, die mit den offenen Wider-
sprüchen oft anders umgeht. Der Ver-
lust der sozialistischen Vaterländer, die
Enttäuschungen der eigenen damit
verbunden Hoffnungen hat zur viel-
beschworbenen Krise des Marxismus
und zum Abschwören von der sozial-
istischen Utopie überhaupt geführt. Po-
len ist dabei nur ein Moment, an dem

über, sondern versuchte, an diesen
Punkten mit persönlichem Engagement
anzuknüpfen, um sich im Westen eine
politische Identität zu schaffen. Er
stellte sich mit seinen Liedern gegen die
Terroristenhetze in die Öffentlichkeit
auf den Hamburger Mönckebergplatz
1980 mischte er sich geschickt-
ungeschickt, das kleinere Übel nicht
vermeidend, in den Anti-Strauß-
Wahlkampf ein. (1)

„Heute“, sagt Biermann, „bin ich
endlich wieder fähig, über den Alltag
zu sprechen, weil ich wieder einen All-
tag habe. (...) Als ich hier neu im
Westen war, konnte ich solche Lieder
nicht schreiben. Ich kam mir zwar ein-
germaßen schlau vor, weil ich Dinge
einschätzen konnte (...). Trotzdem
wußte ich über den Westen nicht tief
genug Bescheid, war nicht im wirkli-
chen Leben verankert. Dazu muß man
fühlen, riechen, schmecken, anfassen.
Dazu muß man gelitten haben in einer
Gesellschaft und sich vergnügt haben.
Man muß eben alle Höhen und Tiefen
des normalen, platten Lebens investie-
ren können, wenn man auch nur ein le-
bendiges Lied schreiben will.“ („FAZ“,
26.10.82). Für Biermann ist dieser Alltag
immer politisch. Politisch in dem Sinne,
daß der Alltag geprägt ist von den
Zwängen und Möglichkeiten des
gesellschaftlichen Systems. Biermann
ist einer der wenigen Liedermacher,
denen es ohne Gezwungenheit ge-
lingt, Lieder zu schreiben, die in einem
politisch und subjektiv sind. Gerade
diese Qualität wird gar zu gerne beson-
ders von der Linken übersehen.

„Und jetzt im Westen lebend,
schreibe ich über Polen, scheinbar weit
weg. Aber was dort passiert an Unter-
drückung und Widerstand, ist das, was
ich gut kenne. Also schreibe ich, wenn
ich über Polen schreibe, auch über
mein Allereigenstes und muß mich
auch hier nicht verrenken und hinab-

beugen zu irgendwelchen wirklichen
oder eingebildeten politischen Wichtig-
keiten.“ (taz, 19.10.82)

Totgeburt

und unter dem Herzen
das immer wieder gesund gebetete
Hackfleisch

immer noch unter dem Herzen
fault mir das Kind ohne Kopf
fault mir der Kommunismus, trüb
in der Fruchtblase schwimmt nur
kerngesund der Kadaver im Geiste
Dreck schwimmt im Haß und Blut
trinkt die Lüge und Dummheit
kopft fröhlich im Eiter, ach
so viele Gläubigkeiten im Ender
erloschen der Heuchelei, auf den
Lippen die Revolution wie Aussatz
das Paradies auf Erden verweist
unter dem Herzen herumgetragen
schlaflose Jahre lang und immer noch
groß in der Pose unhergeschnitten
der schönen Schwangeren, aber
unter dem Umstandskleid faul
und stinkt mir das menschliche
das immer wieder gesund gebetete
Hackfleisch

stall wachsen die Wachtürme
stall wuchert der Stachelndraht
in ihn geflochten, wie Blumen,
die Menschen. Von weitem
— nicht wahr? — von weitem
ein Bild, ja, der Verzweiflung

Die Brisanz der Biermann'schen Po-
lenlieder liegt darin, daß er einen Zu-
sammenhang herstellt zwischen den ge-
sellschaftlichen Auseinandersetzungen
in Polen und der bundesdeutschen
Friedensbewegung: Das polnische Volk
wird vom großen Bruder SU unter-

drückt. Die Herrschenden wollen Friede,
den sie aber nur über einen (Bruder)
Krieg erreichen können. Dabei un-
terstellt Biermann der SU keine imperia-
listischen Eroberungsabsichten. Gleichwohl
röste die SU auf und stelle so für ihn eine
Supermacht dar, die gegenüber dem
eigenen Einflußbereich aggressiv auf-
trete. Zwar differenziert er insofern, als
in der SU „keiner am Krieg verdient“
(gute alte Imperialismus-
theorie), geht jedoch davon aus, „daß
das kapitalistische Profitinteresse nicht
das einzige ist, was irgendwelche
Machtgeber ins Weltgeschehen und in
Kriege treiben kann“ („Stern“, zit. n.
„Verdrehte Welt“). Die SU fluchte
sich in außenpolitische Abenteuer, um
von ihren schweren inneren Konflikten
abzulenken. Eine Friedensbewegung,
die zurecht gegen die Stationierung der
Mittelstreckenraketen in Westeuropa
aufträte, dürfe zur Aufrüstung und
Unterdrückung des Ostens nicht
schweigen, weil sie sonst unglaubwür-
dig und heuchlerisch sei. „Die Schla-
köpfe (die die offiziellen Lügen der
Putschgeneräle nachplappern), sind arg
Ende die ganz Dummheit. Die glauben,
sie müßten für den Fortschritt kämpfen,
sind am Ende Reaktionsäre.“ (taz,
12.2.82). Mit diesen Argumenten setzt
sich Biermann stark für eine Ausgren-
zung der DKP aus der Friedensbewegung
ein. Demgegenüber knieft er, was die
Rolle der SPD angeht, mindestens
ein Auge fest zu. (2)

„Ich muß doch nicht den Irrtum ver-
breiten, die Sowjetunion betriebe eine
Friedenspolitik. Auch aus tatsächlichen
Gründen wäre das ungeschickt, denn
die sogenannten einfachen Leute —
und nur sie können gemeinsam das
Blut zum Guten wenden — sind nicht
so blöde. Der sogenannte Mann auf der
Straße ist nicht so dumm wie solche
Taktiker schlau sein wollen.“ („Stern“, zit. n. „Verdrehte Welt...“)

sich diese Krise zeigt. Viele Linke sahen es am liebsten, wenn der gesellschaftliche Konflikt in Polen „weg“ wäre, weil es so schwierig ist, durchzublicken, weil man sich in Sachen Polensolidarität leicht falsche Freunde einhandelt, weil die Rolle der SU nicht klar ist und die einfachen, „richtigen“ Antworten fehlen. Resultat dieser Denkfaulheit und Lauheit in den linken Köpfen ist eine falsche Solidarität mit dem polnischen Volk. Diese Haltung ist es, die Biermann zurecht angreift, und ebenso die Konsequenz, die vielerorts gezogen wird, gleich die Idee und den Traum selbst für gescheitert zu erklären.

Dieser Traum ist ja alt
wie die Menschheit jung
und wird auch noch halten
wenn wir nicht mehr halten
Nie wird dieser Traum
je fade noch schal
schon gar nicht
in schlimmsten Nöten
Und es reicht nicht so'n
kleiner Dreck-General
um solch einen Traum
zu töten
Und wenn nach dem Chaos
das uns blüht
in Ost und in West
nichts mehr übrigbleibt
Als die Herrschenden
hüben und drüben
— auch dann ist der Traum
nicht ausgeträumt
Und wie sie's auch dreht:
In ihren Kindern
wird dieser Traum
gegen sie auferstehn.

(Auf der Traum)

Anders als zu Zeiten, als Biermanns Lied „So oder so, die Erde wird rot“, noch eine gemeinsame Utopie war, existiert dieser Konsens zwischen ihm und dem Publikum nicht mehr. Biermann singt dieses Lied heute immer noch — oder wieder —, aber vor einem anderen Publikum, das die sozialistische Perspektive nicht mehr unbedingt liebt. Den neuen Bewegungen ist bei aller Unterschiedlichkeit diese kritische bis ablehnende Haltung gegenüber einem revolutionären Marxismus gemeinsam. Biermann unternimmt den Versuch, diejenigen, die heute aus der Friedens- und alternativen Bewegung in seine Konzerte kommen, dafür zu agitieren, und sie bewußt provozierend mit den ganzen Zweifeln, Hoffnungen und offenen Fragen, die sich daraus ergeben, zu konfrontieren. Antworten oder eine eindeutige korrekte „Linie“ werden nicht geliefert; eher kann man Biermann schon beschreiben, einen ganzen Haufen Sackgassen aufzuzeigen. Dabei geht Biermann manchmal „einen Schritt zu weit“, setzt an die Stelle politisch überzeugender Argumente seine moralische Integrität. Eine Kritik allerdings, die sich auf diesen Punkt beschränkt, geht sowohl am Kern seines Anliegen als auch an seiner Person

allerdings, die sich auf diesen Punkt beschränkt, geht sowohl am Kern seines Anliegen als auch an seiner Person vorbei.

„Ich hoffe so verzweifelt, voller Hoffnung, wie es wohl nötig ist, wenn wir noch irgendwie rauskommen wollen aus dem Zug, in dem wir alle sitzen. Der Zug, der in die Selbstvernichtung der Menschheit führt und der scheinbar nur noch eine Weiche vor sich hat, wo er so oder so fahren kann: Nämlich daß wir uns durch Krieg selbst vernichten oder durch den Frieden. Diesen Frieden, der in dem Chaos von Hunger und Elend enden wird auf einer Erde, die ein unbewohnbarer Müllberg geworden ist. Es scheint so, als ob wir keine Chance mehr haben. Und wenn wir überhaupt noch in eine menschliche Menschheit uns verwandeln können, dann nur durch solche Menschen, die in diesem guten Sinne verrückt sind, in diesem guten Sinne voller Hoffnung“ (taz, 19.10.82)

I. (Kulturkommission) und U. (Göttingen)

Anmerkungen:

1. „Ja in diesem Punkt bin ich nicht mehr meiner Meinung. Als ich die Lieder 1960 vortrug, in denen ich zur Wahl der SPD aufrief, dachte ich, daß die Grünen niemals so schön sein können wie Strauß häßlich ist. Inzwischen haben die Grünen zwei Jahre Zeit gehabt und sie auch genutzt. Ihre sozialen, außenpolitischen und andere Positionen werden von den etablierten Mächten als blauäugig bezeichnet, was sie übrigens gegenteilig auch sind und sein sollen.“ (taz, 19.10.82)
2. „Und was die SPD betrifft, die doch für dieses Land eine so wichtige Partei ist, so hoffe ich, daß der Fußtritt, den sie jetzt in Bonn kriegte, so schmerzhaft sein wird, daß er gute Wirkungen von Hinten bis hoch ins Gehirn erzeugen könnte, d.h. daß die Sozialdemokratie sich wieder darauf besinnt, wo sie ursprünglich herkommt, und wo sie eigentlich mal hinwollte.“ (taz, 19.10.)

Mit seiner ganzen Person

Pablo Picassos Bilder gegen den Krieg

Vom spanischen Bürgerkrieg bis zu seinem Tod im Jahr 1973 hat Picasso mit Bildern, Plakaten und Pressezeichnungen zum politischen Geschehen Stellung genommen. Mit Ausnahme von „Guernica“ sind diese Arbeiten in der BRD nur wenigen bekannt (1). Anders als in Frankreich oder gar in Spanien gilt Picasso hier zwar als „Klassiker der Moderne“, aber auch als Inbegriff eines Künstlers, der „seine Subjektivität schrankenlos verwirklichte“. Bürgerliche Ideologen, wie etwa der Kunsthistoriker Spies, geben sich alle Mühe, dieses Bild eines Genies, das „schon immer erneut der Geschichte und der Zeit“ entzieht und dessen Leben sich „niemals ... mit einem Datum der Weltgeschichte“ berührt, zu erhalten. Picassos Bilder indes beweisen das Gegenteil.

Die Wunde Faschismus

Mit dem 1937 gezeichneten Zyklus „Traum und Lüge Francos“ beginnt die Reihe der Bilder, in denen Picasso sich direkt zu den politischen Auseinandersetzungen äußert. Picasso, der sich nach dem Wahlsieg der Volksfront in Spanien 1936 und dem anschließenden Putschversuch Francos sofort auf die Seite der Republikaner stellte, zeichnet Franco als kurkiertes Ungeheuer.

„Die Radierungen zeigen ein monströses Wesen, auf einer wüsten Schindelmähre, das durch sein Uniformschiffchen als Franco gekennzeichnet ist.“

Die Marienfahne in der einen und das Schwert in der anderen Hand alle-

ist. Die Marienfahne in der einen und das Schwert in der anderen Hand allegorisierten Kirche und Armee als die Hauptkräfte seines Aufstands. Der widerliche wurstgliedrige Kopf des Reiters zitiert ein Gemälde vom 1.5.1936, auf dem Augen und Nase sich wulst- und rüsselartig verabschiedet haben, auf dem Brüste und Penis assoziiert werden können. Es sind Formen aus dem Umfeld des Surrealismus. Der „caudillo“, das Rüsselmännchen dieses comic strips, geht mit einer Spitzhacke auf die Kunst los, er betet eine Dollar-Monstranz an, er attackiert die Sonne ...“ (2).

Den Erlös aus dem Verkauf dieser Zeichnungen, die in einer 1.000er Auflage vertrieben wurden, gab Picasso an den Hilfsfonds der spanischen Republik.

Während der Arbeit an dem Zyklus „Traum und Lüge Francos“ beginnt er mit Studien zu „Guernica“. Bereits Anfang 1937 hatte ihn die Regierung der spanischen Republik beauftragt, ein Wandbild für den Pavillon Spaniens auf der Pariser Weltausstellung 1937 zu malen. Die Zerstörung Guernicas am 26. April 1937 durch die faschistische deutsche „Legion Condor“ gab Picasso das Thema für das Wandbild. Innerhalb weniger Wochen entsteht sein bedeutendstes politisches Gemälde, ein Bild, von dem Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands“ schreibt, es „schrie und erinnerte an alle zurückliegenden Stadien der Unterdrückung ...“.

Zwei Auffassungen von Realismus

„Guernica“ gehört zu den Bildern, die den oft mitverstandenen und propagandistisch verkürzten Anspruch,

„Kunst als Waffe des Angriffs und der Verteidigung gegen den Feind“ (Picasso) zu gebrauchen, einlöst. Andere Künstler hätten sich vielleicht mit dem ersten Entwurf zu „Guernica“, mit der von der KP Spaniens erwünschten gezeichneten Faust des Widerstandskämpfers, zufrieden gegeben. Nicht so Picasso. „Die Faust des getöteten Kämpfers wird zur Sonne, dann, indem das Ganze in einen Innenraum verlegt wird, schmilzt sie zur leuchtenden Ellipse, wandelt sie sich in elektrisches Licht. Picassos Verzicht auf die geballte Faust der Kommunisten verbreitet die soziale und politische Aufnahmebereitschaft ...“.

Die Wirkung, die Picassos Bild heute noch hat, ist zweifellos auch der Tatsache zu verdanken, daß Picasso sich — entgegen der Forderung der KP Spaniens — weigerte, ein Bild zu malen, das den tagespolitischen Forderungen entsprach, ein Bild, das nur einen Appell zum Kampf, nur die Forderung nach Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen des antifaschistischen Widerstandes gestellt hätte. Was Sartre für die Literatur forderte, gilt ebenso für den Maler Picasso: „Wenn Literatur nicht alles ist, ist sie nicht der Mühe wert. ... Wenn jeder niedergeschriebene Satz nicht auf allen Ebenen des Menschen und der Gesellschaft widerklingt, bedeutet er nichts“. Dieser Anspruch bedeutet, sich den schmerzhaften Widersprüchen, der Angst zu stellen, er bedeutet, auch die Zerstückelung und Zerstörung des Menschen durch den Menschen darzustellen.

Die Widersprüchlichkeit, „Gebrochenheit“ (Peter Weiss) des Bildes „Guernica“ traf auf das Unverständnis der KP Spaniens. Die KP erwog — wie Peter Weiss in seinen Notizen zur „Ästhetik des Widerstands“ notiert — die Entfernung des Bildes aus dem spanischen Pavillon, da es ihrer Auffassung nach der „Sache des Proletariats“ nicht dienlich wäre (3).

Diese beiden unterschiedlichen Realismus-Auffassungen hat Peter Weiss im Gespräch der beiden Interbrigadisten in der „Ästhetik“ zur Diskussion gestellt: „Zwei verschiedene Realismusauffassungen stießen aufeinander, sagte Ayschmann. Die schmerzliche Verunstaltung des Menschen unter der Wucht der Destraktion widersprach der Ansicht der Partei, daß der Kämpfer in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten habe. Da waren groteske Züge, gleichsam kindlich gekritzelt, sie waren, wie es hieß, ungeeignet, die Sache des Proletariats zu vertreten. Die antagonistischen, zur Synthese gebundenen Kräfte im Bild entfesselten einen heftigen Streit, ehe die Lehre, die Picasso erteilte, dem Nachdenkenden verständlich wurde.“

Die äußere Schicht der Wirklichkeit war abgehoben worden. Unterdrückung und Gewalt, Klassenbewußtsein und heroischer Mut zeigten sich in ihren elementaren, dynamischen Funktionen. Indem das Zerfetzte sich zu einer neuen Ganzheit zusammenschloß, wurde dem Feind eine Abwehr entgegengestellt, die unbesiegt war.“ (4).

Gegen das Unvermögen der Menschen, sich die eigene Auslöschung vorzustellen“

Ob Picasso „Guernica“ malt oder das graue „Stilleben mit Messer und Gabel“ (1941) — eine Unterscheidung seiner Bilder in „politisch“ und „unpolitisch“ läßt sich nicht treffen. In den meisten Bildern, die Picasso in den Jahren 1939 bis 1945 gemalt hat, ist — zwar nicht vordergründig sichtbar — „der Krieg enthalten“ (Picasso). Ihr Thema, die Zerstörung des Menschen durch den Menschen, wird in so unterschiedlichen Motiven wie „Katze, die einen Vogel auffrisst“ (1939), in den Stilleben mit den Stierschädeln oder im „Ausgestreckten Frauenakt in der Landschaft“ von 1938 variiert.

In jedem dieser Bilder setzt Picasso sich mit der Brutalität und dem Schrecken der Kriegsjahre auseinander. Jedes dieser Bilder ist der erneute Versuch, der Angst standzuhalten, ihr das diffuse Unbestimmt-Irrationale zu nehmen. Diese künstlerische Auseinandersetzung mit dem Entsetzen ist — vergleichbar mit Francisco Goya oder mit Géricault, der sich während der Arbeit zu seinem Bild „Das Floß der Medusa“ mit den Leichen in der Pariser Morgue konfrontierte — der Versuch, das eigene „Verlangen nach Wahrheit auf die Probe“ zu stellen (5).

Bilder wie „Das Beinhaus“, 1944/45 unter dem Eindruck der Berichte über die Konzentrationslager gemalt, oder das 1951 entstandene „Massaker in Korea“ sind das Ergebnis jahrelanger geistiger, politischer und ästhetischer Anstrengungen. Gegen das „Unvermögen des Menschen, sich seine eigene Auslöschung vorzustellen“, eine der Voraussetzungen des Faschismus (6),

gegen das Menschen, sich seine eigene Auslöschung vorzustellen“, eine der Voraussetzungen des Faschismus (6), setzt Picasso den Kampf um die Genauigkeit der Wahrnehmungen, Gedanken und Assoziationen.

Das Gesicht des Friedens

Noch während des Krieges, 1942, als das Ende des Terrors nicht abzusehen war, begann Picasso mit „Gegenbildern“. In über 50 Zeichnungen variierte er das Motiv des „Guten Hirten“. 1944 wurde diese Arbeit vollendet: die Plastik eines kahlköpfigen Alten, der ein Lamm trägt. „Der Gute Hirte ... ist ... das frühchristliche Motiv, das hier säkularisiert zum Zeichen der Erneuerungsbereitschaft wird: Helfen, Schützen, Tragen — sich nicht vom Grauen lähmen lassen! 1950 wurde die Plastik auf dem Marktplatz von Vallauris aufgestellt ...“.

Als die Alliierten in Paris einmarschieren, ist Picasso nicht auf der Straße; er sitzt in seinem Atelier und arbeitet an einem Bild, das — eine künstlerische Auseinandersetzung mit Nicolas Poussins „Bacchanal“ — die Utopie des Friedens darzustellen versucht. „Es ist eine kleine Gouache, mit der die antisch-mediterrane Welt des Pan, der Faune und der Sinnenfreude in Picassos Welt zurückkehrt“.

In den Jahren nach dem Krieg nimmt Picasso auch ein Motiv wieder auf, das er bereits als Kind unzählige Male gezeichnet und gemalt hatte, ein Motiv, das ebenfalls aus dem frühen Christentum stammt: die weiße Taube. Gewiß ist Picasso nicht der Erfinder der Friedensstaube, aber seine Zeichnungen — etwa die Plakate zu den Friedenskongressen der 50er Jahre — haben dazu beigetragen, daß die Taube zum Sym-



Klage um die Opfer des faschistischen Terrors (aus „Traum und Lüge Francos“)



Tanz der Kinder. Studie zu dem Bild „Der Frieden“, 1952

aus Picasso „Grafik gegen Krieg“



Zeichnung für das Plakat „Amnestie“ des nationalen Komitees zur Unterstützung der Opfer Francos, 1959

Fortsetzung von voriger Seite

bol der Friedensbewegung nach dem zweiten Weltkrieg wurde. In seinen Memoiren schreibt Uja Ehrenburg: „Ich entsinne mich eines Mittagessens in seinem Atelier am Tag der Eröffnung des Pariser Weltfriedenskongresses. Am selben Tag wurde Pablo eine Tochter gegeben, welcher er den Namen Paloma, die Taube, gab. Am Tisch waren wir zu dritt: Picasso, Eluard und ich. Zuerst sprachen wir über die Tauben. Pablo erzählte, wie sein Vater, der als Maler oft Tauben zeichnete, ihn die Füße fertiger zeichnen ließ — der Vater hatte genug von Taubenfüßen. Dann kam das Gespräch auf Tauben im allgemeinen. Picasso liebt Tauben und hat immer welche im Haus. Lachend sagte er, Tauben seien habgierige und streitsüchtige Vögel; er verstehe nicht, wieso sie Friedenssymbole hatten werden können. Dann ging Picasso auf seine Kunsttauben über und zeigte uns an die hundert Entwürfe für sein Plakat; er wußte, daß seinem Vogel der Weltfriede bevorstand.“

In den Jahren nach 1945 wird das Thema „Krieg und Frieden“ für Picasso zum zentralen Thema seiner künstlerischen Arbeit, ein Thema, zu dem er immer wieder zurückkehrt: in den Zeichnungen für die kommunistische „L'Humanité“, im Bild „Krieg und Frieden“ in der Kapelle von Vallauris, in den Plakaten zum „Tag der Intellektuellen für den Frieden in Vietnam“, zum „Marsch auf Washington“ der US-amerikanischen Gegner des Vietnamkrieges 1969 und gegen die Auf-

blätter verteilt hatte, auf denen er für die Freiheit des vietnamesischen Volkes eintrat. Er zeichnet die Portraits von Ethel und Julius Rosenberg und richtet einen Appell an die Intellektuellen Frankreichs: „Rettet die Rosenbergs“. (Die Rosenbergs, jüdische Sozialisten, wurden in den USA als angebliche Spione hingerichtet — Anm. AK.) Die Schönheit dieser Portraits zu interpretieren, soll Picasso vorbehalten sein. So schreibt er zum Tod von Nikos Beloiannis am 31. März 1952: „Die edlen Gesichter aus dem Volk, füllig von räuberischen Fremden an einem Malabend in Madrid, beim Schein der Öllampen, auf dem Bild von Goya — der selbe Samen des Grauens, gesät bei aufgeblendeten Scheinwerfern in die nackte Brust Griechenlands, von Regierenden, die Tod, Angst und Haß ausschütten!“

Ein Kulturkampf

Wie groß die Wirkung der Bilder Picassos ist, wurde im September 1981 wieder deutlich, als „Guernica“ nach Spanien zurückkehrte, wo das Bild allerdings „weniger in seinem Glaskasten im Prado-Museum als auf den Hauswänden spanischer Dörfer (lebt), auf die es das Volk kopiert, und nicht nur das. Diese Maler nutzen die Symbole des Bildes und schreiben es fort, darin Picasso folgend, indem sie es respektlos um heutige Forderungen und Anklagen ergänzen. Soviel die eine Seite ihm hinzusetzt, es gebraucht und nicht mißbraucht, soviel schreibt die andere Seite ihm ab“ (7).

Um Picassos „Guernica“ tobt ein Kulturkampf. Während „das spanische Volk mit Picassos Bildern an Hauswänden kämpft“, versuchen die Herrschenden das Bild „als Symbol für die Kontinuität Spaniens und seiner Monarchie“ (Kulturminister Cervera) zu vereinnahmen. Regierungschef Carlos Sotelo machte während der Ausstellung von „Guernica“ im „Juan-Carlos-Pavillon“ (!) des Prado den bemerkenswerten Vorschlag, Picassos Bild solle nicht „Guernica“, sondern mehr allgemein und unverbindlich „Die Schrecken des Krieges“ heißen. So wie seinerzeit die Medici den Leichnam ihres politischen Gegners und Savonarola-Anhänger Michelangelo heimlich nach Florenz schafften und ihn — zwecks Aufbesserung ihres arg demolierten „demokratischen“ Profils mit dem Staatsbegräbnis „ehrten“ — so erhoffen sich die Juan Carlos, Sotelo und Cervera vergeblich, daß durch „Guernica“ Rückkehr ein demokratischer Schein auf ihre Häupter fällt.

G., Kulturkommission

„Ich habe die Malerei niemals als eine Kunst der simplen Verzierung, der Zerstreuung betrachtet; ich habe durch die Zeichnung und durch die Farbe, da dies meine Waffen sind, immer mehr das Bewußtsein der Welt und der Menschen durchdringen wollen, damit dieses Bewußtsein uns alle jeden Tag mehr befreie; ich habe zu sagen versucht, auf meine Weise, was ich als wahr, gerecht und gut betrachte, und das ist natürlich immer das Schönste, wie die großen Künstler wohl wußten ... Aber jetzt habe ich verstanden, daß das allein nicht mehr genügt; diese Jahre des schrecklichen Drucks haben mir gezeigt, daß ich nicht nur mittels meiner Kunst, sondern mit meiner ganzen Person mitkämpfen muß.“

Picasso, 1944

stellung von Raketenabschußrampen in den französischen Alpen, zu dem er französische Dichter René Char den Text schrieb.

Picasso unterstützt mit Plakaten und Zeichnungen den Kampf der spanischen Antifaschisten und beteiligt sich an der Forderung nach Amnestie für die Gegner Francos. Weiter gilt seine Solidarität dem Kampf des griechischen Volkes gegen den englischen und den US-Imperialismus und dem Befreiungskampf des algerischen Volkes. Picasso zeichnet Portraits von dem griechischen Kommunisten und Widerstandskämpfer Beloiannis, der 1952 zum Tode verurteilt wurde, und von Henri Martin, einem französischen Kolonialsoldaten in Vietnam, der zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er unter seinen Kameraden Flug-

Anmerkungen

- (1) Diese bislang wenig bekannten Arbeiten werden in dem Band „Picasso. Grafik gegen den Krieg“, erschienen im Beltz Verlag, vorgestellt. Norbert Strätmann hat zu diesem Band eine ausgezeichnete Einleitung geschrieben, die den Bezug dieser politischen Arbeiten zum Gesamtwerk Picassos herstellt.
- (2) N. Strätmann, Einleitung zu: „Picasso. Grafik gegen den Krieg“, Alle im folgenden nicht ausgewiesenen Zitate stammen ebenfalls aus dem Buch.
- (3) Peter Weiss, Notizbücher zur „Ästhetik des Widerstands“, 1971 - 80, Bd. 1, S. 187
- (4) Peter Weiss, „Ästhetik des Widerstands“, Bd. 1, S. 334f.
- (5) Peter Weiss, „Ästhetik des Widerstands“, Bd. 2, S. 120
- (6) ebenda, S. 118
- (7) Robert Pilett, Widerstand eines Klassikers, in: konkret 12/81

Jura Soyfer Einer, der fehlt

Jura Soyfer, dieser bei uns völlig zu unrecht so unbekannte Name steht für einen Kommunisten, Antifaschisten, Schriftsteller, Kabarettisten, Subkulturier und Juden der Zwischenkriegszeit 1918 - 1939 in Österreich.

Soyfer wurde 1912 als Sohn eines jüdischen Industriellen in Charkow geboren, 1920 floh die Familie vor der bolschewistischen Revolution und ließ sich schließlich in Wien nieder. Im 'roten Wien' der Nachkriegszeit wurde der Sohn des russischen Fabrikbesitzers, den die Oktoberrevolution enteignet hatte, zum überzeugten Marxisten. Er hatte Teil an den Kämpfen, Hoffnungen und Illusionen einer Generation, die in der Wirtschaftskrise, in Massenarbeitslosigkeit, im drohenden Schatten des Krieges ohne Hoffnung aufwuchs. Schon als Gymnasiast arbeitete Soyfer innerhalb des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei und schrieb für deren Zentralorgan „Arbeiter-Zeitung“ Kampflyrik, Agitationsstücke und Tagesglossen. 1934 - der Zusammenbruch der Sozialdemokratie - ist der Wendepunkt in Soyfers Leben und Schaffen.

Nach 1934 trat er aus der Partei aus und arbeitete fortan in der illegalen kommunistischen Partei. Im Februar 1939 starb Soyfer als „rassisch“ und politisch Verfeindeter, 26-jährig, im KZ Buchenwald.

Lyrik

In Soyfers Gedichten und Schriften stehen die dreißiger Jahre, die letzte Phase der Zwischenkriegszeit, in aller Unmittelbarkeit, entstehen seine Gedichte, Theaterstücke, sein Roman als leidenschaftlicher Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen den aufkommenden Faschismus, gegen die weltweite chaotische „Ordnung“ des Kapitalismus, für die Solidarität der Arbeiterklasse in der Wirtschaftskrise, eine vergebliche Warnung vor Krieg und Vernichtung.

Lied von der Ordnung

Daß wir Hunger haben, ist nicht wichtig,
Nebensache, daß wir betteln gehn.
Daß wir Hunger haben, ist nicht wichtig,
Nebensache, daß wir betteln gehn.
Unser Klagen weist man ab als nichtig,
Hauptache: die Ordnung bleibt bestehen!

Wer's noch nicht gemerkt hat, mag's jetzt hören:
Eine Ordnung gibt's auf dieser Welt,
Sie ist da, damit wir sie nicht stören,
Und wir halten sie, weil sie uns hält!

Die Erde ist von Ost bis West,
Von Singapur bis Budapest,
Glänzend organisiert!
Dreißig Millionen gehen stumm
in Reih und Glied vor Hunger krumm,
Wer nicht mehr gehen kann, fällt um,
Das klappt, als wär's geschnitten!
Gib's zuviel Brot? Dann heißt mit Brot!
Gib's zuviel Menschen? Schaffe sie tot!
Die Ordnung schuf der liebe Gott,
Wir frieren, krepieren im Tritt und Trott,
Die Ordnung funktioniert!

Gestern hielten wir noch fromm die Ordnung,
Heute wackelt sie. — Wird sie morgen stehn?
Und wir fragen: Muß es stets in Ordnung,
Muß es stets in dieser Ordnung gehn?

Arbeiter-Zeitung, 3. Juli 1932

Fußnoten

zu den Gedichten „Schlaflied für einen Ungeborenen“ und „Kapitalistischer Segensspruch“

1. Der Paragraph 144 (Verbot der Abtreibung) wurde von der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit besonders heftig bekämpft. Wagenwald und Pirve sind Schlichter des ersten Weltkrieges. Der Weizen in den Meeren weist darauf hin, daß während der Wirtschaftskrise in den USA Weizen vernichtet wurde.
2. „Schlaflied für einen Ungeborenen“ erschien in der Arbeiter-Zeitung am 4. Januar 1933 (Leicht gekürzt).
3. In den Industriestädten Leoben und Steyr waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise besonders hart. Im Februar 1932 zählte man in Österreich 440.000 Arbeitslose (ohne Ausgewiesene). Teilnehmer an Demonstrationen wurden mit fünf Schilling pro Aufmarsch belohnt. Die Zedern: „Sei gesegnet ohne Ende, Heimerde, wunderhold!“ sind Beginn der österreichischen Bundeshymne der Zwischenkriegszeit. (Text: Oskar Kernerstock, Melodie: Joseph Haydn.) Das Gedicht erschien in Jura Soyfers Arbeiter-Zeitungs-Kolumne „Zwischenrufe Links“ am 21. Februar 1932. (gekürzt).

Kunst war für Soyfer in erster Linie Propaganda, Eingreifen in die Wirklichkeit. Satire wird zum vorrangigen Mittel, die gesellschaftliche Realität zu entblößen.

Schlaflied für ein Ungeborenes

Schlafe, Kindlein schlaf,
Dich schütz der Paragraph.
Dich treibt die Mutter schon nicht ab,
Dich braucht der Staat fürs Massengrab
Im Wagenwald, am Pirve.
Schlafe, Kindlein, schlaf.

Halt die Ehe hoch in Ehren,
Wenn's nicht anders geht, im Proter!
Denn mein Volk soll sich vermehren
Wie der Weizen in den Meeren!
Sprach der Staat zu deinem Vater.

Die Maschine, die Kanone
Brauchen Futter, brauchen Futter.
Bei den Menschen geht's auch ohne,
Denn er ist der Schöpfung Krone.
Sprach der Staat zu deiner Mutter.

Schlafe, Kindlein, schlaf,
Dich schütz der Paragraph.
Dich treibt die Mutter schon nicht ab,
Dich braucht der Staat fürs Massengrab
Im Wagenwald, am Pirve.
Schlafe, Kindlein, schlaf.

Soyfers Gedichte sind voll Kampfkraft, voll ätzender Satire, doch zugleich voll Zartheit, voll Sehnsucht nach anderen, wärmeren Verhältnissen, voll Liebe und voll Wehmut angesichts der realen Zustände, Visionen der kommenden großen Kälte und Barbarei, Hoffnung auf eine Utopie, doch ohne Pathos.

Die Gedichte und Glossen setzen an bei Tagesereignissen, jedoch ohne die Hauptursache, die kapitalistische Weltordnung, außer Acht zu lassen. So richten sich viele Gedichte gegen die Erscheinung dieser „Ordnung“, gegen die Klassenjustiz, gegen die Tolerierung der Heimwehrfaschisten durch den Staat, gegen die gleichgeschalteten Wissenschaften, gegen den Abtreibungsparagraphen, etc.

Fortsetzung nächste Seite



Jura Soyfer

Kapitalistischer Segensspruch

In Leoben froh man heuer,
Weiß für Kohlen kein Bedarf.
Und man schreit nach Brot in Steyr
Und der Winterfrust ist schief.
Fünfmal hunderttausend Hände
Liegen still. Kein Rad mehr rollt.
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimerde, wunderhold!

Hohe Seelenhirnen haben
Treu der Bankjuden Geld
's gibt fauchende Banditen
Von der Etz bis an den Belt.
Daß man die Verfassung schände,
Sind fünf Schilling für ein Gold.
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimerde, wunderhold!

Dieser Staat läßt sich nicht lumpen,
Wenn er sich bekümmern läßt:
Einer kriegt das Gold in Klumpen,
Euch, auch gibt man bald den Rest!
Rufet: „Hoch die Dividende!“
Wenn ihr euch zum Sternlein trübt,
Sei gesegnet ohne Ende,
Heimerde, wunderhold!



(Geme)

Deutschland, wir haben kein Reichentum,
Wir haben hinein den dreifachen Fluch!

Die Mühlen der Gerechtigkeit /
Lied der Justiz

Der liebe Gott sprach klipp und klar:
„Punkt fünf: Du sollst nicht töten!“
In Graz sprach man den Kommunisten:
„Und wenn, dann nur Proleten!“
In Arbeiterkassen
Krieg: erst Justus Sabot Schneid:
Dann mahlen, dann mahlen
Die Mühlen der Gerechtigkeit

Arbeiter-Zeitung, 10. April 1932

Soyfers Roman "So starb eine Partei"

Soyfers Roman ist eine Krankengeschichte der 1. österreichischen Republik und ebenso eine Krankengeschichte der Sozialdemokratischen Partei.

Im Herbst 1918 zerfiel die Donaumonarchie. Auch im Reststaat Österreich war eine revolutionäre Situation entstanden. Der Roman beginnt mit einem satirisch-realistischen Vorspiel und gibt den zeitgeschichtlichen Hintergrund von 1919–1932 wieder, wie er sich "im Bewußtsein eines verklemmten, autoritätshörigen Kleinbürgers niederschlägt, dem der 'Umbruch' von 1918 noch vierzehn Jahre nachher in den Knochen sitzt. Daß dieser permanent enttäuschte, durch Gehaltsstufen und Pensionserwartung doch immer wieder geköderte, in jeder Beziehung 'kleine Bundesbeamte' – im Vergleich zu ihm ist selbst Horváths ewiger Spieler der Abenteuer, der er sich einbildet zu sein –, daß dieser Schmalpurpur mit Unterthanenreife Morgenluft wittert, läßt das politische Klima erkennen, in dem die Demokratie zusehends Raum verliert und sich eine 'neue' Zeit vorbereitet. Die Satire auf das faschistoide Bewußtsein ist begleitet von einer Aufzählung versäumter Gelegenheiten, dieses Bewußtsein zu brechen, von der Verhinderung der Räterepublik im Jahre 1919 bis zu den Rückzugsmärschen während der einseitigen Wirtschaftskrise. Die Schuld daran gibt Soyfer, der Linksradike, der Sozialdemokratie." (1)

Die ersten Wahlen in der jungen Republik machten die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion; dennoch besaßen Christlich-soziale und Großdeutsche in der Nationalversammlung die Mehrheit. Doch konnten die Sozialdemokraten die Angst des Bürgertums vor der Revolution ausnutzen und eine Reihe namhafter Reformen durchsetzen. Während in Bayern und Ungarn Räteregierungen an die Macht kamen, setzte die österreichische Sozialdemokratie unter Führung Otto Bauers auf "Reform statt Revolution".

Nach Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft in Österreich konnte das Bürgertum auf Bundesebene auf die Sozialdemokratie verzichten: Schon im Juni 1920 kam es zum Bruch der Koalition; die Christlichsozialen bildeten eine Alleinregierung. Das Kapital ging in die Offensive über: Reiche Unternehmerverbände und Großgrundbesitzer gründeten klerikal-faschistische Verbände – die "Heimwehren", mit dem erklärten Ziel, die Demokratie auszuwischen. Auch die NSDAP gewann Anhänger, vorwiegend aus dem Kleinbürgertum.

In der Bundeshauptstadt gelang es den Sozialdemokraten, ihre Reformpolitik weiterzuführen. Sozialeinrichtungen und Wohnbau im "Roten Wien" wurden beispielgebend für eine fortschrittliche Kommunalpolitik in der ganzen Welt. Der verbalradikale Vorgangsweise des "Austromarxismus" gelang es überdies, den leninistischen Flügel der Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische Partei zu integrieren, so daß die 1918 gegründete KPÖ zunächst bedeutungslos blieb.

Zur Abwehr des aufkommenden Faschismus gründete die Sozialdemokratie 1923 den "Republikanischen Schutzbund". Schwere, auch bewaffnete Zusammenstöße mit den "Heimwehren" führten in den kommenden Jahren zu einer permanenten Bürgerkriegsstimmung.

Mit dem Zusammenbruch der Bodencreditanstalt brach 1929 die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht über Österreich herein. In den folgenden Jahren zählte man in dem kleinen Staat 400 000 Arbeitslose.

Am 15. März 1933 schaltete die christlichsoziale Regierung unter Kanzler Dollfuß das Parlament aus und errichtete die Diktatur durch:

- Verbot des Schutzbundes
- beschränktes Streikverbot
- Verbot des traditionellen Maiaufmarsches

Soat und Ernte



aus: Arbeiterzeitung 10. Sept. 1933

- Verbot der kommunistischen Partei
- Wiedereinführung der Todesstrafe
- Verbreitungsverbot der "Arbeiter-Zeitung", des Zentralorgans der Sozialdemokratie
- tägliche Waffensuchen der Polizei in sozialdemokratischen Parteihäusern.

Während die sozialdemokratischen Parteimassen zum bewaffneten Aufstand und Generalstreik bereitstanden und nur mühsam zurückgehalten werden konnten, begann die Parteiführung eine Politik der erbärmlichsten Kriecherei vor dem Dollfuß-Regime. Je schärfer die Attacken der Bourgeoisie, desto nachgiebiger die SPÖ-Bündnisangebote. Durch das isolierte Herausgreifen einzelner Forderungen, durch Teilstreiks statt des organisierten Generalstreiks nach dem Putsch gab die SPÖ die Arbeiter/innen den Strafsanktionen der Bourgeoisie preis und schwächte so die Kampfkraft. Dabei stand die Dollfuß-Diktatur zu Beginn durchaus auf schwachen Füßen und das reaktionäre Lager war in zwei ungefähr gleichstarke Teile, den Heimwehr-Flügel und den Nazi-Flügel, gespalten.

Gegen die zunehmenden Repressionen und die systematische Entwaffnung des Schutzbundes forderten die Parteimassen den bewaffneten Kampf. Entgegen dem dringenden Anraten des Parteivorstandes erklärte die Linzer Schutzbundführung, bei der nächsten Waffensuche Widerstand zu leisten. So begann am 12. Februar 1934 in Linz der bewaffnete Aufstand. Bis zum 15. Februar fanden in Linz, Wien, Graz und anderen Industriestädten schwere Kämpfe statt.

1200 Tote und 5000 Verwundete hatten im Juni 1920 kam es zum Bruch der Koalition; die Christlichsozialen bildeten eine Alleinregierung. Das Kapital ging in die Offensive über: Reiche Unternehmerverbände und Großgrundbesitzer gründeten klerikal-faschistische Verbände – die "Heimwehren", mit dem erklärten Ziel, die Demokratie auszuwischen. Auch die NSDAP gewann Anhänger, vorwiegend aus dem Kleinbürgertum.

1200 Tote und 5000 Verwundete hatten die Kämpfe gefordert. Neun Schutzbündler wurden hingerichtet. Über 10 000 Einkerkierungen, die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, ihrer Organisationen sowie der Gewerkschaften folgten.

Der 12. Februar 1934 hatte das Versagen der Parteiführung aufgezeigt. Die jahrelange Kompromisspolitik fand ihren Niederschlag, ebenso die defensive Kampfstrategie, die auf die Besetzung wichtiger strategischer Positionen wie etwa der Radiostationen verzichtete und eine Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates gar nicht in Betracht zog. Dem – viel zu spät – ausgerufenen Generalstreik leisteten wichtige Teile der Arbeiterschaft, wie die Eisenbahner nicht Folge.

Der 12. Februar zeigte aber auch, daß die österreichische Arbeiterbewegung als erste in Europa dem Vormarsch des Faschismus bewaffneten Widerstand entgegengesetzt hatte. Am 12. Februar hatte die Reaktion die Arbeiterbewegung zerschlagen und damit die größte Abwehrkraft gegen den immer drohenden deutschen Einmarsch ausgeschaltet. So konnte schließlich am 12. März 1938 die deutsche Armee ohne Gegenwehr Österreich besetzen.

Soyfer trat aufgrund seiner Enttäuschung über das Versagen der Sozialdemokratie aus der Partei aus und arbeitete nach 1934 in der illegalen KPÖ. In den folgenden Jahren ist der Roman "So starb eine Partei" sein Hauptarbeitsgebiet, womit er den Versuch unternimmt, die Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage zu analysieren. Der Roman behandelt die Geschichte Österreichs von 1918 bis zum Dollfuß-Putsch 1933 aus der Sicht der

Sozialdemokratie und ihrer Versäumnisse. Die Originalmanuskripte des Romans wurden bei einer Hausdurchsuchung 1937 beschlagnahmt und sind seither verschollen. Erst nach dem Krieg wurden Fragmente in Form von Abschriften wiedergefunden. So fehlen viele Kapitel und auch der Schluß, die Zeit vom Dollfuß-Putsch bis zum Februar 1934. Trotz aller Unvollständigkeit und der stilistischen Mängel einzelner Teile – die offensichtlich nicht als letzte Fassung gelten können – nimmt der Roman in der österreichischen Literatur eine Sonderstellung ein. Es ist der einzige Versuch, weder das heldenhafte Märtyrertum der Schutzbündler zu preisen noch die Übermacht des Gegners zu beschwören, sondern den Grund für die Niederlage in der Unentschiedenheit der eigenen Partei zu suchen.

Trotz dieses guten und wichtigen Ansatzes bleibt der Roman meiner Meinung nach stecken in einem Psychogramm der Sozialdemokratie. Deutlich wird der Gegensatz zwischen Partei-Establishment einerseits und einfachen Mitgliedern und junger Opposition andererseits. Deutlich wird die Bestechung der Parteibonzen durch Amt und Würden, ihr Karrieredenken. Deutlich wird die Vereinsmeierei, die Gläubigkeit aller, für die die Partei die Welt bedeutet, eine religiös-politische Erlösungshoffnung. Deutlich wird die wortradikale Propaganda gekoppelt mit Verhandlungen, Reformismus, Hinhaltetaktik.

Nicht oder zuwenig analysiert wird meines Erachtens, was in jenen krisengeschüttelten Staat, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und angesichts des schon fast sprichwörtlichen Massenhungers des österreichischen Proletariats der Sozialdemokratie trotzdem die ökonomische Basis und Macht gab, die Massen in den Staat zu integrieren und trotz allem an ihrem reformerischen Verhandlungskurs, an Zurückweichen und Defensive festzuhalten.

Außer den Erscheinungen an der Oberfläche und einem Psychogramm der Partei bietet auch Soyfer dafür keine Analysen. Dennoch gibt Soyfers Roman Einblick in das Funktionieren des Parteiapparates, Einblick auch in die Leichtigkeit, mit der der Faschismus unterschätzt wurde – "Österreich ist nicht Deutschland" – bis es zu spät war. Sein Roman ist als Chronik der Krankengeschichte der 1. Republik anzusehen. Und da ein so kritischer Ansatz wie bei ihm nicht gerade breit gesät ist, haben wir allen Grund, uns mit dieser Literatur heute wieder zu beschäftigen.

Anmerkungen

1) Jarka, Horst: Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien, 1980, S. 18.

Grundzüge des Artikels sind:

- Jarka, Horst, Hrsg.: Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien, Europaverlag 1980.
- Textbezüge zu: Schmetterlinge, Verdrängte Jahre, Österreich in der Zwischenkriegszeit 1981.
- Schönbauer, Alexander: Der Februar-Aufstand des österreichischen Proletariats.
- Kun, Bela: Einige wichtige taktische Lehren des österreichischen Aufstandes. Beide ist die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften. Texte zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse. Arbeiterbuch 3. Hamburg, Verlag Arbeiterkampf 1976.
- Linkskurve 4/80. Magazin für Kunst und Kultur.

Szenen und Stücke

Neben der Hauptarbeit an seinem Roman begann Soyfer nach 1934 als illegaler Kommunist und unter den Bedingungen der verschärften Zensur an Kellerräumen Kleinkunstsdramen zu schreiben, die an die Tradition des Wiener Volksstücks und an Nestroy anknüpfen. Durch Satire und Witz, durch seinen "Schmäh" ließen sich am ehesten politische Aussagen durch die Zensur bringen. Einige der Stücke, wie "Der Lechner-Edl schaut ins Paradies", "Astoria", "Vineta", "Broad-Way-Melodie 1492" sind auch heute noch wert, aufgeführt zu werden, bissige und witzige Satiren gegen die imperialistische Ausbeutung und gegen das Faustrecht der Mächtigen, Kampfstücke gegen das Nicht-wissen-wollen, gegen Indifferenz und Selbsttäuschung – gegen alle, die Illusionen nähren und davon profitieren.

Wer nach 1934 nicht wie die österreichischen Nazis der Umarmung durch den großen deutschen Bruder entgegenfiebert, ist vagen Hoffnungen und Zweifeln überlassen, der Verzweiflung oder Resignation. So werden Soyfers Stücke, Songs und Gedichte nach 1934 immer gedrängter, warnend vor dem großen Krieg, von der Hoffnung besetzt, daß das Unvorstellbare nicht Wirklichkeit würde. Manche Songs sind von einer geradezu erschreckenden Aktualität.

Galgenfrist bewilligt

Im Fernen Osten hat's Schüsse gegeben,
Doch Genf hat nur von Ausschüssen gewußt.
Ach, weißt du, wieviel Sternlein kleben
Auf der Generale Brust?
In Komitee und Kommissionen
Wird beraten, beraten, beraten,
Und in aller Welt marschieren schon
Soldaten, Soldaten, Soldaten.
Und ein Kriegsgrund ist ja leicht zu besorgen.
Heut nicht mehr? Dann morgen!

Arbeiter-Zeitung, 26. Juni 1933

Genf – Aus des Volksbundes

'Schmetterlinge'
Jura-Soyfer-Collage

Unter anderen den 'Schmetterlingen' ist es zu verdanken, daß Jura Soyfer wieder einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wurde. Auf ihrer 1981 erschienenen Platte "Verdrängte Jahre, Zwischenkriegszeit in Österreich" haben sie eine Auswahl aus ihrer 1980 aufgeführten Jura-Soyfer-Collage aufgenommen, vertonte Gedichte, Texte und Songs, die auch ohne den Gesamtzusammenhang des Stücks verständlich sind. Die Musik ist gedrängter, gehetzter, schräger, weniger harmonisch als sonst von den 'Schmetterlingen' gewohnt, eindringlicher, der krisengeschüttelten, angstbesetzten Nach- und Vorkriegszeit entsprechend.

Es ist dies die Platte von den 'Schmetterlingen', die mich am meisten

Anzeige

Anzeige

Buchladen Gegenwind

(früher arbeiterbuch)

Fred Halliday
Maxine Molinieux
"The Ethiopian Revolution"
Verso Edition DM 29,80

Bislang fehlt in deutscher Sprache eine präzise Darstellung der äthiopischen Revolution von 1974, wenn man von den recht einseitigen DKP-orientierten Analysen einmal absieht. Hier liegt nun eine neue Arbeit von Fred Halliday vor, dem Herausgeber der "New Left Review" und Autor des Standardwerkes "Der Iran" (deutsch im Rotbuch-Verlag). Er gibt einen kurzen Überblick über die geschichtlichen Voraussetzungen, die er in den Kontext originärer Revolutionen in der Dritten Welt einzuordnen sucht. Im Detail werden dann die Reformen und ihre Auswirkungen dargestellt, die die gesellschaftliche Bastion des alten Regimes vollständig zerstörten, wobei Halliday zugleich die Besonderheiten der "Politik von oben" der Derg-Militärregierung kritisch durchleuchtet und die Möglichkeiten der Durchsetzung weitgehender demokratischer Strukturen skeptisch beurteilt, ohne sie aber gänzlich zu verwerfen. In der Darstellung der Problematik der Nationalen Frage in Äthiopien scheinen die Autoren die Berechtigung der Aufstandsbewegungen (Eritrea, Ogaden) nicht ganz nach-

bewegt und beeindruckt, auch erschüttert und aufgerüttelt hat. Das liegt an der Eindringlichkeit von Text und Musik, wo Widerstandskraft und Satire, Faustballen und Aufschreiben nahe neben Weinen und Verzweiflung liegen, der überzeugteste Zukunfts Glaube direkt neben Angst vor totaler Vernichtung.

H., Tübingen

Das Lied von der Erde
(Kometen-Song)

Denn nahe, viel näher, als ihr es begreift,
Heb ich die Erde gesehen.
Ich sah sie von goldenen Spaten umreift.
Vom Schatten des Bombenfluges gestreift
Und erfüllt von Maschinengedröhn.
Ich sah sie von Radiosendern bespitzt;
Die warfen Wellen von Lüge und Haß
Ich sah sie verlaßt, verarmt – und beglückt
Mit Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde.
In Armut und in Reichtum grenzenlos,
Gegenwart und verdammte ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß.

Denn nahe, viel näher als ihr es begreift,
Steht diese Zukunft bevor.
Ich sah, wie sie zwischen den Sätzen schon reift,
Die Schatten vom Antlitz der Erde schon streift
Und greift zu den Sternen empor.
Ich weiß, daß von Sender zu Sender bald fliegt
Die Nachricht vom Tag, da die Erde genas,
Dann schweigt diese Erde, erlöst und beglückt,
In Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde.
In Armut und in Reichtum grenzenlos,
Gegenwart und verdammte ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß!

Das "Lied von der Erde" ist auf der Schmetterlingsplatte
"Jura Soyfer" zu hören.

Lied des einfachen Menschen

Menschen sind wir einst vielleicht gewesen
Oder werden's eines Tages sein,
Wenn wir gründlich von all dem getrennt,
Aber sind wir heute Menschen? Nein!

Wir sind der Name auf dem Reisepaß,
Wir sind das stumme Bild im Spiegelglas,
Wir sind das Echo eines Phrasenschwulst
Und Wiederhall des toten Wiederhalls.

Wir sind der Straßenauf der großen Stadt,
Wir sind die Nummer im Katasterblatt,
Wir sind die Schlinge vor dem Stempelamt
Und unsere eigenen Schatten alleinamt.

Längst ist alle Menschlichkeit zertritten,
Wahren wir doch nicht den leeren Schein!
Wir, in unseren tief entmenschten Städten,
Sollen uns auch Menschen nennen? Nein!

Wir sind das schlecht entworfne Skizzenbild
Des Menschen, den zu erst zu zeichnen gilt,
Ein armer Vorklang nur zum großen Lied,
Ihr nennt uns Menschen? Wartet noch damit!

vollziehen zu wollen; hier liegt sicher ein Schwachpunkt in dem ansonsten intelligenten und sachkundigen Buch.

"Dirty Work: The CIA in Afrika"
Zed-Press, 1980, DM 29,80

Hervorragende Aufsatzsammlung zu den vielfältigen Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste, mit Schwerpunkt CIA.

Elenga M'bugyinga
"Pan Africanism or Neo-Colonialism"
The Bankruptcy of the OAU
Zed Press, überarbeitet 1982, geb. DM 32,-

Antimperialistische Darstellung der Geschichte des PAN-Afrikanismus, seine demagogische Okkupation durch die neue afrikanische Bourgeoisie, Konsequenzen des praktischen Bankrotts der OAU gemessen an den ursprünglichen Zielen dieser Organisation.

P.S. Die Preise sind sämtlich außerst knapp kalkuliert.

War er der letzte große französische Dichter? Müßige Frage, er gehörte jedenfalls zu den ganz großen Dichtern. Aragon, der 1897 geboren wurde, veröffentlichte seine ersten Gedichte 1920 („Freudenfeuer“, Feu de joie) in kubistischen und futuristischen Zeitschriften. Nach dem ersten Weltkrieg gehörte er zunächst dem Dadaismus, später dem Surrealismus an:

„J'ai fait le mouvement Dada
Disait le Dadaïste
J'ai fait le mouvement Dada
Et en effet
Il l'avait fait“.

(Ich habe bei der Dada-Bewegung mitgemacht / sagte der Dadaïst / Ich habe bei der Dada-Bewegung mitgemacht / Und tatsächlich / Hatte er da mitgemacht.)

André Breton hatte folgende Definition vom Surrealismus gegeben: „Surrealismus, Prädikat Maskulin. Reiner psychischer Automatismus, mit welchem versucht wird, die reale Funktionsweise des Denkens, entweder schriftlich, oder verbal, oder wie auch immer, auszudrücken. Diktat des Denkens, bei Abwesenheit jeglicher Kontrolle durch die Vernunft, jenseits jeder ästhetischen oder moralischen Sorge.“

Der Surrealismus geht vom Glauben an die höhere Realität verschiedener Assoziationsformen aus, die bis zu seiner Geburt vernachlässigt wurden; er glaubt an die Allmacht der Träume, an das Spiel des Gedankens. Er will alle anderen psychischen Mechanismen endgültig ruinieren und will sie zur Lösung der wichtigsten Probleme im Leben einsetzen.

Das „Manifest der Surrealisten“ begann mit dem Satz: „Öffnet die Geflügel! Entlaßt die Armeen!“ „Die Welt verändern“ hat Marx gesagt, „Das Leben verändern“ hat Rimbaud gesagt — für uns sind diese zwei Parolen eine“ (André Breton). In dieser Zeit schreibt Aragon seinen ersten Roman: „Der Bauer von Paris“ (Le Paysan de Paris, 1926). Gemeinsam mit weiteren Surrealisten (unter an-

»Wer klopft hier? Ach, sehr schön, lassen Sie das Unendliche eintreten«

Zum Tod von Louis Aragon

rem Paul Eluard und André Breton) tritt Aragon Ende der 20er Jahre der KPF bei. Schon zuvor hatten die Surrealisten ihr „Zentralorgan“ in „Surrealismus im Dienste der Revolution“ umbenannt. 1930 beteiligt sich Aragon am II. Internationalen Kongress revolutionärer Schriftsteller in Karkhov, kaum zurück schreibt er das Gedicht „Rote Front“ (Front rouge), das damit beginnt:

„Legen wir die Bullen um, Genossen!
Schließen wir auf die Tanzbären der Sozialdemokratie!“

Es kommt zur „Affaire Aragon“: Die französische Regierung will Aragon wegen Aufforderung zum Mord verfolgen. Er riskiert damit 5 Jahre Knaus, wozu es aber dank der Solidaritätsbewegung doch nicht kommt.

1935 faßt er seine neuen Kunstauffassungen in „Für einen sozialistischen Realismus“ (Pour un Réalisme socialiste) zusammen; ein Jahr zuvor, 1934, veröffentlicht er die Gedichtsammlung „Hurra, Ural“ (Hourra l'Oural). Im gleichen Jahr erscheint der erste Band des Romanzyklus „Die Wirkliche Welt“ (Le Monde réel), ein Bild der bürgerlichen Gesellschaft von 1890 bis 1940. Der erste Teil „Die Glocken von Basel“ (Les Cloches de Bâle) behandelt

das Schicksal dreier Frauen, von denen zwei die „alte Welt“ verkörpern. Die dritte, Clara Zetkin, ist die Frau der Zukunft. „Die Frau ist die Zukunft des Mannes“ (Aragon).

Die drei weiteren Teile heißen „Die Viertel der Reichen“ (Les Beaux Quartiers), „Die Reisenden der Oberklasse“ (Les Voyageurs de l'Impériale) und schließlich „Aurélien“ (1944 veröffentlicht). Parallel dazu werden Ende 1933 u.a. Breton und Eluard aus der KPF ausgeschlossen, wegen „Kritik an der Sowjet-Union“. Beide hatten sich mit einem Artikel solidarisiert, der den „Wind der Kretinisierung über der SU“ anprangerte. Als Beispiele wurden dort Filme genannt, wo konventionelle Tugenden exaltiert wurden, wie zum Beispiel den farnosen „Arbeitsseifer“, den die Surrealisten verabscheuten.

Während des II. Weltkrieges schrieb Aragon „Das Herzeleid“ (Le Crève Cœur, 1941), wo die Trauer über den Krieg sich mit der Liebe zu seiner Lebensgefährtin, Elsa Triolet, eng verbindet. Die bekanntesten Gedichte aus der Okkupationszeit sind in die Sammlung „Die französische Diana“ (Le Diane française, 1944) aufgenommen worden. Nach dem Krieg schrieb er den Romanzyklus „Die Kommunisten“, eine Darstellung des französischen Lebens in den Jahren 1939/1940. Held der Geschichte ist nicht mehr ein Einzelner, sondern eine Gruppe von Angehörigen einer kleinen Zelle der KPF.

Nach den Gedichtsammlungen „Das neue Herzeleid“ (Le nouveau Crève Cœur, 1948) und „Meine Kreuzfahrten“ (Mes Caravanes, 1954) legt er seine Vorstellungen der menschlichen Zukunft in „Die Augen und das Gedächtnis“ (Les Yeux et la Mémoire, 1954) nieder. 1956 veröffentlicht er das autobiographische Poem „Der unvollendete Roman“ (Le Roman inachevé) — das Bekenntnis eines Menschen, der an der Wende zweier geschichtlicher Epochen lebt, sich von der alten Welt abwendet und utopische Illusionen über das Wesen der neuen Welt zu-

rückweist. 1958 erscheint „Die Karwoche“ (La Semaine Sainte): Anhand der Karwoche 1815 (Flucht der Bourbonen und Rückkehr Napoleons) behandelt Aragon das grundlegende Problem der persönlichen Entscheidung und Verantwortung des Einzelnen zwischen den fortschrittstragenden Kräften und den massenfeindlichen Regimen (im Roman durch Ludwig XVIII. und Napoleon repräsentiert).

1965 erscheint ein weiterer Roman, „Spiegelbilder“ (La Mise à mort); zuvor sind noch die Werke „Elsa“ und „Elsas Narr“ (Le son d'Elsa, 1959 und 1964) zu nennen.

Darüberhinaus war Aragon Redakteur der KPF-Zeitung „L'Humanité“ und 1937 Chefredakteur der KPF-Zeitung „Ce Soir“. Nach dem Krieg leitete er weiter die literarische Wochenzeitschrift „Les Lettres Françaises“, die er in der illegalen Zeit mitgegründet hatte.

Bis zum Schluß blieb er ein treuer Anhänger der ZK-Linie der KPF — im Bösen wie im Guten. „Dennoch“ hat er verführerisch schöne Gedichte geschrieben — wofür sich leider nie westdeutsche Verlage interessiert haben (viele seiner Romane sind allerdings in der DDR veröffentlicht worden).

Georges Brassens, aber insbesondere Jean Ferrat haben viele Gedichte Aragons vertont und besungen:

„Un jour viendra,
Un jour couleur d'orange,
un jour pâle
de feuillages au front
Un jour de l'épaule nue
où les gens s'aimeront
Un jour comme un oiseau
Sur la plus haute branche“

(Ein Tag wird kommen / Ein apfelgrüner Tag / Ein heller Tag / Mit Blumenkränzen um die Stirn / Ein Tag mit nackter Schulter / Wo die Menschen sich lieben werden / Ein Tag wie ein Vogel / Auf dem höchsten Ast).



Mon amour ce qui fut aere
Le ciel est sur nous comme un drap
J'ai reformé sur toi mes bras
Et tant je t'aime que j'en tremble
Aussi longtemps que tu voudras

Strophen zum Gedenken

Dieses Gedicht ist dreihundertzwanzig Widerstandskämpfern gewidmet, die am 21. 2. 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Diese Gruppe bestand zum großen Teil aus Ausländern, die in Frankreich Asyl gesucht hatten, unter ihnen der junge Armerier Manouchian. Die Gestapo hatte rote Plakate mit den Bildern dieser fremdenartig aussehenden „verurteilten Gesellen“ verbreiten lassen, aber die französischen Patrioten ließen sich nicht abhalten, das Andenken an diese „Wahlfasernen“ hoch zu halten. Aragon verfasste diese Strophen 1955 für eine Gedenkfeier.

Ihr suchtet nicht Ruhm, noch Tränen und Ehren,
Nicht Orgelmusik und nicht Sterbegebet.
Eif Jahre ist's her — wie schnell das vergeht!
Ihr grifft damals einfach nach euren Gewehren —
Selbst vor dem Tod blieb euer Blick ungeblendet und steil.

Euer Bildnis hing an den Strassenecken
Nachtschwarz das Haar, verwildert der Bart,
Rot die Plakate gleich blutigen Flecken —
Der Klang eurer Namen, fremdartig und hart,
Solte drohend Angst bei den Bürgern erwecken!

Keiner erkannte am Tag in den Fremden
Euch Auserwählte — sie sahen euch nicht.
Doch nachts, zur Verbotzeit, schrieben Geisterhände
„Gestorben für Frankreich“ an die Häuserwände.
Und der düstere Morgen wurde anders — und licht.

Im Februar habt ihr verströmt euer Leben —
Wie Reif lag auf Allen ein bleiernes Licht —
Da sagte der eine gelassen und schlicht:
Glück allen, Glück jenen, die überleben!
Ich sterbe, doch das deutsche Volk hasse ich nicht.“

„Leb wohl, Leid und Freude, lebt wohl, Rosen und Tann!
Ade Licht, Lebes ade, und Widerwehn ...
Heirats, sei glücklich, deck an mich dann und waun,
Du, der die Schönheit der Welt wird widererzählen,
Einst, wenn alles vorüber, dahin in Eriwan.“
„Gross geht die Sonne auf über den Bergen —
Wie schön ist die Natur, wie bricht mein Herz vor Fein!
O Melanc, Geliebte, Verwaiste, ich lass dich allein!
Doch das Recht folgt auf dem Fins unsren siegreichen Särgen,
Und ich will, du sollst leben und Mutter sein!“

Dreihundzwanzig standen vor den Freigärten.
Dreihundzwanzig, die allzu früh ihr Herzbild vergossen.
Dreihundzwanzig Fremde, und doch Brüder und Genossen,
Dreihundzwanzig Liebende des Lebens, so sehr, dass sie dafür starben ...
Dreihundzwanzig — und sie riefen Frankreich, als sie fielen unter den

Rosen und Reseden

Das Gedicht ist den gefallenen Widerstandskämpfern Gabriel Péri, Etienne d'Orves, Guy Mequet und Gilbert Dru (katholischen und kommunistischen Mitgliedern der Resistance) gewidmet. Es ist zu einem Volkslied geworden und war auch die Anregung zu einem Film.

Ihm, der an den Himmel glaubt,
ihm, der es nie getan,
hat's die Eins angetan,
die gefangen und geraubt.
Zogen aus, sie zu befreien,
er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Was tut's, wie man nennt den Schein,
leuchtend über beider Haupt.
Ob vor Gott der eine kniet,
anderer die Kapelle flucht,
sucht die Heimat himmelwärts,
oder hier in Berg und Hain —
beide lieben gläubig rein,
schworen ihr mit Hand und Herz:
frei soll sie und glücklich sein!
Er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Wer denkt noch an alten Streit
und an kleinen Unterschied,
wenn die Fluren peitscht der Sturm?
Alle kimpfen wie ein Mann:
er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Zweimal hoch vom Festungsturm
zieht die Wache und legt an:
taumelnd schwankt der eine Mann,
fällt der andere in den Staub,
der, der an den Himmel glaubt,
der, der es nie getan.
Und das ganze Volk vereint
bang um alle beide weint.
In der alten Zidatell
beide beide gleiche Not,
beide geht die Ratten an —
ein Rebell ist ein Rebell —
ob er an den Himmel glaubt,
oder ob er's nie getan.
Als am Morgen kräht der Hahn
führt man beide in den Tod.
Beide rufen je n u e an,
die geliebt, an die geglaubt
beide treu und ohn' Verrat —
Leib und Seele, Wort und Tat,
er, der an den Himmel glaubt,
er, der es nie getan.
Beider Blut von gleichem Rot,
riest — ein Bächlein leuchtend klar,
müht sich mit der Heimat Staub,
der sie dienten treu und rein,
dass der dunkle Muskatwein
süßer reife übers Jahr.
Fliegt der eine himmelwärts,
stapft der andere erdschwer,
vom Gebirg und vom Meer
gaben liebend sie ihr Herz,
dass die Grille wieder singt,
dass die Heimat wieder klingt —
ob von Bass und Flötenschall,
ob vom Lied der Nachtigall
oder wenn die Lerche ruft —
dass erfüllt der Heimat Luft
Rosen und Resedenluft.

Arbeiterkampf

Abonnement

für Leser,
für Leser,
die sich etwas mehr
Zeitung zutrauen

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7885
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsanweisung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsanweisung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

* Nichtzustandekommen bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

..... den (Unterschrift)